Mittwoch, 28. März 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 75 - 13.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Sekou Touré: Der Staatschef Guineas ist während einer Operation in Cleveland (USA) im Alter von 62 Jahren gestorben. Er hatte bei einem Besuch in Saudi-Arabien einen Herzanfall erlitten und war in die USA geflogen worden. Sekou Touré hatte das westafrikanische Land seit 1958 mit eiserner Faust regiert. (S. 5)

El Salvador: Der Christdemokrat Duarte hat bei den Präsidentschaftswahlen offensichtlich die absolute Mehrheit verfehlt, so daß eine Stichwahl zwischen ihm und dem Führer der rechtsextremen ARENA, d'Aubuisson, erforderlich wird. Das Endergebnis wird heute erwartet. (S. 2 und 5)

Afghanistan: Teibstoffmangel, verursacht durch Anschläge des Widerstands, hat die Kampfkraft der sowjetisch-afghanischen Soldaten stark eingeschränkt, berichten Diplomaten.

Kuwait: Im Zusammenhang mit einer Serie von Bombenanschlägen im Dezember wurden sechs Terroristen zum Tode und sieben zu lebenslanger Haft verurteilt.

Kießling: Nach einem Abschiedsgespräch mit Bundespräsident Carstens erklärte der General a. D. gestern, er fühle sich voll rehabilitiert. Am Vorabend war Kießling mit einem Großen Zapfenstreich aus der Bundeswehr entlasssen worden. (S. 3)

Polen: Der Gründer und Vorsitzende der katholischen Abgeordnetengruppe im Sejm, Zablocki, ist in dieser Funktion abgelöst worden. Er hatte die Regierungspolitik im Parlament mehrfach scharf kritisiert.

NATO: Der Konventionalisierung der NATO-Strategie sind nach Ansicht von Ex-Verteidigungsminister Apel enge Grenzen gesetzt. Nur eine Politik der kleinen Schritte könne zur Anhebung der nuklearen Schwelle führen. (S. 12)

Antibritisch: Fast jeder zweite Franzose wünscht sich eine EG ohne Großbritannien, ergab eine Meinungsumfrage.

Heute: Regierungserklärung Kohls zum Brüsseler EG-Gipfel. – Kanzler beginnt Portugal-Besuch. – Lambsdorff vor Flick-Ausschuß.

WELT-Report Versicherungen

Die Schäden sind immer zahlreicher geworden, eine Folge von Eigentumskriminalität und „Mogelseuche". Die Versicherer versuchen, ihren Kunden Anreize gegen Anspruchsmißbrauch zu bieten. Ein farbiger WELT-Report fächert die wichtigsten Themenkomplexe auf und gibt Tips für die Versicherten.

WIRTSCHAFT

Salzgitter: Der bundeseigene Konzern (Defizit 1982/83 712 Millionen DM) meldet eine weiterhin schwierige Lage, geht aber davon aus, daß „das Schlimmste" überstanden ist. (S. 16)

Deutsche Leistungsbilanz: Nach einem Fehlbetrag von 500 Millionen DM schloß der Februar mit einem Plus von 1,3 Milliarden.

Konjunktur: Die Pläne der deutschen Großunternehmen bis 1988 sehen nach einer Untersuchung des Münchner Ifo-Instituts eine durchschnittliche Produktionsausweitung von real nur 2,2 Prozent vor. Deshalb sollten so schnell wie möglich Steuern abgebaut werden. (S. 13)

Börse: Vor allem wegen fehlender Auslandsnachfrage gaben die Aktienkurse auf breiter Front nach. Der Rentenmarkt war belebt. WELT-Aktienindex 150,0 (151,0). Dollarmittelkurs 2,5868 (2,6082) Mark. Goldpreis pro Feinunze 389,10 (388,85) Dollar.

ZITAT DES TAGES



„Wer die Staatsbürgerschaft der DDR anerkennt ..., der gefährdet die Zuordnung Berlins zur Bundesrepublik, der eröffnet eine völlig neue Diskussion um den Status der Stadt"

Eberhard Diepgen, Berliner Regierender Bürgermeister, in einer Sendung der Deutschen Welle FOTO: SVEN SIMON

KULTUR

Satelliten-Fernsehen: Das ZDF verhandelt mit dem österreichischen und schweizerischen Fernsehen über ein gemeinsames Programm, das über den ihm zugewiesenen ECS-Ostkanal ausgestrahlt werden soll. (S. 12)

Pissaro: Den bisherigen Höchstpreis für ein Gemälde von Camille Pissaro, umgerechnet 2,1 Millionen Mark, bezahlte die Londoner Nationalgalerie auf einer Versteigerung in London für „La Route de Sydenham".

SPORT

Fußball: Die Fernseh-Originalübertragung des Länderspiels gegen die UdSSR (heute, 20.15 Uhr/ARD) ist gesichert, obwohl bis gestern in Hannover nur 35 000 der 60 400 Eintrittskarten verkauft wurden. (S. 10)

Leichtathletik: Die südafrikanische Weltrekord-Läuferin Zola Budd hat die englische Staatsangehörigkeit beantragt, um bei den Olympischen Spielen starten zu können. Südafrika ist nicht Mitglied des Olympischen Komitees.

AUS ALLER WELT

Rauschgift: Wegen Besitzes von Haschisch und LSD wurde gegen den Berliner Kabarettisten Wolfgang Neuss (60) Haftbefehl erlassen. Er bleibt jedoch gegen die Auflage, sich täglich bei der Polizei zu melden, auf freiem Fuß.

Attacke gegen Farthmann: Als „allgemein gefährlich" bezeichnete der Verband der Pharmaindustrie die Kritik des nordrhein-westfälischen Gesundheitsministers an der Verschreibungspraxis von Ärzten. Aus vordergründigen politischen Motiven wolle er die Ärzte in ein schiefes Licht bringen. (S. 2 und 26)

Wetter: Bewölkt, vereinzelt Regen. Im Süden überwiegend heiter. 7 bis 14 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Erstes Opfer der Opferhilfe. E. v. Loewenstern zur Kritik am „Weißen Ring" S. 2

Staatsbesuch: Mitterrand findet in den USA Frankreichs Zukunft. Von A. Graf Kageneck S. 3

Düsseldorf: Schulische Leistung schätzt Minister Schwier höher ein als die Ideologie S. 4

Namibia: Windhuk will deutsche Hilfe nicht erst nach seiner Unabhängigkeit S. 5

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 7 und 8

Neuwahlen: Israelis wollen das „Diktat" der religiösen Parteien beendet sehen S. 7

Kunstturnen: WELT-Interview zum Rücktritt der deutschen Meisterin Yvonne Haug S. 10

Fernsehen: Wenig Platz für elitäre Experimente; ein Porträt des Bayerischen Rundfunks S. 10

Skandinavien: Tips für Reisen – Fährverbindungen, Hotelschecks, Ferienhäuser, Hobbys S. 24

Berlin: Immer wieder jagen Bomben und Granaten die Bewohner aus ihren Häusern S. 26

„Warnstreik-Aktion" der IG Metall: Nur 7 Stunden Arbeit

Die Unternehmen zahlen für die nichtgeleistete Stunde kein Geld

DW. Hamburg/Bonn

Mit einer veränderten Taktik bemüht sich die Industriegewerkschaft IG Metall im Norden der Bundesrepublik, die Arbeitnehmer für ihre Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche zu aktivieren. Die vom Nordbezirk der IG Metall angekündigte Warnstreik-Aktion läuft unter dem Stichwort, den 7-Stunden-Tag „auszuprobieren". Gestern waren die Belegschaften einer Reihe von Betrieben in Schleswig-Holstein aufgerufen worden, nach sieben Stunden Arbeit nach Hause zu gehen. Die Aktion ist nach Angaben der Gewerkschaft jeweils auf einen Tag begrenzt, sie soll in den kommenden Tagen mit regionalen Schwerpunkten fortgesetzt werden. Der Fahrplan im Norden: Am 30. März Bremen und Niedersachsen, am 2. April Kiel und in der ersten April-Woche der Großraum Hamburg.

Die IG Metall im Norden beschrieb gestern ihr Ziel: Die Arbeitnehmer sollten einen Eindruck davon gewinnen, wie die 35-Stunden-Woche funktionieren könnte. In diesem Fall, darauf wurde hingewiesen, jedoch ohne vollen Lohnausgleich. Die nicht geleistete Stunde wird von den Unternehmen auch nicht bezahlt. Neben der Aktion 7-Stunden-Tag setzt die Gewerkschaft im Nordverbund ihre Warnstreiks gegen Überstunden fort - ebenfalls zeitlich befristet und regional begrenzt.

Die bisherigen Warnstreiks gegen Überstunden - die Arbeitgeberseite sieht darin ein illegales Handeln - sind in einer Reihe von Betrieben weder vom Betriebsrat noch von der Belegschaft mitgetragen worden. Auch die neue Form der Warnstreiks dürfte nach Einschätzung der Arbeitgeber „im Sande verlaufen".

Der Vorsitzende der Vereinigung der schleswig-holsteinischen Unternehmerverbände, Klaus Murmann, sprach von einem völligen Unverständnis bei vielen Betrieben über das gewerkschaftliche Vorgehen. Gerade für einen so mittelständisch strukturiertes Land wie Schleswig-Holstein, in dem 94 Prozent aller Betriebe weniger als 500 Personen beschäftigten, seien die negativen Folgen einer pauschalen Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich gravierend.

Bundesfinanzminister Stoltenberg (CDU) schloß sich gestern dieser Bewertung gestern ausdrücklich an. Branchen wie Stahl und Schiffbau hätten bei einer Verwirklichung der Gewerkschaftsforderung („ein Irrweg") keine Zukunftschancen mehr, sagte der Bundesfinanzminister. Er, Stoltenberg, begrüße es sehr, daß beispielsweise im Baubereich zwischen den Tarifpartnern erste Verhandlungen über das Vorruhestandsmodell geführt würden, wie es die Bundesregierung vorgelegt habe.

Einen Tag vor Beginn der dritten Runde der Schlichtungsgespräche in der Druckindustrie appellierten die Arbeitgeber gestern an die IG Druck, ihre „bisher unnachgiebige Haltung" aufzugeben. Der Verhandlungsführer der Arbeitgeber, Manfred Beltz-Rübelmann, forderte zugleich die Mitarbeiter der Druckindustrie auf, einer Verschärfung der tariflichen Auseinandersetzung eine Absage zu erteilen. Beltz-Rübelmann: „Die Arbeitgeber wollen keinen Arbeitskampf, sie sind uneingeschränkt verhandlungsbereit". Die Schlichtungsgespräche werden heute und morgen in Berlin geführt.

DER KOMMENTAR

Ohne Lohnausgleich

Von WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Zieht man die Bilanz der von der IG Metall bis Ende letzter Woche organisierten Warnstreiks, so ergibt sich, daß in den betroffenen Betrieben – insgesamt gesehen – allenfalls 20 Prozent der zur Drohgebärde aufgerufenen Belegschaften die Arbeit zeitweilig niederlegten. Die Schreckwirkung auf die Arbeitgeber hält sich dementsprechend in Grenzen.

Die IG Metall mag eine andere Rechnung aufmachen; doch auch sie kann nicht bestreiten, daß die bisherigen Warnstreiks als Imponiergehabe wenig hergeben. Erklärt sich so, warum Franz Steinkühler wiederholt in aller Öffentlichkeit von seiner Sein-oder-Nichtsein-Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich mit moderateren Tönen abgerückt ist? So wie man ihn kennt, marschiert er nicht gern auf der Verliererstraße.

Ohnehin gewinnt man den Eindruck, als behandele der IG-Metall-Vorstand in Frankfurt die Tarifrunde als Hängepartie. Rückschlüsse auf den inneren Zustand des Vorstands sind spekulativ, aber nicht verboten. In dieser Situation greift die Gewerkschaft im Norden zu einer besonderen Form des Warnstreiks. Sie probiert es in einigen Betrieben mit dem Sieben-Stunden-Tag. Ganz neu ist diese Waffe nicht. Sie kann eingesetzt werden, indem man die erste Arbeitsstunde streicht, oder die letzte, oder indem man die Pause verlängert. Die Arbeitgeber haben bei früheren Gelegenheiten den Lohn für die ausgefallenen Stunden einbehalten.

So betrachtet, praktiziert die IG Metall im Norden per Warnstreik, ganz im Gegensatz zu ihren martialischen Parolen, den 35-Stunden-Tag ohne jeden Lohnausgleich. Das ist nicht nur interessant, sondern vielsagend. Noch interessanter ist aber, daß die kampfeslüsterne Gewerkschaft glaubt, ihren Mitgliedern auf diese Weise die Annehmlichkeiten einer kürzeren Wochenarbeitszeit hautnah erlebbar machen zu müssen. Wie schön, wenn Pappi eine Stunde früher von der Arbeit kommt. Mammi freut sich, die Kinder auch, und Dackel Waldi wedelt mit dem Schwanz.

Wenn die Gewerkschaft diese Art Überzeugungsarbeit nötig hat, dann kann es mit der Streikbereitschaft ihrer Mitglieder nicht weit her sein. Mag sein, daß sie noch immer darauf vertraut, in zu 90 und mehr Prozent organisierten Großbetrieben genügend Solidarität mobilisieren zu können, um einen großen Streik in Szene zu setzen. Doch schon jetzt steht fest: Die IG Metall schreit auf dem falschen Bein Hurra. Sie hat ganz einfach die falsche Forderung herausposaunt.

Unsicherheit über den SED-Kurs

„DDR"-Führung berät über Folgen des Ausreisebooms / Kontaktverbote ausgeweitet

WERNER KAHL, Bonn

In den obersten Führungsgremien der „DDR"-Einheitspartei wird über den künftigen innenpolitischen Kurs der SED nach dem Abschluß der gegenwärtigen Ausreiseaktion beraten. Parallel zu dem Entscheidungsprozeß der SED-Spitze übt der Staatssicherheitsdienst nach Berichten aus Ost-Berlin verstärkten Druck auf „DDR"-Bewohner aus, Anträge auf Ausreise zurückzunehmen.

Auf die sprunghafte Zunahme genehmigter Ausreiseanträge könnte ein ebenso abrupter Abbruch folgen, äußerten Politiker besorgt über die Entwicklung in Mitteldeutschland. Nach Erkenntnissen der Bundesregierung breitet sich offenbar als Folge der im ersten Quartal 1984 gebilligten 10 000 Ausreiseanträge eine Stimmung unter der „DDR"-Bevölkerung aus, die der SED-Führung mehr Probleme schafft als mit der Abschiebung von „Störpotential" bewältigt würden. *Die „DDR"-Medien durften* bisher weder über die Ausreisen berichten noch eine Begründung für die Auswahlkriterien geben. An der Humboldt-Universität in Ost-Berlin wurde gerüchteweise erzählt, Staatssicherheitsdienst und Innenministerium hätten für die Auslese einen Computer aus den USA eingesetzt.

Unter Abschirmung auch gegenüber dem eigenen Funktionärsapparat spielt bei den Überlegungen der Parteispitze über eine Aufhebung des Rentenalters bei Westreisen die Befürchtung, vor allem jüngere Leute könnten die Gelegenheit ausnutzen, um der „DDR" für immer den Rükken zu kehren, die wichtigste Rolle. Diese Sorge überschattet die Suche nach „vertrauenbildenden Maßnahmen". Im Gespräch ist angeblich eine Zahl von etwa drei Reisegenehmigungen für nicht-sozialistische Länder einschließlich der Bundesrepbulik Deutschland pro Jahr.

SEITE 2:
Honi soit qui mal y pense

Ein solches Konzept bringt die SED-Führung jedoch nicht nur *gegenüber ihren zwei Millionen Mitglie*dern in Schwierigkeiten. Eine weitere Million „Geheimnisträger" aus Betrieben, Streitkräften, Hochschulen und Behörden soll ebenfalls weiterhin von jedem privaten Kontakt mit dem Westen ausgeschlossen werden. Die Ausweitung der Kontaktverbote in jüngster Zeit teilweise bis in die 3. Generation (WELT v. 15. 3. 1984) hat nach Angaben informierter Stellen „bestürzende Ausmaße" angenommen. Bei Übertretungen würden drakonische Disziplinarstrafen verhängt. Prognosen über menschliche Erleichterungen in der „DDR" seien zum gegenwärtigen Zeitpunkt deshalb mit Zurückhaltung zu betrachten.

Nach einer vorläufigen Übersicht der Herkunftsorte gibt es die meisten Ausreisewilligen insächsischen und thüringischen Industriegebieten. Verhältnismäßig weniger „DDR"-Bewohner kommen aus ländlichen Bezirken Mecklenburgs, Brandenburgs und Sachsen-Anhalts. In der Uran-Stadt Aue stellten nach Angaben informierter Stellen rund 4000 Personen, – etwa zehn Prozent der Bevölkerung – einen Ausreiseantrag.

Wissenschaftler der Ostberliner *Hochschule für Ökonomie haben* nach in Bonn vorliegenden Berichten von der tiefsten Strukturkrise des Systems seit dem Arbeiteraufstand 1953 in der „DDR" gesprochen. Der er-

● Fortsetzung Seite 12

Junge Union: Keine Waffen nach Nahost

DW. Bonn

„Die Bundesregierung sollte sich so schnell wie möglich von der Erblast des Schmidtschen Waffenversprechens an Saudi-Arabien lösen," forderte der Vorsitzende der Jungen Union (JU), Christoph Böhr, gestern in Bonn. Die Bundesregierung solle grundsätzlich keine Waffen in den Nahen Ostens zu liefern. Die notwendige Stabilisierung gemäßigter arabischer Regierungen solle ausschließlich durch politische und wirt*schaftliche Maßnahmen gefördert* werden.

Mit seiner Nahost-Resolution wendet sich der Vorstand der Jugendorganisation der Union praktisch gegen die während der Nahostreise von Bundeskanzler Helmut Kohl im Herbst 1983 mit Saudi-Arabien vereinbarte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik. Den Saudis waren seinerzeit mit Ausnahme des Kampfpanzers Leopard 2 Waffenkäufe in der Bundesrepublik Deutschland in Aussicht gestellt worden.

In ihrer Erklärung fordert die Junge Union darüber hinaus die Anerkennung der PLO. „Solange die Palästinenser ihr Selbstbestimmungsrecht nicht wahrnehmen können, sollte nach Ansicht der Jungen Union die PLO als Interessenvertretung der Palästinenser anerkannt werden." In der Vorstandserklärung heißt es, die Junge Union fordere für die Palästinenser das gleiche Selbstbestimmungsrecht wie für Juden. Mit dieser Forderung geht die JU über die offizielle Unionslinie heraus.

Die Berliner Wirtschaft hat „die Nase vorn"

tb./AP, Berlin

Die seit Jahrzehnten angeschlagene Berliner Wirtschaft ist nach Auffassung der Berliner Arbeitgeber auf dem Weg aus der „längsten Krise der Nachkriegszeit". Auf der Jahrespressekonferenz der Zentralvereinigung der Berliner Arbeitgeberverbände (ZBA) erklärte ihr Hauptgeschäftsführer Hartmann Kleiner, die Stadt starre nicht mehr länger „gelähmt" auf ihre Standortnachteile, sondern besinne sich ihrer Vorteile, *zu denen ein technologisches Potenti*al von europäischen Rang und eine in der Bundesrepublik Deutschland beispiellose neue Strukturpolitik gehöre: so die Förderung von Existenzgründungen, die Wagnisfinanzierung oder der Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis.

Zum ersten Mal hinke Berlin zu Beginn eines Aufschwungs nicht hinterher, sondern scheine die Nase vorn zu haben. So habe das Wirtschaftswachstum 1983 mit real 1,5 Prozent das der gesamten Volkswirtschaft (1,3 Prozent) leicht übertroffen. Die Investitionen im verarbeitenden Gewerbe lagen nach vorläufigen Schätzungen über den Planungen von plus vier Prozent. Die Banken rechnen für das laufende Jahr sogar mit einer zweistelligen Zuwachsrate.

Auf dem Arbeitsmarkt erwartet Kleiner für 1984 eine leichte Entspannung. 1983 lag die Arbeitslosenzahl im Durchschnitt bei 83 666; im Januar 1984 war sie um 1,9 Prozent niedriger als im Januar 1983. Entscheidend für eine Besserung werde der Ausgang der Tarifverhandlungen sein.

EG: Keine Annäherung an London

Beratung der Außen- und Agrarminister / Genscher: Denkpause für die Briten

WILHELM HADLER, Brüssel

Eine Woche nach dem gescheiterten Brüssseler Gipfel haben sich gestern die Außenminister der EG erneut vergeblich um die Beilegung des Streits über den britischen Finanzbeitrag bemüht. Auch die Landwirtschaftsminister trennten sich nach zweitägigen Beratungen ohne Beschlüsse. Sie wollen ihre Diskussion allerdings bereits am Freitag nachmittag wieder aufnehmen.

Die Sitzung der Außenminister wurde nach acht Stunden – wie es Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ausdrückte – „bis zum 9. und 10. April ausgesetzt, um den Briten Gelegenheit zu geben, ihre Position zu überdenken". Die EG-Kommission soll bis dahin alternative Berechnungen für die verschiedenen Modelle des Beitragsausgleichs vorlegen.

Genscher ließ indes keinen Zweifel daran, daß die übrigen Delegationen bereits „äußerste Anstrengungen" gemacht hätten, um den britischen Wünschen entgegenzukommen. Die Neun seien einer Meinung, sagte er. „Es kann keine Rede davon sein, daß ihre letzte Position die Eröffnungsposition vom nächsten Mal sein wird."

Beim Gipfel hatten die Partner London auf Vorschlag von Bundeskanzler Helmut Kohl zu vorgerückter Stunde einen fünfjährigen Pauschalrabatt von jährlich einer Milliarde Ecu (2,25 Milliarden Mark) in Aussicht gestellt. Er sollte durch einen Korrekturmechanismus abgelöst werden, über dessen Kriterien inzwischen weitgehend Einigkeit besteht. Großbritannien forderte dagegen nicht nur ein früheres Inkrafttreten dieser automatischen Beitragsbegrenzung, sondern die Zusage, daß dabei vom zweiten Jahr an nicht mehr von einer Milliarde, sondern von 1,25 Milliarden Ecu (rund 2,18 Milliarden Mark) ausgegangen wird.

Gestern haben die Partner London ein Inkrafttreten des Korrektursystems von 1985 an zugestanden. Sie blieben jedoch bei einem „Referenzbetrag" von einer Milliarde Ecu, da ein höheres Ausgangsniveau in den Jahren nach 1985 zu einem sprunghaften Anstieg der britischen Ausgleichsansprüche führen würde.

Trotz Rücksprache mit seiner Premierministerin konnte Außenminister Sir Geoffrey Howe diesem „letzten Angebot" nicht folgen. Er ließ aber erkennen, daß er noch nicht allen Verhandlungsspielraum ausgeschöpft hatte.

Unmittelbare Folge des neuen Fehlschlags wird voraussichtlich ein abnehmender Entscheidungszwang für die Bemühungen um die Agrarreform sein. Sie sind vor allem wegen der Weigerung Irlands in die Sackgasse geraten, einer Begrenzung seiner Milcherzeugung zuzustimmen. Jede Verzögerung des „Agrarpreispakets" bringt ebenfalls neue Kosten für die Gemeinschaft. Ohnehin muß die EG in diesem Jahr mit einer Lücke im Haushalt von etwa 4,5 Milliarden Mark rechnen. Über die Deckung dieses Fehlbetrages, die nicht durch Anleihen geschehen kann, haben die Finanzminister der EG bisher noch nichts beraten.

UNO: Giftgaseinsatz in Iran

Bericht von vier unabhängigen Experten vorgelegt / Senfgas und Tabun festgestellt

AFP/dpa, New York

Die Vereinten Nationen haben mit einem Bericht unabhängiger Experten den Vorwurf gestützt, daß Irak im Krieg gegen Iran völkerrechtswidrig chemische Waffen einsetzt. Aus dem Dokument, das dem Weltsicherheitsrat zugeleitet wurde, geht hervor, daß in Iran Bomben abgeworfen wurden, die Senfgas (Lost) und das Nervengas Tabun enthielten. Beide aus dem Ersten Weltkrieg bekannten Kampfstoffe sind durch das Genfer C- und B-Waffen-Protokoll von 1925 verboten, das auch von Irak unterzeichnet wurde.

Der von UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar in Auftrag gegebene Bericht wurde von vier wissenschaftlich-militärischen Experten aus Schweden, Spanien, Australien und der Schweiz vorgelegt. Sie untersuchten vom 13. bis 19. März in Teheran sowie an der südlichen Kriegsfront Blindgänger und Splitter von chemischen Bomben sowie Soldaten, die mutmaßlich mit dem Gift in Berührung gekommen waren. Die Analysen der Funde wurden in einem Schweizer und einem schwedischen Laboratorium vorgenommen.

Beide Institute kommen zu dem Ergebnis, daß es sich bei den untersuchten Stoffen um Senfgas und das Nervengift Tabun handelt. Pilzgifte (Mykotoxine), die das toxikologische Institut der belgischen Universität Gent angeblich im Blut iranischer Giftgasopfer gefunden hatte, wurden nicht nachgewiesen.

Aus dem Bericht der vier Militärexperten geht nicht direkt hervor, woher die tödlichen Gifte stammen. Es werden lediglich Berichte iranischer Soldaten widergegeben, daß die Giftbomben von irakischen Flugzeugen abgeworfen wurden. Irak hat bisher stets den Gaseinsatz bestritten.

dpa, London

Iran hat Irak beschuldigt, am vergangenen Wochenende im Golfkrieg einen weiteren Angriff mit chemischen Waffen geführt zu haben, wobei 600 iranische Soldaten verwundet worden seien. Nach einer in London abgehörten Meldung der iranischen Nachrichtenagentur „Irna" soll sich der chemische Angriff im südlichen irakischen Kampfabschnitt ereignet haben.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Auf noch ohne Schwung?

Von Peter Gillies

Das Wechselbad der Konjunkturhoffnungen ist weiter gut besucht. Das Münchner Ifo-Institut, bisher eher kühn in Beschreibungen des Aufschwungs, meldet soeben, derselbe sei keineswegs gesichert. Vierhundert Großunternehmen hätten für die nächsten Jahre eher moderate Normalität denn schäumende Aufbruchstimmung signalisiert. Ein rascher Abbau der Arbeitslosigkeit sei deshalb nicht zu erwarten.

Das mag zutreffen oder auch nicht. Jedoch verdienten Unternehmer ihren Namen nicht, wenn sie abseits der Märkte stur an ihren Fünfjahresplänen festhielten, also auf verbesserte Daten nicht auch kurzfristig zu reagieren verstünden. Zweitens ist nicht das Großunternehmen typisch für die deutsche Wirtschaftslandschaft, sondern das kleine und mittlere. Noch wichtiger sogar ist jenes Unternehmen, das es noch nicht gibt, weil es gerade gegründet wird. Ob der innovative Schwung aus den Großunternehmen kommt, ist bis heute umstritten. Wir wären einer besseren Beschäftigung näher, wenn wir einige zehntausend Gründer hätten, die den Sprung wagten.

Aber die wetterwendischen Aufschwungbetrachtungen zwingen mehrere Schlüsse auf. Erstens ist eine konjunkturelle Belebung mit jener Kraft, die rasch Arbeitsplätze schafft, noch ziemlich weit (wenn auch nicht unerreichbar). Rezession wie Boom einer Volkswirtschaft sind nicht schicksalhaft, der Aufschwung keineswegs „automatisiert", so daß man sich beruhigt zurücklehnen könnte. Zweitens, was die Motive betrifft: Hier gilt unverändert, daß jemand nur dann eigenes (oder fremdes) Geld wagt, wenn der Ertrag einer Investition höher ist, als wenn er es risikolos in achtprozentigen Staatspapieren anlegte.

Und hier ist – trotz einiger Achtungserfolge – noch viel zu tun. Jede Verheißung von Wohltaten, die noch nicht verdient sind, wirkt in die falsche Richtung, weil sie via Zinsmechanismus die Investoren abschreckt, statt sie zu ermutigen. Der Kauf einer neuen Maschine wird als Risiko noch lange nicht mit einem Ertrag belohnt, der deutlich oberhalb der Zinsen eines Bundesschätzchens liegt. Das ist der wichtigste Hintergrund für mancherlei Aktualität: für die Sparpolitik, die Steuerreform, die Lohnrunde oder die Familienpolitik. Die Aussage, wir hätten das Nötigste geschafft und der Rest sei nur noch eine Frage der Zeit, wäre jedenfalls fahrlässig.

Erstes Opfer der Opferhilfe

Von Enno v. Loewenstern

Ein neuer Verein namens „Opferhilfe – Hilfe für Opfer von Straftaten" will sich an der Arbeit beteiligen, die bislang ziemlich allein vom „Weißen Ring" betrieben wird: Verbrechensopfern helfen. Man möchte das nur begrüßen; Konkurrenz belebt das Geschäft, auch das Geschäft der Barmherzigkeit. Einiges am neuen Unternehmen gibt jedoch zu denken.

Es beginnt mit einer fürchterlichen Beschimpfung Eduard Zimmermanns vom „Weißen Ring". Ausdrücke wie „demagogische und reaktionäre Kriminalpolitik" und „Geschäft mit der Angst" lassen vermuten, daß hier weniger sachliche als persönliche Gegensätze ausgetragen werden. Nun werden die Schmähungen einmal nicht belegt und zweitens wird die Arbeit des „Weißen Rings" nicht von Zimmermann allein bestimmt, sondern auch von solchen Persönlichkeiten wie Rechtsanwalt Josef Augstein, Oberstaatsanwalt a. D. Hans Sachs, Manfred Schreiber, Gerhard Boeden und anderen. Auch die Hamburger Justizsenatorin Eva Leithäuser (SPD) gehört dem „Weißen Ring" an. Daß das alles reaktionäre Demagogen sein sollen, können wohl nur Leute aus einer bestimmten Ecke glauben und behaupten.

Ist es Zufall, daß gerade SPD-Politiker und Gewerkschaftsfunktionäre als „Mitarbeiter" des neuen Vereins genannt werden? Es fällt ferner auf, daß Geldhilfe „an die zweite Stelle" gestellt wird, nach der Absicht, „das Opfer psychologisch richtig einzustellen", damit es „sein Schicksal akzeptiert"; es ist auch von „Brücken von Tätern zu Opfern" die Rede.

Ob etwa vergewaltigte Frauen gerade daran interessiert sind, ist schwer abzusehen. Viele Verbrechensopfer jedenfalls sind auf Geldhilfe angewiesen; typischerweise etwa die Witwen ermordeter junger Polizeibeamter mit mehreren Kindern und jämmerlichen Pensionen. Beim neuen Verein scheint eine Resozialisierungs-Ideologie im Vordergrund zu stehen, aber darum kümmert der Staat sich ohnehin. Es sind die Opfer, die heute meist vernachlässigt und womöglich noch „viktimologisch" als selber schuld an ihrem Schicksal abgefertigt werden.

Wie Josef Augstein mitteilt, ist eine besonders mundfertige Gründerin des neuen Vereins aus dem „Weißen Ring" ausgeschieden, nachdem der frühere Düsseldorfer Staatssekretär Wöhler vom Vorstand mit der Untersuchung ihrer Amtsführung beauftragt wurde. Ein Verein, der sich in der Opferhilfe engagiert und dafür Geldzuwendungen auch der Gerichte erwartet, sollte über jeden Verdacht menschlicher Unzulänglichkeit erhaben sein. Der neue Verein beginnt weder sachlich noch verbal mit guten Voraussetzungen.

Der unwillige König

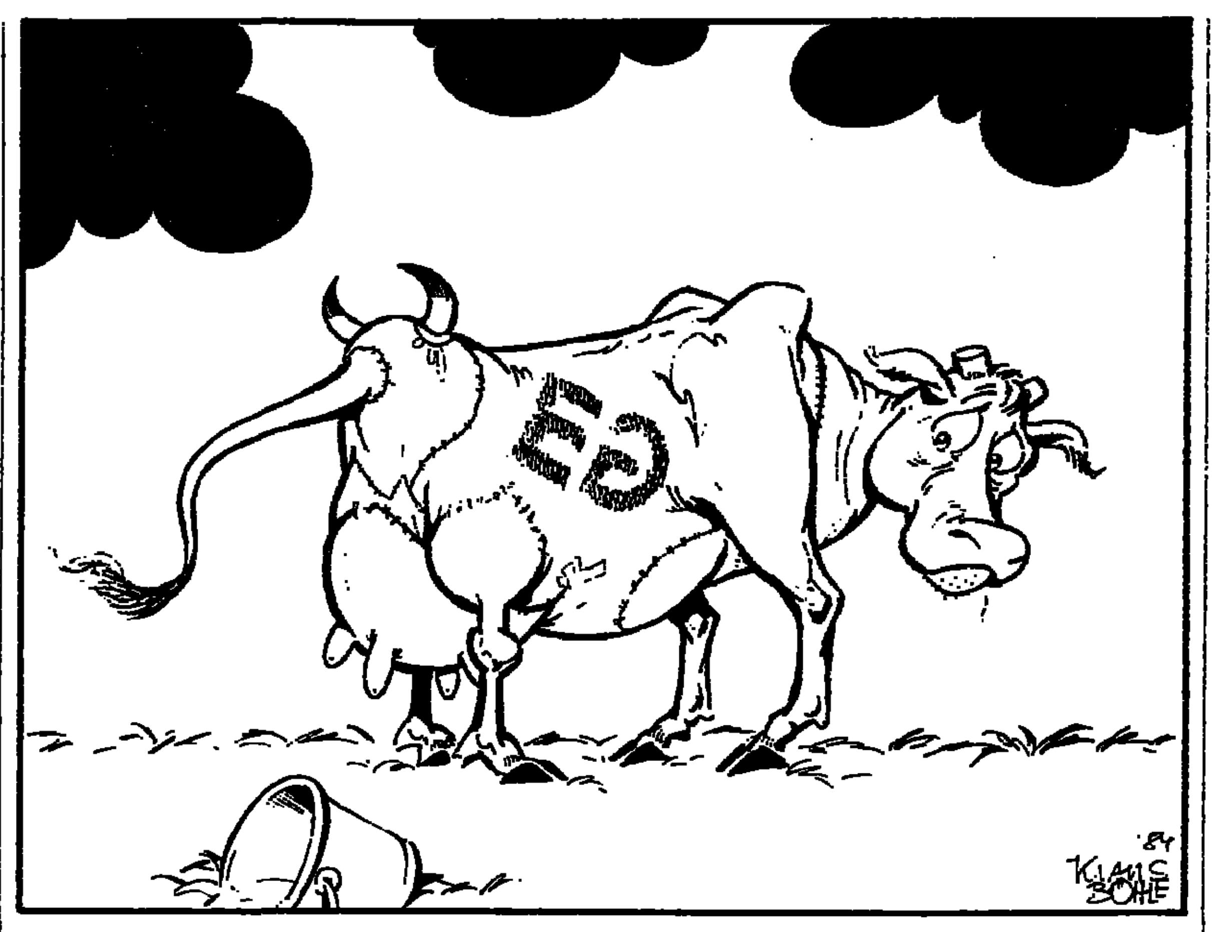
Von Peter M. Ranke

Er werde mit den Israelis auch dann nicht verhandeln, wenn der Siedlungsbau in den besetzten Gebieten gestoppt werde, ließ König Hussein von Jordanien die Amerikaner durch Interviews wissen. Vorher schon hatte er arabischen Notabeln aus jenen Gebieten erklärt, er werde nicht mit Israel sprechen und halte sich an die PLO Yassir Arafats.

Diese negative Haltung hat endlich in Washington für die notwendige Ernüchterung und realistischere Einschätzung des jordanischen Königs und auch der saudischen Herrscher gesorgt. Denn trotz des amerikanischen Drängens denken die arabischen Monarchien nicht daran, sich an amerikanischen Friedensinitiativen zu beteiligen. Alibis haben sie immer: Man spricht den USA die Fähigkeit ab, ein glaubwürdiger, ehrlicher Makler zu sein. Das hat Präsident Reagan und Außenminister Shultz so verärgert, daß sie die Lieferung von 2800 Stinger-Flugabwehrraketen an Jordanien und Saudi-Arabien kündigten. Der Kongreß war ohnehin dagegen.

Weil König Hussein auch erklärt hat, er werde keine jordanische „Eingreiftruppe", für die Washington 220 Millionen Dollar aufwenden wollte, den Amerikanern zuliebe einsetzen, sondern nur nach arabischen Interessen, erscheint auch dieser Plan Washingtons zum Scheitern verurteilt. Einmal sind das Fernwirkungen des Abzugs der Marines aus Beirut. Zum anderen zeigen König Hussein und die Saudis mit ihrer ängstlichen und zynischen Verweigerungshaltung, daß ihnen das Schicksal der Palästinenser eben doch völlig gleichgültig ist.

Die meisten Araber in Judea und Samaria haben das längst begriffen. Es dämmert auch in Washington, daß nicht das „Palästinenser-Problem" im Zentrum nahöstlicher Spannungen steht, sondern ganz andere Kräfte und Konflikte.



Operation mißlungen – Patient lebt doch! ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Honi soit qui mal y pense

Von Herbert Kremp

Es hat in der Zeitgeschichte wahrscheinlich größere Irrtümer gegeben: Die Historiker halten fest, daß es vornehmlich britische Politiker wie Lord Halifax und Anthony Eden seligen Angedenkens waren, die in Hitler mehr das Nützliche (weil Antibolschewistische) sahen als das Verderben Europas. Zur rechten Zeit stellt sich die Erkenntnis nicht immer ein, denn die Relativität der politischen Wahrnehmungskraft ist eine weit verbreitete Erscheinung. Anstößig jedoch wirkt sie auf den Betrachter im Falle des Staatsratsvorsitzenden, der heute als ein Staatsmann gehandelt, wenn nicht behandelt wird. Ihn mit dem „Führer" zu vergleichen, wäre schief. Aber eines ist er doch: der Abteilungsleiter der sowjetischen Weltmacht – Abteilung Deutschland.

Er wird uns besuchen, diese Bundesregierung legt (nicht als erste) Wert darauf, aber es sollte wenigstens klar sein, wer uns da besucht. Ist es der Erich von Wiebelskirchen (Bismarck hätte ihn, wenn überhaupt, als „Perle" bezeichnet), der zum Helmut aus Oggersheim und zum Franz-Josef von Bayern kommt, der Joviale vom Werbellinsee und von Leipzig, von dem Klaus Bölling in seinem Buch „Die fernen Nachbarn" zu sagen weiß, er träume „unausweichlich deutsch", er verfüge über Moralbegriffe „wie mancher unter den älteren westdeutschen Gewerkschaftsführern" – das wären Leute wie Böckler und Loderer? Oder besucht uns das Patenkind des ferneren Nachbarn Stalin, der Ziehsohn jedenfalls von Walter Ulbricht, dessen Befehl, in Berlin eine Mauer zu bauen, der Getreue perfekt durchführte, wie bösartige Befehle ja seit jeher „durchgeführt" wurden?

Natürlich ist es gar keine Frage, wer uns da besucht. Die Fragezeichen spiegeln in diesem Falle nur das Erstaunen darüber, wie das Bildnis eines Politikers, das buchstäblich fest gemauert in der Erde steht, fast in sein Gegenteil umgemodelt werden kann. Honeckers Lebensarbeit am Freiheitsentzug für Deutsche rutscht in Nebensätze. Ausgerechnet diejenigen Intellektuellen, die Frischgewaschene und Frischrasierte seines Typs, neigen sie nur ein wenig nach rechts, als Prototypus der postfaschistischen „Angestelltenkultur" qualifizieren, wähnen in dem gleichergestalten Erich Honecker „vielleicht die Idee des deutschen Gesamtstaates, bevölkert von fleißigen und disziplinierten Deutschen" (Bölling). Weil er ohne Zweifel links steht, geht das an. So geht es bei Friseuren.

Während die Neigung der Linksintellektuellen notorisch ist, in den Verstößen der Robespierres und Lenins das Walten höherer Geschichtskräfte zu erkennen, denen man Emphase schuldet, wirkt das vergleichbare Geistesscharwenzeln derjenigen, die bislang nicht müde wurden, auf die Delikatessen des Menschenrechts, der Freiheit und ihrer Verfassung abzuheben, anstößig, um nicht zu sagen lächerlich. Haben die Eifrigsten unter denen, die zum Kratzfuß anstehen, wirklich vergessen, daß ihr neuer „Honi" der Adlatus vom alten „Spitzbart" Ulbricht war – sein gnadenloser FDJ-Führer, sodann zuständig für Sicherheit, Schöpfer der militärpolitischen Ideologie, die zum Haß erzieht, nicht nur Mauerbauer, sondern auch der Herr des Schießbefehls. Fragezeichen.

Fragezeichen: Wissen die Übereifrigen unter den Wendeturnern wirklich nicht mehr, daß im Jahre 1974, unter Honecker, bei der Revision der „DDR"-Verfassung die „deutsche Nation" unter den Schreibtisch fiel? Daß nach dieser Verfassung die „DDR für immer und unwiderruflich mit der Sowjetunion verbündet" ist? Und daß die SED schließlich in ihrem Programm von 1976 sich selber als eine „Abteilung der internationalen kommunistischen Bewegung" bezeichnet? Wird das alles verdrängt oder wird es nur verschlampt? „Ich kann mich an keinen Augenblick meines Lebens erinnern, da ich an unserer Sache gezweifelt hätte", schreibt der Autobiograph Erich Honecker. Nein, er nicht. In jedem Augenblick der Landvogtarbeit, in jedem Augenblick der Abgrenzungspolitik, in jedem Augenblick der Entspannungspolitik, für die er anstelliger erschien als der alte Ulbricht, in jeder Aktion gegen Deutsche, Tschechoslowaken und Polen stand er immer nur zu einer Sache: zur Sache Moskaus.



Perle von Wiebelskirchen: Erich Honecker FOTO: SVEN SIMON

Daran kann auch heute kein Zweifel sein. Auch mit der Ausreiseerlaubnis für vielleicht einhunderttausend Deutsche in diesem Jahr liegt Honecker auf der Linie. Der nie Schwankende denkt an die innere Sicherheit seiner Abteilung. Er wird Unzufriedene los, denn in der Regel „exilieren" ja die Aktiven. Er gibt sich intra muros, gegenüber den Kirchen, den Reisenden und an den Grenzzäunen etwas freundlicher, sozusagen elektronisch freundlich, denn er will ja die polnische Krankheit meiden, die ja auch einmal mit Überdruck, Systemkritik und frommen Liedern begann. So dient er auch jetzt den Interessen Moskaus, nicht der Humanität. Daß er sich als Abteilungsleiter so verhalten muß, ist die Rückseite seiner Prägung. Daß er es aber so perfekt, so detailbewußt, so schlau tut, daß manche es nicht mehr bemerken – das eben ist der Erich, der uns bald besucht.

Manche Wende, die man wahrzunehmen meint, spielt sich nicht in der Wirklichkeit, sondern nur im eigenen Bewußtsein ab. Wer kann im Ernst glauben, Honecker habe mit über siebzig Jahren, in der geostrategischen Lage seiner Abteilung, in der Krise der kommunistischen Weltanschauung plötzlich eine andere Idee gefaßt als die der Sicherung seines Machtbereichs? Paulus verhält sich zu Saulus wie Damaskus zu Ost-Berlin: Dort kann sich in der Substanz nichts ändern. Dort wird auch nicht „Deutschland" entdeckt – es sei denn vom Volk, das die meisten unserer neuen Honi-Fans aber nicht meinen, weil sie Mini-Metterniche sind. Man kann aus Honecker nicht nach der Methode Frankenstein der seligen Mary W. Shelley einen anderen Menschen machen. Er ist, wie er ist. Dennoch kann man Politik machen, selbst mit ihm. Solange man weiß, wer er ist.

IM GESPRÄCH Wilfried Haslauer

Fest in der Festspielstadt

Von Carl Gustaf Ströhm

Seit er am Sonntag bei den Landtagswahlen für die Österreichische Volkspartei in Salzburg die absolute Mehrheit errang und den in der Wiener Regierung zusammenarbeitenden Sozialisten und Freiheitlichen schwere Verluste zufügte, ist der Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer in Österreich der Held des Tages. Der kleingewachsene, drahtig-schlanke Mann, der mit seinen Bergbauern ebenso ungezwungen zurecht kommt wie mit Festspielgästen aus der großen weiten Welt, läßt allerdings nichts von Siegestaumel oder gar Übermut spüren. Nachdem er die Sozialistische Partei dezimiert und ihr auch noch die sicher scheinende Mehrheit in der Festspielstadt entrissen hat, sagt der Landeshauptmann, er wolle bei den kommenden Parteienverhandlungen die Sozialisten keinesfalls überfordern. Er wolle vielmehr „maßvoll" und „moderat" sein. Gerade mit der nun errungenen absoluten Mehrheit wolle er auch den Geschlagenen – vor allem den aus der Landesregierung hinausgeflogenen Freiheitlichen (FPÖ) – die Zusammenarbeit anbieten.

Diese Haltung entspricht dem Salzburger Klima, das allem Radikalismus entgegensteht. Es zeigt sich hier aber auch, daß der Chef der Salzburger Landesregierung – nach den Regeln der Bundesrepublik wäre er Ministerpräsident – strategisch denken muß. Wenn es nämlich der Volkspartei gelingen sollte, den Salzburger Trend fortzusetzen (bei den bevorstehenden Arbeiterkammerwahlen und den Tiroler und Kärntener Landtagswahlen), dann könnte es zu einem Zerfall oder einer Spaltung der FPÖ, des kleinen Koalitionspartner der Sozialisten in der Wiener Bundesregierung, und damit zu einem Sturz des Kabinetts Sinowatz/Steger kommen. Haslauer hätte, wenn das so käme, in Salzburg eine Lawine losgetreten.



Lawine in Österreich? Landeshauptmann Haslauer FOTO BACHER

Der 1926 als Sohn eines Eisenbahners geborene promovierte Jurist, dessen Familie von einem Bergbauernhof stammt – er selber sagt, er sei in „bescheidenen Verhältnissen" aufgewachsen – verweist auf die Rolle des Landes Salzburg im gesamtösterreichischen Zusammenhang. Es sei das drittkleinste Bundesland, stehe aber in seiner wirtschaftlichen Entwicklung an der Spitze. Salzburg sei neben Wien die größte wirtschaftliche und kulturelle Aktivzone Österreichs. Es habe mit drei Prozent eine weit unter dem österreichischen Durchschnitt liegende Arbeitslosenrate; sein Regionalprodukt liege erheblich über dem österreichischen Brutto-Inlandsprodukt. „Sie können uns, was unsere Wirtschafts- und Sozialstruktur angeht, mit Baden-Württemberg vergleichen, nur sind wir natürlich viel kleiner", gibt sich Haslauer, der seit 1977 Landeshauptmann ist, bescheiden. Der Zufall wollte es, daß beide Länder am gleichen Tag wählten und das Ergebnis ähnlich ausfiel. Nur in einem Punkt unterschied sich das Resultat. Die Grünen konnten im Lande Haslauers keinen Erfolg erringen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE RUHR ZEITUNG

Zur Frage der Finanzumverteilung heißt es in dem Essener Blatt:

Die Bundesregierung würde sich selbst einen schlechten Dienst erweisen, würde sie im Sonnenschein des beginnenden Frühjahrs in Spendierlaune geraten. Die betroffenen Bürger, die mit ihren Opfern zur Sanierung der öffentlichen Haushalte beigetragen haben, würden das nicht verstehen. Hier soll bereits Geld verteilt werden, das es noch nicht gibt. Der Bundesfinanzminister weiß genau, daß eine Verbesserung des Familien-Lastenausgleichs erst 1986 möglich ist. Die Spendier-Kameraden in allen politischen Lagern tun aber so, als wären die Kassen wieder voll und als könnten sie im nächsten Jahr mit der Politik der Wahlgeschenke beginnen. Ihnen sei ins Stammbuch geschrieben, daß sie damit die notwendige Stabilitäts-Politik gefährden und dabei das größte Problem außer acht lassen, das uns alle mehr als andere bedrückt: Das Heer der Arbeitslosen, die große Zahl der jungen Leute, die vor verschlossenen Türen stehen.

WESTFALEN-BLATT

Die Bielefelder Zeitung kommentiert Äußerungen Farthmanns:

Viele Ärzte also betreiben angeblich eine „riskante Verschreibungspraxis"? Der Mann, der diese Diagnose stellt, ist vom Ressort her auch für Gesundheitsangelegenheiten zuständig und ist dennoch – aus der Sicht der von ihm in Verdacht Gebrachten – Laie im Ministerrang: der SPD-Professor Friedhelm Farthmann. Und genau dies war der Angriffspunkt für die Gegenattacke, wie sie gestern sogleich die Pharma-Industrie geritten hat. Der „Laie Farthmann" nämlich wird sich im Entrüstungssturm des empörten Berufsstandes der bundesdeutschen Mediziner daran messen lassen müssen, ob er sich unverhofft – urplötzlich im Besitz anscheinend beweiskräftigen Statistikmaterial – nicht zu einer sachlich unhaltbaren Pauschalschelte der Ärzteschaft hat hinreißen lassen. Womöglich haben ihm schlechte Ratgeber einen Schnellschuß eingebrockt? Andererseits: Im Publikum wächst Unbehagen angesichts der immer höheren Medikamenten-Flut. Deshalb ist nicht rüde Polemik, sondern sachliche Erwiderung auf Farthmanns Vorstoß geboten.

THE TIMES

Die britische Tageszeitung sieht im Ergebnis der türkischen Kommunalwahlen eine Bestätigung für die Rechtmäßigkeit der Regierung von Ministerpräsident Özal:

Die Behauptung, daß Ministerpräsident Özal und seine Partei keine gewählten Führer der Türkei seien, klingt nach den Kommunalwahlen vom vergangenen Wochenende nicht mehr überzeugend. Weiter bestehende Zweifel an der Legitimität des türkischen Parlaments müssen sich dagegen nunmehr auf die in Ankara offiziell vertretene Opposition konzentrieren. Denn da gibt es tatsächlich eine Anomalie: Die zwei im Parlament vertretenen Oppositionsparteien, die nahezu die Hälfte aller Sitze halten, repräsentieren auf der Basis der Kommunalwahlen weniger als 15 Prozent der Wähler.

El Salvadors Sieger der ersten Runde: Der Wähler

Mit Chavez Mena wären die Christdemokraten wohl besser gefahren / Von Manfred Neuber

Wer in El Salvador als neuer Präsident am 1. Juni die Interimsregierung ablösen wird, muß in einer Stichwahl entschieden werden. Bei den Präsidentschaftswahlen am Sonntag gab es, wie vorauszusehen war, noch keinen eindeutigen Gewinner. Dennoch gibt es einen Sieger der ersten Runde: den Wähler. Die Bürger ließen sich nicht von der Guerrilla einschüchtern, und sie ließen sich auch nicht durch organisatorische Mängel davon abhalten, ihrer Wahlpflicht nachzukommen.

Nach vier Jahren des Bürgerkrieges mit mehr als 45 000 Opfern wünscht das Fünf-Millionen-Volk nichts sehnlicher als inneren Frieden. Aber die Bereitschaft zur Verständigung bleibt auch zwischen El Salvadors nichtkommunistischen Parteien beklagenswert schwach.

Das liegt an der Zuspitzung des politischen Kampfes zu persönlichen Fehden. Der Christdemokrat José Napoelon Duarte, im ersten Durchgang erstplaciert, hält den rechten Rivalen Roberto d'Aubuisson für einen Faschisten, der seinerseits Duarte als verkappten Kommunisten hinstellt. Eine Alternative Duarte oder d'Aubuisson bei der Stichwahl, unabhängig vom gegenwärtigen Stimmenanteil, läßt noch jeden Ausgang offen. Denn das Wählerpotential des Dritten vom Sonntag, Francisco Guerrero von der Nationalen Versöhnungspartei, muß den Ausschlag geben – ohne daß eine Präferenz zu erkennen wäre.

Guerrero trat gewissermaßen als Regierungskandidat auf, und er wäre als Politiker der Mitte weiten Kreisen der Bevölkerung und den Vereinigten Staaten genehm gewesen, aber für einen Wahlerfolg fehlt ihm das Charisma der beiden anderen. Wer bietet ihm jetzt mehr für seine Unterstützung im entscheidenden Wahlgang? Vor diesem Dilemma hätte El Salvador nach Auffassung erfahrener Beobachter nicht stehen müssen, wenn die Christlichen Demokraten mit einem anderen Präsidentschaftsbewerber aufgetreten wären. Dem jungen, brillanten Fidel Chavez Mena, Außenminister seines Landes, traut man zu, weitaus mehr Kräfte hinter der PDC zu integrieren, auch solche, die sich an Duarte stoßen.

Doch die populistische Führergestalt dieser Volkspartei, nach der Wahl 1972 vom Militär um den Sieg betrogen, mißhandelt und auf sieben Jahre ins Exil gezwungen, setzte sich hemdsärmelig durch – Duarte hätte wohl diesmal noch nicht ohne die Gefahr einer Parteispaltung übergangen werden können. Für die amerikanische Regierung, die mit dem Kongreß in Washington um die weitere Unterstützung für El Salvador ringt, stellt Duarte das kleinere Übel gegenüber d'Aubuisson dar. Der darf, als Drahtzieher der rechtsextremen „Todeskommandos" verdächtigt und mit den Morden an Erzbischof Romero und den vier amerikanischen Nonnen in Verbindung gebracht, nicht in die USA einreisen.

Sollte schließlich Duarte das Rennen machen, muß er die erste Zeit mit einem großen Handicap regieren. Die Verfassunggebende Versammlung, die seinen Widersacher d'Aubuisson zu ihrem Präsidenten wählte, bleibt als Parlament bis zu Neuwahlen im nächsten Jahr im Amt. Die Christdemokraten sind dort in der Minderheit.

Mit d'Aubuisson als Staatschef müßten sich die USA auf eine rein „militärische Lösung" des Guerrilla-Problems einlassen; dagegen schließt Duarte eine friedliche Regelung durch Verhandlungen nicht aus – wozu freilich zwei Seiten gehören, die wirklich verhandlungswillig sind. Ohne den amerikanischen Beistand kann keine Regierung El Salvadors auskommen. Deshalb ist d'Aubuissons antiamerikanischer Nationalismus nicht nur dumm, sondern gefährlich.

Die sogenannte Demokratische Revolutionäre Front, angeführt von Guillermo Ungo, einem Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationale, wird weiter versuchen, die Wahlen in El Salvador als Farce abzuqualifizieren. Als ihre Boykott-Aufrufe unbeachtet verhallten, war es mit der Waffenruhe zum 26. März vorbei, und ihr „militärischer Arm" raubte Wahlurnen und sprengte Stromleitungen.

Mit dem Vorschlag aus dem mexikanischen Exil, eine provisorische Regierung in San Salvador unter Beteiligung der Linken und unter Ausschluß der Partei d'Aubuissons zu bilden und „wirklich freie Wahlen" abzuhalten, hatte die FDR noch kürzlich ein Ablenkungsmanöver versucht. Andernfalls, so prophezeite sie, riskiere jeder Gewinner der Wahl, ohne die breite Basis der Linken bald vom Militär gestürzt zu werden.

Ungo und seine Sozialisten, die sich den marxistischen Comandantes überlegen glauben, haben die Beteiligung an der Macht mit dem erklärten Ziel vor Augen, die „bürgerliche Demokratie" dann auf kaltem Wege abzuschaffen. Wie so etwas abläuft, hat die Revolutionsjunta im Nachbarland Nicaragua vorexerziert. Trotz aller Mängel: Die Wahlen in El Salvador verdienen diese Bezeichnung, aber wohl kaum die für November in Nicaragua geplante Abstimmung in einem totalitären Staat.

„Dies ist für uns beide keine einfache Stunde"

Für General Kießling waren es zwei Tage der Genugtuung. Am Montag verabschiedete sich die Bundeswehr mit einem Großen Zapfenstreich. Dabei waren Minister Wörner und NATO-Oberbefehlshaber Rogers. Gestern war er Gast bei Bundespräsident Carstens. Was bleibt, ist „manche Bitterkeit".

Von RÜDIGER MONIAC

Seit dem 14. September des vergangenen Jahres, als General Kießling in seinem Hauptquartier der Anruf des Generalinspekteurs erreichte, er möge in einer dringenden persönlichen Sache sofort nach Bonn kommen, sind für ihn viele Wochen und Monate schlimmster Anfechtungen vergangen. Kießling ein Sicherheitsrisiko, und all das, was dahinter vermutet wurde? Jeder hat viel davon gehört, zu viel.

An diesem Montag abend, dem 26. März, erleben die Soldaten in der Kaserne von Neustadt, einem kleinen Ort in Hessen, der viel Mittelalter in die Gegenwart herüberrettete, einen *fast heiteren, jedenfalls gelassenen* General.

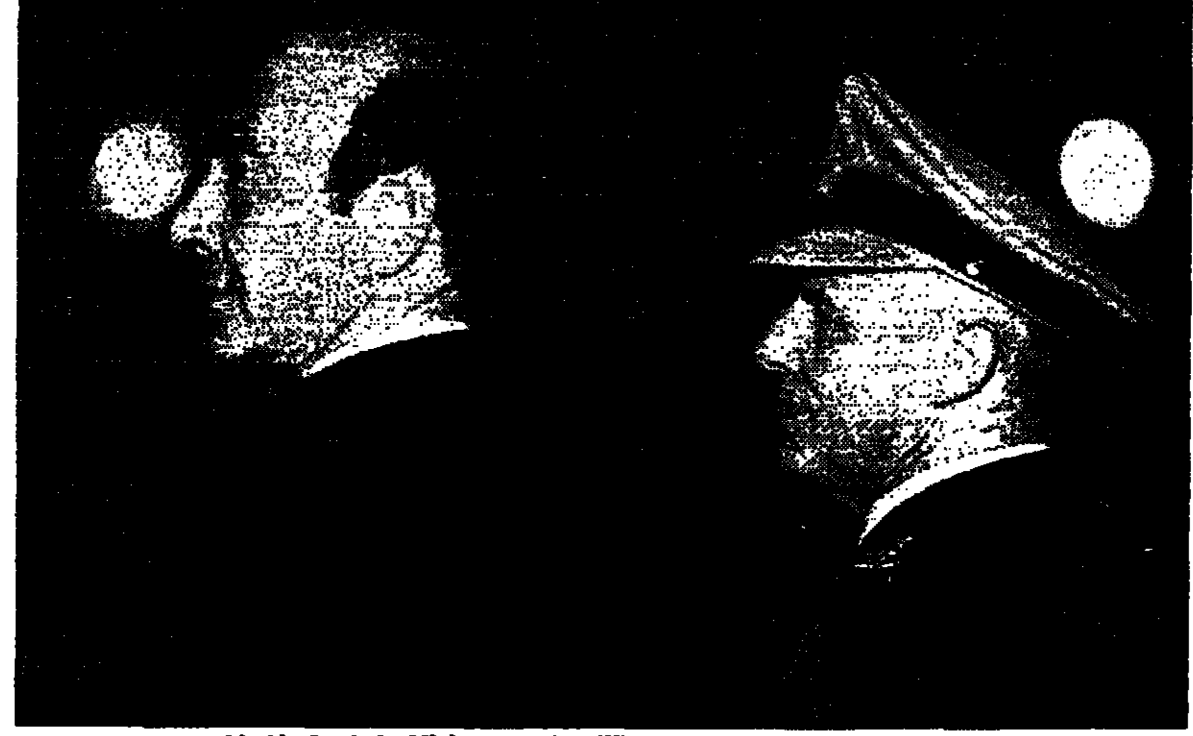
Kießling, so wirkte er, scheint schon auf dem Wege des Vergessens der tiefen Seelenwunden, die ihm der „Apparat" der Sicherheitsdienste und mit ihm der für sie verantwortliche Minister schlug.

Aber auch Wörner, der dieser MAD-Bürokratie bis hinauf zum Staatssekretär zu sehr vertraute, trug schwer unter dieser Last. Auch an ihm sind die letzten Monate nicht spurlos vorübergegangen.

Wörner hat alles akzeptiert, was der General sich von ihm für diesen Abschied von der Truppe erbeten hatte. Zuviel war es nicht: der Große Zapfenstreich an dem Ort, wo er vom April 1967 bis März 1969 das hier beheimatete Panzergrenadierbataillon 142 (damals trug es die Nummer 62) geführt hatte; ein Treffen mit alten Freunden und Bekannten aus den vielen Jahren eines langen Soldatenlebens; schließlich die Rede des Oberbefehlshabers der Bundeswehr in Friedenszeiten, die, wie sich das gehört, bei der Gelegenheit einer Generals-Zur-Ruhe-Setzung zu halten ist.

Der Kommandeur der Brigade 14, zu der Kießlings eigenes Bataillon gehört, hat, weil es sich zudem so einrichten ließ, für den General an diesem Tage noch eine ganz eigene Besonderheit arrangiert. Am Tage von Kießlings Großem Zapfenstreich beging das Bataillon, das das Eichenblatt im Wappen führt, auch feierlich den Wechsel seines Kommandeurs. Natürlich war der General der Ehrengast einer Zeremonie mit fast schon familiärem Charakter.

Zu dieser Veranstaltung kamen Gäste nur aus der näheren Umgebung. Als sie mittags mit dem General im kleinen Offiziersheim zum Umtrunk beisammenstanden, war kaum zu ahnen, wie schnell sich bis zum frühen Abend die Szene mit dem Geknatter von Hubschraubern und der Anfahrt einer andersgearteten Prominenz verändern würde.



Abschied im Dunkeln: Minister Manfred Wörner und General Günter Kießling. FOTO POLY PRESS

Nicht, daß Kießling den Nachmittag vor dem anstrengenden Abend zur Ruhe genutzt und sich zurückgezogen hätte. Im Gegenteil machte er mit bei der Generalprobe für den Großen Zapfenstreich. Wie die Truppe samt Musikkorps die Zeremonie auf dem weiten geteerten Platz übte, so tat es auch der General. Er ließ es nicht zu, daß ihn bei der Probe ein anderer vertrat. *Er tat es freilich nur* an diesem Nachmittag, die jungen Soldaten hielt die Vorbereitung auf den Zapfenstreich volle vierzehn Tage von ihrer normalen Ausbildung ab. Mancher von ihnen fragte, ob nicht zu viel Zeit verschwendet werde.

Während der Anfahrt der Gäste durch das Haupttor der Kaserne zieht – weit entfernt – durch den kleinen Ort eine Marschsäule von rund 200 Anti-NATO-Protestlern. Aus Marburg sind sie zumeist angereist, wo der Humus der Universität solchen „Alternativen" noch immer eine Menge Nahrung gibt.

Von der Demonstration hört und sieht man in der Kaserne nichts. Die Abschirmung der Polizei ist perfekt. Derweil steht Kießling gemeinsam mit dem „Oberbefehlshaber", dem Minister Wörner, in der einfachen Mannschaftskantine unter dem grünen Wappenblatt „seines" Bataillons und begrüßt die Ehrengäste. Allen voran US-General Rogers mit seiner Frau Ann. Ihrem herzlichen Charme gelingt es, viel von dem Eis zu brechen, das sich zwischen Wörner und *Kießling noch auftürmt.* Spontan deutet sie beim Minister einen Wangenkuß an, bei Kießling aber derer gleich zwei: einen links und einen rechts. Das Lachen hilft die Spannung lösen. Die meisten Gäste wissen nicht, daß sich Wörner und Kießling vorher schon fast eine Stunde lang unter vier Augen ausgesprochen haben, und sie vereinbarten, ihr Gespräch am Tage darauf im Büro des Ministers in Bonn fortzusetzen.

Auch Wörners Amtsvorgänger Hans Apel ist gekommen; vom Verteidigungsausschuß des Parlaments sein Vorsitzender Biehle von der CSU, die SPD-Abgeordneten Horn und Kolbow sowie Uwe Ronneburger von der FDP-Fraktion. Sie alle haben wesentlich durch ihre Arbeit im Untersuchungsausschuß dazu beigetragen, diese in der deutschen Militärgeschichte einmalige schimpfliche Pensionierung und ehrenvolle Reaktivierung eines Spitzengenerals innerhalb weniger Wochen in ihren Hintergründen aufzuhellen.

Als Wörner zu seiner Rede zu Kießlings Abschied anhebt, ist die Spannung im Saal groß. Man lauscht fast *atemlos und hört einen Minister*, der mit belegter Stimme sagt: „Dies ist für uns beide keine einfache Stunde. Sie ist vor Mißdeutung nicht gefeit. Dennoch entspricht dieser zu Ihrem Abschied gegebene Große Zapfenstreich nicht nur der guten Ordnung und Ihrem berechtigten Wunsch, sondern er bedeutet die verdiente Anerkennung Ihrer Leistungen als Soldat und Offizier im Dienst der Bundesrepublik Deutschland." Wörner gibt einen kurzen Abriß von Kießlings Sol*datenleben und erwähnt dann drei* Eigenschaften, „die ich im Laufe unserer Bekanntschaft an Ihnen besonders schätzen gelernt habe", Kießlings vorbildliche Pflichtauffassung, seinen für Tradition ausgeprägten Sinn und „Ihr festes Eintreten für das Atlantische Bündnis". Zum Schluß der kurzen Rede spricht der Minister von den „schweren Kränkungen", die Kießling habe hinnehmen müssen. Er bedaure das zutiefst, fügt er hinzu und den Wunsch, es möge zwischen *ihnen eines Tages wieder jenes* menschliche Einvernehmen entstehen, das „unsere Bekanntschaft so lange geprägt hat".

Kießling mischt seinen Dank an Wörner mit dem jedem verständlichen Hinweis an „manche Bitterkeit", die er erlitten habe. Nobel beläßt er es dabei. Draußen brennen schon die Fackeln für seinen Großen Zapfenstreich.

Als der Profos mit dem Stock den Zapfen strich

Die Tradition, einen verdienten Soldaten mit einem Großen Zapfenstreich zu verabschieden, wurzelt im militärischen Brauch des angehenden 19. Jahrhunderts. Bevor damals für die Truppe im Feldlager die Nachtruhe begann, ging der Profos, der Wachhabende, mit einigen Spielleutendurch die Schenken und strich mit dem Stock über den Zapfen des Fasses – für den Wirt das Zeichen, den Ausschank zu beenden. Danach war es üblich, am Tor bei der Wache noch ein Abendlied zu spielen.

Der Preußische König Friedrich Wilhelm III. beobachtete dies während der Freiheitskriege gegen Napoleon bei den verbündeten Russen und verfügte am 10. August 1813: „Daß die Wachen von jetzt an, wenn Reveille oder Zapfenstreich geschlagen wird, ins Gewehr treten, sodann dasGewehr präsentieren, wieder schultern und abnehmen und, ihn mit beiden Händen vor dem Gesicht haltend, ein stilles Gebet, etwa ein Vaterunser lang, verrichten sollen."

Solche verschiedenen Zapfenstreich-Stücke von Fußtruppen und berittenen Truppen wurden später zusammengefaßt und gemeinsam mit dem Gebet in die noch heute gebräuchliche Form des Großen Zapfenstreichs gegossen. Das tat Wilhelm Wieprecht, der Direktor aller Musikkorps des Preußischen Gardekorps. Seitdem lautet die Musikfolge: Locken zum Zapfenstreich, Zapfenstreich, drei Stücke zum Gebet, Gebet „Ich bete an die Macht der Liebe" von Bortnianski, Abschlagen nach dem Gebet, Ruf nach dem Gebet. Nach 1918 kam als Abschluß die Nationalhymne hinzu.

Als Stücke der Retraite, die sich der zu Verabschiedende aussuchen kann, wählte General Kießling den Petersburger Marsch als Dank an seinen Vater, das Marburger Jägerlied als Zeichen für seine Verbundenheit mit seinem Bataillon und der Bundeswehr sowie die Weise „Ich hab' mich ergeben mit Herz und mit Hand. Mein Lieb', mein Treu, mein Leben, mein deutsches Vaterland." Der Text verdeutlicht, was Kießling damit ausdrücken wollte. rmc

Mitterrand findet in USA Frankreichs Zukunft

Nach seinen Gesprächen in Washington reist Frankreichs Präsident Mitterrand durch die amerikanische Provinz. Im Mekka der Computer-Industrie, dem „Silicon Valley" in Kalifornien, lernt er die Vorteile des privaten Engagements kennen.

Von A. GRAF KAGENECK

François Mitterrand sitzt in einem Betonschuppen und drückt angestrengt die Kopfhörer an beide Ohren. Der Schuppen steht auf dem Gelände der Stanford-University in Kalifornien und ist das künftige Zentrum für integrierte Systeme (CIS), mit dem sich die USA, neben anderen Forschungszentren verstreut über den Kontinent, vor den Japanern und Europäern an die Spitze der dritten industriellen Revolution setzen wollen.

Um Mitterrand herum sitzen die gescheitesten Köpfe dieser Elite-Universität: Rektor Donald Kennedy, sein Stellvertreter John A. Young, der Nobelpreisträger und Bio-Chemiker Paul Berg, Edward Feigenbaum, Autor von „Die Fünfte Generation" und Computer-Wissenschaftler, David Morgenthaler, Gerald Lieberman, James Meindl, Gene Amdahl. Alle sind Forscher, Spezialisten der Datenverarbeitung, der Technologie der integrierten Systeme. Es sind Leute, die sich schon über das dritte Jahrtausend beugen. Sie sind beileibe keine abstrakten Professoren, sondern Männer aus der Spitzenindustrie der USA. Bei manchen verraten die Namen ihre Herkunft; sie sind Söhne deutscher Emigranten.

Mitterrand ist nicht allein gekommen. Er hat einen wohl gewählten Strauß von französischen Wissenschaftlern mitgebracht, die auch nicht gerade von vorgestern sind, die aber nicht über die phänomenalen Mengen an Wagnis-Kapital verfügen, mit denen ihre amerikanischen Kollegen arbeiten können. Manche haben übrigens dem dirigistischen, zentralistischen Frankreich schon lange den Rücken gekehrt und sich hier in „Silicon Valley" niedergelassen, wo die Ergebnisse der Forscher von Stanford in der Technologie, Biotechnologie und Elektronik unmittelbar industriell in über 1400 Betrieben angewandt werden. Die Berater Mitterrands aus dem Elysee, Jacques Attali und Jacques Lanzmann, Jacques Stern von Honeywell-Bull und Abel Farous, sein wissenschaftlicher Sonderbotschafter hier in Kalifornien, sitzen um ihren Präsidenten herum. Man diskutiert eine Stunde lang darüber, was der eine vom anderen lernen kann.

Mitterrand ist fasziniert von dieser amerikanischen Erfolgsstory, die sich seinen Augen bietet. Hier nämlich hat sich ein Traum verwirklicht, dem der Sozialist und Philosoph im Elysee-Palais seit langem anhängt: die äußerst fruchtbare Symbiose von Forschung, Universität und Industrie aus der ein Industriestaat schlechterdings lebt: Fortschritt, wirtschaftlicher Aufschwung und Eroberung der Weltmärkte von morgen. Daß diese Symbiose nur lebensfähig ist, wenn sie ständig von Kapital berieselt wird, wird ihm hier von den besten Spezialisten der „Venture Capital"-Finanzierung vor Augen geführt. Hier wird mit einem Wagnis-Kapital von 50 bis 60 Milliarden Dollar gearbeitet, das ist ein Drittel des *Gesamtaufkommens* solcher Risiko-Gelder in den USA. Das Geld kommt vorwiegend aus der Industrie und von privaten Banken.

Da muß der Präsident seinen Sozialismus zu Hause lassen. Mitterrand versucht schwach anzumerken, daß man in Frankreich in solchen Fällen den Staat einschaltet, der der verstaatlichen Industrie den „Elan" vermitteln muß. „Ohne den Staat geht bei uns nichts", gibt er bescheiden zu. Später gesteht er ein, daß die Ideologie in Frankreich nicht *immer konform* geht mit der technologischen Revolution, daß sie aber „kein Hindernis" sein dürfe. Man werde sich in Frankreich vom amerikanischen Beispiel inspirieren lassen. Der junge Steven P. Jobs, Vorstand von Apple Computer, nimmt kein Blatt vor den Mund. „Wenn wir in Europa investieren, gehen wir nach England oder Deutschland. In Frankreich gibt es viel zu viele administrative Hindernisse." Man sieht dem Gast an, daß ihn das trifft.

Mitterrand will wissen, was man denn schon praktisch erreicht habe. James Meindl, ein Professor für Electrical Engineering, liefert ein Beispiel: „Wir haben hier Hörapparate für Taube entwickelt. Vor 12 Jahren, als *wir anfingen, hatten unsere Dinger* 2000 Transistor-Mikroprozessoren. Heute bauen wir 450 000 ein. Am Ende des Jahrhunderts werden sie eine Milliarde sein."

Mitterrand reagiert nachdenklich: „Ohne ein Forscher zu sein, sehe ich, daß wir mitten in der Revolution sind. Das ist frappierend, das ist sehr ansprechend für den Geist." Auf seine Frage, wie sich denn eine computerisierte Welt auf den Arbeitsmarkt auswirken werde, findet der französische Präsident *auch bei den Amerikanern in Kalifornien keine Antwort.*

Rektor Kennedy gibt zu, daß Prognosen riskant sind, daß man aber in den USA in den letzten Jahren immerhin Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen habe. Mitterrand muß grimmig zugeben, daß Frankreich stark in Rückstand geraten ist, daß man diesen aber aufholen werde. Da wisesn die französischen Journalisten, die ihn auf dieser Reise begleiten und von einem Nebenzimmer aus der Debatte über den Bildschirm folgen, plötzlich, daß ihr Präsident nicht allein in die USA gereist ist, um Reagan zu treffen und mit ihm Routine-Fragen auf dem west-östlichen Diwan in Washington zu erörtern; nein, daß er sich hier in Kalifornien Rat und Mut holen will, die von ihm immer wieder beschworene „dritte industrielle Revolution" auch in Frankreich zu verwirklichen.

Das hat er auch am Morgen dem Gouverneur von Kalifornien im großen Auditorium der Berkeley University gesagt. Das hat er auch auf dem Flug hierher bei einem Stopp in Atlanta amerikanischen und französischen Industriellen versprochen, und das sagt er jetzt auch hier in Stanford. Es soll sein Lebensziel sein, ein Monument seiner Präsidentschaft, das Erbe, das er in Frankreich hinterlassen will. Daß er dazu die Methoden ändern und ideologischen Plunder über Bord werfen muß; daß dies einer gründlichen Revolution des französischen Zentralismus und Dirigismus bedarf, das alles ist ihm schon im Vorjahr in Japan aufgegangen. Hier hat sich sein Eindruck so verstärkt, daß er öffentlich Abhilfe schwört.

Kehrt nun ein gewandelter Mitterrand nach Frankreich zurück? Noch in den USA ließ Mitterrand seine Landsleute wissen, daß er ihnen mit seiner Reise eine „message" zukommen lassen wolle; eine Botschaft aus *einer anderen Welt.*



Gast und Gastgeber: François Mitterrand und Ronald Reagan FOTO: DIE WELT

Brandt: Europa muß sich auf sich besinnen

SPD-Forum / Nationale Gegenthesen von Professor Willms

PETER PHILIPPS, Bonn

Entsprechend dem Titel des SPD-Kulturforums „Selbstbehauptung Europas" beschäftigte sich der Parteivorsitzende Willy Brandt gestern im Foyer des Bonner Ollenhauer-Hauses mit der aktuellen Situation der Gemeinschaft, den in den vergangenen Jahrzehnten erreichten Verbesserungen und der nur in der Zukunft Europas liegenden Zukunft Deutschlands. Und er konstatierte, daß es „töricht für Westeuropa wäre, an der engen Zusammenarbeit mit den USA rütteln zu wollen".

Wie ein roter Faden zog sich durch Brandts fast einstündige Rede seine These, daß „die Konturen der europäischen Geschichte und Kultur wieder deutlicher werden", die europäischen Staaten in West und Ost sich wieder stärker ihres „kulturellen Erbes" bewußt würden. Aber Europa sei dabei, „sich auf sich selbst zu besinnen". Man müsse prüfen, in welchem Rahmen man nun auch die Fragen einer europäischen Sicherheitspolitik erörtern wolle, wobei schon in der KSZE-Konferenz von Helsinki deutlich geworden sei, daß dies nur „unter Einbeziehung der beiden Großmächte" möglich und sinnvoll sei. Die Ost-West-Zusammenarbeit, so der SPD-Vorsitzende, biete keine Gewähr für Sicherheit, aber sie könne „Belastungen abfedern".

Bild eines Reliefs

Auf jeden Fall, so variierte Brandt ein Thema, das er bereits einmal in einem WELT-Interview angesprochen hatte, nehme auch bei den Führern in Moskau daß Gefühl zu, daß es in den Staaten zwischen Deutschland und der Sowjetunion – auch was die militärische Präsenz der Sowjets angehe – nicht so bleiben könne, wie es seit Ende des Zweiten Weltkriegs ist. Die europäische Landkarte, die am Ende des Weltkriegs flach wie die Landkarten an der Schultafel gewesen sei, biete heute schon wieder das Bild eines Reliefs.

Der SPD-Vorsitzende sagte, daß er Bundeskanzler Helmut Kohl immer wieder zu ermutigen versuche, „daß nicht bei jeder Geschichte, bei der die Amerikaner nein sagen, die Europäer dies auch tun müssen". Man müsse an der „sicherheitspolitischen Eigenverantwortung Europas weiterarbeiten, um auf diese Weise das atlantische Bündnis stärker zu fundieren". Es sei interessant, daß sich die Europäer in diesem Zusammenhang inzwischen wieder stärker der WEU erinnerten, „die ja anders als die NATO eine automatische Beistandsverpflichtung enthält".

Zu einem Furiosum wurde das anschließende Referat des Bochumer Politikwissenschaftlers und Philosophen Bernard Willms, das er mit „Nationale Gegenthesen" überschrieben hatte. Um Europäer zu sein, so der Wissenschaftler gleich zu Beginn, „müssen wir uns erst einmal als Deutsche begreifen". Die Integration des westlichen Europas sei eine „Illusion" gewesen, eine „historische Torheit", die gescheitert sei.

Bewußtsein für Nation

Die „Idee der Nation" sei der eigentliche Beitrag Europas zur Geschichte gewesen. Es gelte, gerade für die Deutschen, die „Idee der freien Nation" hochzuhalten und sich nicht durch das „pseudokritische Verdummungssystem" beirren zu lassen, das eine direkte Linie von Nation über Nationalismus bis zu Hitler und den Konzentrationslagern ziehe.

Es sei kein Wunder gewesen, so Willms, daß die „Politik der Nationenvergessenheit die Herzen der Jugend verloren" habe. Das Bewußtsein für die Nation wachse im westlichen wie im östlichen Teil Deutschlands. Es sei auch ein demagogischer Kunstgriff gewesen, einen Gegensatz von Einheit und Freiheit zu konstruieren: „Es gibt keine Freiheit ohne Einheit." In Anlehnung an eine Fichte-Wort forderte Willms die Deutschen dazu auf: „Seid nationalbewußt, ihr Deutschen, euren Regierungen wird nichts anderes übrig bleiben, als nationale Politik zu machen."

In Gegenwart des intensiv zuhörenden Willy Brandt erteilte der Bochumer Professor der „neuen Ostpolitik" eine deutliche Absage, weil sie nicht auf Rechtsansprüchen beharrt habe, sondern Realitäten anerkannt habe. Die Deutschen seien gegenwärtig, seit 1945, in einer „extremen Situation der Fremdbestimmung" durch die Großmächte. Dennoch bleibe der „Kampf um die Einheit der Nation die Bestimmung der deutschen Nation".

Leistung schätzt Hans Schwier höher ein als Ideologie

Selbstbewußt gibt der Girgensohn-Nachfolger linken Genossen und GEW Paroli

Von WILM HERLYN

Im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen, das lange Zeit eher von übereifrigen schulischen Reformen von sich reden machte, wird das Abitur wieder schwerer: Kernfächer bleiben bis zur Reifeprüfung Pflicht und ein Ausweichen auf „leichtere" Fächerkombinationen wird unmöglich gemacht. Mit diesem Vorstoß von Kultusminister Hans Schwier, das Zeugnis quasi den Schülern nicht mehr lediglich als Bestätigung des Schulbesuchs der gymnasialen Oberstufe in die Hand zu drücken, sondern vor allem wieder als Leistungsnachweis anzuerkennen, fand die Zustimmung aller Parteien.



Kultusminister Hans Schwier

Schwier vollzog damit die Auflage des Düsseldorfer Landtages, der einstimmig im vergangenen September die „behutsame Weiterentwicklung der Sekundarstufe II" gefordert hatte. Dabei sollte vor allem Deutsch wieder erstes Leistungsfach sein können und zwei der drei Fächer Deutsch, Mathematik und eine Fremdsprache bis zum Ende des 13. Schuljahres Pflicht sein.

In den wenigen Wochen seiner Amtszeit muß sich Hans Schwier wie Herkules vorgekommen sein: Er mistet das Ministerium und dessen Erlasse aus wie weiland der griechische Halbgott den Augiasstall. Zwar murren die linken Genossen, sind sie es doch aus der Ära des gutwilligen Schwier-Vorgänger Jürgen Girgensohn gewöhnt, daß ihre Vorstellungen und Ideen fast augenblicklich auch den ministeriellen Segen erhielten. Doch Schwier läßt sich davon kaum beeindrucken: Kaum hatte er im vergangenen Herbst den Platz von Girgensohn eingenommen, stoppte er die umstrittene Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Sekundarstufe II, die nach Meinung von Experten zu einem Leistungsabfall geführt hätte. Vor der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) erklärte er wenig später mutig, Leistung sei wieder gefragt und nicht Ideologie. Und als er gar noch die Stirn hatte zu sagen: „Eine 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für Lehrer halte ich für illusorisch", da pfiffen und buhten die 460 GEW-Delegierten ihn im vergangenen Monat in Hagen anhaltend aus. „Schulpolitische Grabenkämpfe"



Vorgänger: Jürgen Girgensohn

verabscheut der Ex-Schulrat und unter seiner Leitung werde das Kultusministerium „weder zum Politbüro für die GEW noch für den Philologenverband". Erst in der vergangenen Woche gab er die Einstellung der umstrittenen, allzu einseitig auf die SPD ausgerichteten Schulpostille „S wie Schule" bekannt.

Nun tut dies alles Schwier nicht, um damit den Schulpolitikern der Union einen Gefallen zu tun und die lästigen Kritiker loszuwerden. Auch er sieht auf den 30. September und auf den 12. Mai 1985 – die Fixpunkte nordrhein-westfälischen Denkens und Handelns: Kommunalwahlen und Landtagswahlen. Da heißt es, die Stolpersteine aus dem Weg zu räumen, die von dem vom Bürger abgewehrten Koop-Versuch bishin zur ungeliebten Gesamtschule die Wege der SPD-Schulpolitik pflastern. Vor allem aber ist Schwier Praktiker und Realist. Er befürchtet – zu Recht – einen Leistungsabfall der Oberstufenschüler, die im Vergleich mit den Absolventen in Gymnasien anderer Bundesländer nicht mehr Schritt halten könnten.

Sein Konzept: Künftig – und zwar schon von August dieses Jahres an – müssen alle Gymnasiasten bis zum Abitur zwei Fächer aus der Fächergruppe Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen belegen, davon eines als Prüfungsfach. Nur noch eines – bisher zwei – dieser Fächer kann also bis zum Ende der Jahrgangsstufe 12 abgewählt werden. Über diese zwei Pflichtfächer aus den Bereichen Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen hinaus müssen bis zum Ende der Jahrgangsstufe 13 ein gesellschaftswissenschaftliches Fach und eine Naturwissenschaft belegt werden. Dazu kommen wie bisher Pflichtkurse in künstlerischen Fächern, Religion, Sport, Geschichte und Philosophie. Im ersten Halbjahr der 11. Jahrgangsstufe an der gymnasialen Oberstufe muß künftig neben Mathematik und einer Naturwissenschaft eine zweite Naturwissenschaft oder Informatik oder Technik gewählt werden. Ebenfalls neu hinzu kommen Pflichtkurse in Kunst und Musik.

Außerdem werden die Mindestbedingungen der Aufgabenfelder im mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Bereich erhöht – für Schwier „unabdingbar in einer Zeit, die wie kaum eine andere vom technischen Fortschritt geprägt ist".

Den ersten Applaus erhielt Schwier vom Philologenverband. Dessen Vorsitzender Peter Heesen sagte, die „stärkere Pflichtbindung in den gymnasialen Kernfächern ist ein Schritt in die richtige Richtung".

Streit gibt es jetzt nur noch um den Standort des Faches Deutsch. Schwier sprach sich eindeutig dafür aus, Deutsch nicht mehr abwählen lassen zu dürfen. Darum forderte der Schulausschuß den Kultusminister auf, bei der Kultusministerkonferenz auf einen einheitlichen Beschluß hinzuwirken, daß Deutsch erstes Leistungsfach sein müsse.

GdP fordert 50 000 neue Polizeibeamte

Starkes Ansteigen der organisierten Kriminalität registriert

EVI KEIL, Bonn

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei(GdP), Günter Schröder, hat gefordert, die Polizei in der Bundesrepublik in den nächsten Jahren um 50.000 Mann zu verstärken. Die 180.000 Polizisten, die es zur Zeit im gesamten Lande gibt, leisten nach seinen Angaben jährlich zehn Millionen Überstunden. Gleichzeitig sehen sie sich einer Kriminalitätsrate gegenüber, die sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt hat. Schröder in einem Gespräch mit der WELT: „Wenn die Polizei, weil in den Haushalten gespart wird, nicht Verstärkung erhält, wird man Arbeit liegen lassen und sich nur noch ganz bestimmten Delikten widmen."

Die „organisierte Kriminalität" gehört nach Schröder zu den Bereichen, die in den letzten Jahren zu wenig registriert, aber stark gestiegen ist. „1984 werden wir das erste Mal den gesamten Sektor von Wirtschaftskriminalität statistisch besonders auswerten. Wir wissen, daß sich auf dem Sektor der organisierten Kriminalität mit einem Schaden von 135 Milliarden Mark pro Jahr einiges tut." Staatssekretär Siegfried Fröhlich, so Schröder, habe kürzlich bei einer Tagung im Bundeskriminalamt in Wiesbaden sogar eine Zahl von 150 Milliarden Mark Schaden pro Jahr genannt.

Umschlagplatz Amsterdam

Zur „organisierten Kriminalität" zählt Schröder den Konkursbetrug, aber auch den Schaden, der durch schätzungsweise 300.000 bis 500.000 Leiharbeiter volkswirtschaftlich angerichtet wird, die durch Auftraggeber speziell in Holland und England nach Deutschland vermittelt werden. Für diese Leiharbeiter, zum Beispiel Pakistani, werden keine Sozialbeiträge gezahlt, so daß der Mittelstand in der Bundesrepublik, der zu normalen Bedingungen arbeitet, immer häufiger bei Ausschreibungen benachteiligt wird.

Immer stärkere Sorgen machen der Polizei nach Mafia-Methoden organisierte Diebstähle. „Ganze Lastwagenzüge, etwa wenn im Frühling die Erdbeeren transportiert werden, verschwinden, ebenso werden weiterhin bestimmte Automarken gestohlen, Pelze in größter Stückzahl, wobei die Auftraggeber sogar die Konfektionsgrößen angeben."

Auf die Frage, inwieweit ausländische Jugendliche, Asylanten und Gastarbeiter zu Straftaten besonders neigen, sagte Günter Schröder, bei der organisierten Kriminalität im Bereich des Drogenhandels seien natürlich Bürger aus Ländern, die einliefern, die Türkei, oder der Umschlagplatz Italien, stark engagiert. Die intensive Fahndung der Polizei in den letzten Jahren, speziell im Frankfurter Raum, habe inzwischen dazu geführt, daß sich der Umschlagplatz wieder stärker nach Amsterdam verlagert hat.

„Gefährliche Lage"

Besorgt sehe man aber auch auf die zweite und dritte Generation ausländischer Jugendlicher in der Bundesrepublik. „Sie sind in einer sehr gefährlichen Lage. Diese Kinder sind durch die Sprache, durch Sitten und Gebräuche, die sie hier annehmen, häufig ihrem Elternhaus entwachsen, verlieren an Halt. Zu diesen Spannungen kommen Jugendarbeitslosigkeit allgemein und mangelnde Bildung bei dieser Gruppe Jugendlicher." Insgesamt hat in der Bundesrepublik, so Günter Schröder, die Kriminalität von Kindern in erschreckendem Maße zugenommen.

Zu den Forderungen von Schröder gehört, die Polizei, die in den letzten Jahren stark in Spezialaufgaben gebunden war, bei Terrorismus, bei Großeinsätzen wie in Kalkar und bei der Startbahn West, wie es jetzt in einigen Bundesländern schon üblich ist, „ wieder stärker an den Bürger zu binden". Eine Kommission, die seine Gewerkschaft gebildet hat, wird, sagt er, in Nordrhein-Westfalen noch im April eine Studie vorstellen, in der Vorschläge erarbeitet werden, wie die Polizei, möglichst zu Fuß, wieder mehr Präsenz zeigen kann. Seine Forderung nach 50.000 weiteren Polizisten in der Bundesrepublik verbindet Schröder mit der Forderung der 35-Stunden-Woche für jene Beamte, die Schichtdienst haben, und der Pensionierung aller Polizeibeamten mit 55 Jahren. So würden auch wieder mehr Arbeitsplätze geschaffen.

Den Einsatz von Privatpolizei lehnt Günter Schröder ab: „Den 180.000 Polizisten stehen in der Bundesrepublik bereits 100.000 private Sicherheitskräfte gegenüber.

Kassen wollen die Beiträge erhöhen

„Beschleunigte Kostenentwicklung im Medizinbetrieb gefährdet Beitragsstabilität"

PETER JENTSCH, Bonn

Die Krankenkassen wollen den Beitragszahlern wieder tiefer in die Taschen greifen. Am Vortag der heute in Bonn tagenden Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen erklärten die Spitzeverbände der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), die „beschleunigte Kostenentwicklung im Medizinbetrieb gefährdet ernsthaft die Beitragssatzstabilität". Der durchschnittliche Beitragssatz der Krankenkassen, der 1983 um etwa ein halbes Prozent auf durchschnittlich 11,4 Prozent gesenkt werden konnte, würde damit wieder die Zwölf-Prozent-Marge überschreiten. Der Spielraum zur Finanzierung der Rentenversicherung würde für Bundesarbeitsminister Norbert Blüm dadurch erheblich eingeschränkt.

Der Vorsitzende des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen, Willi Heitzer, sieht die Gefahr für die Beitragsstabilität im Trend der Ausgabenentwicklung. Zwar lagen 1983 die Ausgaben der Krankenversicherung mit einem Zuwachs von 3,2 Prozent auf insgesamt 95,5 Milliarden Mark noch unter der Grundlohnentwicklung mit 3,7 Prozent Steigerung. Doch übers Jahr gesehen, stiegen die Ausgaben um 1,1 Prozent im ersten Quartal, 2,3 Prozent im zweiten, 4,2 im dritten auf 5,4 Prozent im vierten Quartal. Ohne diverse Selbstbeteiligungen der Patienten (z. B. Rezeptgebühr, Negativliste) hätte die Steigerung im letzten Quartal sogar bei 6,2 Prozent gelegen.

Neben diesem Trend, so Heitzer, werde die Beitragsstabilität zusätzlich durch einen geringeren Finanzierungsspielraum gefährdet, etwa infolge möglicher Arbeitszeitverkürzungen oder niedriger Tarifvertragsabschlüsse.

Die GKV-Spitzenverbände, die Orts-, Betriebs-, Innungs-, Landwirtschaftskassen sowie die Angestellten- und Arbeiter-Ersatzkassen, machten für die „besorgniserregende Kostenentwicklung in erster Linie die Arzneimittelausgaben und die Krankenhausaufwendungen" verantwortlich. Heitzer: „Die Arzneimittelausgaben lagen 1983 mit einer Steigerung von fünf Prozent je Mitglied erheblich über dem Grundlohnanstieg, und das, obwohl ab Januar 1983 die Verordnungsblattgebühr um ein Drittel angehoben und ab April Bagatellarzneimittel aus der Leistungspflicht herausgenommen wurden. Ohne diese Kostenverlagerungen hätte der Anstieg etwa acht Prozent betragen." Auch im Krankenhausbereich habe der Ausgabenzuwachs mit 4,5 Prozent erheblich über der Grundlohnentwicklung gelegen.

Bei der heutigen Konzertierten Aktion wollen die Kassen an Bund und Länder appellieren, die vorgesehene Novellierung der Krankenhausfinanzierung erfolgreich zu Ende zu bringen. Sollten die Länder die Möglichkeit vertraglicher Beziehungen zwischen Kassen und Kliniken ablehnen und 1,4 Milliarden Mark auf die Kassen verschieben, würde das die Beiträge unzumutbar belasten.

Der Pharmaindustrie drohten die Kassen mit dem Ruf nach dem Staat. Sollten die Verhandlungen zwischen dem Bundesverband der Pharmaindustrie und den Kassen nicht bis zum Herbst abgeschlossen sein, „ist die Schonfrist abgelaufen, dann fordern wir gesetzliche Schritte".

Unkorrekte Aussage Schmidts im Ausschuß?

Fragen der CDU an den früheren Bundeskanzler

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die CDU/CSU glaubt, den früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt bei einer halbrichtigen Aussage vor dem Flick-Untersuchungsausschuß ertappt zu haben: Schmidt hatte sich dort am 29. Februar erinnert, mit Konzern-Chef Friedrich Karl Flick „ein einziges Mal", am 25. Oktober 1979, zu einem Gespräch zusammengekommen zu sein. Flick dagegen sagte am Montag aus, es habe bereits ein Treffen im April 1976, „in der Woche vor Ostern", gegeben.

Das nahm Heinz Günther Hüsch (CDU) gestern zum Anlaß, Schmidt zu attackieren. In einer Erklärung fragte Hüsch: „Widersprüche oder Vergeßlichkeit bei Ex-Kanzler Schmidt?" Aufklärung soll eine zweite Befragung von Schmidt am 11. April bringen. Laut Flick war es im Frühjahr 1976 zu einer einstündigen Begegnung im alten Bundeskanzleramt gekommen. Mit dabei sei auch – „so weit ich mich erinnern kann" – der damalige Manager Max Paefgen gewesen. Man habe Schmidt über Investitionen aus dem Erlös des Anfang 1975 für rund zwei Millionen DM an die Deutsche Bank verkauften Daimler-Benz-Aktienpakets unterrichten wollen. Er habe sich „verpflichtet" gefühlt, ihn „nach einem fünfviertel Jahr mal zu informieren, was wir im wesentlichen vorhatten".

Dabei sei aber nicht über Steuervorteile oder Spenden gesprochen worden. In diesem Sinne hatte sich auch Schmidt zu der von ihm erwähnten Begegnung im Jahr 1979 geäußert. Er hatte jedoch vorher betont: „Mit der Ausnahme einer Presseerklärung vom Januar 1975 meiner Fraktion stütze ich mich ausschließlich auf mein Gedächtnis."

Hüsch stellt indirekt eine Verbindung zu einer Flick-Zahlung (angeblich eine Million DM) an die Friedrich-Ebert-Stiftung im Mai 1976 her: Im Februar dieses Jahres hätte der Konzern vier Steuerstundungsanträge gestellt, im April Flick den damaligen Kanzler getroffen, einen Monat später sei Geld geflossen und im Juni habe dann der frühere Bundesfinanzminister Hans Apel mit Flick in dessen Jagdhaus gesprochen. Im Sommer schließlich hätte Apel den Steueranträgen zugestimmt.

Schon am 29. Februar hatten sich Hüsch und Schmidt wegen eines von Flick geschenkten Armleuchters im Ausschuß scharf angegriffen.

Immer mehr Frauen in der Parteimiliz

gko. Berlin

Für die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse" in der „DDR" werden immer mehr Frauen rekrutiert. Nach „DDR"-internen Angaben sind es bereits 80 000 – fast ein Fünftel der Gesamtstärke von 500 000 Personen.

Im Unterschied zu den Aufbaujahren der Parteimiliz dienen Frauen nicht mehr nur als Sanitäterinnen oder im Verpflegungsdienst, sondern mit der Waffe.

Die vom SED-Zentralkomitee herausgegebene Monatszeitung „Der Kämpfer" zeigte jetzt Frauen bei Waffenausbildung und Funkbetrieb im Bezirk Leipzig. Das Blatt hebt hervor, daß sie gekonnt mit der Kalaschnikow umzugehen wissen. Auch für die Bezirke Magdeburg, Dresden, Gera und Suhl liegen Beweise vor, daß in verstärktem Maße Frauen für die Partei-Armee herangezogen werden. Außer propagandistischen Formeln hat die „DDR" bisher keine Gründe für diese Einstellung von Frauen in die zum Kampf mit der Waffe bestimmte SED-Truppe genannt. Westliche Beobachter verweisen in diesem Zusammenhang auf den gestiegenen Bedarf an Reservisten und den sich gleichzeitig abzeichnenden Rückgang an wehrpflichtigen Männern als Folge des „Pillenknicks".

Namibia will deutsche Hilfe nicht erst nach der Unabhängigkeit

Erwünscht sind Ausbildungsprojekte / Bonn besteht auf Klarheit über die Zukunft

BERNT CONRAD, **Windhuk**

Die Bundesrepublik Deutschland sollte nach übereinstimmender Ansicht der Interessengemeinschaft deutschsprachiger Südwester (IG), schwarzer Politiker in Windhuk und des südafrikanischen General-Administrators aufgrund ihrer „besonderen Verantwortung" mehr für Namibia tun. Gewünscht wird vor allem Ausbildungshilfe, die Südwestafrika gerade angesichts der jüngsten südafrikanisch-amerikanischen Friedensinitiativen den Weg in die Unabhängigkeit erleichtern soll.

Dabei beruft man sich in Windhuk darauf, daß die Bundesregierung sich erst vor drei Monaten in Beantwortung einer Großen Anfrage der SPD „aufgrund der deutschen kolonialen Vergangenheit" noch einmal ausdrücklich zur besonderen Verantwortung Bonns „für Namibia und alle seine Bürger" bekannt habe. „Weshalb sagt die Bundesregierung das, tut aber praktisch nichts dafür?" fragen deutschsprachige und andere Südwestafrikaner kritisch.

Der Bonner Afrika-Beauftragte Haas sage dazu vor kurzem in Windhuk: „Entwickungshilfe größeren Umfangs aus dem Titel des Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit kann nur aufgrund völkerrechtlicher Verträge von Staat zu Staat gegeben werden. Hier haben wir aber keinen Staat, sondern wir haben aus unserer Sicht und der Sicht der internationalen Gemeinschaft ein Land, Südwest/Namibia, das von Südafrika verwaltet wird und für das Südafrika die Verantwortung trägt." Haas fügte hinzu: „Investiert wird, wenn man weiß, wie es weitergeht, und nicht, wenn man nicht weiß, wie es weitergeht."

Der südafrikanische General-Administrator van Niekerk kommentierte das mit der ironischen Feststellung: „Wenn Bonn sagt, man werde nach der Unabhängigkeit helfen, dann ist das so, als ob jemand erst den Führerschein bekommt und dann Fahrstunden nimmt." Wer wie die Bundesrepublik daran interessiert sei, politisch am Unabhängigkeitsprozeß teilzunehmen, sollte ihn auch wirtschaftlich fördern, bemerkte Pretorias oberster Repräsentant in Namibia gegenüber deutschen Journalisten. „Ich kann nicht verstehen, daß das Bonner. Auswärtige Amt nicht erkennt, wie dringend dieses Land Hilfe braucht, vor allem Ausbildungshilfe."

Bonn müsse ja nicht mit ihm persönlich verhandeln, fuhr van Niekerk fort. Zum Beispiel könnte die Akademie in Windhuk gefördert werden. Auf diese Weise hätte Bonn nichts mit der Regierung zu tun, sondern mit einer neutralen Institution, die Leute für die Zeit nach der Unabhängigkeit ausbilde. Dabei könnten deutsche Stiftungen helfen. Doch bisher hätten solchen Projekten kleinliche Hindernisse im Weg gestanden. „Es ist wirklich niederschmetternd."

Ebenso urteilen deutschsprachige Südwester. „Die besondere Verantwortung Bonns müßte sich in konkreter Unterstützung, speziell bei der Ausbildung, niederschlagen. Das sollte nicht nur Deutschen oder anderen Weißen, sondern auch Schwarzen zugute kommen. Dann könnten wir den Schwarzen sagen: 'Da seht Ihr, die Deutschen kümmern sich um Euch. Es zahlt sich also aus, für den Westen zu sein.' Wenn Bonn erst nach der Unabhängigkeit helfen will, dann werden die Wahlen schon vorbei sein; dann können die demokratischen Kräfte nicht mehr von westlicher Solidarität profitieren", heißt es bei der deutschen Interessengemeinschaft.

Hinzu kommt, wie in Windhuk erläutert wird, daß die „DDR" außerhalb Südwestafrikas sehr aktiv die Ausbildung pro-kommunistischer Swapo-Guerrillas zu künftigen Namibia-Beamten betreibe. Dazu würden UNO-Mittel verwendet, von denen man sicher sein könne, daß einige auch aus Bonner UNO-Beiträgen stammten.

Vor einseitigen Begünstigungen der Deutschen in Namibia hat in diesem Zusammenhang der Chef der schwarzen South West African National Union (Swanu), Katjiuonga, gewarnt: Bonn sollte sich nicht bemühen, mit eventuellen Wahlgewinnern Vorteile für Deutsche auszuhandeln. Das wäre schrecklich für unser Streben nach einem einigen namibischen Volk. Deutschland sollte helfen, die deutsche Gemeinschaft und die anderen hier zusammenzubringen.

Katjiuonga kritisierte das Bemühen von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, bei Swapo-Chef Sam Nujoma um Verständnis für die Interessen der Deutschen in Südwestafrika zu werben und beide in engeren Kontakt zu bringen. Auf diese Weise ist es schon zu drei Begegnungen zwischen Vertretern der Swapo und der IG gekommen.

Kohl will sich für Portugal einsetzen

Co. **Bonn**

Als entschiedener Befürworter einer portugiesischen EG-Mitgliedschaft wird Bundeskanzler Helmut Kohl heute zu einem 24stündigen Besuch nach Lissabon fliegen. Er wird seinen Gesprächspartnern, vor allem Ministerpräsident Mario Soares und Staatspräsident Eanes, die Zusicherung geben, daß Bonn sich innerhalb der EG dafür einsetzen wird, daß die Beitrittsverhandlungen mit Portugal termingerecht zum 30. 9. diesen Jahres abgeschlossen werden. Damit wäre sichergestellt, daß Portugal und Spanien mit Wirkung vom 1. 1. 1986 EG-Mitglieder werden können.

Kohl ist sich nach Angaben aus Bonner Regierungskreisen darüber im klaren, daß Portugal, besonders im landwirtschaftlichen Bereich, erhebliche Hilfeleistungen braucht. Diese Hilfe aus Bonn wird sich allerdings an den deutschen Finanzrahmen halten müssen. Generell will der Kanzler in Lissabon darauf hinweisen, daß die Europäische Gemeinschaft trotz der gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht stagnieren dürfe. Wichtig sei, daß alle Partner am Ziel der europäischen Einigung festhielten.

Zu den weiteren Themen der Gespräche werden die Ost-West-Politik und die Lage der NATO gehören. Angesichts der ausgezeichneten Beziehungen sieht Kohl auch Chancen zur Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit. Der Kanzler wird heute um 16.30 Uhr in Lissabon eintreffen und bis morgen nachmittag vier Mal bei Gesprächsrunden und Essen mit Soares zusammenkommen. Es ist auch eine gemeinsame Pressekonferenz beider Politiker vorgesehen.

Duarte läßt an seinem Wahlsieg keinen Zweifel aufkommen

Er will Reformen statt Revolution für El Salvador / Vorsprung vor d'Aubuisson

W. THOMAS, **San Salvador**

Als der siegreiche Kandidat am Tag nach der Wahl in El Salvador im Hof des Parteihauptquartiers erschien, um sich einem Heer von Hunderten Journalisten zu stellen, skandierten seine Anhänger im Chor: „Viva presidente Duarte." José Napoleon Duarte, der ein grünes Sporthemd trug – grün ist die Farbe der Christdemokraten –, strahlte. Er küßte Frauen, umarmte Freunde und sagte: „Ich habe nie mit einem anderen Ergebnis gerechnet."

Zwar verliefen die Präsidentschaftswahlen chaotisch, aber sie ließen keinen Zweifel, wem die Mehrheit der Bevölkerung die Führung der Nation in den nächsten fünf Jahren anvertrauen möchte. Duarte liegt nach den letzten inoffiziellen Auszählungen weit vor seinem rechten Rivalen Roberto d'Aubuisson. Möglich, daß er sogar die 50 Prozent schafft.

Ob Stichwahl oder nicht: Dieser kleine Mann mit dem markanten Mestizengesicht übernimmt nun eine zentrale Rolle im mittelamerikanischen Drama. Auf Duarte lasten nicht nur die Hoffnungen von Millionen Landsleuten, die sich nach einem baldigen Frieden sehnen. Auch die Reagan-Regierung setzt auf ihn.

Duarte (57), ein gelernter Bauingenieur, repräsentiert eine aussterbende politische Rasse in dieser turbulenten Region: die demokratische Mitte. Er glaubt, daß soziale Reformen eine marxistische Revolution verhindern können. Er fordert eine größere Gerechtigkeit, die seiner Meinung nach durch gesetzlichen Druck erreicht werden muß. „Die Geschichte unseres Volkes ist eine Geschichte der Ungerechtigkeit und die einer geteilten Gesellschaft", sagt Duarte. „In der Kluft zwischen jenen, die viel haben, und jenen, die hungern, sehe ich die Ursache dieses Konfliktes."

Der hemdsärmelige Populist, der viele Probleme nach emotionalen und weniger nach intellektuellen oder pragmatischen Gesichtspunkten analysiert, ist eine so kontroverse Figur in El Salvador wie der frühere Geheimdienstmajor d'Aubuisson. Man haßt ihn oder man liebt ihn. Seine Persönlichkeit wirkt polarisierend.

Er wird geliebt in den Kreisen von der Mittelklasse abwärts. Typisch das pulsierende Arbeiterviertel Mejicanos in der Hauptstadt San Salvador, wo sich fast alle Gesprächspartner zu Duarte bekennen. Er wird gehaßt in den oberen Gesellschaftschichten. Typisch, was Juan Maldonado erklärt, der Präsident des Privatunternehmer-Verbandes: „Ich habe mehr Angst vor Duarte als vor den (linken) Terroristen."

Vermögende Salvadorianer wollen die zwei Jahre (1980 bis 1982) nicht vergessen, in denen Napoleon Duarte als Junta-Chef amtierte. Es war nicht nur eine Zeit der Reformen, das Land wurde verteilt, die Banken und der Außenhandel verstaatlicht. Es war auch eine Zeit der Mißwirtschaft. Duarte sieht heute selbst ein, daß der Privatsektor in den Entwicklungsprozeß integriert werden muß und nicht wie ein Gegner behandelt werden darf. „Wir haben damals Fehler gemacht", gesteht er, „das soll sich ändern."

Geändert hat sich bereits sein Verhältnis zu den Streitkräften. Der christdemokratische Führer ist 1972 nach seinem Sieg bei einer Präsidentschaftswahl von den Militärs festgenommen, gefoltert und schließlich ins Exil geschickt worden. Er unterhält gute Beziehungen zu Verteidigungsminister Carlos Eugenio Vides Casanova und Stabschef Adolfo Blandon, einem General und einem Oberst. Er gratulierte ihnen persönlich zu dem „vorbildlichen Einsatz" der Sicherheitskräfte am Wahlsonntag, dem er die „Unfähigkeit und Ineffizienz" der Wahlkommission gegenüberstellte. Niemand weiß aber, ob in der Frage der Guerrilla nicht doch gravierende Differenzen zwischen der Armeeführung und Duarte bestehen.

Duarte sieht keine militärische Lösung des Konfliktes mit der marxistischen Rebellenbewegung Farabundo Marti (FMLN). Er möchte den blutigen Krieg „so schnell wie möglich" beenden, der 45 000 Todesopfer in vier Jahren gefordert hat. Im Wahlkampf offerierte er einen „Dialog" mit der anderen Seite, vermied jedoch das Wort „Verhandlungen". Die andere Seite verlangt dagegen Verhandlungen, die zunächst zu einer Regierungsbeteiligung und später zu Wahlen führen sollen. Nicht nur Duarte lehnt solche „Maximalforderungen" ab, auch die Streitkräfte. Es gibt viele Vertreter des mittleren Offizierskorps, die glauben, daß ein militärischer Sieg möglich ist. (SAD)

Seite 2: Urnengang mit Hindernissen

Guinea verliert seinen Führer: Nächster Afrika-Gipfel gefährdet

Sekou Toure betrieb Schaukelpolitik und brach die Macht der Häuptlinge

MANFRED NEUBER, **Bonn**

„Wir ziehen Armut in Freiheit dem Reichtum in der Sklaverei vor!". Mit diesem stolzen Bekenntnis führte Ahmed Sekou Toure das westafrikanische Land Guinea im September 1958 in die Unabhängigkeit. Mehr als 25 Jahre hat er als Staats- und Parteichef in Conakry regiert. In der Nacht zum Dienstag starb er nach einer Herz-Operation in Cleveland (Ohio).

Der Präsident, der 62 Jahre alt wurde, hatte am Sonntag einen Herzanfall erlitten. Er wurde mit dem Privatflugzeug des saudiarabischen Königs Fahd von Conakry zur Behandlung in die USA geflogen. Nach seinem Tode herrscht eine 40tägige Staatstrauer in Guinea. Gemäß der Verfassung übernahm Ministerpräsident Lansana Beavogui zunächst die Amtsgeschäfte. Wer Nachfolger wird, gilt als offen.

Sekou Toure sollte auf dem nächsten Gipfeltreffen der Organisation für Afrikanische Einheit neuer OAU-Präsdient werden. Als Gastgeber ließ er Luxusvillen für ein „Gipfel-Dorf" bauen. Um ein Scheitern der Konferenz wegen des Westsahara-Streites zu vermeiden, flog er kürzlich nach Algerien und Marokko. Bei dem OAE-Treffen wollte Guinea selbst nach jahrelanger Isolation in die afrikanische Staatengemeinschaft zurückkehren.

Ein erster Schritt war die Teilnahme des Präsidenten am afrikanisch-französischenGipfelgespräch im vorigen Jahr in Vittel. Als Frankreich in den fünfziger Jahren sein Kolonialreich auflöste, forderte Sekou Toure als einziger Afrikaner die sofortige Selbständigkeit, während andere Ge



Ahmed Sekou Toure
FOTO: POLY-PRESS

biete sich vorläufig mit einer Teilautonomie in der „Communauté Française" begnügten.

Der Bruch mit Paris war abrupt. Die Franzosen stellten jegliche Unterstützung ein, und die Wirtschaft sowie die Versorgungseinrichtungen brachen zusammen. Guinea schlug einen Kurs der Selbstgenügsamkeit ein, wandte sich dann um Hilfe an den Ostblock und hielt die Hand im Westen auf. Sekou Toure verstand es, die Schaukelpolitik für sein Land zu nutzen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist einer der wichtigsten Handelspartner Guineas. Schon bald nach der Unabhängigkeit leistete Bonn dem westafrikanischen Staat Entwicklungshilfe. Als Conakry 1971 die „DDR" anerkannte, wurden die Beziehungen auf fünf Jahre abgebrochen. Im Jahre 1981 kam Sekou Toure in die Bundesrepublik.

Lange Zeit hindurch hatte er aus Furcht vor einem Staatsstreich sein Land nicht verlassen. Er wähnte überall Verschwörungen, und nach einer fehlgeschlagenen Invasion politischer Gegner 1970 geriet Guinea wegen der Verhaftungen und Hinrichtungen unter den afrikanischen Staaten ins Abseits.

Sekou Toure, ein Moslem, war stolz auf seine Abstammung von der Keita-Dynastie, die erbittert gegen die französische Kolonialherrschaft gekämpft hatte. Sein politischer Aufstieg begann 1948 als Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes in Guinea. Er gehörte der französischen Nationalversammlung an und war Bürgermeister von Conakry.

Im Gegensatz zu anderen Führern junger Nationen in Afrika verabscheute Sekou Toure,der Lenin-Preisträger und Träger des Großkreuzes der französischen Ehrenlegion war, zur Schau getragenen Reichtum, und er duldete auch keine Vetternwirtschaft.

Mit starker Hand verstand es der Präsident, der sich den Ehrentitel „Diener des Volkes" gab, die Macht der Häuptlinge zu brechen und einen zentralistischen Parteiapparat aufzubauen.

Gesetz zur Förderung der Beschäftigung vorgelegt

Änderung bei der betrieblichen Altersversorgung

GISELA REINERS, **Bonn**

Arbeitnehmer, die in einem Zeitraum von vier Wochen mehr als acht Überstunden leisten, sollen dafür während des darauffolgenden Jahres einen Ausgleich in Freizeit erhalten. Diese kann im Zusammenhang mit dem Jahresurlaub genommen werden. Die Überstundenzuschläge müssen vom Arbeitgeber sofort nach ihrer Leistung gezahlt werden. Das sieht das „Gesetz zur Förderung der Beschäftigung" vor, dessen Entwurf das Arbeitsministerium jetzt vorgelegt hat.

In einem weiteren Artikel des Gesetzes wird auch eine Änderung der betrieblichen Altersversorgung vorgenommen, die den Vorstellungen der Arbeitgeberverbände (BDA) und der Industrie (BDI) nur wenig entgegenkommt. Nach der Absicht von Bundesarbeitsminister Blüm (CDU) soll das Artikelgesetz die Interessen derjenigen berücksichtigen, die einen Arbeitsplatz suchen. Bestimmte Teile, z.B. die Zulassung von befristeten Arbeitsverträgen und die längere Arbeitnehmerüberlassung sollen, wie die Überstundenregelung nur für einen Übergangszeitraum bis zum 31. Dezember 1988 gelten.

Ursprünglich war geplant, den Freizeitausgleich für Überstunden innerhalb von drei bis sechs Monaten vorzusehen. Jetzt muß nach Blüms Plänen ein Arbeitnehmer unter Umständen bis zu einem Jahr warten, bis er seine Freizeit für geleistete Überstunden erhält. So erhält er zwar z.B. die Zuschlagszahlungen für Überstunden im Weihnachtsgeschäft mit der nächsten Abrechnung; den Freizeitausgleich erhält er aber erst zusammen mit den Betriebsferien im Herbst.

In der Gesetzesbegründung wird zwar der Vorrang von Tarifverträgen betont, doch soll die Neuregelung Abweichungen ermöglichen. So wird z.B. die Nachwirkung von Tarifverträgen bei Inkrafttreten des neuen Gesetzes aufgehoben. Läuft ein Tarifvertrag aus, wird er durch die neuen Vorschriften ersetzt.

Bei der Neuregelung der Betriebsrenten ist man von dem Plan abgegangen, die Einstandspflicht des Unternehmens aufzuheben, wenn der Empfänger schon über eine ausreichende andere Versorgung verfügt. Diese sollte erreicht sein, wenn der Betriebsrentner über 85 Prozent eines vergleichbaren Arbeitnehmereinkommens verfügte. Die Pflicht zum Ausgleich des Kaufkraftverlustes soll jedoch nur bis zur Höhe des Lohnanstiegs für die aktive Belegschaft gelten.

Dem Wunsch der Wirtschaft nach Senkung des Zinsfußes für Pensionsrückstellungen ist man jedoch nicht nachgekommen. Die Haftung eines persönlich haftenden Gesellschafters wird auf fünf Jahre nach seinem Ausscheiden begrenzt und die Einstandspflicht des Insolvenzträgers gilt nur noch bis zum Einfachen statt Dreifachen der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung (5 200 Mark).

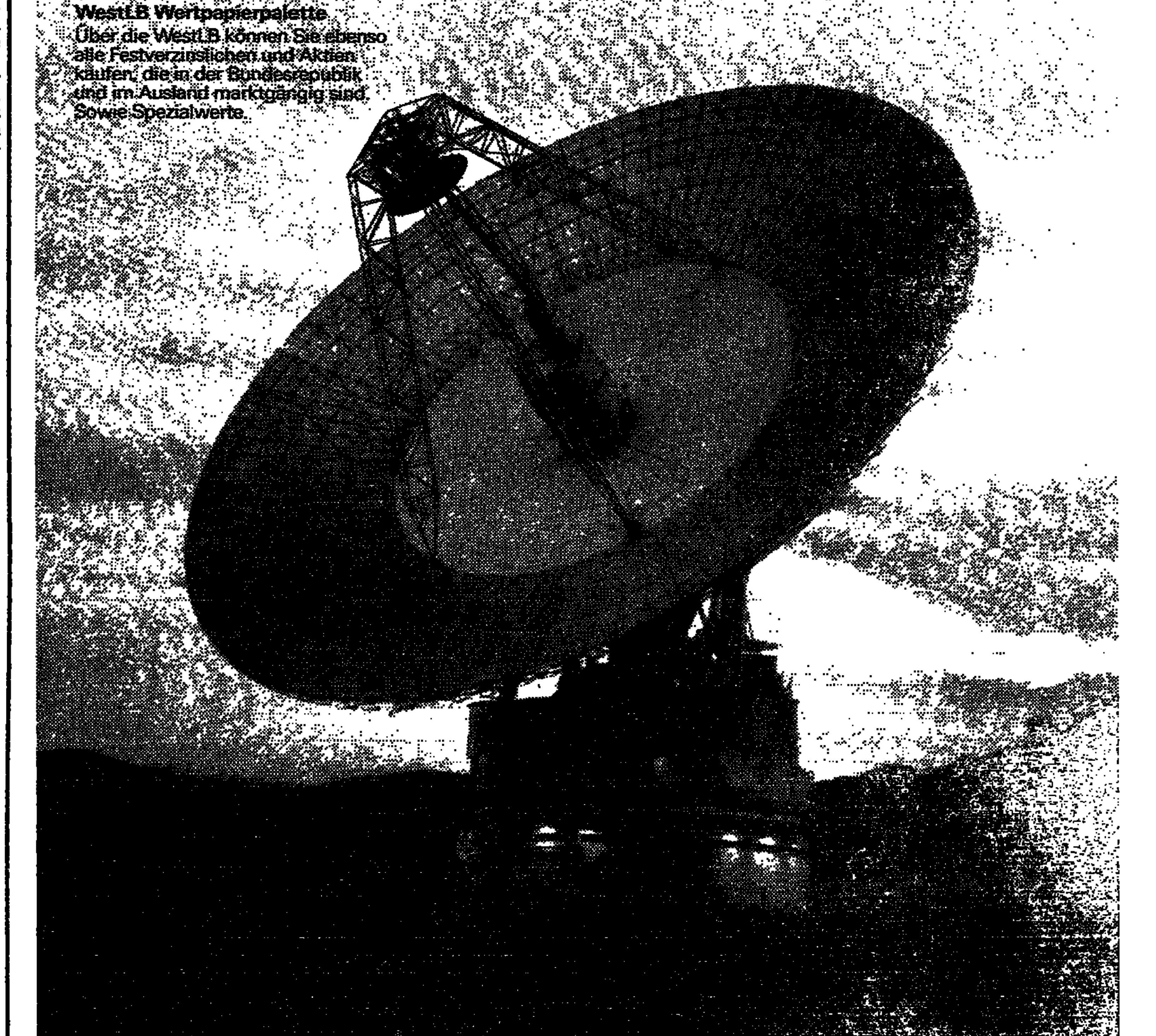
FDP-Programm will „Freiheit für jedermann"

dpa, **Bonn**

Mit einer Modernisierung ihres Grundsatzprogramms wollen die Freien Demokraten liberale Antworten auf „Herausforderungen der Zukunft" geben. Teile des Programms, die jetzt vom Bundesvorstand gebilligt und auf dem Parteitag Anfang Juni in Münster verabschiedet werden sollen, stellte FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer gestern in Bonn der Öffentlichkeit vor.

In der Präambel wird das Ziel bekräftigt, Freiheit für jedermann zu schaffen. In einer zunehmend verwalteten Welt sei die Freiheit ständig bedroht „durch konservatives Ordnungsdenken ebenso wie durch sozialistisches Planungsdenken".

Neu in den gesellschaftspolitischen Grundsätzen ist die Forderung nach Abkehr von den in der Industriegesellschaft entwickelten starren Arbeitszeitformen und eine Liberalisierung des Arbeitslebens gefordert werden. In der Familienpolitik lehnt die FDP eine Änderung des geltenden Abtreibungsparagraphen 218 entschieden ab und betont, auch die Erstattungsfähigkeit der Kosten eines legalen Schwangerschaftsabbruchs durch die Krankenkassen müsse erhalten bleiben. Im Abschnitt soziale Sicherheit bekräftigt die FDP ihre Forderung nach mehr eigenverantwortlicher Vorsorge. Der Anstieg der Sozialausgaben mache die Grenzen des Sozialstaates für jedermann sichtbar.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Grenze an der Elbe

„Elbegrenze liegt zum Nordost-Ufer"; WELT vom 20. März

Dieser Artikel zeigt, wie unmöglich es ist, die Grenzfeststellung an der Elbe nach anderen Grundsätzen zu regeln, als es die Grenzkommission an der Landgrenze zur DDR entsprechend ihrem Auftrag vorgenommen hat. Dort hat es kein „Modus vivendi" zum Ausgleich persönlicher Härten gegenüber Privatpersonen, welche in ihren Vermögensrechten betroffen wurden, gegeben.

An der Elbe darf es deshalb auch keinen „Modus vivendi" geben, welcher die Entstehung der Demarkationslinie unberücksichtigt läßt und der Grenze zur DDR eine andere Qualität zubilligt, als dies nach dem Verfassungsrecht der Bundesrepublik Deutschland und dem Grundlagenvertrag möglich ist.

Zu den alliierten Vereinbarungen wäre noch zu ergänzen: Die Karte A zeigt das Amt Neuhaus als zur britischen Besatzungszone gehörend. Ansonsten folgt die Abgrenzung der vorgesehenen Besatzungszonen dem Nordostufer der Elbe. Demnach wurden Vierwerder und Kaltenhof der britischen und Lütgenwisch der sowjetischen Besatzungszone zugewiesen. Die spätere Vereinbarung über das Amt Neuhaus verwendet ausdrücklich den Begriff „East of the River" und nicht, wie bei der Abgrenzung der Besatzungszonen, zum Rhein „dem Talweg folgend".

Die sowjetische Militäradministration hat auf der Elbe zu keiner Zeit eine Kontrollfunktion ausgeübt. Sonst wären die zahlreichen Kommunikationen zwischen der Bevölkerung diesseits und jenseits der Elbe bis zum 26. Mai 1952 gar nicht möglich gewesen.

Die Einrichtung des Grenzkontrollpunktes bei Cumlosen oberhalb Schnakenburgs und nicht etwa bei Boitzenburg zeigt deutlich, daß die sowjetische Militäradministration ein Kontrollrecht auf der Elbe unterhalb Schnackenberg nicht beanspruchte.

Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht gründet seinen Standpunkt auf die von den Siegermächten gesetzten Fakten. Er hat die Unterstützung der Elbanwohner.

Heinrich Badekan,
Blukede

Ursachen des Massakers

„Buße für 'Gurtmuffel' rückt näher"; WELT vom 17. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

als einer von angeblich 50 Prozent Autofahrern, die sich nicht mit einem Gurt an ihrem fahrenden Auto festschnallen, ersuche ich Sie ebenso höflich wie dringend, die in diesem Zusammenhang ebenso alberne wie unzutreffende Bezeichnung „Gurtmuffel" in Zukunft nicht mehr zu verwenden. Sie verdrehen und verdrängen damit die Tatsachen und wahren Ursachen für das Massaker auf unseren Straßen.

Statt sich dafür einzusetzen, daß endlich einmal die Rowdys und durch Alkohol sowie aus anderen Gründen Fahruntüchtigen rigoros von der Straße verbannt werden und diese als das zu bezeichnen, was sie sind, nämlich potentielle Totschläger, versuchen Sie mit der dümmlichen Bezeichnung „Gurtmuffel" diejenigen in die rechtliche und moralische Ecke zu stellen, die wegen ihrer jahrelangen vorsichtigen und anständigen Fahrweise mit heiler Haut davongekommen sind und sich wahrscheinlich deshalb nicht anschnallen.

Wohlgemerkt, die Opfer im Verkehr rühren nicht vom Nichtanschnallen, sondern von der zügellosen Fahrweise eines großen Teiles der Verkehrsteilnehmer her. Und soweit die Unfälle auf technische Mängel zurückzuführen sind, sollte man schnellstens dafür sorgen, daß die Hunderte von Schrottkisten von den Straßen kommen.

Eine Regierung, die ständig neue Gesetze beschließen läßt, deren Einhaltung sie dann nicht mehr gewährleisten kann, muß sich fragen lassen, ob dies noch rechtstaatlichen Prinzipien entspricht und diese Gesetze nicht eher Feigenblätter statt ernst gemeinte Schritte gegen das Verkehrschaos sind, von dem Humbug der sogenannten Verkehrssünderkartei in Flensburg einmal ganz abgesehen. Man ist drauf und dran, Verkehrsstraftaten zu Kavaliersdelikten herunterzuspielen.

Mit freundlichem Gruß
H. Mohr,
Hamburg 65

Harte Arbeit

„Bonner Diplomaten fühlen sich ungerecht beurteilt"; WELT vom 10. März

Sehr geehrter Herr Conrad,

die „Untersuchungsergebnisse" der Herren Rechnungsprüfer in Sachen Botschaft Washington D. C. und Generalkonsulat New York entsprechen leider dem weitverbreiteten Zerrbild über den diplomatischen Dienst im Ausland.

Vor allem Inlandsbeamte neigen dazu, den Diplomaten lediglich als Cocktailglas schwenkenden Politplayboy zu diffamieren. Der Dienst im Ausland ist hart und erfordert (neben perfekten Sprachkenntnissen) ein großes Rundumwissen und – viel Toleranz. Feste Dienstzeiten gibt es kaum. Man ist ständig im Einsatz (und das gilt in der Regel auch für die Ehefrau).

Der „repräsentative" Aufwand ist gering und in manchen Fällen – im Vergleich zu anderen Staaten – nahezu primitiv. Unsere Diensträume im Ausland gleichen eher Katasterämtern aus der Provinz, wogegen unsere Verbündeten z. B. großen Wert auf würdige Repräsentanz legen.

Zur angeblichen Überbesetzung noch dies: Ich habe während meiner vierjährigen Dienstzeit als Presse- und Protokollreferent in New York nur 14 Mal ein Wochenende mit der Familie verbringen können. Dies nur zum Vergleich für diejenigen „Unterprivilegierten", denen tagtäglich um 17 Uhr in den Büros der Griffel aus der Hand fällt.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Detlef R. Peters,
Bonn 2

Weiter tätig

„Ölindustrie hat mehr als ihr Eigenkapital verloren"; WELT vom 21. März

Sehr geehrte Herren,

in Ihrem Bericht über die Verlustsituation der deutschen Mineralölwirtschaft vom 21. März schreibt der Verfasser, Herr Hans Baumann, wörtlich: „Die Folge wird der Abschied weiterer Gesellschaften vom Markt sein. Nach Gulf, Occidental und Amoco zeichnet sich ab, daß nach Chevron auch Elf und Frisia noch 1984 aufgeben."

Durch diese Formulierung kann leicht der Eindruck entstehen, die Elf beabsichtige, sich vom deutschen Mineralölmarkt zurückzuziehen. Dies ist nicht der Fall. Ich möchte daher klarstellen, daß die Elf Mineralöl GmbH auch nach Schließung der Erdölraffinerie Speyer weiterhin als Handelsgesellschaft im Mineralölgeschäft in der Bundesrepublik tätig sein wird und ihre Aktivitäten auf dem Tankstellensektor und in den anderen Vertriebsbereichen fortführt.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Hubert G. Lutz,
Geschäftsführer der Elf-Mineralöl GmbH,
Düsseldorf

Wie bisher

„Leserbrief: Gleichheit?"; WELT vom 12. März

Herr Dr. jur. Mauritz ist dafür, eine „gesunde Konkurrenz" durch eine weiterhin zu hohe Zahl an Ausbildungsplätzen zu fördern. Im Bereich der Allgemeinmedizin ist bereits jetzt sichtbar, *daß eine zu große Zahl* an niedergelassenen Ärzten zu mehr Leistungen je Patient führen. Dieses Argument ist also eher ein Bumerang.

Die Gleichbehandlung der GOÄ 82 im Verhältnis zu alten Bugo-Zahnärzte 1965 ist darin zu sehen, daß im Mittel das 2,3-fache der neuen GOÄ dem 6-fachen der alten GOÄ entspricht; dies wurde erreicht durch Anhebung der Einfachsätze. Ärzte und Zahnärzte liquidieren in der gleichen Höhe wie bisher.

Mit freundlichem Gruß
Dr. med. dent. A. Meurer
Mudersbach/Sieg

Wort des Tages

» Die Angst entspringt wie so vieles Böse in *der Hauptsache dem* Nichtstun. Wenn Sie etwas haben, dessentwegen Sie jeden morgen aufstehen müssen, dann haben Sie keine Zeit, sich viel um ihre Angst zu bekümmern, weil Sie zu beschäftigt sind. Natürlich ist die Angst noch immer da, aber Sie haben einfache keine Zeit, sie allzu ernst zu nehmen. «

William Faulkner, am. Autor (1890–1962)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Israelis wollen das „Diktat" der religiösen Parteien beendet sehen

Erwartungen für die Wahlen / Stabile Regierung und klare Mehrheiten in der Knesset

Von RAFAEL SELIGMANN

Ein allgemeines Aufatmen geht durch den jüdischen Staat. Vergangene Woche beschloß die Knesset vorgezogene Neuwahlen anzusetzen. Die Mehrheit der Israelis erwartete von dem kommenden Urnengang ein ganzes Bündel von Wundern.

Vor allem, eine stabile Regierung. Tatsächlich hat die Regierungskoalition, spätestens seit dem Rücktritt von Menachem Begin, faktisch ihre Parlamentsmehrheit verloren und war so gezwungen, sich von Abstimmung zu Abstimmung eine Mehrheit zu beschaffen. Auf diese Weise war Erpressungsmanövern kleinerer Parteien, ja oft einzelner Abgeordneter, Tür und Tor geöffnet. Damit wird bereits indirekt ein zweiter Punkt angesprochen, bei dem sich rund 90 Prozent der Israelis von den Wahlen eine Wende „zum Besseren" erhoffen: „Die Beendigung des Diktats der religiösen Parteien." Obgleich die religiösen Parteien nur von etwa einem Zehntel der Israelis gewählt werden, besitzen sie aufgrund der knappen Mehrheitsverhältnisse im Parlament eine Vetofunkton im politischen Leben des jüdischen Staates. Die Nationalreligiöse Partei des Innen- und Polizeiministers Burg sowie des Erziehungsministers Hammer hat in den letzten Jahren den Israelis die Beachtung der Schabbat-Gesetzgebung aufgezwungen und das Erziehungssystem des Landes systematisch „religionisiert".

Für Rückzug aus Libanon

Ein anderes Problem, das die Israelis sich endlich vom Hals schaffen wollen, ist das Verbleiben von mehreren Zehntausenden israelischen Soldaten in Libanon. Kaum einer im jüdischen Staate, der nicht die fast täglichen Verlustmeldungen im nördlichen Nachbarland leid ist. Die Arbeiterpartei hat sich die Forderungen, unter anderem der Armeeführung, nach einem raschen Rückzug aus Libanon zu eigen gemacht.

Ein „Dauerbrenner" ist die katastrophale wirtschaftliche Situation. Dieses Jahr wird die Inflationsrate die 200-Prozent-Marke überschreiten; in den vergangenen Monaten hat die Arbeitslosigkeit erstmals seit fast zwei Jahrzehnten die 10-Prozent-Grenze erreicht.

Auch in der Siedlungsfrage wird das Land entzweit. Die Herut von Ministerpräsident Shamir und die Nationalreligiöse Partei fordern das Recht zur Errichtung jüdischer Siedlungen im „gesamten Land Israel". Die Arbeiterpartei dagegen bleibt bei ihrem alten Konzept, jüdische Siedlungen nur an unbesiedelten, strategisch wichtigen Aufmarschgebieten, errichten zu lassen.

Von baldigen Wahlen erwarten die Israelis zunächst einmal klare Mehrheiten in der Knesset. Die Demoskopen prognostizieren einen klaren Sieg der Arbeiterpartei. Diese wiederum beeilt sich, Patentlösungen für alle anstehenden Probleme zu präsentieren: Zurückdrängung des Diktats der „Religiösen" und der Zwergparteien; Konsolidierung der Volkswirtschaft; Beendigung der militärischen Intervention in Libanon und des Streits über die Siedlungspolitik. Die Erfahrung lehrt aber, daß dem Lande nach den Wahlen so gut wie alle Probleme erhalten bleiben.

Dies hat soziale und außenpolitische Gründe, die seit der Staatsgründung praktisch gleichgeblieben sind. Mit Ausnahme Ägyptens verweigern alle arabischen Länder Israel die Existenzberechtigung, mehr noch, bei passender Gelegenheit versuchen sie, den jüdischen Staat zu zerstören. Dies bedeutet für Israel die Notwendigkeit, eine leistungsstarke Armee zu unterhalten. Die Konsequenz ist eine hohe volkswirtschaftliche Belastung, die einmal zu einerhohen Auslandsverschuldung und zum anderen zu einer Verschärfung der sozialen Spannungen innerhalb Israels führt.

Seit den ersten Wahlen im Jahre 1949 gelang es keiner israelischen Parteigruppierung, die absolute Mehrheit in der Knesset zu erringen. Selbst nicht zu Zeiten solch charismatischer Führungsfiguren wie David Ben Gurion, Golda Meir und Menachem Begin.

Die israelischen Wählerstimmen haben sich stets in drei Lager geteilt: Den drei, seit Anfang der 70er Jahre zusammengeschlossenen Arbeiterparteien, den gemäßigten Nationalreligiösen und den Orthodoxen Religiösen sowie den bürgerlichen Parteien. Bislang hat sich bei allen Wahlen ein ähnliches Abstimmungsmuster ergeben: Arbeiterpartei und bürgerliche jeweils etwa 40 Prozent, Religiöse rund zehn Prozent, Kommunisten, arabische Gruppen und Sonstige circa zehn Prozent. Dies bedeutet, daß sowohl die Bürgerlichen als auch die Arbeiterpartei auf eine Koalition mit den Religiösen angewiesen sind und selbst dann die Mehrheit des Regierungsbündnisses meist knapp bleibt.

Chancen der Parteien

Neue Parteien haben in diesem System durchaus Chancen, etwa die 1965 von Ben Gurion und seinen Anhängern gegründete Rafi, oder die Ende der siebziger Jahre mit vielen Hoffnungen ins Leben gerufene Dash-Bewegung. Nur, diese Parteien holten ihre Stimmen jeweils aus „ihrem" Wählerblock, das heißt, faktisch änderte sich nichts am Verhältnis zwischen Bürgerlichen und „Arbeitern". Deshalb, und weil ihnen die organisatorische und finanzielle Kraft ihrer „Mutterparteien" fehlte, gingen diese politischen Gruppen nach wenigen Jahren unter. Es gehört keine besondere Sehergabe dazu, der zur Zeit im Entstehen begriffenen Partei des ehemaligen Verteidigungsministers Ezer Weizmans, das gleiche Schicksal zu prophezeien.

Kein Ende also für das Patt im politischen System des jüdischen Staates und damit ein Verdikt zum ewigen taktischen Manövrieren, statt zum langfristigen Regieren? Nicht unbedingt, denn ein erneutes „unentschiedenes" Wahlergebnis, sowie die sich verschärfenden Probleme des Landes enthalten zugleich eine Chance zu einer Lösung, die allein die Möglichkeit zu einer langfristigen Problemlösung für die israelische Politik bedeutet und von der überwältigenden Mehrheit der Israelis gewünscht wird: die Große Koalition. Ein solches Bündnis schlossen die Israelischen Parteien schon einmal, am Vorabend des Sechs-Tage-Krieges.

Tschernenko überließ Hauptreferat Gorbatschow

F. H. NEUMANN, Moskau

Zum dritten Mal konnte die sowjetische Bevölkerung den neuen Generalsekretär Tschernenko im Fernsehen als Redner verfolgen. Obwohl er bei einer zentralen Landwirtschaftskonferenz im Kreml nur fünf Minuten sprach, um danach seinem 53jährigen Kronprinzen Gorbatschow das Feld zu überlassen, lief sein mühsamer Vortrag allen amtlichen Versuchen zuwider, dem 72jährigen Parteichef einen angemessenen Auftritt zu verschaffen.

Neben Tschernenko, der sich mit beiden Händen abstützte, als er seine Einführungsworte verlas, zeigte das Fernsehen einen selbstbewußt wirkenden Gorbatschow. Als erfahrener Landwirtschaftsexperte des Politbüros und inzwischen für die Gesamtaufsicht über das Sekretariat des Zentralkomitees zuständig, hielt er das Hauptreferat, wie sich die Partei die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion vorstelle.

Gorbatschow hob hervor, daß die Kolchosen und Sowchosen zu einer ökonomisch orientierten Betriebsführung übergehen und selbst mehr Verantwortung übernehmen sollen. Allerdings sei die Einführung eines Systems relativ selbständiger Brigaden, die auf vertraglicher Grundlage einen bestimmten Teil des Bodens bearbeiten und ertragsabhängig entlohnt werden sollen, noch keineswegs vollständig geklärt.

Immerhin wurde die Einsicht, daß „die effektive Nutzung des landwirtschaftlichen Potentials in erster Linie von den Menschen abhängt und von ihrem Interessen an den Resultaten ihrer Arbeit" als das Grundprinzip sowjetischer Landwirtschaftspolitik bezeichnet. Gorbatschow ermahnte die regionalen Parteistellen, sich nicht in Fragen einzumischen, „die in erster Line in die Kompetenz der Fachleute und Wirtschaftsleiter fallen". Ihrem Anspruch auf die führende Rolle werde die Partei dadurch gerecht, daß sie systematisch die Verantwortlichkeit der Spezialisten stärke, nicht aber, indem sie „den Werktätigen auf dem Lande vorschreibt, was sie wann zu tun haben".

Stoltenberg prüft Klage gegen NRW

hy. Düsseldorf

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat gestern in Düsseldorf bestätigt, daß sein Haus die Möglichkeit prüft, gegen das Land Nordrhein-Westfalen wegen „schwerer Pannen und Mängel beim Bau des Großklinikums Aachen" zu klagen. Stoltenberg: „Es kann keinen Blanko-Scheck für das krasse Fehlverhalten der Landesregierung, das hier eindeutig vorliegt, geben." Er forderte die Regierung Rau auf, Konsequenzen aus der „schlimmen Fehlentwicklung" zu ziehen.

Das Klinikum Aachen, dessen Kosten der Bund zur Hälfte trägt, sollte ursprünglich 570 Millionen Mark kosten. Diese Summe ist, obwohl der Bau noch nicht fertiggestellt ist, heute schon auf 2,3 Milliarden Mark gestiegen.

Schutz für die freie Information

Nea. Mainz

Mit Artikel 5 (Freiheit der Meinungsäußerung) schütze das Grundgesetz auch den Empfang von Rundfunkprogrammen, die aus dem Ausland kommen. Mit dieser Antwort reagierte die rheinland-pfälzische Landesregierung auf eine große Anfrage der SPD-Fraktion. Die SPD hatte *bei solchen Programmen unter* Umständen eine „Umgehung der deutschen Rundfunkordnung" befürchtet. Wie Staatssekretär Hans-Eberhard Schleyer weiter ausführte, gelte der Grundsatz der freien, grenzüberschreitenden Information auch für Sendungen, die Werbung enthalten. „Es ist nicht die Aufgabe des Staates, dem Bürger vorzuschreiben, welche Rundfunksendung er bevorzugen soll."

Psychologen als Partner der DAG

hs. Hamburg

Der Berufsverband deutscher Psychologen (bdp) hat sich in einem Kooperationsvertrag der DAG als Tarifpartner angeschlossen. Die Mitgliedsversammlung des Verbandes, dem rund 5 000 Psychologen angehören, hatte die Kooperationsvereinbarung am 25. März gebilligt. Die Mitglieder sind in der Industrie, in der gewerblichen *Wirtschaft und im öffentlichen* Dienst tätig. DAG-Vorstandsmitglied Hans-Georg Kuhn betonte, seine Gewerkschaft wolle künftig bei ihren Tarifverhandlungen die spezifischen Interessen ihrer Berufsgruppe berücksichtigen. Mit der Aufnahme der Psychologen hat die DAG ihren Einflußbereich erweitert, nachdem ihr bereits der Marburger Bund, der Zentralverband Krankengymnastik und die Vereinigung „Cockpit" gehören.

Apel bleibt Fraktions-Vize

dpa, Bonn

Auch bei einer Nominierung als Spitzenkandidat der Sozialdemokraten für die nächsten Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus will Hans Apel weiterhin stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion bleiben. Fraktionschef Hans-Jochen Vogel bestätigte am Dienstag in Bonn, daß Apel bei den für den 10. April angesetzten Wahlen zur Fraktionsspitze erneut kandidiert.

In Berlin wird am kommenden Samstag auf einem Sonderparteitag endgültig über die Spitzenkandidatur entschieden.

Apels Wiederwahl als stellvertretender Fraktionsvorsitzender in Bonn gilt als sicher. Größere Veränderungen im gesamten Fraktionsvorstand werden nicht erwartet.

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Mit dem Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ist Dr. **Johannes Niemeyer**, stellvertretender Leiter des Kommissariats der Deutschen Bischöfe in Bonn, von Bundespräsident **Karl Carstens** ausgezeichnet worden. Die Auszeichnung wurde Niemeyer vom Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen, **Günter Einert**, überreicht. Unter den Gästen war auch der Apostolische Nuntius Erzbischof **Guido Del Mestri**.

*

Die Zoologische Gesellschaft von 1858 Frankfurt am Main zeichnet tapfere Wildhüter aus. Die Gesellschaft will damit die sehr niedrig bezahlten Wildhüter in armen Überseeländern in ihrer Arbeit bestätigen. Professor **Bernhard Grzimek**, Präsident der Zoologischen Gesellschaft, hat in diesem Monat zum ersten Mal 13 Wildhüter mit diesem Orden, der mit einem Geldpreis verbunden ist, ausgezeichnet. Sie alle hatten sich in besonderer Weise gegen die Übergriffe durch schwerbewaffnete Wilddiebe verdient gemacht.

*

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat zum vierten Mal die Arbeit von Lokaljournalisten und Lokalredaktionen ausgezeichnet. Der mit 6000 Mark dotierte erste Preis für das Jahr 1983 ging an **Michael Reinhard** vom „Gelnhäuser Tageblatt" für eine Artikelserie über Arbeitslosigkeit. Den zweiten Preis mit 4000 Mark erhielt die Redaktion der „Kölnischen Rundschau" für ihre Aktion „Unser Köln muß schöner werden". Der dritte Preis mit 2500 Mark ging an die Außenredaktion des „Kölner Stadtanzeiger" in Bergisch-Gladbach für eine Serie „Generalverkehrsplan Kriegsalltag im Kreis".

VERANSTALTUNGEN

Mit einem Empfang im Konrad-Adenauer-Haus wurden der bisherige Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Professor **Roman Herzog**, und der Bundesgeschäftsführer **Wilhelm Staudacher** offiziell verabschiedet. In Anwesenheit von Ministerpräsident **Bernhard Vogel**, der Staatsminister **Friedrich Vogel** und **Alois Mertes** und von Bischof **Kunst** würdigten Bundesminister **Dollinger** und der neue EAK-Vorsitzende, der rheinland-pfälzische Landtagspräsident **Albrecht Martin**, die Verdienste von Herzog und Staudacher um die EAK als ein effektives Bindeglied innerhalb der Union. Herzog, zuletzt baden-württembergischer Innenminister, ist jetzt Richter am Bundesverfassungsgericht, Staudacher Leiter der Hauptabteilung Politik im Konrad-Adenauer-Haus.

*

Dr. Adrien Meisch, Botschafter des Großherzogtums Luxemburg in Bonn, wird sich am 11. April den Bundestagsabgeordneten als Pianist vorstellen. Der Botschafter, der profihaft das Klavier beherrscht, spielt auf Einladung des Vorstands der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn, im Clubhaus der Bonner Parlamentarier. Meisch ist in der jüngsten Vergangenheit in Bonn und Bad Godesberg mit großem Erfolg als Konzertpianist aufgetreten.

KIRCHE

In dieser Woche findet die 19. Priestertagung der Griechisch-Orthodoxen Metropolit von Deutschland und des Exarchats von Zentraleuropa in Bonn statt. Die Priesterkonferenz steht unter dem Thema „Die Sakramente der Kirche". Die Konferenz wurde durch Metropolit **Augustinus** in Anwesenheit der anderen christlichen Kirchen eröffnet.

*

Der Zirkus- und Schaustellerpfarrer der Evangelischen Kirche in Deutschland, **Gottfried Pangritz**, wird am Donnerstag in Nürnberg mit einem Gottesdienst in den Ruhestand verabschiedet. Der aus Feuchtwangen bei Nürnberg stammende Pfarrer war seit 1975 in der Zirkus-Seelsorge tätig und verbrachte bis zu 196 Tage im Jahr auf den Festplätzen seiner rund 6000 Mitglieder umfassenden Gemeinde. Während seiner Amtszeit setzte sich Pangritz unter anderem für eine bessere schulische Versorgung der Zirkus- und Schausteller-Kinder ein. Nachfolger von Pangritz wird am 1. Mai der 34jährige **Wolfgang Leuschner**, der bisher Gemeindepfarrer im hessischen Friedberg war.

GEBURTSTAGE

Werner Bahlsen, persönlich haftender Gesellschafter der H. Bahlsen Keksfabrik in Hannover, feiert heute seinen 80. Geburtstag. Seit über 50 Jahren steht er an der Spitze der 1889 gegründeten „Hannoverschen Cakes-Fabrik H. Bahlsen", die heute 10 000 Mitarbeiter beschäftigt und mit einem Gruppenumsatz von gut 1,3 Milliarden Mark zu den führenden europäischen Backwarenherstellern gehört. Seine unternehmerische Bewährungsprobe bestand Werner Bahlsen während der Weltwirtschaftskrise, als er gemeinsam mit seinen Brüdern **Hans** und **Klaus** die Firma aus einer existenzbedrohenden Lage führte. Heute zählt das automatische Zweigwerk in Barsinghausen bei Hannover zu einer der modernsten Großbackstuben der Welt. Neben seiner beruflichen Tätigkeit arbeitet er seit 27 Jahren im Vorstand des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft.

*

Seinen 75. Geburtstag feiert am 3. April Professor Dr. **Klaus Mörsdorf**, emeritierter Ordinarius für Kirchenrecht an der Universität München. Der aus Muhl im Kreis Trier gebürtige Theologe begann seine wissenschaftliche Laufbahn in Münster, wechselte aber schon bald nach München, wo er unter anderem das Kanonistische Institut gründete, das ebenso internationales Ansehen errang wie sein wissenschaftliches Werk. Mörsdorf beschäftigte sich mit allen Teilgebieten der Kirchenrechtswissenschaft, der Schwerpunkt seiner Arbeit lag jedoch auf dem Gebiet des kirchlichen Verfassungsrechts. Besondere Erwähnung verdient sein dreibändiges Lehrbuch des Kirchenrechts, das zum Bezugspunkt der deutschsprachigen Kirchenrechtswissenschaft wurde.

Der Bewahrer, Erneuerer und Motor der gesetzlichen Unfallversicherung, **Herbert Lauterbach**, ist im 83. Lebensjahr verstorben. Kaum ein Sozialpolitiker wurde national und international so mit der Sache identifiziert wie er. Wer Lauterbach sagte, meinte Verhütung von Betriebs- oder Wegeunfällen und Berufskrankheiten, Heilbehandlung, Verletztengeld, Unfallrenten. Lauterbach, unbestrittener Fachmann, war Garant für die ständige Modernisierung dieses stillen, nicht unpolitischen, doch besonders segensreichen Zweiges der deutschen Sozialversicherung.



Markscheider

Dr.-Ing. Friedrich Schulte

Betriebsdirektor a. D.

geb. 8. 4. 1900 gest. 25. 3. 1984

Wir nehmen Abschied von meinem innigst geliebten Mann, unserem treusorgenden Vater, Schwiegervater und Opa.

Elly Schulte geb. Simon
Dipl.-Ing. Fritz Dieter Schulte
und Frau Gisela geb. Ende
mit Helmut
Klaus Rehmann
und Frau Ursula geb. Schulte
mit Silke, Antje und Vanessa

4130 Moers 1, den 26. März 1984
Bergstr. 86

Die Beisetzung findet am Mittwoch, dem 28. März 1984, um 11 Uhr von der Kapelle des Parkfriedhofes, Homberg-Hochheide, aus statt. Von Beileidsbekundungen am Grabe bitten wir abzusehen.

Sollte jemand aus Versehen keine Anzeige erhalten haben, bitten wir diese als solche anzusehen.

In memoriam

Käthe Jensen, geb. Telschow

† 28. März 1977

Nun aber bleibt Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei, aber die Liebe ist die Größte unter ihnen. 1. Kor. 13.13

Carl Jensen

FUSSBALL / Immer neue Hiobsbotschaften für Jupp Derwall vor dem Länderspiel gegen die UdSSR

Auch Meier verletzt. Sorgen um Bernd Schuster: Fällt er sogar für die Europameisterschaft aus?

BERND WEBER, Hannover

Einem, der ständig Nackenschläge abbekommt, bleiben eigentlich nur zwei Möglichkeiten, um zu reagieren. Entweder er zerbricht daran oder er wird so abgehärtet, daß er zum Fatalisten wird. Bundestrainer Jupp Derwall, der seit Monaten im Umgang mit Hiobsbotschaften aller Art geübt ist, hat sich für den zweiten Weg entschieden. Und den schlug er auch konsequent ein, als Bremer Norbert Meier wegen einer schmerzhaften Bänderdehnung (er war umgeknickt) gestern nicht am Vormittagstraining der deutschen Fußball-Nationalmannschaft teilnehmen konnte. Statt dessen wurde der zum Röntgen ins Krankenhaus gefahren und kehrte mit der Nachricht wieder, daß auch sein Einsatz beim Freundschafts-länderspiel gegen die UdSSR gefährdet sei.

Derwalls knapper Kommentar dazu: „Ich kann nichts dagegen tun, also muß ich mich damit abfinden." Für den Fall, daß Meier wirklich nicht spielen kann (DFB-Arzt Dr. Michael Masson: „Aber noch ist die Sache nicht aussichtslos"), will der Bundestrainer den Bremer Johnny Otten in die Mannschaft einbauen. Daß damit und nach den eh schon gravierenden Ausfällen von Karl-Heinz Rummenigge (grippekrank), Bernd Schuster (Bänderriß im Zeh) und Uli Stielike (keine Freigabe von Real Madrid) weiterer spielerischer Substanzverlust seines Teams programmiert ist, kann auch Derwall nicht leugnen. Er setzt darauf: „Ich bin sicher, daß alle, die heute eine Chance bekommen, sich vor Ehrgeiz zerreißen und so in der Lage sein werden, das Publikum zu begeistern." So gesehen kann man feststellen, daß sich der Bundestrainer seinen geradezu sprichwörtlichen Optimismus, vor allem aber Nervenstärke bewahrt hat.

Daß Derwall gleichwohl sensibler geworden ist durch viele Ereignisse der Vergangenheit, war freilich auch auszumachen. Im Quartier der Nationalmannschaft machte das Gerücht die Runde, daß Rummenigges Grippe bereits weitgehend abgeklungen sei, ja, daß der sogar gestern in München wieder trainiert habe und das er heute schon, ausgerechnet am Länderspieltag, zur medizinischen Generaluntersuchung bei seinem zukünftigen Arbeitgeber Inter Mailand antreten wolle.

Da geriet Derwalls Blut denn doch mächtig in Wallung. Sofort als er mit dieser Geschichte konfrontiert wurde, stürmte er auf sein Zimmer und ans Telefon, um mit seinem Kapitän – mit dem er zuletzt ja auch einige Kommunikationsschwierigkeiten hatte – zu sprechen. Und sichtlich erleichtert meldete der Bundestrainer bald darauf den gespannt wartenden Journalisten: „Nichts ist dran an den Gerüchten."

Dafür wird ein anderes Thema immer wichtiger – die Verletzung von Bernd Schuster. Die neuesten Nachrichten aus Barcelona hören sich schlimm an: Der Bänderriß im Zeh habe sich inzwischen als so schwierig herausgestellt, daß Schuster aller Voraussicht nach in der laufenden spanischen Meisterschaftssaison (die bereits Ende April beendet sein wird) nicht mehr eingesetzt werden könne. Dr. Masson: „Die Verletzung ist in der Tat äußerst schwierig zu behandeln. Es besteht die Gefahr, daß der Zeh steif bleibt und dann sogar eine Nachoperation durchgeführt werden muß."

Keine Frage, trete der Fall ein, könnte Derwall seinen Spielmacher für die Europameisterschaft abschreiben.

Doch ähnlich wie in Sachen Rummenigge: auch hier sind dem Fatalismus des Bundestrainers enge Grenzen gesetzt. Er sagt: „Den Bernd will ich in Frankreich unbedingt dabei haben." Und er hat sich auch schon Lösungen ausgedacht wie Schuster bis Juni wieder in Form gebracht werden kann. Derwall: „Ich werde mit Kölns Trainer Hannes Löhr sprechen und ihn bitten, Schuster am Training seiner früheren Mannschaft teilnehmen zu lassen."

Gewiß wird Löhr den Wunsch seines Kollegen nicht abschlagen, denn die beiden verbindet seit einiger Zeit ein sehr herzliches Verhältnis. Nach dem Länderspiel gegen Belgien nämlich hatten sie sich zusammengesetzt, um ein paar Ungereimtheiten, die über den Kölner Stürmer Klaus Allofs aufgetreten waren, zu diskutieren. In Brüssel war der eingewechselte Allofs in Derwalls Kritik überraschend schlecht weggekommen. Der Bundestrainer hatte ihn als „viel zu eigensinnig" bezeichnet. Löhr sprang für seinen Spieler in die Bresche: Es sei doch gerade seine Stärke, daß er viel auf eigene Faust versuche, auch wenn mal was daneben gehe. Offenbar hat sich Derwall überzeugen lassen. Denn ein mächtig aufgekratzter Allofs verkündete gestern, er dürfe heute gegen die Russen sein Spiel so machen, wie er es im Verein gewohnt ist.

Mannschaftsaufstellung

Deutschland: Schumacher (Köln/30 Jahre/45 Länderspiele) – Herget (Uerdingen/28/3) – Rolff (Hamburg/24/7), Karl-Heinz Förster (Stuttgart/26/55), Briegel (Kaiserslautern/28/47) – Bruns (Mönchengladbach/29/1), Matthäus (Mönchengladbach/23/20), Otten (Bremen/23/5) – Milewski (Hamburg/26/2), Völler (Bremen/23/12), Allofs (Köln/27/27). – **Auswechselspieler:** Burdenski (Bremen/33/11), Roleder (Stuttgart/30/0), Augenthaler (München/26/4), Brehme (Kaiserslautern/23/2),B Bommer (Düsseldorf /26/2)

Sowjetunion: Tschanbow – Jupikow – Schischkin, Kasparawitschus, Posdnjakow – Pudischew, Aleinikow, Litowtschenko, Sigmantowitsch – Stukaschow, Gurinowitsch.

Beweist viel Gespür für Publikumswünsche: Der Bayerische Rundfunk

Wenig Platz für elitäre Experimente

So ganz anders – wie oft kolportiert – gehen die weißblauen Uhren wohl nicht. Und doch hat der Bayerische Rundfunk sein ganz spezielles Etikett: Er gilt als „Schwarzfunk". Er sei „CSU-beherrscht", heißt es, und hört man sich in manchen Medienkreisen um, so möchte man meinen, an der Isar strahlten und klängen die Bildschirme ausschließlich zur höheren Ehre des großen Vorsitzenden.

Natürlich ist das nicht so. Und doch hat – umgekehrt – die CSU selbst nach Meinung parteinaher BR-Mitarbeiter keinen Grund, das Gegenteil anzuprangern – was sie indes fortwährend tut. Tatsächlich nämlich rötelt und grünt und alternativisiert es zwar auch hier an der Basis, aber im Unterschied zu anderen Rundfunkhäusern hat das mittlere Redakteursmanagement sein Fußvolk recht gut im Griff.

Der CSU ist das noch zu wenig. Und so verlangt sie, daß künftig nicht nur die Rechnungshofberichte über den BR dem Landtag zugänglich gemacht werden, sondern auch der Rundfunkrat gestärkt werden solle – und zwar dergestalt, daß dieses CSU-majorisierte Gremium auch ein Gegendarstellungsrecht bei „mangelhaften" Sendungen erhält. Dabei werden diese Sendungen meist im Hörfunkbereich aufgespürt, im „Zeitspiegel" oder im Fernsehbereich „Politik und Zeitgeschehen".

So spricht wohl auch vieles dafür, daß die vom Medientrio der CSU, Stoiber–Wiesheu–Tandler, ersonnene Idee von einer zweiten öffentlich-rechtlichen Anstalt gleichfalls dem festen Willen der CSU zuzuschreiben ist, die bayerische Rundfunklandschaft in ihrem Sinne zu ordnen. Ganz gewiß aber hat dieser Plan eines nicht zum Ziel (und dies befürchtet vor allem die Gewerkschaft): durch die Hintertür den Privatfunk einzuführen. Ganz im Gegenteil stand die CSU, sich und ihrer Schwesterpartei kraß untreu geworden, noch nie so eindeutig zu dem einst nur zögerlich akzeptierten Verfassungsartikel 111 a, der den öffentlich-rechtlich strukturierten Rundfunk zum einzig zulässigen in Bayern macht. Vielmehr will die CSU mit dieser zweiten öffentlich-rechtlichen Anstalt, von welcher das Kabelpilotprojekt ebenso eingerahmt werden soll wie alle möglichen über Satelliten oder Kabel einströmenden Fremdprogramme und in der private Veranstalter unter öffentlich-rechtlicher Verantwortung zugelassen werden sollen, einem möglichen Sturm in Richtung echten Rundfunks entgegenwirken. Ein kommerzieller Rundfunk aber, wie ihn neue Entwicklungen, etwa ein neuer Volksentscheid, herbeiführen könnte, müßte der Partei und der Regierung einen großen Teil ihres Einflusses rauben.

Daß der Rechnungshof auch den Bayerischen Rundfunk wegen schlechter Wirtschaftsgebarung rügen mußte, zählt wiederum zum Alltag des öffentlich-rechtlichen Monopols. Die Wohltaten für Mitarbeiter, derzeit 3000 an der Zahl, hatten lange Zeit keine rechte Grenze gekannt. Die Durchschnittsgehälter wurden vom Rechnungshof als weit überzogen beurteilt, und wenn zu einem 40jährigen Zugehörigkeitsjubiläum gleich 22 000 Mark auf den Gabentisch geblättert werden, muß dies jeden wirtschaftlich denkenden Prüfer verblüffen.

So hatte der Landtag nicht unrecht, als er größere Sparsamkeit zur Voraussetzung für die – dann doch genehmigte – Gebührenerhöhung machte. Und tatsächlich ist inzwischen nicht wenig passiert. Sonderverträge mit Mitarbeitern sind reduziert worden, ein Tarifvertrag über Jubiläumszahlungen wurde gekündigt, 45 Planstellen wurden abgebaut. Doch schon erhebt sich Protest in Kreisen der SPD und des DGB. Der Bayerische Rundfunk werde „zu Tode gespart" ...

Sparen kann man indes auch vernünftig – und zwar so, daß es dem Programm zugute kommt. So gehört der BR, der mit 17 Prozent der Gebühreneinnahmen 28 Prozent der Bundesfläche bedient, zu den ersten drei deutschen Sendern (neben ZDF und WDR), die sich neuen Kostenaufteilungsmodellen und Kooperationsformen aufgeschlossen haben. Dies heißt: mehr Zusammenarbeit mit ausländischen Fernsehsendern und privaten Firmen.

Zu einer dringend notwendigen kostensparenden Strukturreform hat sich der BR freilich nie aufraffen können. Sie bestünde darin, sich überschneidende Abteilungen in größeren Ressorts aufzulösen oder doch so zu organisieren, daß sie gemeinsam einiges erarbeiten könnten, statt aneinander vorbeizuproduzieren. So berühren sich zum Beispiel die Ressorts „Politik und Zeitgeschichte", „Politik und Tagesgeschehen" sowie „Bayern Information" thematisch aufs engste; dennoch tut jeder von ihnen so, als gäbe es die anderen nicht.

Nicht zu bestreiten ist, daß der Bayerische Rundfunk im großen und ganzen mehr Gespür für die Wünsche des Publikums gezeigt hat als andere ARD-Sender. Gesellschaftskritische Langweiler, Arbeiterfilme, elitäre Experimente und agitatorische Polemik waren hier schon immer spärlicher als anderswo. Eine hohe Zahl farbiger Erfolgsprogramme wie der Fuchsberger-Talk oder das unverwüstliche „Was bin ich?" mit Robert Lemke haben dagegen die ARD bereichert. Freilich ging nicht immer alles wie gewünscht. Als argen Reinfall zum Beispiel müssen die Bayern ihre Astrologie-Show der Madame Tessier abbuchen.

Beispielhaft brilliert der Bayerische Rundfunk jedenfalls auf dem Gebiet der politischen Magazine und Diskussionssendungen. „Brennpunkt", „Weltspiegel", „Report" (mit einer gegenwärtigen Einschaltquote von 25 Prozent an der Spitze der ARD-Magazine) oder „Abendschau" sind nur einige Glanzlichter. Hier soll der Trend zur großen, ausladenden Reportage verstärkt werden.

Vor allem aber ist der Bayerische Rundfunk als erster darangegangen, sein Drittes Programm zum „Vollprogramm" auszubauen – mit spannenden Filmen, die zahlreiche Zuschauer vom ARD- und ZDF-Bildschirm weglockten.

MARK SIMON

NACHRICHTEN

Bochum kauft ein

Bochum (sid) – Nach drei Jahren bei Borussia Dortmund wird Fußballprofi Franz-Josef Tenhagen in der nächsten Saison wieder für den VfL Bochum spielen. Mit ihm werden auch noch Oswald Semlits (25) und und Siegfried Bönighausen (29) von Dortmund nach Bochum wechseln.

Dopingtest negativ

Los Angeles (dpa) – Der dreimalige Leichtathletik-Weltmeister (100 m, Weitsprung, Sprintstaffel) Carl Lewis hat sich freiwillig einem Dopingtest unterzogen. Das Ergebnis ist negativ.

Bei den Hallenmeisterschaften der USA waren Gerüchte aufgetaucht, Lewis steigere seine Leistungen durch Anabolika. Lewis: „Ich wollte beweisen, daß auch Spitzenathleten solche Tests nicht zu fürchten brauchen."

Ein Sohn für Rosi

München (sid) – Rosi Mittermaier hat am Montag einen acht Pfund schweren und 55 Zentimeter großen Sohn zur Welt gebracht. Das Ehepaar Mittermaier/Neureuther hat bereits eine Tochter, Ameli (3).

Hans Kalbfell gestorben

Düsseldorf (dpa) – Der ehemalige deutsche Schwergewichtsmeister der Boxprofis, Hans Kalbfell, starb nach langer Krankheit im Alter von 53 Jahren in seiner Heimatstadt Hagen. Kalbfell bestritt zwischen 1954 und 1961 knapp 150 Kämpfe, holte sich von Heinz Neuhaus und Albert Westphal zweimal den deutschen Titel und scheiterte beim Kampf um die Europameisterschaft zweimal an dem Engländer Dick Richardson.

ZAHLEN

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 834 948,10, 2: 127 057,30, 3: 6 601,60, 4: 133,20, 5: 10,10. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 5471,00, 2: 253,40, 3: 27,80. – **Auswahlwette** 6 aus 45: Klasse 1: 834 948,10, 2: 127 057,30, 3: 6601,60, 4: 133,20, 5: 10,10. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 1019,10, 2: 115,00. – Rennen B: Klasse 1: 2377,90, 2: 389,10. – **Kombinations-Gewinn:** unbesetzt, Jackpot: 247 067,00. (Ohne Gewähr).

KUNSTTURNEN / WELT-Interview zum Rücktritt von Yvonne Haug

„Jeder ist sich selbst der Nächste"

KLAUS BLUME, Bonn

Am Montag ist die 17 Jahre alte deutsche Kunstturnmeisterin Yvonne Haug aus Berlin zurückgetreten. Ohne die beste westeuropäische Turnerin ist die deutsche Olympiariege nur noch ein Torso, der angestrebte achte Platz bei den Olympischen Spielen in Los Angeles keinesfalls zu realisieren. Yvonne Haug trat zurück, weil sie nach den Querelen der Funktionäre und Trainer keine Alternative mehr sah. „Eigentlich", sagte sie, „wollte ich nur ein bißchen turnen." Das so etwas im Deutschen Turnerbund (DTB) ganz offenbar nicht möglich ist, haben schon die letzten Jahre bewiesen. Yvonne Haug ist die erste Turnerin, die auf dem Höhepunkt ihrer sportlichen Karriere zurücktritt, weil sie nicht mehr Spielball verschiedener Verbandsinteressen sein möchte. Die WELT sprach mit Yvonne Haug.

WELT: Sie haben Ihren Rücktritt erklärt. Gab es im Turnerbund Versuche, Sie umzustimmen?

Haug: Am Montagabend war Bundessportwart Hans-Jürgen Zacharias in Berlin. Er hat angeboten, daß ich bis zum 27. Mai, also bis zu den deutschen Meisterschaften, in Berlin bleiben kann und erst dann ins Trainingslager nach Frankfurt gehe.

WELT: Können Sie über diese Brücke gehen?

Haug: Feststeht: Die Leute vom Turnerbund haben schon so viel erzählt, daß ich eigentlich gar nichts mehr glauben kann. Denn am Ende weiß man nie, ob es so gemacht wird, wie es versprochen war.

WELT: Ihr Rücktritt trifft auch die deutsche Olympiariege. Haben sie darüber mit Ihren Kameradinnen gesprochen?

Haug: In der Riege wird nichts untereinander besprochen. Da ist sich jeder selbst der Nächste, auch, wenn es nach außen hin anders aussieht. Man kann schließlich nie sicher sein, ob Anvertrautes nicht doch die falschen Ohren erreicht.

WELT: Haben Sie denn mit Cheftrainer Vladimir Prorok über dessen Vorbehalte gegen Ihre Zusammenarbeit mit ihrem Berliner Heimtrainer Jupp Hinz gesprochen?

Haug: Ich habe es versucht. Doch da wurde er leider unsicher und nervös und hat mich aus der Halle gewiesen,



Bleibt bei ihrem Rücktritt: Yvonne Haug. FOTO: LUBEPRINTS

so daß ich nicht weiter trainieren konnte.

WELT: Wie haben denn ihre Riegenkameradinnen auf solche Vorfälle reagiert?

Haug: Die Mädchen haben alle ihre Klappe gehalten und waren nur schadenfroh.

WELT: Ihr Rücktritt erfolgte, weil Prorok verlangte, Sie sollten in Frankfurt und nicht wie bisher in Berlin leben und trainieren ...

Haug: Das Elternhaus ist aber nun einmal sehr wichtig, jedenfalls für mich. Und mit meinem Heimtrainer Jupp Hinz arbeite ich seit sechs Jahren täglich sechs Stunden zusammen. Mit Herrn Prorok kann ich über einige Dinge gar nicht reden, weil es da eine natürliche Hemmschwelle gibt. Im Falle Jupp Hinz ist das nach so vielen Jahren gemeinsamer Arbeit zwangsläufig anders.

WELT: Die deutsche Riege will bei den Olympischen Spielen in Los Angeles Achte werden. Ohne Sie geht das nicht mehr ...

Haug: Ich kann nicht immer nur an die anderen denken, ich muß auch 'mal mich sehen, denn ich habe lange genug das Hickhack ertragen müssen. Im Turnerbund haben sie ja fest damit gerechnet, daß ich nach Frankfurt zurückkomme. Denn die wissen, daß ich ziemlich ehrgeizig bin.

WELT: Aber Sie gehen nicht zurück?

Haug: Ich bin mir völlig im Klaren, daß ich es nicht kann.

WELT: Wird im Deutschen Turnerbund zuviel bestimmt und beschlossen, ohne die betroffenen Turnerinnen vorher zu fragen?

Haug: Das ist so. Als ich vom Mannschaftsarzt Doktor Maierski verdächtigt wurde, unter Magersucht zu leiden, gab es zwar Briefverkehr, aber keine Gespräche. Kein Mensch hat mit mir darüber gesprochen, wie so etwas entstehen könnte, welche Folgen so etwas haben würde. Nichts, kein Wort.

WELT: Wenn Ihnen ein Trainer zum Frühstück Tabletten servieren würde, wie würden Sie reagieren?

Haug: Ich würde sie nicht einnehmen, und ich würde fragen, was sie bewirken sollen.

WELT: Wenn eine talentierte 14 Jahre alte Turnerin, die in die Verbandsmühlen geraten ist, Sie um Rat fragen würde ...

Haug: Dann würde ich ihr sagen: Steig' lieber vorher aus, bevor es zu spät ist.

WELT: Sie sind jetzt ausgestiegen. Was werden Sie künftig tun?

Haug: Ich werde aufs Gymnasium gehen und nicht mehr turnen. Vorläufig muß ich aber noch dreimal in der Woche zum Training gehen, damit sich der Körper langsam an die Umstellung gewöhnt. Ich werde dann wieder ein ganz normales Mädchen sein.

STAND ● PUNKT / *Wenn zwei das gleiche tun*

Zwischen der Eintracht in Frankfurt und den Nachbarn von Kikkers Offenbach sitzt die Rivalität (manche sagen sogar: Haß) so tief, daß alles, was die beiden tun und lassen, irgendwie zum messerscharfen, ganz privaten Zweikampf gerät. Es gibt Eintracht-Fans, die zu jedem Kickers-Heimspiel fahren, um dort den jeweiligen Gegner anzufeuern.

Zur Zeit hängen die beiden fast Arm in Arm am Tabellenende der Fußball-Bundesliga. Aber das ist den Duellanten der Gemeinsamkeit noch nicht genug. Vor Jahresfrist hatte die Eintracht ihren großen Präsidentschaftskrach – Rücktritt, Krise, Beschimpfungen, Notvorstand.

Das ließ die Offenbacher nicht ruhen. Nach dem Motto: „Wenn wir schon die Kleineren sind, wollen wir wenigstens das größere Chaos", lassen sie jetzt mit ungefähr denselben Parolen ihr eigenes Präsidentendrama über die Bühne gehen. Und das just in dem Moment, wo die Mannschaft nach dem Buchmann-Rausschmiß mit dem Metzgermeister Nuber noch einmal letzte Reserven zu mobilisieren scheint.

Die Bilder der Mitgliederversammlungen beiderseits des Mains ähneln einander auf ebenso turbulente wie jammervolle Weise. Aber da ist dann auch ein kleiner Unterschied.

In Frankfurt formierte sich damals hinter den Kulissen sofort ein Sprungtuchkommando, um den stürzenden Renommierverein aufzufangen. Wie jedermann weiß, glückte das inzwischen zumindest finanziell ganz gut. Die Offenbacher stolpern weiter Richtung Keller. Zunächst lehnten am Montagabend sämtliche Wunschkandidaten für ein neues Präsidium finster entschlossen ab. Sie kennen vielleicht rote Zahlen, von denen andere nichts ahnen.

Um Mitternacht trieb es dann den Expräsidenten Waldemar Klein nach vorn – obwohl ihm Trainer und Mannschaft gerade erst öffentlich und in fast kränkender Deutlichkeit ihr Mißtrauen bekundet hatten. Vergeblich blieben die Warnungen, lieber die Wahl zu vertagen und den wackeren Klein zum Ehrenpräsidenten zu machen. Mit 219 gegen 79 Stimmen wurde der Mann zum Präsidenten gewählt – eine Art Trotzreaktion der Mitglieder gegen ein paar bezahlte Profis, die sich anmaßen, nicht nur den Trainer, sondern auch den Präsidenten zu bestimmen.

Aber dieser Trotz kommt viel zu spät. Die Prognosen sind düster. Die Eintracht in Frankfurt braucht „nur" Punkte. Die Kickers, hoffnungslos mit fast vier Millionen Mark verschuldet, benötigen dazu noch ein kleines finanzielles Wunder (im Schnitt mindestens 18 000 Zuschauer in den letzten fünf Heimspielen). Unter den Offenbacher Fans kursiert zur Zeit ein wehrhafter Spruch: „Wir packen's – und wenn nicht, reißen wir wenigstens die Eintracht mit."

Gerade damit aber wird es hapern. Falls tatsächlich alle beide absteigen, kann der Frankfurter Klub in Ruhe seinen Wiederaufstieg in Angriff nehmen. Die Offenbacher dagegen würden – nach einer Lizenzverweigerung durch den Deutschen Fußball-Bund – mit Gepolter noch ein Stockwerk tiefer landen, bei den Amateuren. Dort wartet schon der ruhmreiche FSV Frankfurt.

JOACHIM NEANDER

KRITIK

Ein Ort doppelter Betroffenheit

Gießen! Wem ist dieser Name in den letzten Wochen nicht fast täglich unter die Augen oder in die Ohren gekommen? Denn seit Jahresbeginn gefällt es der SED-Führung in Ost-Berlin, Tausende von Untertanen aus der dort herrschenden De-facto-Leibeigenschaft in den freien Teil Deutschlands zu entlassen. Der aber nimmt für jeden, der so die Landeshälften wechselt, konkrete Gestalt zuerst in eben diesem Gießen und seinem zentralen Bundesnotaufnahmelager an. Einem Kamerateam des ZDF war dies Anlaß genug, wenigstens etwas mehr als nur diee obligatorische Sensationsminute einzufangen: Man filmte eine ganze Woche das ungewöhnliche Lagerleben und brachte eine Reportage zustande, die unter die Haut ging: **Und plötzlich hatten wir die Ausreise.**

Die Konsequenz: Gießen als Ort doppelter Betroffenheit, der eine Fülle von ungewöhnlichen Einsichten freisetzte. Was am meisten auffiel, war der ungebrochene Optimismus der Freigelassenen, der auch bei noch so insistierendem Nachfragen nichts von seiner Kraft einbüßte und sich so sehr schnell als eine Grundhaltung erwies, die es dem einzelnen überhaupt ermöglicht hatte, die Zeit bis zu diesem Tage durchzustehen. Drei Jugendliche zwischen 18 und 23 Jahren – darunter ein Mädchen – gerieten zunehmend in den Mittelpunkt der Reportage, und ihr Gang durch die Stadt brachte eine Fülle von Spontankommentaren, die dem Zuschauer wohl noch lange in den Ohren klingen werden: „Gewaschene Kartoffeln!", „grüne Gurken!", und angesichts der Fülle in einem Schuhladen der Ausruf des Mädchens Rita: „Ich kann nichts mehr sagen!"

Das waren nicht unkontrollierte Reaktionen auf Glanz und Gloria, sondern ein Sinn fürs Detail, den eine ganz bestimmte politische Realität provoziert hat. „Frei sind wir jetzt!", sagte einer der jungen Männer. Er sprach damit bündig aus, was die meisten Menschen motiviert hat, die seit Wochen so zahlreich den Schritt in die westdeutsche Demokratie wagen.

ULRICH SCHACHT





III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender der ARD
- 9.25 **Sesamstraße**
- 10.00 **heute**
- 10.05 **Was soll bloß aus dir werden**
- 11.40 **Mosaik**
- 12.10 **Monitor**
- 12.55 **Presseschau**
- 13.00 **heute**

ARD

- 16.00 **Tagesschau**
- 16.10 **Mode, Mädchen, Manager** – Münchner Notizen zur neuen Saison
- 16.55 **Dirk van Haveskerke** – Kampf um Flandern. Dirk und seine Freunden gelingt es, den Ratsherrn Vanschip gefangenzunehmen. In Brügge kommt es zum Aufruhr gegen die Franzosen. Dirk erfährt, wo seine Mutter gefangengehalten wird und daß sein Vater als Sträfling auf eine Galeere gebracht worden ist.
- 17.40 **Nudnik**
- 17.50 **Tagesschau** – Anschl. Regionalprogramme
- 20.00 **Tagesschau**
- 20.10 **Fußball-Länderspiel** – Deutschland – UdSSR. Aus dem Niedersachsenstadion in Hannover. Reporter: Stanley Schmidt
- 22.00 **Brennpunkt** – El Salvador nach den Wahlen. Mit Direktschaltungen über Satellit will der SWF die Situation nach den Wahlen in El Salvador schildern. Erwartet werden in der Sendung vom ARD-Büro Washington Reaktionen aus der amerikanischen Hauptstadt, ferner Berichte aus El Salvador über die militärische Lage, die Rolle der Kirche und die Landreform.
- 22.30 **Nick Lewis, Chief Inspector** – Chief Inspector Nick Lewis bekommt eine neue Mitarbeiterin. Sie heißt Sue Maxwell und übernimmt die Stelle von Kate Burton, die befördert worden ist. Sue kommt vom Lande, und aufs Land hinaus führt der neue Fall des Chief Inspectors. Lewis muß zusehen, wie er Phil Strong freibekommt, der in einem Dorf in den Midlands unter Mordverdacht festgenommen worden ist, als er dort zwei Gemälde aus einem aufgeklärten Kunstraub dem rechtmäßigen Besitzer zurückbringen wollte. Kurz nach Phils Ankunft wurde dieser Mann nämlich umgebracht und Phil Strong von einem Mädchen in unmittelbarer Nähe der Leiche beobachtet. Für Lewis ist es selbstverständlich, daß er seinem Mitarbeiter in dieser Situation hilft.
- 23.45 **Tagesschau**

ZDF

- *8.55 Heute im Parlament* – Der Deutsche Bundestag und das Europäische Parlament diskutieren die gescheiterte Gipfelkonferenz in Brüssel
- 15.25 **Enorm in Form**
- 16.00 **heute**
- 16.04 **Rappelkiste** – Anschl. heute-Schlagzeilen
- 16.35 **Die Bären sind los** – Eine Gruselgeschichte
- 17.00 **heute / Aus den Ländern**
- 17.15 **Tele-Illustrierte** – Zu Gast: Marie-Luise Neuendekker, Horn und Teresa Turner-Jones
- 17.50 **Bret Maverick** – Die Weinauktion. Dazw. heute-Schlagzeilen
- 19.00 **heute**
- 19.30 **Spielregeln** – Jugend und Justiz. Moderation: Monika Jetter
- 20.15 **Kennzeichen D** – Surfen auf dem Müggelsee? – Urlaub '84 in der DDR / Wohnungsspekulation made in Germany /- Gelöstes Besetzerproblem, offenes Wohnungsproblem – Berlins Baupolitik heute / Auch Fliegen geht nicht schneller – Bekommt Berlin einen Magnetbahnanschluß nach Hannover? / Streiflicht: Die „DDR" auf den Kurzfilmtagen in Oberhausen. Moderator: Joachim Jauer
- 21.00 **Der Denver-Clan** – Forderungen. Der Parapsychologe Jason Dehner versucht verzweifelt, einen Kontakt zu Steven Carrington herzustellen, denn Blake Carrington will immer noch nicht glauben, daß sein Sohn tot ist. Krystle beginnt langsam, am Verstand ihres Mannes zu zweifeln, denn Blake und Dehner schließen sich immer wieder in Stevens Zimmer ein.
- 21.45 **heute-journal**
- 22.05 **mittwochslotto**
- 22.10 **Treffpunkt Ü-Wagen 4** – Im Landerziehungsheim Urspring
- 22.40 **Streifzug** – Sommer 1983 – eine Großstadt im Ruhrgebiet. Gleichzeitigkeit. Autogrammstunde bei Nena. Ein alter Mann im Rollstuhl sieht Straßenarbeitern zu. Roboter mischen sich unters Publikum im Einkaufszentrum – niemand merkt was.
- 0.10 **heute**

III.

WEST
- 19.00 **Aktuelle Stunde**
- 20.00 **Tagesschau**
- 20.10 **Mittwochs in Kamen**
- 21.45 **off-off**
- 22.15 **Sommerstürme** – Amerikanischer Spielfilm (1944). Regie: Douglas Sirk
- 23.55 **Letzte Nachrichten**

NORD
- 19.30 **Agrarland UdSSR**
- 20.00 **Tagesschau**
- 20.10 **Schaufenster** – Wirtschaftmagazin
- 21.00 **Zeitenwende** – Essen mit dem Messer
- 21.45 **Jazz an einem Sommerabend** – Amerikanischer Spielfilm (1959). Regie: Bert Stern
- 23.00 **Nachrichten**

HESSEN
- 18.00 **Sesamstraße**
- 18.30 **Die fabelhafte Familie Ko in der Zauberkiste**
- 19.00 **Was tun mit der Zeit?**
- 19.30 **Der Sternenhimmel im April**
- 19.45 **Herrchen gesucht**
- 20.15 **Stadtgespräch** – Heute in Melsungen
- 21.30 **Drei aktuell und Sport**
- 22.00 **In der Strömung des reißenden Flusses**

SÜDWEST
- 18.50 **Telekolleg I** – Nur für Baden-Württemberg
- 19.00 **Abendschau** – Nur für Rheinland-Pfalz
- 19.00 **Abendschau** – Nur für das Saarland
- 19.00 **Saar 3 regional** – Gemeinschaftsprogramm
- 19.25 **Nachrichten**
- 19.30 **Baden ist Geld**
- 20.15 **In der Picardie**
- 21.00 **Der zerbrochene Krug** – Deutscher Spielfilm (1937). Regie: Gustav Ucicky
- 22.20 **Aus dem Reisetagebuch des André Malraux (6)**

BAYERN
- 18.15 **Bilderbogen der Abendschau**
- 18.45 **Rundschau**
- 19.00 **Bayern-Kini '84**
- 20.00 **Kämbla**
- 20.45 **Zeitspiegel**
- 21.30 **Rundschau**
- 21.45 **Alcatraz (2)** – Amerikanischer Fernsehfilm
- 22.35 **Z. E. N.**
- 22.40 **Gold-Finger**
- 23.25 **Rundschau**
- 23.30 **News of the Week**

Die Hauptsache ist nicht, dass die Swissair jetzt eine Business Class hat, sondern dass man in einer Business Class jetzt auch Swissair fliegen kann.

Obwohl die neue Business Class der Swissair in praktisch allen Flugzeugen zwischen der First Class und der Economy Class liegt, ist sie keine mittlere Zwischenklasse, sondern rundum eine Klasse für sich.

In der neuen Business Class der Swissair kann man es sich wegen des erhöhten Sitzabstandes in allen Flugzeugen besonders bequem machen. In den DC-10 werden erst noch nur 7 und in den B-747 nur 8 der neuen, breiteren und speziell entwickelten Sitze pro Reihe installiert. Die Annehmlichkeiten eines Langstreckenfluges beginnen für Business Class-Passagiere aber schon beim Buchen. Bereits dann können sie nämlich sagen, ob sie lieber am Fenster oder beim Gang, im Nichtraucher- oder Raucherabteil sitzen möchten. Am separaten Check-in-Schalter, den es in immer mehr Flughäfen gibt, erhalten sie dann ihre blaue Bordkarte mit den gewünschten Vermerken.

Dass die neue Business Class der Swissair eine Klasse für sich ist, sieht man natürlich auch an unserem Kabinenpersonal, dessen Bestand wir speziell für die Business Class vergrössert haben. Es serviert bei Hauptmahlzeiten auf Langstrekkenflügen jeden Gang einzeln, offeriert eine Stoffserviette und bietet auch Früchte, Käse und Kaffee separat an.

Zudem erhält man in der Business Class aller DC-10 und B-747 der Swissair nicht die üblichen Ohrhörer, sondern angenehm leichte, elektrodynamische Kopfhörer, mit denen man Folklore, Jazz oder klassische Musik in Hi-Fi-Qualität geniessen kann.

Als Business Class-Passagier hat man bei der Swissair aber noch einen weiteren Vorteil: Man kann einen Flug jederzeit umbuchen oder unterbrechen oder die Reiseroute ändern.

Die Hauptsache ist aber bestimmt, dass die Swissair die einzige europäische Fluggesellschaft ist, die in allen ihren Flugzeugen eine Business Class anbietet. Also nicht nur in denen, die nach Nord- und Südamerika, Afrika, dem Nahen, Mittleren und Fernen Osten fliegen. Sondern auch in all denen, die nach 48 Städten in Europa fliegen.



Vogel zeigt Verständnis für die Wähler der Grünen Partei

„Parlamentarisierungsprozeß abwarten" / Hauff geht nicht nach Baden-Württemberg

dpa/rtr, Bonn

Voraussetzung für eine parlamentarische Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Grünen in den Bundesländern ist nach den Worten des Bonner SPD-Oppositionsführers Hans-Jochen Vogel die Bereitschaft der Grünen, „ein Mindestmaß an Berechenbarkeit, Kalkulierbarkeit und Festigkeit" zu zeigen. Vor dem Hintergrund des Wahlausgangs in Baden-Württemberg sagte Vogel gestern in Bonn, ein Zusammenwirken hänge insgesamt davon ab, wie sie ihren „Parlamentarisierungsprozeß" vollzögen. Dies sei am weitesten in Hessen vorangeschritten.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende zeigte Verständnis für die Wähler der Grünen in Baden-Württemberg. Bei ihnen hätten sich „protestwürdige Zustände" in der Bundesrepublik festgesetzt mit dem Ergebnis, eine Protest-Partei zu wählen. Eine bundespolitische Kursänderung kommt für Vogel auch nach dem Wahlausgang in Baden-Württemberg nicht in Frage. Auch großen Koalitionen zwischen der SPD und den Unionsparteien erteilte er eine Absage. Solche Lösungen kämen nur bei „zwingenden Zwangslagen" in Betracht - wenn sich keine anderen Möglichkeiten ergäben, das Wähler-Votum in Politik umzusetzen. Dies wäre etwa in Hessen der Fall gewesen, wenn sich die Grünen völlig der SPD versagt hätten und auch die FDP bei ihrer Absage an die Sozialdemokraten bleibe. Die SPD werde aber große Koalitionen niemals von sich aus anstreben, da solche Bündnisse die Glaubwürdigkeit der Parteien erschütterten.

Die Erklärungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden zu den Möglichkeiten, mit den Grünen zusammenzuarbeiten, sind von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kritisiert worden. Der parlamentarische Geschäfsführer Schäuble erklärte, der SPD-Politiker stelle an die Grünen keinerlei inhaltliche Forderungen, er habe keine politische Grenze zu ihnen gezogen und ihnen grundsätzliche politische Übereinstimmung abverlangt. Kalkulierbarkeit sei bei Vogel zu einem eigenständigen inhaltlichen Wert geworden. Die SPD werde nur noch vom Willen zur Macht geleitet.

Das baden-württembergische SPD-Präsidium will, wie es in einer gestern verbreiteten Erklärung hieß, der grünen Partei nicht opportunistisch hinterherlaufen. Die SPD im Südwesten will jedoch künftig stärker ihre „Kompetenz" für die Lösung der Probleme in den Bereichen Umwelt und Wirtschaft herausstellen. Die Verluste der FDP stellen nach Ansicht des SPD-Präsidiums einen „brisanten Unruhefaktor" und ein „beachtliches Gefährdungspotential" für die Bonner Regierungskoalition dar. Die Freien Demokraten hätten in ihrem ehemaligen Stammland einen Rückschlag erlitten, der rasch zur Krise führen könne. In den Augen vieler Wähler seien sie nach dem Bonner Koalitionswechsel überflüssig geworden.

Gegen eine neue Personaldiskussion in der Folge des unbefriedigenden SPD-Wahlergebnisses in Stuttgart hat sich der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, der Baden-Württemberger Volker Hauff, gewandt. In einem Zeitungsinterview lehnte er es erneut ab, sich als Spitzenkandidat für die nächste Landtagswahl zur Verfügung zu stellen. Er betonte, das Problem der Sozialdemokraten im Südwesten sei schwieriger, als daß es durch den „Austausch von Personen" gelöst werden könnte. Angesichts des Erfolgs der Grünen riet er seiner Partei, darüber nachzudenken, daß der Wähler von den Parteien in der Politik den Mut zum Experiment erwarte.

ZDF mit internationalen Partnern

Satelliten-Kooperation mit Österreich und der Schweiz / Konzept wird erarbeitet

Nea. Mainz

Die Medienlandschaft ist auf breiter Basis in Bewegung geraten. Die Versammlung der Anstalt für Kabelkommunikation (AKK) will heute auf Antrag des Vorstands und des Programmausschusses in Ludwigshafen die Nutzung des sogenannten Westbeams (Westkanal) beim ECS-Satelliten an ein privates Konsortium für ein bundesweites privates TV-Programm von 1985 an vergeben. Zugleich hat ZDF-Intendant Professor Dieter Stolte erstmals Pläne der Anstalt dargestellt, wie sie den ihr zugewiesenen ECS-Ostbeam zu nutzen gedenkt.

Bereits am 15. März hat in Mainz ein erstes Spitzengespräch zwischen ZDF, dem ORF und der Schweizerischen Rundspruchgesellschaft (SRG) über eine Satelliten-Kooperation stattgefunden. Eine Arbeitsgruppe soll dem ZDF-Fernsehrat für seine Sitzung am 25. Mai in München schon ein Konzept erarbeiten, das auch die Finanzierung einschließt. Stoltes Ziel: ein vier- bis fünfstündiges Programm, das sich im wesentlichen zunächst aus zeitversetzten Sendungen der drei Anstalten zusammensetzen soll. Beginn etwa Anfang 1985, jedenfalls „nicht später als das Westbeam-Programm". Über Quoten wurde noch nicht gesprochen. Das ganze soll unter der öffentlich-rechtlichen Verantwortung des ZDF laufen.

Allerdings, so Stolte, werde das ZDF für das geplante Kooperationsprogramm mit ORF und SRG „nicht genutzte Eurovisionsrechte stärker als bisher in Anspruch nehmen". Das Programm soll auch in alle vier Kabelpilotprojekte (Ludwigshafen, München, Dortmund und Berlin) eingebracht werden. Die beim Pilotprojekt Ludwigshafen bereits praktizierte Kooperation zwischen „ZDF 2" und der privaten EPF bleibt von diesen internationalen Plänen unberührt.

„Unser EPF-Modell", sagte Stolte dazu, „wird in Zukunft sogar Konjunktur bekommen." Die Kombination aus einem „Programm-Mantel" von einem öffentlich-rechtlichen Veranstalter und dem Beitrag eines mittelständischen Regionalveranstalters sei besonders gut geeignet.

Unsicherheit über weiteren SED-Kurs

● Fortsetzung von Seite 1

starrte Parteiapparat verhindere jedoch alternative Wirtschaftsmodelle anstelle der versagenden Planwirtschaft und sozialistischen Sozialpolitik.

Ohne auf die derzeitige Ausreisepraxis einzugehen, sind jetzt in der „DDR"-Kulturzeitschrift „Sinn und Form" kritische Fragen zu den eingeschränkten Reisemöglichkeiten, zu mangelnder Offenheit in der Diskussion gesellschaftlicher Probleme und zu dem Mißtrauen staatlicher Stellen gegenüber den Menschen veröffentlicht worden. Die Zeitschrift ließ in ihrer neuen Ausgabe in Tonbandprotokollen einen 59jährigen Kommunisten und seine ein Jahr jüngere Frau, die ebenfalls der SED angehört, Auskunft über ihren Lebensweg geben.

Der Mann, der als Betriebsleiter vorgestellt wurde, gab zu Protokoll: „Mich belastet, daß ich nicht reisen darf, wohin ich will." Von einer Frau aus Kenia, der er in Mitteldeutschland geholfen habe, sei er nach Afrika eingeladen worden. Ihr Vater habe ihm, „offiziell, mit Stempel der Botschaft" eine Einladung nach Nairobi geschickt. „Ich habe alles mögliche versucht, um dorthin fahren zu können", so das SED-Mitglied, „aber nichts erreicht. Das ist etwas, was einen bedrücken kann. Ist das Mißtrauen größer als das Vertrauen?"

Fragen, die auf SED-Tagungen, Jugendforen und ähnlichen politischen Veranstaltungen gestellt wurden, mußten nicht nur vier Wochen vorher formuliert werden, sagte der Kommunist über die Unterdrückung gesellschaftlicher Probleme in der „DDR". Die Fragen würden „sortiert und korrigiert". Seine Frau sagte, sie könne nicht verwinden, daß sie ihren Sohn, einen ehemaligen Angehörigen der „DDR"-Grenztruppen, im Westen nicht mehr sehen könnte. Er war geflüchtet. Über die Trennung meinte sie: „Das ist eine Wunde, die nicht verheilt."

Offenbar als Warnung an ausreisewillige Jugendliche hat das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" gestern über schlechte Aussichten auf Ausbildung und Beschäftigung im Westen berichtet. Die Zeitung zitiert eine Prognose der UN-Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD), in den Industriestaaten werde die Jugendarbeitslosigkeit stark steigen.

Apel warnt die Verfechter einer neuen Verteidigungspolitik

„Auf nukleare Abschreckung kann nicht verzichtet werden" / Beitrag für die „Times"

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die in der SPD hartnäckig geführten Auseinandersetzungen um die Grundlagen der Verteidigungspolitik der NATO haben durch jüngste Äußerungen des stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, Hans Apel, neue Schärfe gewonnen. In einem Beitrag für die Londoner „Times" warnte der Politiker vor überspannten Erwartungen an eine sogenannte Konventionalisierung der Strategie des Atlantischen Bündnisses. Dies ist in unterschiedlicher Akzentuierung von Sozialdemokraten wie Egon Bahr, Andreas von Bülow und Horst Ehmke getan worden.

Apel, unter Helmut Schmidt als Bundeskanzler Verteidigungsminister, wies darauf hin, daß eine „Konventionalisierung" der westlichen Verteidigung in Mitteleuropa nur in Betracht komme, „wenn und soweit das abschreckungsstrategische Primat der Kriegsverhütung" nicht verloren gehe. Damit weist Apel, der in seiner Partei den „Seeheimer Kreis", eine lockere Gruppierung eher rechtsgerichteter Sozialdemokraten anführt, alle jene argumentativ in die Schranken, welche mehr oder minder eindeutig die Atomwaffen vom europäischen Boden der NATO verbannen möchten. Die Kernsätze seiner Position lauten: „Für uns Europäer ist wesentliches Element der Kriegsverhinderung, daß die Supermächte voll in das Risiko eines Kriegsausbruchs in Europa eingekoppelt sind. Die von jedem Aggressor einzugehenden existentiellen Risiken müssen für ihn unkalkulierbar bleiben. Deshalb kann derzeit auf die nukleare Abschreckung auch bei gebotener Anhebung der nuklearen Schwelle durch Verstärkung der konventionellen Abschreckung der NATO nicht verzichtet werden."

Apel hält den Befürwortern der „Konventionalisierung" vor, eine Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit der NATO könnte einen „konventionellen Krieg in Europa führbar erscheinen lassen". Die Clausewitzschen Lehrsätze des 19. Jahrhunderts vom Kriege als der Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln möchte Apel auf die Gegenwart umgemünzt sehen und fordert: „Von entscheidender Bedeutung ist, daß sich Konventionalisierung heute nicht mehr nach ihrem Gebrauchswert im Krieg, sondern nach ihrem Abschreckungswert im Frieden bestimmt."

Der SPD-Politiker sieht bei einer „Konventionalisierung unseres Verteidigungskonzepts" für die Bundesrepublik „lebensgefährliche Debatten beginnen". Die Allianz müsse begreifen, daß sie politisch-psychologisch nur einen engen Spielraum habe, wenn sie die „Akzeptanz" des Verteidigungskonzepts nicht gefährden wolle, die sie mit der „Denuklearisierung" in den westlichen Gesellschaften wiederzugewinnen trachte.

Im Grundsatz sieht Apel durch neue technologische Entwicklungen Verbesserungen bei der konventionellen Kampfkraft der NATO bei der „Denuklearisierng der Panzerabwehr, der Luftabwehr und der weitreichenden Interdiktion (der Bekämpfung der gegnerischen Luftwaffe am Boden und der Versorgungslinien im Hinterland mit Hilfe von Flugkörpern, d. Red.) als Möglichkeiten. Darin liegt seiner Auffassung nach „das größte Potential, um die Abhängigkeit der NATO von Nuklearwaffen zu verringern".

Neue Variante der Teilhabe-Rente

60 statt 70 Prozent der Ansprüche? / Regierung steht unter Zeitdruck

GISELA REINERS, Bonn

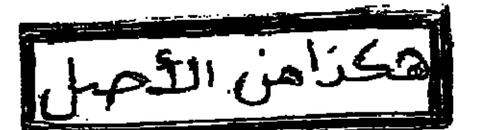
Die Entscheidung für die Anrechnungslösung bei der Reform der Hinterbliebenenrente scheint noch nicht endgültig zu sein. Darauf deutet das Auftauchen einer neuen Variante der Teilhabe-Lösung hin. Danach soll die Gleichstellung von Mann und Frau im Rentenrecht dadurch erreicht werden, daß der Überlebende 60 statt wie bisher diskutiert, 70 Prozent der gemeinsam erworbenen Ansprüche erhält. Liegt dieser Satz unter dem selbsterworbenen Anspruch, bleibt die eigene Rente garantiert. Frauen sollen bei dieser Lösung pro Kind noch einen Zuschlag von 2,5 bis 3 Prozent erhalten.

Die Bundesregierung steht unter Zeitdruck. Das Gesetz soll nach einem Urteil des Verfassungsgerichts möglichst noch 1984 verabschiedet werden. Karlsruhe hat jedoch signalisiert, daß es mit einer Entscheidung über die Eckwerte der Reform zufrieden sein wird. Bundesarbeitsminister Blüm (CDU) favorisiert das Anrechnungsmodell. Danach solle eigene Rente, Erwerbseinkommen und bestimmte Bezüge des Hinterbliebenen, sofern sie 900 Mark übersteigen, zu 40 Prozent auf die Hinterbliebenenrente angerechnet werden.

Das Problem bei diesem Modell sind die Unklarheiten, welche Bezüge angerechnet werden können. Hier gibt es sowohl verfassungsmäßige Bedenken als auch politische Widerstände, vor allem bei der FDP, die in weiten Teilen nach wie vor das Teilhabe-Modell wünscht. Es wird befürchtet, daß Berufsgruppen, die der FDP nahestehen, belastet werden könnten.

Die Schwierigkeiten bei der Teilhabe-Lösung, der auch die SPD unverändert zuneigt, besteht in der fehlenden Möglichkeit, sie „systemübergreifend" – zum Beispiel zwischen Beamtenversorgung und Sozialversicherung – anwenden zu können. Wenn Mann und Frau verschieden hohe Ansprüche an verschiedene Systeme haben, ist nicht zu klären, welches System in welcher Höhe leisten muß, ob und in welcher Höhe versteuert werden muß usw.

Im Wirtschaftsministerium hält man auch eine Übergangslösung nicht für ausgeschlossen. Danach könnten Männer aus der Versicherung ihrer Frau Rente erhalten, wobei die Nachweispflicht, daß die Frau überwiegend die Familie unterhalten hat, großzügig gehandhabt werden könnte.



Falsche Scheu

cd. – Die Hypothekenbanken berichten fast durchweg über eine Verschlechterung der Zahlungsfähigkeit ihrer privaten Kunden. Zinsen werden nicht pünktlich gezahlt, so daß die Zinsrückstände steigen. Auch die Zahl der Zwangsmaßnahmen nimmt zu, weil sich häufiger herausstellt, daß sich Häuslebauer übernommen haben. Die meisten Probleme gibt es bei Ehescheidungen. Aber auch die hohe Arbeitslosigkeit fordert mehr Tribut als je zuvor. Oft steht Hypothekenschuldnern das Wasser bis zum Halse, wenn das einkalkulierte Zweiteinkommen der arbeitslos gewordenen Ehefrau wegfällt.

Die Zunahme der Zwangsmaßnahmen, die neuerdings spürbar abflaut, und auch die Verluste, die manche Hypothekenbanken bei der Verwertung von Immobilien erleiden, sind jeoch keineswegs so dramatisch, wie es manche Publikationen suggerieren.

Die „Notfälle" offenbaren allerdings, daß die Hypothekengeber *manchmal* bei der *Beleihung* zu großzügig waren. Einige Objekte an ungünstigen Standorten bringen bei einer Versteigerung nicht einmal den beliehenen Wert. Die Hypothekenbankiers ziehen die Konsequenzen daraus. Sie werden vorsichtiger und betrachten die Hypothek nicht nur als Kredit mit dinglicher Sicherung, sondern auch als Personalkredit, dessen Sicherheit von der Bonität des Schuldners abhängt.

Manche Probleme, so betonen die Hypothekenbankiers, ließen sich freilich auch vermeiden, wenn die in der Klemme steckenden Schuldner ihre Notlage rechtzeitig erkannt hätten. Wer in die Klemme gerät, sollte die Konsequenzen daraus ziehen.

Streit um die Lohnpolitik

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Verminderung der Lohnkostendynamik, neben dem Einfrieren des Haushaltsdefizits die zweite Säule der Stabilisierungspolitik *der Regierung Craxi, begegnet weiter* großen Schwierigkeiten. Nach der Vertrauensabstimmung im Senat, der dem Mitte Februar erlassenen Lohnkostendekret der Regierung mit den Stimmen der Koalitionsparteien grünes Licht erteilte, muß der Regierungserlaß jetzt noch von der Abgeordnetenkammer verabschiedet werden, um Gesetzeskraft zu erlangen.

Wegen der hartnäckigen Opposition, mit der sich die Kommunisten und ihre linken Verbündeten im Parlament gegen die Regierungsmaßnahmen stemmen, sehen es Experten inzwischen als fraglich an, ob der Erlaß fristgerecht zum 16. April ratifiziert werden kann. Als wahrscheinlich gilt in Expertenkreisen daher eine Kompromißlösung auf der Grundlage neuer Vorschläge, die von seiten der kommunistisch-sozialistischen Gewerkschaft CGIL, der größten italienischen Arbeitnehmerorganisation, erwartet werden.

Ausgangspunkt sind dabei Andeutungen, die der kommunistische Führer der CGIL, Luciano Lama, auf der am vergangenen Samstag in Rom veranstalteten Kundgebung Hunderttausender von Gewerkschaftsangehörigen gemacht hat. Luciano Lama verwarf erneut die „Anmaßung" der Regierung, die Lohnfrage auf dem Erlaßwege zu regeln, erklärte sich aber bereit, mit der sozialistischen Arbeitnehmerorganisation UIL und der christlich-demokratischen CISL in Verhandlungen über eine Änderung der Lohnkostenstruktur einzutreten. Die Diskussion verlagert sich damit von dem konjunkturpolitischen Ziel der Regierung, das Wachstum von *Löhnen und Lohnkosten im Laufe* dieses Jahres bei Null einzufrieren, zu der langfristigen Lösung der lohnpolitischen Strukturprobleme.

Mit dem Lohnkostendekret der Regierung, das weiter auf schärfsten Widerstand der Kommunistischen Partei und der kommunistischen Mehrheit der Arbeitnehmerorganisation CGIL trifft, wird der Automatismus, mit dem Löhne und Gehälter der Preisentwicklung angepaßt werden, zum Teil aufgehoben. Danach deckt die gleitende Lohnskala die durch die Inflation bewirkte Kaufkraftminderung nur noch zu etwa *zwei Drittel* ab.

An den gesamten Bruttoeinkünften der italienischen Industriearbeiter machen die Beträge, die auf Grund der gleitenden Lohnskala in die Lohntüte fließen, im laufenden Jahr trotzdem rund 40 Prozent aus gegenüber erst 38 Prozent im vergangenen und etwa einem Drittel im Jahre 1981.

Die Gefahr, daß der indexierte Anteil am Lohneinkommen weiter ansteigt und die Möglichkeit der Sozialpartner einengt, berufliche Lohn- und Gehaltsanreize zu schaffen, hat alle italienischen Gewerkschaften zu einer Neufassung ihrer lohnpolitischen Grundsatzprogramme veranlaßt.

Die sozialistische UIL strebt eine Dreiteilung von Löhnen und Gehältern an: Einen vollindexierten Mindestlohn mit einem Anteil an den gesamten Einkünften von etwa 30 Prozent, einen auf Manteltarifebene zwischen den Organisationen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber auszuhandelnden „beruflichen" Bestandteil und einen dritten Teil, der den Tarifverhandlungen auf Betriebsebene vorbehalten sein und Prämienelemente enthalten soll. Noch weiter greifen die Vorstellungen der kommunistischen CGIL. Sie fordert eine neunzigprozentige Indexierung für alle Löhne und Gehälter bis 770 000 Lire (1 260 Mark) monatlich. Darüber hinaus soll die Indexdeckung stufenweise bis auf 40 Prozent zurückgehen. Dafür ist die CGIL bereit, von der bisher quartalsweisen zur halbjährlichen Anpassung der gleitenden Lohnskala überzugehen.

Eine *dritte* Änderungsvariante schlägt die christlich-demokratische CISL vor. Sie verzichtet auf die Einführung eines Mindestlohnes und empfiehlt den Übergang von dem System der Festbeträge zu dem 1976 verlassenen System der prozentualen Inflationszuschläge: Damit könnte nach Ansicht der CISL am besten der seit Jahren im Gange befindlichen Nivellierung von Löhnen und Gehältern entgegengewirkt werden.

WÄHRUNGSFONDS / Treffen der Finanzminister diesmal ohne brisantes Thema

Umstritten bleibt nur das Problem zusätzlicher Sonderziehungsrechte

HORST-A. SIEBERT, **Washington**

Selten hat es dem Internationalen Währungsfonds (IWF) so große Mühe bereitet, für die traditionelle Frühjahrssitzung des Interimsausschusses, dem 22 Finanzminister angehören, eine attraktive Tagesordnung zusammenzustellen. Entweder gibt es im Augenblick nichts, worüber sich wirklich zu reden lohnt; oder es empfiehlt sich, gewisse heiße Eisen gar nicht erst anzufassen. Krisenstimmung herrscht diesmal nicht. Auch die Schuldenkrise scheint, vielleicht mit Ausnahme Argentiniens, eingedämmt.

Daß die Finanzminister, meistens unterstützt von den Notenbankchefs, dennoch nach Washington kommen, geschieht auf Wunsch der Entwicklungsländer. Die Industriestaaten wollten auf das Treffen verzichten. Die Dritte Welt erhofft sich Fortschritte in der heiß umstrittenen Frage, ob der Fonds neue Sonderziehungsrechte (SZR, „Papiergold") zuteilen soll. Sie könnten in harte Devisen umgetauscht werden und die Liquiditätsengpässe in vielen Staaten – für eine Weile zumindest – beseitigen.

Im September 1983 war der geschäftsführende Direktor des IWF, der Franzose de Larosière, von den Gouverneuren beauftragt worden, einen Bericht vorzulegen. Für die Schaffung von Geld durch den Fonds plädieren außer den Entwicklungsländern auch Frankreich, Italien und andere Mitgliedsstaaten. Mit Hinweis auf die Inflationsgefahren, die durch die Ausweitung der globalen Liquidität entstehen können, haben die USA und die Bundesrepublik der Idee bisher kühl gegenübergestanden. Am Potomac scheint aber das letzte Wort noch nicht gesprochen, zumal zusätzliche Sonderziehungsrechte den Zinsen- und Tilgungsdienst der Schuldnerländer erleichtern und dem US-Export zugute kommen würden.

Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Äußerung von Henry . Wallich, einem von sieben Gouverneuren des Federal Reserve Board, gegenüber der WELT. „Die Reserveschöpfung durch internationalen Kredit und Intervention ist so groß, daß neu verteilte Sonderziehungsrechte nur eine geringe Wirkung haben. Es besteht also wenig Grund, sich zu sperren." Mit Sicherheit spiegelt dieses Bekenntnis das Denken der US-Notenbank. Für möglich wird gehalten, daß sich auch die Treasury langsam in diese Richtung bewegt, die Deutschen mithin überrollt werden könnten.

Keinerlei Brisanz enthält der erste Tagesordnungspunkt: globale Konjunkturanalyse und weltwirtschaftlicher Ausblick. Der Wind hat sich deutlich gedreht; nach dem Urteil des IWF signalisiert der wachsende Ausstoß ein Ende der Rezession auch in vielen Entwicklungsländern. Leichter zu tragen sind deshalb die Zahlungsbilanzdefizite in der Dritten Welt. Laut Fonds bleiben jedoch exzessive Haushaltsdefizite, hohe Realzinsen und der enorme Schulden*dienst für viele Staaten ein großes* Problem.

Die Bonner Regierung ist in Washington durch die Minister Stoltenberg und Warnke vertreten. Der Zehnerklub trifft sich am 11., der Interimsausschuß am 12. und der Entwicklungsausschuß der Weltbank am 13. April. Die „Gruppe der 24" beginnt ihre Beratungen am 9. April.

AUF EIN WORT

» Wenn im Januar ein Amerikaner eine brandneue mikroelektronische Erfindung publiziert, dann schreibt im Februar die 'Prawda', diese Erfindung sei schon vor 30 Jahren von einem Russen gemacht worden. Im März verschiffen die Japaner die ersten Erzeugnisse daraus in die USA und im April formiert sich in Deutschland der erste Widerstand gegen mögliche Auswirkungen dieser Erfindung. «

Dr. Roland Mecklinger, Vorstandsmitglied der Standard Elektrik Lorenz AG, Stuttgart *FOTO: DIE WELT*

BRENNSTOFFHANDEL

„Politik hat uns im Stich gelassen"

HANS BAUMANN, **Düsseldorf**

Von der Politik im Stich gelassen, von der Industrie nur halbherzig unterstützt und in sich selbst tief zerstritten, das ist die Situation, in der sich der deutsche Brennstoffhandel zur Zeit selbst sieht. Der Vorsitzende des Gesamtverbandes, Erich Hoffmann, forderte in Düsseldorf vor der Presse Rahmenbedingungen für seine Branche, die der Aussage der Bundesregierung in der dritten Fortschreibung des Energieprogramms gerecht werden, wonach das Ziel eine ausgewogene Struktur der Mineralölwirtschaft sei.

Doch nach Hoffmann hat der Brennstoffhandel die Zahl seiner Betriebe seit 1971 von 23 500 auf 11 400 reduzieren müssen. Dieser Prozeß schreite fort, da die leitungsgebundenen Energien wie Erdgas, Strom und Fernwärme rücksichtlos expandierten und dabei von den *kommunalen Anbietern* – gelockt von wachsenden Konzessionsabgaben – kräftig gestützt würden.

Die Rahmenbedingungen müßten fairen Wettbewerb garantieren. Der aber sei nur zu erreichen, wenn leitungsgebundene Energien nicht länger subventioniert würden, wenn es keinen Anschluß- und Benutzungszwang für Fernwärme gäbe und wenn die Verwendungsverbote aufgehoben würden. Gerade bei Stadtsanierungen komme es immer häufiger vor, daß in Grundstücksverkaufsverträgen durch die Kommunen die Wärmeenergie festgelegt werde.

Im laufenden Jahr rechnet der Gesamtverband mit einem Umsatz von 41 (40) Mrd. Mark. Bei Heizöl habe 1983 die Ertragseinbuße 1 Mrd. Mark betragen.

LOHNGEFÄLLE

Frauen durchweg schlechter bezahlt

GISELA REINERS, **Bonn**

Japans berufstätige Frauen müssen die größten Lohnunterschiede gegenüber den Männern hinnehmen. In manchen Wirtschaftszweigen verdienen sie nicht einmal halb so viel wie Männer. In den zehn Jahren zwischen 1973 und 1982 war Japan das einzige Land, in dem sich die Differenz zwischen Männer- und Frauenlöhnen für nicht landwirtschaftliche Tätigkeiten noch vergrößerte, und zwar von 46,9 auf 47,2 Prozent. Das geht aus einer Analyse des Internationalen Arbeitsamtes (IAA) in Genf hervor.

In Europa dagegen schrumpften die Differenzen zumeist, am stärksten in Großbritannien – von 37,5 auf 30,9 Prozent; am wenigsten in der Schweiz – von 33,2 auf 32,7 Prozent. Das Lohngefälle wird gemessen an den ausgezahlten Summen und ausgedrückt in Prozent der Männerentgelte. Auffallend ist, daß über zehn Jahre gerechnet in vielen europäischen Ländern sich die Löhne von Männern und Frauen tendenziell einander genähert haben; seit 1977 vergrößert sich jedoch der Abstand wieder. So sank das Gefälle von 1973 bis 1982 in Großbritannien, Australien, Dänemark, den Niederlanden und der Tschechoslowakei zwar insgesamt, nahm jedoch seit 1977 wieder zu. Nur in der Bundesrepublik Deutschland blieb es zwischen 1977 und 1982 unverändert bei 27,3 Prozent.

In der Fertigungsindustrie lag der Unterschied zwischen Männer- und Frauenlöhnen 1982 bei nur 9,7 Prozent gegenüber 15,9 Prozent 1973. In Japan vergrößerte sich der Abstand von 53,5 auf 56,9 Prozent. – Das IAA gibt indes zu bedenken, daß Vergleiche schwierig sind.

REGIONALFÖRDERUNG

Schleswig-Holstein beklagt Verletzung der Spielregeln

HEINZ HECK, **Bonn**

Der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Jürgen Westphal (CDU) hat die Entscheidung kritisiert, die Arbeitsmarktregion Gelsenkirchen in die Regionalförderung einzubeziehen. In einem Gespräch mit der WELT zeigte sich Westphal enttäuscht darüber, daß sein Bonner Kollege Otto Graf Lambsdorff (FDP) von den zwischen Bund und Ländern vereinbarten Spielregeln in der Regionalförderung abgehe.

Der Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" hatte am Montag gegen die Stimmen von Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein beschlossen, Gelsenkirchen „als arbeitsmarktpolitischen Extremfall" (so das Bonner Wirtschaftsministerium) in die Gemeinschaftsaufgabe aufzunehmen. Damit erhalten Investitionsvorhaben in diesem Raum die Investitionszulage von 8,75 Prozent und – je nach Standort und Projekt – bis zu 6,25 Prozent Regionalbeihilfe aus Haushaltsmitteln, insgesamt also maximal 15 Prozent Zuschuß. Mit den Investitionen müssen neue Dauerarbeitsplätze geschaffen oder bestehende gesichert werden.

Westphal ist besorgt, daß das auf Konsens angelegte Fördersystem vom Bund, der über elf der 22 Stimmen im Planungsausschuß verfügt, „zerbrochen wird". Die Regionalförderung werde unterlaufen, wenn – wie jetzt mit Gelsenkirchen und im letzten Jahr mit Bremen – Gebiete einbezogen würden, die nach den Förderkriterien nicht dazugehörten. Die Auswahl erfolgt nach fünf Kriterien, zu denen auch die Arbeitslosenquote gehört, die bei Gelsenkirchen mit 16 bis 17 Prozent ungewöhnlich hoch ist. Die übrigen vier (Arbeitsmarktprognose, Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, durchschnittliche *Lohn- und Gehaltssumme* sowie Infrastrukturausstattung) seien im Falle Gelsenkirchens, so wird auch in Bonn eingeräumt, „relativ normal". Noch vor einem Jahr ist daher ein entsprechender Antrag Gelsenkirchens abgelehnt worden.

Westphal empfiehlt, regionale und sektorale Probleme zu trennen. Er fürchtet, wenn Bremen und Gelsenkirchen Schule machten, daß Regionalpolitik zugunsten von Einzelfallentscheidungen aufgelöst und damit „denaturiert" werde. Damit ist man zugleich bei der Präzedenzwirkung: Während Bonn keine Gefahr sieht, dürfte nach Meinung Westphals die Abwehr solcher Wünsche aus anderen Regionen künftig schwerer werden. Er will Lambsdorff bitten, im Kreis der Wirtschaftsminister ein Grundsatzgespräch über die Fortsetzung der Regionalpolitik zu führen. Rechtlich lasse sich gegen die Entscheidung des Planungsausschusses nichts mehr einwenden. Aber Westphal erwartet politische Folgewirkungen, da auch sein bayerischer Kollege Anton Jaumann (CSU) die Bonner Entscheidung kritisiert habe.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Die Konjunktur kommt zunehmend in Schwung

Bonn (dpa/VWD) – Die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung in der Bundesrepublik hat weiter an Kraft gewonnen. Das stellte gestern das *Bundeswirtschaftsministerium in* seinem jüngsten Bericht zur wirtschaftlichen Lage fest. Von besonderer bedeutung sei, daß jetzt offenbar die Investitionstätigkeit der Unternehmen verstärkt in Gang komme. Dies sei ein Anzeichen dafür, daß sich die konjunkturelle Expansion zunehmend selbst trage. Die Bestellungen aus dem In- und Ausland beim verarbeitenden Gewerbe seien bis zuletzt deutlich angestiegen. Die Produktion zeigt nach dem Lagebericht weiter steigende Tendenz. Auch die Kapazitätsauslastung habe zugenommen.

Konsumklima verbessert

Nürnberg (dpa/VWD) – Das Konsumklima in der Bundesrepublik hat sich im Januar und Februar 1984 deutlich verbessert. Dies ist das Ergebnis einer repräsentativen Untersuchung für die Europäische Gemeinschaft, die die Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung, GfK-Nürnberg, vorgelegt hat. Der Index Konsumklima – eine Zusammenfassung der wirtschaftlichen Einschätzungen und Erwartungen der Bundesbürger – lag im Februar mit 90,8 Punkten um 4,3 Prozent höher als *im November* 1983. Insgesamt 68 Prozent der Verbraucher glauben, daß auch die nächsten zwölf Monate keine konjunkturelle Verschlechterung erwarten lassen.

Kassenobligationen

Frankfurt (cd.) – Kassenobligationen mit einem Mindestbietungszins von 7,5 Prozent und einer Laufzeit von vier *Jahren* offeriert der *Bund* im Wege der Ausschreibung. Die Bietungsfrist läuft bis heute. Mit Ausnahme der Anleihebegebung setzt der Bund jetzt praktisch sein gesamtes Instrumentarium zur Geldaufnahme aktiv ein.

Deutsche Bank erhöht

Frankfurt (cd.) – Die Deutsche Bank erhöht ihre Dividende von elf auf zwölf DM je 50-DM-Aktie und stärkt ihre offenen Rücklagen mit 150 (Vorjahr: 0) DM aus einem um 59,4 Prozent von 298,3 auf 475,5 Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß. Außerdem wird der HV am 6. Mai eine Kapitalerhöhung im Verhältnis 12:1 zum Kurs von 250 DM je 50-DM-Aktie mit Gewinnberechtigung für das volle Geschäftsjahr (Bezugsfrist 26. April bis 10. Mai) vorgeschlagen. Ferner soll die HV die Ermächtigung zur Ausgabe einer Wandelanleihe bis zu 750 Mill. DM erteilen; der Bezugskurs soll über 250 DM je Aktie liegen. Der Zins und weitere Details werden bei der Begebung festgesetzt. Nach der Rücklagendotierung und der Kapitalerhöhung, die 565 Mill. DM neue Mittel bringt, erhöhen sich die ausgewiesenen Eigenmittel auf 6,1 Mrd. DM, davon 1,469 Mrd. DM Grundkapital.

Handelsbilanzüberschuß

Wiesbaden (rtr) – Die Handelsbilanz der Bundesrepublik hat im Februar nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes mit einem Überschuß von knapp 4,9 Mrd. DM nach 1,9 Mrd. DM im Januar und 3,7 Mrd. DM im Februar 1983 geschlossen. Dabei seien im Berichtsmonat im Jahresvergleich die Ausfuhren um 24 Prozent auf 41,151 Mrd. DM und die Einfuhren um 23 Prozent auf 36,299 Mrd. DM gestiegen. Nach vorläufigen Berechnungen schloß die Leistungsbilanz im Februar mit einem Plus von 1,3 Mrd. DM nach einem Fehlbetrag von 0,5 Mrd. DM im Januar.

Stahlfusionen befürwortet

Düsseldorf (dpa/VWD) – Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat die deutschen Stahlunternehmen aufgefordert, zumindest mittelfristig über Kooperationen hinaus Fusionen anzustreben. Stoltenberg vertrat die Ansicht, daß Fusionen die wirtschaftliche Ertragslage der Unternehmen stärker als Kooperationen verbessern würden. Es bleibe aber in jedem Fall bei dem festgelegten Finanzrahmen für öffentliche Umstrukturierungs-Hilfen.

Argentinien zahlt nicht

Punta del Este (dpa/VWD) – Argentinien hat angekündigt, daß es die Frist für die Zahlung überfälliger Kreditzinsen am 31. März nicht einhalten wird. Wird die Frist nicht eingehalten, müssen eine Reihe von US-Banken die argentinischen Schulden als „notleidende Kredite" (problems loans) in ihren Bilanzen ausweisen. Gegenüber Journalisten meinte der argentinische Wirtschaftsminister Grinspun, die Bilanzierungsvorschriften der USAseien ihr Problem, nicht seines. Argentinien hat über 43 Mrd. Dollar Auslandsschulden.

Unctad tagt zwei Wochen

Genf (rtr) – Die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (Unctad) hat gestern zweiwöchige Beratungen über die Schuldenprobleme der Dritten Welt und die Auswirkungen des Protektionismus auf die Wirtschaft der Entwicklungsländer aufgenommen.

INSOLVENZRECHT

Die Industrie kritisiert die bisherigen Vorschläge

HEINZ HECK, **Bonn**

Als untaugliches Mittel zur Verbesserung des Insolvenzrechts wertet die Industrie die bisher bekanntgewordenen Vorschläge der Insolvenzrechtskommission. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) kritisiert vor allem die Vorschläge zu den Sicherungsrechten. Damit soll gesunden Unternehmen ein „Solidarbeitrag" zur Rettung insolventer Betriebe abverlangt werden.

Als „besonders bedenklich" bezeichnet der BDI die geplante Aushöhlung des Eigentumsvorbehalts. Das Warenkreditgeschäft werde gefährdet, wenn für den Gläubiger nicht mehr sicher sei, daß unter Eigentumsvorbehalt gelieferte Ware beim Konkurs des Schuldners voll *zur Deckung seiner Ansprüche zur* Verfügung stehe.Das Sicherungsgut soll nach Vorschlag der Kommission unter anderem mit folgenden Nachteilen belastet werden: Der Erlös aus einer Weiterveräußerung soll um rund ein Drittel gekürzt werden. Ferner soll das Sicherungsgut im insolventen Unternehmen bis zur Verwertung unentgeltlich (und zinslos) weiter genutzt werden können.

Der BDI fordert die uneingeschränkte Aufrechterhaltung der Sicherung des Warenkredits durch Eigentumsvorbehalt. Auch empfindet man es beim Spitzenverband als „unmöglich", daß im Justizministerium bereits an einem Referentenentwurf gearbeitet wird, obwohl die Kommission erst Mitte 1984 ihren *abschließenden Bericht vorlegt.*

INVESTITIONEN/ Eine Umfrage des Ifo-Instituts dämpft übertriebene Erwartungen

Plädoyer für schnelle Steuersenkung

DANKWARD SEITZ, **München**

Einen Dämpfer setzt die soeben abgeschlossene „Prognose 100" des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, den Erwartungen auf, daß die deutsche Wirtschaft mittelfristig wieder auf einen höheren Wachstumsgrad einschwenken kann. Zwar gibt der augenblickliche Konjunkturaufschwung zu diesen Hoffnungen Anlaß, doch aufgrund einer Befragung von 400 deutschen Großunternehmen nach ihren Absatz-, Investitions- und Produktionsplänen in den nächsten Jahren kommt das Institut zu der Auffassung, daß der Durchbruch zu einem nachhaltigen Aufschwung keineswegs gesichert ist.

Die Pläne der Großunternehmen bis 1988 sehen eine durchschnittliche jährliche Produktionssteigerung von real 2,2 Prozent vor. Das würde, so das Ifo, nicht bedeuten, daß mittelfristig ein höheres Wachstum erreicht werden kann. Die Unternehmen blieben in ihren Investitionsplänen folgerichtig deshalb auch bescheiden, weil diese Produktionserwartungen keinen Anlaß gäben, die Investitionsaktivitäten nennenswert zu verstärken. Vielmehr sei die Investitionsquote sogar wieder leicht gesunken und liege mit 3,8 Prozent um 2,5 Prozentpunkte unter der Quote zu Beginn der 70er Jahre.

Um der Arbeitslosigkeit zu Leibe zu rücken, wären überdies mehr Erweiterungsinvestitionen vonnöten. Nach der Befragung stellen die Unternehmen aber nach wie vor Rationalisierungsinvestitionen in den Vordergrund. Nach ihren Planungen soll die Beschäftigtenzahl weiter (im Durchschnitt um etwa ein Prozent pro Jahr) reduziert werden. Selbst wenn berücksichtigt würde, daß die Unternehmen erfahrungsgemäß bei ihrer mittelfristigen Planung vorsichtig zu Werke gingen, deuteten diese Ergebnisse, so Ifo, nicht auf eine befriedigende mittelfristige Entwicklung im Sinne einer einer nachhaltigen positiven Beeinflussung des Beschäftigtenstandes hin.

Dieses Planungsverhalten der Industrie sollte nach Auffassung von Ifo-Chef Karl-Heinrich Oppenländer zum Anlaß genommen werden, die Rahmenbedingungen für das mittelfristige wirtschaftliche Wachstum weiter zu verbessern. Vordringlichste Aufgabe sei die baldige Verwirklichung einer Leistungsanreize gebenden, nachhaltigen Steuersenkung, die früher als 1987 oder gar 1988 erfolgen sollte. Bei einem einseitigen Vorziehen familienpolitischer Maßnahmen bestünde die Gefahr, daß die von der Steuersenkung ausgehenden Wachstumsanreize zu gering ausfallen und zu spät anfallen.

Seite 2: Auf noch ohne Schwung?

FRANKREICH / Konzentration im Einzelhandel

Erste Einkaufsvereinigung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Konzentrationsprozeß im französischen Einzelhandel ist in ein neues Stadium getreten. Nachdem während der letzten Jahre eine große Zahl von Einkaufszentren, vor allem Hypermärkte für Lebensmittel, wie Pilze aus dem Boden geschossen waren, kam es jetzt zu zwei großen Zusammenschlüssen für den gemeinsamen Einkauf der Warenhausketten. Gleichzeitig bahnt sich als dritte Etappe eine Übernahmewelle an.

Die erste Einkaufsvereinigung, die auch einen gegenseitigen Informationsaustausch vorsieht, war vor einem Monat unter der Bezeichnung „ARCI" von zwölf Unternehmen mit einem Umsatzvolumen von rund 100 Mrd. Franc gegründet worden. Dazu gehören insbesondere Carrefour, Auchan, Promodès und Casino, die vier größten Hypermarktkonzerne des Landes. Am gesamten französischen Einzelhandelsumsatz sind die zwölf mit zehn Prozent beteiligt.

Die bis dahin führenden Einkaufsorganisationen Paridoc und Socadip haben daraufhin ihren Zusammenschluß zur „Contact" bekanntgegeben, nachdem ihnen zwei neue wichtige Warenhäuser beigetreten waren, nämlich Monoprix und Nouvelles Galeries. Die Contact-Gruppe, zu der unter anderem die Hypermarktunternehmen Docks de France und Euro Marché gehören, übertrifft mit einem Umsatz von 120 Mrd. Franc (12 Prozent des Einzelhandelsumsatzes) ARCI.

Industrie und Großhandel sehen in diesen Zusammenschlüssen eine besorgniserregende Konzentration der Nachfragemacht. Vor allem aber fühlt sich der unabhängige Einzelhandel bedroht. Denn je größer die Einkaufsvereinigungen sind, um so höhere Rabatte können herausgehandelt werden. Bei der derzeitigen Verbrauchsstagnation befürchtet man ruinösen Wettbewerb. Erste Konsequenzen: Bei Radar stiegen die Verluste im vergangenen Jahr von 108 Mill. in 1982 auf 184 Mill. Franc.

OSTEUROPA / Leistungsbilanzüberschüsse und Dollarhausse fördern die Sanierung

Schulden um neun Prozent gesunken

rtr, Wien

Die gesamte Nettoverschuldung der Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ist nach einem Bericht des Wiener Instituts für internationale Wirtschaftsvergleiche 1983 um 6,6 Mrd. auf 64,5 Mrd. Dollar gesunken. In dem Bericht heißt es, die Nettoschulden der osteuropäischen Länder seien 1983 um 3,9 Mrd. auf 53,0 Mrd. Dollar zurückgegangen, die der UdSSR um 2,7 Mrd. Dollar auf 7,9 Mrd. Die Schulden von RGW-Banken wurden auf unverändert 3,6 Mrd. Dollar geschätzt.

Erstmals seit Anfang der siebziger Jahre wuchsen Polens Schulden nicht mehr und blieben 1983 gegenüber dem Vorjahr mit 25,0 Mrd. Dollar unverändert. Die Schulden Rumäniens seien von 9,4 Mrd. auf 8,0 Mrd. Dollar gesunken, die der „DDR" auf 9,3 Mrd. von 10,4 Mrd., die Ungarns auf 6,2 Mrd. von 6,8 Mrd., die Bulgariens auf 1,5 Mrd. von 1,9 Mrd., die der CSSR auf 3,0 Mrd. von 3 ,4 Mrd.

Von dem Rückgang der RGW-Verschuldung 1983 in Höhe von 6,6 Mrd. Dollar führte das Institut 3,2 Mrd. Dollar auf Leistungsbilanzüberschüsse und 3,4 Mrd. Dollar auf die Dollaraufwertung zurück. Zum Rückgang der Verschuldung der Sowjetunion habe dabei ein Überschuß in der Leistungsbilanz der UdSSR von 2,1 Mrd. Dollar beigetragen. Die besseren Leistungsbilanzergebnisse wiederum seien zum Teil Folge verbesserter Handelsbilanzen.

In einer Untersuchung des Instituts über die Kredite der Banken an die RGW-Länder auf Basis der 54,7 Mrd. Dollar, die der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel für Ende 1982 gemeldet wurden, kommt das Institut zu dem Ergebnis, daß in Großbritannien registrierte Banken den höchsten Anteil an der Kreditvergabe hatten. Auf sie seien 14,4 Prozent der Bankenkredite entfallen, gefolgt von Banken der Bundesrepublik Deutschland mit einem Anteil von 13,3 Prozent, österreichischen Instituten mit 11,7 Prozent, Schweizer Banken mit 9,6 Prozent, japanischen Banken mit 8,1 Prozent und US-Banken mit 7,2 Prozent Anteil.

Für die Beteiligung der Banken an Krediten an einzelne Länder des RGW machte das Institut unter anderem folgende Angaben. Bundesdeutsche Banken waren an den Ausleihungen an Polen von 13,9 Mrd. Dollar mit 20,6 Prozent, österreichische Banken mit 14,2 Prozent, britische Banken mit 12,6 Prozent und US-Banken mit 10,9 Prozent beteiligt. Bei den Krediten für die Sowjetunion in Höhe von 14,6 Mrd. Dollar hatten in Großbritannien registrierte Banken einen Anteil von 15,7 Prozent und deutsche Banken von 9,8 Prozent.

Von den 10,3 Mrd. Dollar für die „DDR" – darunter 4,5 Mrd. Dollar nicht an die BIZ gemeldete Kredite – entfielen 18,4 Prozent auf bundesdeutsche Institute, 14,6 Prozent auf in Großbritannien registrierte Banken und 13,9 Prozent auf österreichische Banken.

STIHL / Auf französischem Markt nun in eigener Regie

Nur Auslandsumsatz stieg

MARTIN FINK, Waiblingen

Den zweitgrößten Motorsägenmarkt der Welt, Frankreich, will die Andreas Stihl Maschinenfabrik (Waiblingen) jetzt in eigener Regie besser ausschöpfen als bisher. Dazu wird zum 1. April 1984 die bisherige Importgesellschaft Stihl S. A. R. L. in eine Vertriebsgesellschaft umgewandelt. Mit rund 100 Mitarbeitern will man von Marne-la-Vallee (im Großraum Paris) aus den französischen Markt systematisch bearbeiten und „die firmenspezifische Marketing- und Vertriebspolitik konsequent durchsetzen", wie es Firmenchef Hans-Peter Stihl formuliert. Zum gleichen Datum nimmt Stihl auch eine neue Vertriebsgesellschaft im neuseeländischen Auckland in Betrieb.

Stihl hat im Geschäftsjahr 1983 den Gruppenumsatz des Vorjahres mit 741,4 (742,7) Mill. DM nur knapp wieder erreicht. Dies hatte, wie erläutert wird, auch mit der Trennung vom bisherigen Partner in Frankreich zu tun, der seine Lager abgebaut hat und keine neue Ware mehr ins Land holte. Der Anteil des außerhalb der Bundesrepublik erzielten Gruppenumsatzes ist nochmals leicht gestiegen und erreichte mit 84 Prozent ein neues Rekordniveau. Den traditionell hohen Weltmarktanteil habe man behaupten können, versichert Stihl.

Der Umsatz des Waiblinger Stammhauses wuchs 1983 um 2,5 Prozent auf 432,1 (421,8) Mill. DM. Das leichte Plus wurde ganz wesentlich von den Exporten nach den USA – dem größten Motorsägenmarkt der Welt –, aber auch nach Kanada, Australien und Großbritannien getragen. Zu den eher stagnierenden Umsatzzahlen vermerkt Stihl, daß sich zwar der Weltmarkt für Motorsägen 1983 nach den kräftigen Rückgängen in den Vorjahren wieder merklich stabilisiert habe, die Erholung in den USA habe aber dennoch nicht ausgereicht, um die noch anhaltenden rezessiven Tendenzen in den meisten anderen Absatzländern auszugleichen. Insgesamt war das Weltmarktvolumen mit 3,25 Mill. Motorsägen noch einmal um drei Prozent niedriger als im Vorjahr.

Die Investitionen wurden im Berichtsjahr restriktiv gefahren: Sie lagen im Stammhaus nur bei 9,7 (24,6) Mill. DM. Für 1984 ist ein Volumen von rund 20 Mill. DM geplant. Das Ergebnis des Stammhauses war „positiv, aber nicht zufriedenstellend", in der Gruppe sei es jedoch nach wie vor befriedigend gewesen, sagte Stihl. Die Mitarbeiterzahl ist weltweit auf 4771 (5038) zum Jahresende zurückgegangen, im Stammhaus sank sie auf 3450 (3739) Beschäftigte.

RISIKOKAPITAL / Grüner: Steuerreform hat Vorrang

Gegen neue Subventionen

HEINZ STÜWE, Bonn

Die Bundesregierung will keine neuen Subventionen zur Förderung von Innovationen und zur Bereitstellung von Risikokapital einführen. Vorschlägen, den Abschreibungsmarkt für die Unternehmensfinanzierung zu nutzen, sowie gezielten Hilfen für die Wagnisfinanzierung und steuerlichen Vergünstigungen des Aktiensparens hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Martin Grüner, jetzt eine Absage erteilt. Um die Selbstfinanzierungskraft der Wirtschaft zu stärken, kämen allenfalls Maßnahmen in Betracht, die ungerechtfertigte Begünstigungen alternativer Finanzierungsformen beseitigten, erklärte Grüner auf einer Tagung des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft in Bonn.

Für steuerliche Verbesserungen, sieht Grüner nur einen eng begrenzten Spielraum. „Absoluten Vorrang" muß seiner Meinung nach eine leistungsbezogene Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs haben.

Die bei der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft erhobene Gesellschaftssteuer sowie die Börsenumsatzsteuer sollten nach Ansicht Grüners abgeschafft werden. Zu weitergehenden Vorschlägen, die kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zur Börse erleichtern sollen, nahm Grüner nicht eindeutig Stellung. In den Vorstellungen der Regierungsparteien, einen zweiten Börsenmarkt einzuführen (CDU/CSU) oder den Freiverkehr zu reorganisieren (FDP), sieht der FDP-Politiker keine wesentliche Diskrepanz, sondern nur unterschiedliche Akzentsetzungen.

Die Ansparförderung für Existenzgründer, von der Union favorisiert, bezeichnete Grüner als „Modevorschlag". Sie könne zwar psychologische Hemmschwellen vor der Selbständigkeit abbauen helfen, und es bleibe zu prüfen, wie man diese Idee aufgreifen könne. Grüner warnte jedoch davor, von einer Ansparförderung eine große Anstoßwirkung zu erwarten.

Auch in der Existenzgründungsförderung seien Kontinuität und Berechenbarkeit wichtig. Deshalb sollte das Eigenkapitalhilfeprogramm, das sich aus Grüners Sicht bewährt hat, unverändert fortgeführt werden.

SCHWEIZ / Der Spielraum für Preiserhöhungen muß weiter abgebaut werden

Notenbank betreibt keine Zinspolitik

rtr, Zürich

Mit einer mittelfristigen Verstetigungsstrategie bei ihrer Geldpolitik will die Schweizerische Nationalbank angesichts des beginnenden Wirtschaftsaufschwungs in der Schweiz eine dauerhafte Konjunkturerholung gewährleisten. Vor der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft des Kantons Bern sagte Nationalbank-Direktoriumsmitglied Markus Lusser, der gegenwärtige Kurs der Nationalbank unterscheide sich klar vom Szenario einer stark am Konjunkturzyklus ausgerichteten Geldpolitik mit einer sehr expansiven Phase am Anfang des Aufschwungs und einer abrupt restriktiven Phase im Boom.

Die in der Schweiz wie in fast allen Industriestaaten seit Mitte der 70er Jahre betriebene Geldmengenpolitik sollte nach Auffassung Lussers auf die längerfristige Garantie einer Preisstabilität ausgerichtet sein. Für kurzfristige Zielsetzungen eigne sie sich hingegen nicht. Angesichts der hohen Kosten der Inflationsbekämpfung müßten ferner alle Anstrengungen darauf gerichtet sein, ein Wiederaufleben der inflationären Kräfte im gegenwärtigen Aufschwung zu verhindern.

Von diesen beiden Überlegungen hat sich die Nationalbank nach Lussers Worten leiten lassen, als sie für 1984 ein Wachstumsziel für die bereinigte Notenbankgeldmenge von drei Prozent formulierte. Unterstelle man eine Zunahme des realen Bruttosozialprodukts um zwei Prozent, so bleibe noch etwas Raum für einen – wenn auch abnehmenden – Anstieg des Preisniveaus. Der inflationäre Spielraum müsse jedoch in den nächsten Jahren weiter abgebaut werden, bis die Notenbankgeldmenge den mittelfristigen Wachstumspfad erreiche, der eine inflationsfreie Wirtschaftsentwicklung sicherstellte. Diese Politik stehe zwar unter dem Vorbehalt der Gefährdung durch größere Störungen auf dem Devisenmarkt, die Wechselkurssituation stimme aber zur Zeit zuversichtlich, sagte Lusser.

Kritisch setzte sich das Direktoriumsmitglied mit der geplanten Einführung einer Preisüberwachung in der Schweiz auseinander. Auf den Finanzmärkten werde dieses neueste wettbewerbspolitische Instrument kaum zum Erfolg führen, sagte der Bankier. Da sich die Geldpolitik in erster Linie über die Zinssätze auf die Wirtschaft auswirke, müßten diese frei beweglich sein. Weil es in der Praxis nicht möglich sei, Zinserhöhungen exakt den sie verursachenden Faktoren zuzuordnen, bestehe die Gefahr, daß bei einer Zinsüberwachung auch geldpolitisch notwendige Zinserhöhungen verhindert werden könnten.

Damit würde die Umsetzung der Geldpolitik erschwert, weshalb es sich empfehle, die Zinssätze aus der Preisüberwachung auszuklammern. Lusser gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Erfahrungen der Notenbank einen künftigen Preisüberwacher zumindest zu besonderer Behutsamkeit bei der Einwirkung auf die Zinsgestaltung veranlassen würden. Nicht zuletzt wegen der Interpretationsschwierigkeiten bei Zinsbewegungen betreibe nämlich die Nationalbank keine Zinspolitik, sondern eine Geldmengenpolitik. Deshalb verzichte sie auch seit einiger Zeit darauf, die Höhe der Kassenobligationensätze zu beeinflussen.

IBH / Gleich zwei Staatsanwaltschaften wollen Esch

Es geht um Wibau-Konkurs

INGE ADHAM, Frankfurt

Betrug, Untreue und Bilanzfälschung in Zusammenhang mit der in Konkurs gegangenen Wibau-AG lauten die Vorwürfe, mit denen die Staatsanwaltschaft in Hanau gegen den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der in Konkurs gegangenen IBH-Holding, Horst-Dieter Esch, Haftbefehl erlassen hat. Gleichgültig, wie morgen über den von Eschs Anwalt Egon Geis beantragten Haftprüfungstermin entschieden wird, auf freien Fuß kommt Esch damit wohl noch nicht.

Denn auch die Staatsanwaltschaft Koblenz, die Zentralstelle für Wirtschaftsstrafsachen in Rheinland-Pfalz, hat Haftbefehl erlassen. Ihr Oberstaatsanwalt Hans Seliger sieht bei Esch Fluchtgefahr. Auch für die Koblenzer steht Esch unter Betrugsverdacht, und zwar zum Nachteil des saudischen Scheichs Saleh A. Kamel. Ihn habe Esch unter falschen Voraussetzungen zur Bareinlage von 90 Mill. DM bei der damals schon maroden IBH bewegt. Bereits seit Anfang Februar in Haft ist der ehemalige Wibau-Chef Roland Spicka.

Spicka wird von der Staatsanwaltschaft in Hanau gemeinsam mit Esch vorgeworfen, die Luxemburger Tochter der im IBH-Strudel ebenfalls untergegangenen SMH-Bank betrogen zu haben. Die Wibau hatte Forderungen nach Luxemburg verkauft, die wahrscheinlich nur auf dem Papier bestanden. Denn als es nach dem Zusammenbruch der Wibau ans große Aufräumen ging, fand Vergleichsverwalter Wilhelm Schaaf die angeblich verkauften Baumaschinen verstreut in der Bundesrepublik auf verschiedenen Lagerplätzen.



UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Eigentümer-Wechsel

Frankfurt (adh) – Die Schimmelpfeng GmbH, Frankfurt, traditionsreichste unter den deutschen Wirtschaftsauskunfteien, hat neue Eigentümer: Die amerikanische Dun + Bradstreet-Gruppe, nach eigenen Angaben zu den führenden Wirtschaftsinformations-Unternehmen der Welt gehörend und mit eigener Tochter in Deutschland präsent, hat mittelbar das 3,2 Mill. DM-Kapital der Vereinigten Grundstücksgesellschaften AG erworben. Diese Gesellschaft hält das Schimmelpfeng-Stammkapital (5 Mill. DM) und umfangreiches Grundvermögen in Frankfurt. An der Schimmelpfeng-Geschäftsführung durch Wolfgang Spannagel und Hans-Kurt Wecker soll sich durch die Übernahme nichts ändern.

Höheres Kapital

Stuttgart (nl) – Die Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs-AG, Eßlingen (Grundkapital 150,3 Mill. DM), plant eine nicht näher präzisierte Kapitalerhöhung. Die Investitionen sollen 1984 auf 650 (1983: 478) Mill. DM angehoben werden, davon sind 215 Mill. DM für die Heizkraftwerk Neckar GmbH und 230 Mill. DM für den zweiten Block des Gemeinschaftskraftwerks Neckar. 1983 haben die Neckarwerke-Kunden mit 5,7 Milliarden kWh 3,5 Prozent mehr Strom bezogen. Für 1983 soll eine Dividende von unverändert 14 Prozent ausgeschüttet werden.

Neues Mobiltelefon

Stuttgart (nl) – Ein aus SEL, AEG und der französischen SAT bestehendes Konsortium bewirbt sich sowohl in der Bundesrepublik als auch in Frankreich um den Aufbau des neuen Zellenfunksystems S 900. Dieses völlig neuartige, digitale, abhörsichere Breitband-Übertragungsverfahren revolutioniere nach Aussagen der beteiligten Firmen den Mobilfunk.

Handelsbank gibt mehr

Hamburg (JB.) – Die Handelsbank in Lübeck AG schlägt der Hauptversammlung am 15. Juni eine um einen Prozentpunkt höhere Dividende von 18 Prozent vor. Aus dem als erfreulich bezeichneten Ergebnis sollen ferner der Rücklage 2 Mill. DM zugeführt werden. Darüber hinaus, so heißt es, habe die Bank der Risikovorsorge wieder in hohem Maße Rechnung getragen.

Mut zur Selbständigkeit

Düsseldorf (Py.) – Rund 60 Prozent der 1951 Jungmeister des Jahres 1983 streben die berufliche Selbständigkeit an. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Düsseldorf. Besonders groß ist der Wunsch nach eigener Existenz in Gesundheitsberufen (76 Prozent) und im Bau- und Ausbaugewerbe (75 Prozent). In den Metallberufen liegt die Quote nur bei 50 Prozent. Im letzten Jahr standen 1939 (1680) Neugründungen 175 Insolvenzen gegenüber.

Zementwerk für England

Düsseldorf (J. G.) – Eine schlüsselfertige Zementfabrik im Wert von 160 Mill. DM hat die Krupp Polysius AG, Beckum, über ihre englische Tochter als Auftrag erhalten. Mit einer Tagesleistung von 3000 t soll diese vom Konzern Rio Tinto Zinc Cement bestellte Anlage zu den größten Großbritanniens gehören.

An Diamanten gut verdient

London (fu) – De Beers Consolidated Mines Limited, der Welt größter Produzent und Händler von Rohdiamanten, hat aufgrund der spürbar gestiegenen Nachfrage aus den Schleifzentren und eines inzwischen wachsenden Interesses auch nach teuren Diamanten sein Ergebnis im vergangenen Jahr deutlich verbessern können. Der Gewinn vor Steuern erhöhte sich gegenüber 1982 von 566,1 auf 752,3 Mill. Rand (rund 1,6 Mrd. DM). Die Einnahmen aus dem Diamanten-Absatz stiegen von 287,5 auf 430,2 Mill. Rand. Nach Steuern verbleibt ein Gewinn von 586,9 (477,1) Mill. Rand. Die Dividende wird von 37,5 auf 40 Cents je Aktie angehoben.

PAULANER BRAUEREI / Zum größten Coca-Cola-Hersteller aufgestiegen

Deutliche Ertragsverbesserung

DANKWARD SEITZ, München

„Wir betrachten Coca-Cola als gutes Geschäft und haben uns daher gewundert, daß wir die Lizenz über 500 000 hl von der Löwenbräu AG kaufen konnten." Nicht ohne Stolz meint Vorstandsvorsitzender Friedrich Schneider, daß damit der mit 135 000 hl bislang kleinste Coca-Cola-Hersteller unter den Münchner Brauereien, die Paulaner-Salvator-Thomasbräu AG, zum größten, wenn nicht gar zum größten europäischen Cola-Lieferanten binnen Jahresfrist aufgestiegen ist. Weitere 300 000 hl wurden von der ebenfalls wie Paulaner zur Schörghuber-Gruppe gehörenden Hacker-Pschorr AG übernommen; von einem Betrieb in Ingolstadt sind inzwischen noch einmal gut 55 000 hl hinzu gekommen.

Noch werden die Flaschen in den jeweiligen einzelnen alten Betrieben abgefüllt. Spätestens zum Jahresende will Schneider aber die gesamten Aktivitäten auf dem Gebiet alkoholfreier Getränke bei der Paulaner-Tochter Bayerische Frischgetränke GmbH & Co. in Fürstenfeldbruck konzentriert haben. Für 11 Mill. DM werden derzeit dort Abfüllanlagen und Gebäude errichtet. Insgesamt wird diese Tochter dann über eine Kapazität von 1,3 bis 1,4 Mill. hl verfügen und bei einem erwarteten Absatz von 1,1 Mill. hl – davon über 0,9 Mill. hl Coca-Cola – etwa 110 bis 120 Mill. DM umsetzen.

Innerhalb der Paulaner-Gruppe wird damit dann der Absatz an alkoholfreien Getränken fast mit dem Bierabsatz – im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) waren es 1,68 Mill. hl – gleichziehen, zumal Schneider für 1983/84 mit einem Anstieg von 2,5 Prozent des Gesamtabsatzes rechnet, dabei aber nur um 1 Prozent beim Bier. Ob allerdings schon in diesem 350. Jubiläumsjahr die Marke von insgesamt 3 Mill. hl übertroffen wird, darauf wollte er sich nicht festlegen.

Mit dem Verlauf des Geschäftsjahres 1982/83 zeigte sich Schneider recht zufrieden, auch wenn trotz des Jahrhundertsommers die Erwartungen nicht ganz erreicht wurden. Gegen den Branchentrend konnte die Paulaner AG ihren Bierabsatz um 3,5 Prozent auf 1,48 Mill. hl steigern. Bei alkoholfreien Getränken ergab sich ein Plus von 3,4 Prozent auf 0,42 Mill. hl. Dazu trug auch eine Ausweitung des Exports um 19,7 Prozent bei, die die Ausfuhrquote auf 5,9 (5,0) Prozent steigen ließ. Eine Preiserhöhung um 3 bis 4 Prozent und die weitere Verlagerung auf Spezialbiere führten zu einer Umsatzsteigerung von 6,4 Prozent auf 223,7 Mill. DM (Gruppenumsatz 242,5 nach 228 Mill. DM).

Positiv niedergeschlagen hat sich diese Entwicklung in einer deutlichen Ertragsverbesserung. Nach Angaben von Schneider erhöhte sich der Netto-Cash-flow auf 36,1 (27,8) Mill. DM und der DVFA-Gewinne je 50-DM-Aktie auf 40 (33) DM. An die Schörghuber-Gesellschaft Bayerische Brau-Beteiligungs-GmbH & Co. Holding KG wurden 11,7 (9,8) Mill. DM abgeführt. Die freien Aktionäre, die noch rund 16,6 Prozent des Grundkapitals in Höhe von 12,1 Mill. DM halten, bekommen die Garantiedividende von 34 DM.

SIEMENS

Hannover-Messe – der Anlaß, mit Siemens über das Büro zu sprechen



Unser Ausstellungsprogramm auf der Hannover Messe, Halle 1 CeBIT:

Unter dem Motto »Siemens im Büro – Kommunikations- und Datentechnik« zeigen wir sowohl allgemein gültige Bürolösungen als auch branchenspezifische EDV-Anwendungen.

Sprachkommunikation

Was allein das Telefon in der Bürokommunikation heute leistet, machen unsere neueren Standard-, Komfort-, Büro- und Cheftelefone deutlich. Ihr Können läßt sich durch das Zusammenspiel mit EMS-Vermittlungen noch einmal steigern.

Textkommunikation

Hier zeigen wir die ganze Palette der Textendgeräte, vom Fernschreiber bis zum Textsystem. Neu am Fernschreiber T1000 S ist der Schwarz-Weiß-Bildschirm und der Speicher für die elektronische Textbearbeitung. Und die Speicherschreibmaschine 5505 Ttx kann jetzt auch Teletex.

Noch größeren Komfort bietet die Bildschirm-Schreibmaschine T4200 mit Teletex.
Eine ganz besondere Neuheit auf der Messe sind die Arbeitsplätze Text T4430, deren Leistungsumfang genau auf die Bedürfnisse des jeweiligen Mitarbeiters im Büro abgestimmt ist.

Texte, Grafik und Daten verarbeitet der Siemens-Personalcomputer PC 16. Die Textsysteme 5511/5521 zeigen wir in verschiedenen Vernetzungsbeispielen.

Bildschirmtext

Ein neues Gesicht hat das CEPT-fähige Bildschirmtext-Telefon Bitel T3210. Die Palette setzt sich fort mit dem Abfrageterminal T3220 mit Farbmonitor, dem Büroterminal T3110 mit CEPT-Decoder und zusätzlicher Intelligenz für Btx-Software sowie dem Büro-Editierplatz T3310 für professionelle Informationsanbieter.

Natürlich demonstrieren wir auch branchenspezifische Einsatzbeispiele unserer Btx-Software für Inhouse-Systeme und für den externen Rechneranschluß.

Bürosysteme

Das Mehrplatzsystem 5600 für die integrierte Bearbeitung von Text und Daten wartet auf mit so innovativen Funktionen wie »elektronischer Aktenschrank«, Teletex- und Rechner-Anschluß.

Das System 5800 unterstützt den Umgang mit Bürodokumenten, die Text, Daten und Grafiken enthalten. Innerhalb des Busnetzes können Laserdrucker, Blattleser und Speicherschreibmaschinen angeschlossen werden.
Das System 5800 hat Zugang zu Teletex, Telex und zu Computern.

Arbeitsplatzsysteme

Sowohl das Mehrplatzsystem 9780 als auch das Einplatzsystem 9781 können als autonome Arbeitsplatzcomputer eingesetzt und über das Datenfernverarbeitungssystem TRANSDATA an Siemens-BS2000-Rechner angeschlossen werden. Vorgesehen ist der Anschluß an SNA-Netze, an DATEX und Btx. Abgerundet wird das Programm durch den Bildschirmarbeitsplatz MTS 2000 und das tragbare Datenerfassungsterminal MOBIDA.

Zentrale Vermittlung und Verarbeitung

Mit dem Kommunikationssystem EMS demonstrieren wir die Verknüpfung von Terminals für Sprache, Festbild, Text, Daten mit Bürosystemen zu einem internen Netz.

Eines der Module von EMS ist das Sprachinformationssystem EMS INFO. Es speichert und verteilt Sprachinformationen in sogenannten elektronischen Postfächern.
Ein anderes Modul, das System EMS 3000 DATA, bietet Online-Datenerfassung und den direkten Datenaustausch mit der DVA.

Speziell für die Verbindung von Textterminals untereinander und mit Bürosystemen sorgt das Modul EMS 1020 TEXT.

Im Zusammenhang mit den Computern des Siemens-Systems 7·500 zeigen wir das neue Softwareprodukt »Endbenutzer-Service«.
Ein Paket von Funktionen, die den Fachabteilungen die Computerleistungen besser zugänglich machen.

Druck, Zeichenerkennung, Speicherung

Hier zeigen wir Neues wie zweifarbigen Laserdruck, Tintendrucker, den Schriftenleser und Hochleistungs-Magnetbandgeräte.

Branchenspezifische EDV-Anwendungen und -lösungen

Aus der Vielfalt unserer Software-Produkte demonstrieren wir Lösungen für:

Geldinstitute: Das Programmpaket KORDOBA für Bankgeschäfte wirkt zusammen mit dem Programm »Bugraf« für Präsentationsgrafiken, die über Bildschirm, Drucker, Plotter und Btx ausgegeben werden können.

Versicherungen: In einem Datenfernverarbeitungsprojekt wird die Außendienstorganisation mit ihren Siemens-Arbeitsplatzcomputern in ein SNA-Netz eingebunden.

Industrie: Industrielle Anwender können mit dem Programmpaket IS schrittweise eine komplette EDV-Lösung aufbauen. Zu diesem Ausstellungsbereich gehören natürlich auch die Betriebsdatenerfassung, CAD und CAM.

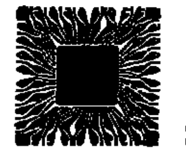
Großhandel: Am Beispiel Pharma-Großhandel zeigen wir die Verknüpfung des Kommunikationssystems EMS mit dem Siemens-System 7·500. Der Großhändler kann mit den angeschlossenen Apotheken automatisch Aufträge abwickeln.

Öffentliche Verwaltungen: Dazu gehören Anwendungen im Einwohnermeldeamt, in der Kfz-Zulassung, für die Führerscheinausstellung und für die Thematische Kartografie.

Weitere Lösungen zeigen wir ganz speziell für Krankenhausverwaltungen, für die Bekleidungsindustrie, für den Möbelhandel und den Kraftfahrzeughandel, für Speditionen und für die mittelständische Industrie.

Branchenneutrale Anwendungen

Für viele Unternehmen einsetzbar sind unsere Software-Produkte für Planung und Kontrolle, für die Projektplanung auf Netzplan-Basis, zur Transportoptimierung und für Beschaffung, Rechnungswesen und Verkauf.



Chancen mit Chips
Sonderschau · Halle 11

In dieser Sonderschau zeigen wir Ihnen Beispiele für innovative Anwendungen der Elektronik in vielen Bereichen, darunter ein sprachgesteuertes Dolmetscher-System, Expertensysteme mit »künstlicher Intelligenz« und eine Videotelefon-Anlage.

Wir informieren Sie ausführlich über unser Ausstellungsprogramm in Bildschirmtext unter ★ 32075 #.
Oder schreiben Sie an Siemens AG, Infoservice 112-13, Postfach 156, 8510 Fürth 2.

FLICK-HOLDING

Schröder wechselt zu Krupp

J. G. **Düsseldorf**

Harald J. Schröder (45) scheidet zum 31. Juli aus der Geschäftsführung der Holding Friedrich Flick Industrieverwaltung KGaA, Düsseldorf aus und übernimmt ab 1. August im Vorstand der Fried. Krupp GmbH, Essen, das Ressort Controlling. Der Wechsel, im letzten Herbst von der Flick-Holding noch dementiert, reduziert dort das bis Ende 1982 noch elf Personen starke Führungsgremium, den Vorsitzenden und Eigentümer Friedrich Karl Flick mitgerechnet, auf nur noch drei Mann.

Schröder scheidet per 31. Juli auch aus dem Vorstand des Gerling-Konzerns aus, wo er als Vertrauensmann des Hauptaktionärs Flick fungierte. Für die Gerling-Holding „Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG", Köln, wurde als neues Vorstandsmitglied per 1. Juli Frank Thomas (50) berufen, bislang Generalbevollmächtigter bei IBM, Stuttgart, und bei Gerling zuständig für die Zentralressorts Datenverarbeitung/Betriebsorganisation.

Um internationalen Dialog bemüht

dos. **Hannover**

Der Förderung des Dialogs zwischen Universität und Wirtschaft auf internationaler Ebene dient ein Seminar, das die Internationale Vereinigung der Studenten der Wirtschaftswissenschaften (AIESEC) parallel zur Hannover-Messe veranstaltet. Die Anwendung neuer Informationstechnologien und deren Auswirkungen auf das Management stehen nach Angaben der AIESEC im Mittelpunkt der viertägigen Veranstaltung in Loccum (9.–12. April). Vorgesehen sind Referate, Podiumsdiskussionen und Fallstudien zum Thema „Technologischer Wandel und Management". Die Vereinigung der Wirtschaftswissenschafts-Studenten veranstaltet solche Seminare in regelmäßigen Abständen und hat sich mittlerweile zu einem anerkannten Gesprächspartner der Wirtschaft entwickelt. In besonderem Maße engagiert sich AIESEC auf dem Gebiet des internationalen Praktikantenaustausches der Wirtschaftswissenschaftler. Der direkte Kontakt mit den Unternehmen spielt dabei eine wesentliche Rolle.

SALZGITTER / Pieper: „Das Schlimmste liegt hinter uns" – Ein „Ausverkauf" ist nicht vorgesehen

Weiterhin erhebliche Belastungen zu erwarten

DOMINIK SCHMIDT. **Hannover**

Nach den verheerenden Ergebnissen im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.), dem „schwierigsten Jahr der Nachkriegsgeschichte", rechnet der bundeseigene Salzgitter-Konzern für das laufende Jahr mit einer günstigeren Entwicklung. Vorstandschef Ernst Pieper geht davon aus, daß mit dem jetzt vorgelegten Abschluß 1982/83 „das Schlimmste" überstanden ist, dämpft aber gleichzeitig allzu optimistische Erwartungen: „Die enormen Strukturprobleme bei Stahl und Schiffbau und die dadurch ausgelösten Anpassungsmaßnahmen werden uns auch in diesem Jahr noch ganz erheblich belasten."

Pieper ließ offen, ob es dem Konzern gelingt, den für 1982/83 ausgewiesenen Verlust von 630 Mill. DM zu halbieren. Zwar sei die Rohstahlproduktion in der ersten Hälfte des neuen Geschäftsjahres um neun Prozent auf 1,7 Mill. t gestiegen, und auch der Auftragsbestand bei Walzstahl liege um fast 30 Prozent über dem Vorjahresniveau. Die besseren Stahlerlöse kämen aber für die Bilanz 1983/84 der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG zu spät, um die bereits aufgelaufenen Verluste noch ausgleichen zu können.

Positiv wird sich nach den Worten Piepers der Kooperationsvertrag mit der „DDR" auf die Auslastung der Warmbreitbandstraße auswirken. Der Fünf-Jahres-Vertrag sieht vor, daß Stranggußbrammen aus Eisenhüttenstadt in Salzgitter zu Warmband umgewalzt wird. Die Mengen liegen zwischen 60 000 t (1984) und 240 000 t (1986).

Das vom Aufsichtsrat verabschiedete Unternehmenskonzept geht im Stahlbereich von einer Rohstahl-Produktion von jährlich 3,3 bis 3,5 Mill. t aus. Damit verbunden ist der Abbau der Belegschaft um 3250 auf 10 750 Mitarbeiter. Das Volumen des Sozialplans erreicht Pieper zufolge 160 Mill. DM. Angestrebt werden bei P+S eine weitere Verbesserung des Produktmix durch Quotentausch und der Ausbau der Oberflächenveredelung.

Weitergehend realisiert ist bereits das Unternehmenskonzept im Schiffbau. Die Belegschaft der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG wurde um rund 4000 Beschäftigte reduziert. Ein weiterer Personalabbau sei nicht vorgesehen. Das in den letzten Tagen diskutierte „neue Konzept" bezeichnete Pieper als „Grenzbetrachtung", die nicht relevant sei. Nur dann, wenn keine Neubauaufträge hereingenommen werden könnten, müsse die Stillegung des Handelsschiffbaus in Betracht gezogen werden. Die derzeitigen Akquisitionsverhandlungen in diesem Bereich seien aber „mehr als aussichtsreich".

Finanzchef Dieter Brunke bestätigte, daß mit dem Eigentümer, dem Bund, über einen Kapitalschnitt mit anschließender Kapitalerhöhung (derzeit 425 Mill. DM) diskutiert werde. In welchem Umfang dies erfolgen wird, stehe noch nicht fest. Salzgitter stehe über die „Bilanzgestaltung" permanent im Gespräch mit dem Eigentümer.

Pieper betonte erneut, daß es bei den Bemühungen um Beteiligungsverkäufe nicht zu einem „Ausverkauf" bei Salzgitter kommen werde. Derzeit werde über die Veräußerung von zwei, drei Minderheitsbeteiligungen verhandelt.

Neben den Verlusten von P+S und HDW (jeweils 160 Mill. DM) mußte Salzgitter im Berichtsjahr rund 200 Mill. DM Sonderabschreibungen auf Beteiligungswerte, vor allem bei der Hütte und in der Weiterverarbeitung, vornehmen. Hinzu kam ein Fehlbetrag von 80 Mill. DM bei der Salzgitter Maschinen und Anlagen AG und Verlustabschlüsse unter anderem bei der Peiner Schrauben AG und im Gießereibereich. Die Auflösung von 490 Mill. DM freien und gesetzlichen Rücklagen reichten nicht aus, um die Bilanz auszugleichen, so daß ein Verlust von 140 Mill. DM ausgewiesen wird. Inzwischen hat der Bund Salzgitter rund 500 Mill. DM zur Verfügung gestellt.

Salzgitter-Gruppe	1982/83	1981/82
Gesamtumsatz (Mill. DM)	11 385	11 701
dav. Fremdumsatz	9 473	9 391
Exportanteil (in %)	40	35
Belegschaft (30.9.)	51 491	55 455
Sachinvestitionen	259	345
Abschreibungen	443	382
Bilanzsumme	8 232	9 619
Eigenkapital	454	974
in % d. Bilanzsumme	5,5	10,1
Jahresergebnis	- 630	+ 20

DEUTSCHE HYPO / Wieder Bonus und zehn Mark

Traumhaftes Ergebnis

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Die zum Konzern der Dresdner Bank gehörende Deutsche Hypothekenbank Frankfurt-Bremen hat 1983 ein Spitzenergebnis erzielt, von dessen Wiederholung der Vorstand nur träumen kann. Mit einem um 59,3 Prozent auf 150,5 Mill. DM gestiegenen „erweiterten Zinsüberschuß" hat das Institut nicht nur seine bisher besten Ertragszahlen überboten.

Mit einer Zinsspanne von rund einem Prozent (erweiterter Zinsüberschuß in Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme) präsentiert sich die Deutsche Hypo für 1983 auch als die relativ ertragsstärkste aller Hypothekenbanken, die bisher ihre '83er Abschlüsse veröffentlicht haben. Diese beachtliche Verbesserung beruht, wie Vorstandssprecher Rudolf Fabian erläuterte, auf der Erhöhung des Darlehensbestandes um 2 Mrd. DM sowie darauf, daß für einen großen Block von Darlehen, die mit niedrigem Nominalzins und entsprechend hohem Damnum gegeben wurden, inzwischen der Zinssatz im Zuge der Konditionenanpassung an das aktuelle Marktniveau angehoben wurde, so daß die bislang rechnerisch negative Zinsmarge nicht mehr belastete.

Die Aktionäre – zu rund 84 Prozent die Dresdner Bank – profitieren von der Ertragsverbesserung mit einem unveränderten Bonus von 2,50 DM je 50-DM-Aktie, der zur Dividende von wieder 10 DM je Aktie gezahlt wird. 26 (19,8) Mill. DM gehen in die Rücklagen, so daß die Bank einen für dieses Jahr ausreichenden Emissionsspielraum von 2,5 Mrd. DM hat. Ein nicht genannter Betrag, für dessen Höhe erstmals auftauchende 31,7 Mill. DM Abschreibungen und Wertberichtigungen (darin auch 5,7 (4,8) Mill. DM Abschreibungen auf Zinsrückstände) ein Indiz sind, wird in einen Ertragsreservetopf für die Zukunft gesteckt, und zwar für nicht abgrenzungsfähige, bereits vereinnahmte Damnen von Hypotheken mit mehr als fünfjähriger Zinsbindung; aus diesem versteuerten Topf kann die Bank „zubuttern", wenn die Darlehen später rechnerisch unterverzinslich werden.

Die kräftige Geschäftsexpansion 1983 erklärt Fabian mit der Möglichkeit, den reichlichen Emissionsspielraum von 4 Mrd. DM zum Jahresbeginn zu nutzen, der den Vorstand nicht zwang, wie früher manchmal auf die Umlaufgrenzen zu schauen. Rund die Hälfte des Hypothekenneugeschäfts kam von der Dresdner Bank. In den ersten Monaten dieses Jahres hat sich das Neugeschäft abgeflacht.

Deutsche Hypo	1983 Mill. DM	±%
Hypothekenzusagen	1 331	+ 42,5
Kommunalkreditzusagen	1 511	+ 101,6
Auszahlungen	3 015	+ 101,[illegible]
Tilgungsrückfluß	976	- 21,9
Langfr. Ausleihungen	14 800	+ 16,2
Bilanzsumme	15 807	+ 15,9
Zinsüberschuß incl. Einmalertrag	151	+ 59,3

CHASEBANK AG / Das bisher beste Geschäftsjahr

Bemühung um Großkunden

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Über ihr bisher bestes Geschäftsjahr berichtet die Chase Bank AG, Frankfurt, die ihr Betriebsergebnis einschließlich der nicht ins Gewicht fallenden Eigenhandelsgewinne 1983 bei einer Ausweitung des Geschäftsvolumens um ca. zwölf Prozent auf knapp 4,5 Mrd DM um fast 30 Prozent auf 51,5 Mill. DM verbessert hat. Dazu trugen, wie Vorstandsvorsitzer Eberhard Weiershäuser erläuterte, vor allem der von 32 auf 57 Mill. DM erhöhte Provisionsüberschuß und andere Dienstleistungserträge bei, während der Zinsüberschuß mit 58 Mill. DM knapp hinter dem Vorjahresrekordergebnis zurückblieb.

Unter dem Strich bleibt allerdings nur ein von 4,2 auf 3,1 Mill. DM gesunkener, wieder in der Bank belassener Bilanzgewinn übrig, was Weiershäuser vor allem mit dem starken Anstieg der Abschreibungen auf vermietete Anlagen von 4,9 auf 36,3 Mill. DM im Leasinggeschäft erklärt, in dem sich der Bestand vermieteter Anlagen von 23 auf 143 Mill. DM erhöhte. Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere werden mit 16,5 Mill. DM um 8,4 Mill. DM niedriger ausgewiesen, weil, wie der Vorstand sagte, kein nennenswerter Wertberichtigungsbedarf im Inlandsgeschäft eingetreten sei und zu den hinreichend mit Vorsorge bedachten Auslandsrisiken keine neuen Belastungen hinzugekommen seien.

Der Verwaltungsaufwand ist von 45,9 auf 56,2 Mill. DM gestiegen, worin sich nicht nur eine Umstellung des Pensionsplans niederschlägt, sondern auch kräftige Investitionen für das „Electronic Banking", dessen Ausbau (jetzt mehr als 100 Kunden) weitaus erfolgreicher war als zunächst angenommen. Im Rahmen der Diversifizierung ihrer Ertragsbasis, wozu auch die Forcierung des Leasinggeschäfts gehört, bemüht sich die Chasebank mit einigem Erfolg um das Geschäft mit großen Kunden, die nicht zu den Weltkonzernen gehören, und um das Geschäft mit großen Privatkunden in der internationalen Vermögensverwaltung.

GRUNDIG-ÜBERNAHME / Personelle Änderungen

Philips zeigt starke Präsenz

JOACHIM WEBER, **Fürth**

Nachdem das Kartellamt grünes Licht gegeben hat, wird der niederländische Elektrokonzern Philips wie geplant am 1. April nicht nur seine Beteiligung an der Grundig AG, Fürth, auf 31,6 Prozent aufstocken, sondern auch die unternehmerische Verantwortung in dem Unterhaltungselektronik-Konzern übernehmen. In diesem Zusammenhang wird es auch zu wesentlichen personellen Änderungen kommen. Den Vorstandsvorsitz übernimmt der Niederländer Hermanus Konig, (59), der in dem Ruf steht, ein beinharter Manager zu sein. Konig ist es in den vergangenen drei Jahren immerhin gelungen, die deutsche Philips-Organisation wieder auf Kurs zu bringen. Neu in den Vorstand kommt auch der bisherige Vertriebschef Rudolf Köberle, der erst im vergangenen Jahr von Thomson-Brandt (Saba) zu Grundig gestoßen war.

Auch im Aufsichtsrat kommt es zu erheblichen „Umbauten". Hier ist der starke Philips-Einfluß besonders augenfällig: J. Henk Goris, Finanzchef der Eindhovener Philips-Zentrale, Gert Lorenz, Vorstandschef der Philips Kommunikations Industrie im benachbarten Nürnberg, und Dietrich Wegener, Chefsyndikus der deutschen Holding Allgemeine Deutsche Philips Industrie GmbH in Hamburg, werden die Interessen der de-facto-Mutter wahren.

Neben ihnen werden Jürgen Sarrazin, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank (der traditionellen Grundig-Hausbank), Friedrich Schiefer, künftig im Allianz-Vorstand, und Otto Blank, früherer Vorstandsvorsitzender der Demag, in den Aufsichtsrat einziehen. Der Aufsichtsratsvorsitz bleibt auf Wunsch von Max Grundig (dem er angetragen worden war) wie bisher bei Berthold Beitz.

Max Grundig bleibt über seine Stiftung mit knapp 50 Prozent an der AG und mit 6 Prozent an Philips beteiligt. Neben anderen (nicht bezifferten) Leistungen erhält der 75jährige von Philips eine langfristige Dividenden-Garantie auf seinen Grundig-Anteil.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Gabriele von Langsdorff, Pächterin der Gaststätte Rotes Tor; **Bielefeld:** Wilhelm Hagemeier GmbH & Co. KG, Steinhagen; **Celle:** Alfred Holdgrün, Gastwirt und Hotelier; **Coburg:** Nachl. d. Marta Müller geb. Büchner; **Crailsheim:** Benner-Sportartikel-Ges. mbH, Kirchberg/J.; **Heidenheim a. d. Brenz:** Waldmann Rostfrei GmbH; **Kaiserslautern:** Max-Horst Bunse GmbH, Glan-Münchweiler; **Lippstadt:** Bernhard Kamppeter; **Mannheim:** Perpetl Verpackungen Vertriebs GmbH, Weinheim; August Weiland GmbH, Mannheim-Neckarau; **Neumünster:** Nachl. d. Gretel Emma Maria Stender geb. Schmidt; **Oldenburg:** Hudo-Werk Verwaltungs-GmbH, Bernd Heins, Hude; **Osnabrück:** Exclusiv Möbel Müller GmbH, Wallenhorst; **Rotenburg:** Erich u. Margot Engels, Nentershausen; **Schwäbisch Gmünd:** Josef Musil.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Iserlohn: Theo Penris, Kaufm., Letmathe.

NAMEN

Dr. Uwe Klimant wurde zum Vorsitzenden des Vorstandes der Girmes Werkes AG, Krefeld, bestellt. Er ist Nachfolger von **Richard Selbach**, der mit Auslaufen seines Vertrages aus dem Unternehmen ausscheidet.

Ferdinand Rossbach, Geschäftsführer der Deutschen Reisebüro GmbH (DER), Frankfurt/Main, feiert am 29. März den 60. Geburtstag.

Hanna Amode, Hauptgesellschafterin des Fachhandels-Großlabors Foto Brunninger, München, wird am 29. März 60 Jahre.

Paul Reese, Senior-Chef der Reese Blechwarenfabrik GmbH & Co., Holzminden vollendet am 29. März das 80. Lebensjahr.

Ewald Hormann, Vorstand der L. Possehl & Co.mbH, Lübeck, scheidet am 30. März aus dem aktiven Dienst.

DISKONT UND KREDIT / Erträge verbessert

Stagnation im Neugeschäft

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die überwiegend in der objektbezogenen Investitionsfinanzierung durch Ratenkredite und Leasing tätige Diskont und Kredit AG, Düsseldorf, hat 1983 sowohl das Neugeschäft als auch das Geschäftsvolumen der Gruppe (rund 1,11 nach 1,09 Mrd. DM) nahezu unverändert gehalten. Während das Ratenkreditgeschäft kräftig ausgeweitet wurde, wurde im Leasing ein Rückgang hingenommen. Als Hauptgrund dafür nennt das Institut die Investionszulage, die viele Kunden bewogen habe, Eigeninvestitionen zu bevorzugen.

Bei den finanzierten Objekten handelt es sich im wesentlichen um Maschinen und maschinelle Ausrüstungen, Nutzfahrzeuge und Datenverarbeitungsanlagen sowie – über die Aero-Finanz S. A. Brüssel – Flugzeuge im Leasingweg. Nach Angaben des Vorstands wurden auch im letzten Jahr strenge Maßstäbe an die Bonität und Renta bilität der an die Bank herangetragenen Geschäfte gelegt. Die Ablehnungsquote sei wiederum erheblich gewesen.

Kundenforderungen der Bank stiegen 1983 auf 561 (465) Mill. DM, zu deren Refinanzierung die Bankengelder auf 513 (430) Mill. DM aufgestockt wurden. Die Ertragslage wurde erneut verbessert. Der Zinsüberschuß stieg auf 23,2 (19,3), der Provisionsüberschuß auf 2 (1,5) Mill. DM. Das waren neue Spitzenergebnisse.

Nach dem Rekordergebnis des Vorjahres, das weitgehend der Risikovorsorge diente, ist für 1983 der Posten Wertberichtigungen und Rückstellungen zum Kreditgeschäft geringer (4,2 nach 6 Mill. DM) dotiert worden. Die Organmutter Dresdner Bank erhält 3,6 (1,4) Mill. DM, eine Mill. DM fließt in die Rücklagen, die zusammen mit 18 Mill. DM Grundkapital 44 (43) Mill. DM haftendes Eigenmittel darstellen.

EDELSTAHL BUDERUS / Trotz Stahlkrise kräftige Ertragsbesserung

Ein sehr stolzer „Mittelständler"

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Anders als das Gros der deutschen Stahlindustrie behielt die Edelstahlwerke Buderus AG, Wetzlar, auch 1983, im neunten Jahr der europaweiten Branchenkrise, den Kopf über Wasser. Er rückte nun sogar ein gutes Stück weiter über das Meer der branchentypischen Verluste heraus. Mit spürbarem Stolz kommentiert der Vorstand dieses zum Flick-Konzern gehörenden „Mittelständlers" der von Großunternehmen besetzten Branche das „ohne fremde Hilfe" erzielte Ergebnis: „Wir haben uns um den Kunden bemüht, statt auf Subventionen zu warten."

Diese Zuspitzung mag so mancher Konkurrent als etwas mißglückt empfinden – das Ergebnis ist es nicht. Es zeigt sich nur zum kleineren Teil darin, daß 1983 bei 278 800 (289 600) t Rohstahlproduktion und 215 600 (211 700) t Produktabsatz aus 411 (420) Mill. DM Umsatz ein leicht auf 2,6 (2,2) Mill. DM erhöhter Organgewinn abgeführt wird.

Die wahre Ertragsbesserung erhellt sichaus der kräftigen Aufstockung der Pensionsrückstellung für die mit 2030 Mitarbeitern konstant gebliebene Belegschaft um 17,8 (–) auf 37,4 Mill. DM, was damit begründet wird, daß die firmeneigene Unterstützungskasse für die bis 1982 dort konzentrierten Anwartschaften zu schwach ausgestattet sei. Zusammen mit 18,5 (16,2) Mill. DM Abschreibungen brachte das eine stattliche Verbesserung im Netto-Cash-flow auf 36,3 (16,2) Mill. DM.

Entscheidende Quelle dieser Ertragsverbesserung: Gegenläufig zu Umsatz und der auf 406 (418) Mill. DM gesunkenen Gesamtleistung konnte der Rohertag auf 186 (171) Mill. DM verbessert werden. Da zeigt sich offensichtlich der Lohn jahrelanger Bemühungen um Strukturverbesserung im weiten Spannungsbogen von Senkung des Energieaufwands bis zu Erhöhung der eigenen Wertschöpfung an tunlichst „intelligenteren Produkten".

Diese Linie wurde 1983 mit relativ hohen Sachinvestitionen von 18,9 (13,9) Mill. DM fortgesetzt. Gleichwohl wurden die flüssigen Mittel auf 38,3 (23) Mill. DM bei 70,4 (71,6) Mill. DM Gesamtschulden gesteigert und die ohnehin solide Bilanzstruktur verbessert.

„Vertrauensvoll" für 1984 gibt sich der Vorstand vor allem dank nun zur Ernte anstehenden Erfolgen der Investitionen in Gesenkschmiede und sonstige Weiterverarbeitung sowie wegen der „Intensivierung" des Werkzeugstahlgeschäfts. Anders als die meisten deutschen Stahlunternehmen prophezeit er für 1984 nur ein geringes Wachstum des heimischen Stahlgeschäfts, weil er offenbar der erstrebten Eindämmung des Importdrucks noch nicht traut.

THYSSEN / Eskalation im Führungsstreit

Gründerenkel contra Sohl

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

„Seit Jahren verfolgen mein Bruder und ich mit wachsender Sorge die Aktivitäten, die Herr Hans-Günther Sohl als Ehrenvorsitzender der Thyssen AG entfaltet." Mit diesen Begleitworten bringt nun vor der Thyssen-Hauptversammlung am 30. März Großaktionär und Aufsichtsrats-*Mitglied Claudio Graf Zichy-Thyssen*, Buenos Aires, ein Gutachten über die Position eines Ehrenvorsitzenden einer Aktiengesellschaft an die Öffentlichkeit, das er sich bereits im November 1982 von dem Bonner Rechtsprofessor Marcus Lutter anfertigen ließ.

Sinn dieser weiteren Eskalation im Thyssen-Führungsstreit: Die Grafen-Brüder Claudio und Federico, Urenkel des Konzerngründers August Thyssen, beziehen auch öffentlich Stellung zugunsten des Vorstandsvorsitzenden Dieter Spethmann (58), den Amtsvorgänger Sohl (77) stürzen will. Die beiden Brüder besitzen als weitaus größte Aktionäre über ihre Düsseldorfer Thyssen Vermögensverwaltung GmbH noch 20 Prozent von 1,3 Mrd. DM Thyssen-Aktienkapital, die sie mit Allianz-Besitz in der Düsseldorfer Thyssen Beteiligungsverwaltung GmbH gepolt haben.

Fazit des Lutter-Gutachtens: Die Ernennung zum Ehrenvorsitzenden, wenn sie denn nach Aktienrecht überhaupt rechtswirksam sein sollte, bringe dem Ernannten keinerlei Rechte oder Befugnisse, zumal kein Teilnahmerecht an AR-Sitzungen oder Anspruch auf Information durch Vorstand und Aufsichtsrat über Interna der Gesellschaft. Das im Fall Sohl durch Thyssen-Organe seit Beginn des Ehrenvorsitzes (März 1981) konstant praktizierte Gegenteil sei sogar ein pflichtwidriges Verhalten der betreffenden Organmitglieder, die sich, soweit es um Geschäftsgeheimnisse geht, mit solchem Verhalten sogar strafbar machten.

FINANZANZEIGEN

PFÄLZISCHE HYPOTHEKENBANK
AKTIENGESELLSCHAFT — 6700 LUDWIGSHAFEN A. RH.

Einladung zur Hauptversammlung

Hiermit laden wir unsere Aktionäre zu der

Mittwoch, dem 16. Mai 1984, 11.30 Uhr

im Gebäude der Pfälzischen Hypothekenbank AG in Ludwigshafen am Rhein, An der Rheinschanze 1, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung ein.

Wegen Einzelheiten verweisen wir auf die Bekanntmachung im „Bundesanzeiger" Nr. 62 vom 28. März 1984.

Ludwigshafen, im März 1984 — DER VORSTAND

Salzgitter Hüttenwerk AG,
Salzgitter

Ausgleichszahlung
an die außenstehenden Aktionäre der
Stahlwerke Peine-Salzgitter AG, Peine

– Wertpapier-Kenn-Nummer 620 200 –

In dem mit Zustimmung der außerordentlichen Hauptversammlung vom 4. 9. 1979 abgeschlossenen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG, Peine, hatten wir uns für die Laufzeit des Vertrages verpflichtet, den außenstehenden Aktionären dieser Gesellschaft eine jährliche Ausgleichszahlung in Höhe von 8% des Nennwertes der Aktien zu leisten.

Der Ausgleich für das Geschäftsjahr 1982/83 wird nach Abzug von 25% Kapitalertragssteuer ab 30. März 1984 gegen Einreichung des Gewinnanteilscheines Nr. 27 von den Niederlassungen der nachstehenden Kreditinstitute gezahlt:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Bank für Gemeinwirtschaft AG
Bayerische Vereinsbank AG
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Commerzbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG
Ilseder Bank, Sandow & Co.
Metallgesellschaft AG
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Trinkaus & Burkhardt

Salzgitter, im März 1984

Salzgitter Hüttenwerk AG
Vorstand



Deutsche Bank
Aktiengesellschaft

Frankfurt am Main
Wertpapier-Kenn-Nr 804010

Wir laden unsere Aktionäre zu der am Mittwoch, dem 16. Mai 1984, 10.00 Uhr, im Großen Saal der Alten Oper Frankfurt, Opernplatz, Frankfurt am Main, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung ein.

Tagesordnung:

1. *Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäfts*berichts für das Geschäftsjahr 1983 mit dem Bericht des Aufsichtsrats

   Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1983

2. Verwendung des Bilanzgewinns

   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den zur Verfügung stehenden Bilanzgewinn von 325.472.136 DM zur Ausschüttung einer Dividende von 12 DM je Aktie im Nennbetrag von 50 DM zu verwenden.

3. Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1983

   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung zu erteilen.

4. Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983

   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung zu erteilen.

5. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984

   Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Treuverkehr AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1984 zu bestellen.

6. Wahl zum Aufsichtsrat

   Der Aufsichtsrat schlägt vor, anstelle des mit Beendigung der Hauptversammlung am 16. Mai 1984 aus dem Aufsichtsrat wegen Erreichens der Altersgrenze ausscheidenden Herrn Dr. Karl Klasen

   Herrn Dr. Hellmut Kruse, Hamburg,
   Vorsitzender des Vorstandes der Beiersdorf AG,

   für den Rest der Amtszeit in den Aufsichtsrat zu wählen.

   Der Aufsichtsrat schlägt ferner vor,

   a) Herrn Dr. Hans Dieter Mosthaf, Stuttgart,
      Direktor der Robert Bosch GmbH,

   b) Herrn Dr. Hans Fritsch, Düsseldorf,
      Generalbevollmächtigter der Mannesmann AG,

   die dem Aufsichtsrat bereits jetzt als Ersatzmitglieder angehören, in dieser Reihenfolge auch zu Ersatzmitgliedern für Herrn Dr. Kruse zu wählen.

   Der Aufsichtsrat setzt sich nach §§ 96 Abs. 1, 101 Abs. 1 des Aktiengesetzes und § 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer vom 4. Mai 1976 aus je zehn Mitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen. Die Hauptversammlung ist bei der Wahl der Aktionärsvertreter nicht an Wahlvorschläge gebunden.

7. Ermächtigung zur Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen und Schaffung bedingten Kapitals

   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, folgende Beschlüsse zu fassen:

   a) Der Vorstand wird ermächtigt, vorbehaltlich der staatlichen Genehmigung bis zum 30. April 1989 auf den Inhaber lautende Wandelschuldverschreibungen im Nennbetrag von bis zu 750.000.000 DM einmalig oder in Teilbeträgen mit einer Laufzeit von längstens 12 Jahren zu begeben. Dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen; der Vorstand ist jedoch ermächtigt, etwaige Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen und das Bezugsrecht auch insoweit auszuschließen, als es erforderlich ist, um den Inhabern der Optionsscheine zu den von der Deutschen Bank Compagnie Financière Luxembourg S.A. begebenen Optionsanleihen, das sind die 4½% US-Dollar-Optionsanleihe von 1977/87 sowie die 6¼% US-Dollar- und 3¾% DM-Optionsanleihe von 1983/91, ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Optionsrechts zustehen würde.

      Die Inhaber der Wandelschuldverschreibungen haben das unentziehbare Recht, ihre Schuldverschreibungen gemäß den vom Vorstand festzusetzenden Anleihebedingungen in Aktien der Deutschen Bank AG umzutauschen. Der Wandlungspreis wird höchstens 250 DM je Aktie im Nennbetrag von 50 DM betragen.

      Der festzusetzende Wandlungspreis je Aktie im Nennbetrag von 50 DM wird unbeschadet des § 9 Abs. 1 AktG aufgrund einer mathematischen Formel ermäßigt, wenn den Aktionären der Deutschen Bank AG bei der Ausgabe neuer Aktien oder bei der Ausgabe von Anleihen mit einem Wandel- oder Optionsrecht auf Aktien der Deutschen Bank AG ein Bezugsrecht eingeräumt wird; dies gilt nicht, wenn die Inhaber der Wandelschuldverschreibungen ein entsprechendes Bezugsrecht für die neu auszugebenden Aktien bzw. Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen erhalten.

      Der Vorstand wird ermächtigt, festzulegen, daß die Forderungen aus den Wandelschuldverschreibungen nach näherer Maßgabe der Anleihebedingungen den Forderungen aller übrigen Gläubiger der Bank im Range nachgehen und daß die Aufrechnung mit Forderungen aus den Wandelschuldverschreibungen gegen Forderungen der Anleiheschuldnerin ausgeschlossen ist. Der Vorstand wird ferner ermächtigt, auch die weiteren Einzelheiten der Ausgabe und der Ausstattung der Wandelanleihe, insbesondere Zinssatz, Ausgabekurs, Laufzeit und Stückelung sowie den endgültigen Wandlungspreis und den Wandlungszeitraum festzusetzen.

   b) *Das Grundkapital wird um 150.000.000 DM durch Ausgabe von* Stück 3.000.000 Aktien im Nennbetrag von 50 DM zur Gewährung von unentziehbaren Umtauschrechten an die Inhaber der Wandelschuldverschreibungen bedingt erhöht. Der Ausgabebetrag der in Ausübung des Umtauschrechts auszugebenden Aktien entspricht dem jeweiligen Wandlungspreis. Die bedingte Kapitalerhöhung ist nur insoweit durchzuführen, als die Wandelschuldverschreibungen ausgegeben werden, die Inhaber der Wandelschuldverschreibungen von ihrem Umtauschrecht Gebrauch machen und das bedingte Kapital nach Maßgabe der Anleihebedingungen für den Umtausch benötigt wird. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung des Umtauschrechtes entstehen, am Gewinn teil.

   c) § 4 der Satzung wird um folgenden neuen Absatz 6 ergänzt, wobei der bisherige Absatz 6 zu Absatz 7 wird:

      „Das Grundkapital ist um weitere 150.000.000 DM durch Ausgabe von Stück 3.000.000 Aktien im Nennbetrag von 50 DM bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als die Inhaber der bis zum 30. April 1989 auszugebenden *Wandelschuldverschreibungen von ihrem Umtauschrecht in Aktien* Gebrauch machen und das bedingte Kapital nach Maßgabe der Anleihebedingungen für den Umtausch benötigt wird. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung des Umtauschrechtes entstehen, am Gewinn teil."

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am Mittwoch, dem 9. Mai 1984, bis zur Beendigung der Hauptversammlung bei einer der nachstehend genannten Hinterlegungsstellen hinterlegen. Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei anderen Kreditinstituten bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt gehalten werden.

Hinterlegungsstellen sind

in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West):
Sämtliche Niederlassungen der
Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main,
Deutschen Bank Berlin AG, Berlin,
Deutschen Bank Saar AG, Saarbrücken,
Handelsbank in Lübeck AG, Lübeck.

in Belgien:
Société Générale de Banque, Brüssel und Antwerpen,
Deutsche Bank AG, Succursale de Bruxelles und Filiaal Antwerpen.

in Frankreich:
Société Générale, Paris,
Deutsche Bank AG, Succursale de Paris.

in Großbritannien:
Midland Bank plc, London,
Deutsche Bank AG, London Branch.

in Luxemburg:
Banque de Luxembourg S. A., Luxemburg,
Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg S. A., Luxemburg.

in den Niederlanden:
Amsterdam-Rotterdam Bank N.V., Amsterdam,
Algemene Bank Nederland N.V., Amsterdam,
H. Albert de Bary & Co. N.V., Amsterdam.

in Österreich:
Creditanstalt-Bankverein, Wien.

in der Schweiz:
Sämtliche Niederlassungen der
Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich, der
Schweizerischen Bankgesellschaft, Zürich, des
Schweizerischen Bankvereins, Basel, und der
Deutschen Bank (Suisse) S. A., Genf.

Die Aktien können auch bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank hinterlegt werden. In diesem Falle bitten wir, die von dem Notar bzw. der Wertpapiersammelbank auszustellende Bescheinigung spätestens einen Tag nach dem letzten Hinterlegungstag bei einer Hinterlegungsstelle einzureichen.

Für die Ausübung des Stimmrechts verweisen wir auf § 18 (1) unserer Satzung:

„Das Stimmrecht jeder Aktie entspricht ihrem Nennbetrag. Gehören einem Aktionär Aktien im Gesamtnennbetrag von mehr als 5% des Grundkapitals, so beschränkt sich sein Stimmrecht auf die Zahl von Stimmen, die Aktien im Gesamtnennbetrag von 5% des Grundkapitals gewähren. Zu den Aktien, die einem Aktionär gehören, rechnen auch die Aktien, die ein Dritter für Rechnung des Aktionärs innehat. Ist ein Unternehmen Aktionär, so rechnen zu den Aktien, die ihm gehören, auch die Aktien, die ein herrschendes, von ihm abhängiges oder ein mit ihm konzernverbundenes Unternehmen oder ein Dritter für Rechnung solcher Unternehmen innehat."

Der in § 18 (1) genannte Anteil von 5% des Grundkapitals entspricht zur Zeit einem Nennbetrag von 73.457.255 DM = 1.469.145 Aktien zu je 50 DM.

Frankfurt am Main, im März 1984

Der Vorstand

Aktien weiter unter Druck

Dividendenerhöhung der Deutschen Bank zündete nicht

DW. – Bei schleppendem Geschäft gaben die Aktienkurse auf breiter Front weiter nach. Als Begründung für die schwächere Tendenz wird vorrangig das Ausbleiben ausländischer Käufer genannt. Seit Jahresbeginn, so heißt es, halten sich vor allem die Amerikaner von den deutschen Börsen fern. Angeblich haben sie in Japan einen neuen Anlageschwerpunkt gefunden. Nicht einmal die Dividendenerhöhung der Deutschen Bank vermochte dem Aktienhandel Anregungen zu geben.

Bei den meisten Bankaktien hielten sich die Abschläge in engeren Grenzen. Daß sie bei der Deutschen Bank stärker ausgefallen sind, wird vor allem mit der angekündigten Kapitalerhöhung und Wandelanleihe begründet. Im Chemiebereich erweisen sich Schering-Aktien von bemerkenswerter Stabilität. Dagegen gaben Großchemietitel weiter nach. Von den Autoaktien mußten im wesentlichen nur Daimler einen neuen Kursverlust hinnehmen. Unter Druck lagen auch Siemens. Nach den Steigerungen in den letzten Wochen, die einen neuen Nachkriegsrekord brachten, haben Gewinnmitnahmen in diesen Papieren besonderen Reiz.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt erhöhte um 5 DM und Audi NSU um 4 DM. Conc. Chemie stockten um 20 DM auf und Dt. Texaco um 9 DM. Rhein. Textil verbesserten sich um 6 DM. Nachgeben mußten Dahlbusch VA um 10 DM und Dykkerhoff um 4 DM. Hindr. Auffermann verminderten um 5 DM und Schiess um 3 DM. Bei den Versicherungen verloren Aachen Münchner Vers. 6 DM und Victoria 40 DM.

Frankfurt: Bei Nebenwerten setzten sich Sonderbewegungen fort. So stiegen Veith-Pirelli bei Doppelplus um 17,50 DM auf 160 DM, Concordia Chemie um 25 DM auf 605 DM. Bei doppelter Minusankündigung wurden Commerzbank-Restquoten um 2,45 DM auf 8,55 DM für 100 Reichsmark zurückgenommen. Von Elektroaktien fielen Siemens deutlich um 8,70 DM auf 406,20 DM.

Hamburg: HEW wurden mit 97 DM und NWK-Vorz. mit 175,20 DM gehandelt. Phoenix Gummi gingen in der Kasse zu 141 DM aus dem Markt. Reichelt gaben um 1 DM auf 135 DM nach. Etwas größere Verluste erlitten Beiersdorf bei 342 DM sowie Triton bei 130 DM. Vereins- und Westbank wurden mit 305 auf unveränderter Basis bezahlt.

München: Etienne Aigner verloren 2 DM und Agrob Vz. 4 DM. Brau AG Nürnberg stockten um 5 DM auf. Deckel AG verloren 2 DM, Dywidag 3 DM und Flachglas 1 DM. Gehe AG erhöhten um 1,50 DM und Leonische Draht um 5 DM. Vermindern mußten Grünzweig um 1 DM und Patrizier um 4 DM.

Berlin: Concordia Chemie wurden um 10 DM höher taxiert. Schering lagen um 6 DM, Dub-Schultheiß um 5 DM und Herlitz Vorzüge um 1 DM fester. Berthold bröckelten um 1,70 DM ab.

Nachbörse: schwächer

WELT-Aktienindex vom 27. 3.: 150,0 (151,0)
WELT-Umsatzindex vom 27. 3.: 1357 (1583)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Aktien-Umsätze

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Mailand

Amsterdam

Wien

Tokio

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Madrid

Hongkong

Singapur

Paris

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 27. 3. 84: 654 Optionen = 33 800 (33 100) Aktien, davon 136 Verkaufsoptionen = 7300 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 4-95/3,9, 4-120/1, 7-75/28,4, 7-95/9, 7-100/5, 7-120/1,4, 10-10/10,05, 10-120/5,4, BASF 4-170/1,1, 7-170/9,6, 7-180/4,6 Bayer 4-160/10, 4-170/3,4, 7-160/17,9, 1-7170/11,4, 7-100/6,8, 7-200/3, 10-180/10,5, Bekula 4-95/1, BMW 7-420/15,9, Commerzbk. 4-170/10,9, 4-180/3, 4-190/1, 7-180/13,5, 7-190/8,1, 10-200/9,4 Conti 4-113,7/15-15,8, 4-123,7/6,95, 4-130/10,65, 4-140/1,3, 7-123,7/17, 7-130/10,6, 7-140/4,5, 10-130/14,1, 10-140/9,7, 10-160/5, Dt. Babcock St. 10-170/12,5, Deutsche Bk. 4-370/22, 4-380/8,4, 4-390/4,9, 4-400/2,5, 7-360/45, 7-370/37,8, 7-390/28,8, 7-390/22, 10-380/37,2, 10-400/23, Dresdner Bk. 4-180/2, 7-180/10, 7-190/6, 10-190/10, Hoechst 4-180/1,1, 7-180/9, 7-200/3,1, 10-180/16,4, 10-200/5, Hoesch 4-120/1,4, 4-130/1, 7-100/20, 7-110/12, 7-120/6,5, 7-130/3,8, 10-110/18, Klöckner 4-40/21, 4-45/18, 4-50/13,5, 7-65/6, 7-70/3,4, 10-70/6,5, Lufthansa Vz. 4-120/46, 4-150/16, MAN 7-150/9,7, Metallges. 10-340/22, Mannesmann 7-140/10,6, 7-150/6,7, 10-150/9, Schering 7-350/17,4, 10-340/21,2, Kali+Salz 7-200/13, Siemens 4-390/21,5, 4-400/13,5, 4-410/7,4, 7-400/24, 7-410/7, 7-420/13, Thyssen 4-70/15, 4-80/3,5, 4-85/1,9, 7-80/10,1, 7-85/6,5, 7-90/4,5, 7-95/3,3, 10-85/10, 10-90/7,05, 10-95/5, 10-100/4, Veba 4-170/3,5, 7-170/10, 7-180/4,6, 7-190/38,5, 10-180/8,5, VW 4-200/9, 7-210/10,6, 7-230/6, 7-240/3, 10-190/35, 10-300/28, 10-210/19,4, 10-220/14,8, 10-240/6,5, Alcan 7-90/9, Chrysler 7-70/7,45, 7-75/5,8, Elf 7-75/5,5, 10-80/4,9, General Motors 7-180/9,4, Philips 7-40/5, Sperry 4-120/2, 10-110/12,1. **Verkaufsoptionen** AEG 4-95/1,4, 4-100/3, 7-90/2,45, 7-95/4,1, 10-85/2,5, 10-110/16, BASF 4-170/5, BBC 7-210/5,3, BMW 4-400/3,4, 10-380/6,8, Commerzbk. 7-180/5, 10-180/6,8, Conti 7-130/3,4, 10-130/5, Daimler 4-582,8/5,9, 7-582,8/18, Deutsche Bk. 10-370/7,8, Dresdner Bk. 7-170/2,5, 10-170/4, Harpener 7-290/9, Hoesch 7-110/2, Karstadt 4-250/2,5, 7-240/3, 10-240/7,8, KHD 10-230/8, Klöckner 7-654, Lufthansa St. 10-160/7, Mannesmann 4-140/1,9, Preussag 4-280/10,7, Siemens 7-400/10, 10-370/3, Thyssen 85/3, 4-90/7,6, Veba 4-170/1, VW 10-180/1,6, Chrysler 7-70/3,5, IBM 7-280/6, 10-280/11,6, Litton 4-/180/8, Norsk Hydro 10-200/10,6, Sperry 7-110/6.)1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 27. 3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10⅛–10¼	5⅜–5½	3⅝–3⅞
3 Monate	10½–10¾	5½–5¾	3¾–3⅞
6 Monate	10¾–11	5⅝–5⅞	3¾–4⅛
12 Monate	11¼–11½	6⅛–6⅜	4⅛–4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 27. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1805,00	2171,70
10 US-Dollar (Indian)**)	–	–
5 US-Dollar (Liberty)	465,00	609,90
1 £ Sovereign alt	233,00	288,20
1 £ Sovereign Elizabeth II.	227,00	281,58
20 belgische Franken	177,00	231,42
10 Rubel Tscherwonez	245,00	306,66
2 südafrikanische Rand	228,00	281,58
Krüger Rand, neu	1023,00	1206,12
Maple Leaf	1023,00	1206,12
Platin Noble Man	1045,00	1231,20
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	256,00	319,20
20 schweiz Franken „Vreneli"	–	–
20 franz. Franken „Napoléon"	192,00	242,82
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1197,00	1444,38
20 österr. Kronen (Neuprägung)	188,00	237,12
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	131,10
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	447,00	549,48
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	104,00	141,36

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

27. 3. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfz.-Kurs4)	Sorten Ankauf	Sorten Verkauf
New York3)	2,5828	2,5908	2,5546	2,54	2,63
London1)	3,741	3,755	3,718	3,68	3,83
Dublin1)	3,054	3,068	3,004	2,98	3,11
Montreal3)	2,0195	2,0275	1,1990	1,98	2,07
Amsterd.	88,470	88,690	88,47	87,75	89,75
Zürich	120,120	120,320	120,32	119,00	121,75
Brüssel	4,880	4,900	4,806	4,63	4,93
Paris	32,375	32,535	31,705	31,50	33,25
Kopenh.	27,200	27,320	26,98	26,25	28,25
Oslo	34,510	34,630	33,50	33,75	35,50
Stockh.**)	33,595	33,715	33,285	32,75	34,50
Mailand2) **)	1,601	1,611	1,582	1,57	1,67
Wien	14,196	14,236	14,187	14,12	14,34
Madrid**)	1,735	1,745	1,694	1,70	1,82
Lissabon**)	1,960	1,980	1,875	1,60	2,40
Tokio	1,1540	1,1570	–	1,11	1,17
Helsinki	46,490	46,680	45,27	45,50	47,25
Buen. Air.	–	–	–	–	11,00
Rio	–	–	–	0,07	0,40
Athen*) **)	2,495	2,549	–	2,00	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,440	2,459	–	2,39	2,50
Johannesbg.*)	2,1010	2,1200	–	1,90	2,15

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten (60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der US-Dollar bewegte sich am 27. 3. bei ruhigem Geschäftsverlauf bis zum Nachmittag zwischen 2,5820 und 2,5880. Der amtliche Mittelkurs wurde mit 2,5868 festgestellt. Die Bekanntgabe der deutschen Außenhandelszahlen mit Überschüssen von 4,8 Mrd. in der Handels- und 1,3 Mrd. DM in der Leistungsbilanz schien von den Marktteilnehmern eskomptiert. Mit Eintritt des New Yorker Marktes kam es zu einer sprunghaften Belebung der Geschäftstätigkeit und der Dollarkurs erreichte dabei Tiefstkurse bis 2,5570. Der Rückgang des US-Dollar-Kurses war wie am Vortag gegenüber der D-Mark am ausgeprägtesten, so daß die D-Mark gegenüber den übrigen wichtigen Währungen erneut deutliche Kursgewinne verzeichnen konnte. Das britische Pfund schwächte sich um 1,4 Pf auf 3,748 ab. Der Japanische Yen verlor 0,4 Prozent auf 1,1555. Die Aufwertung der Finnmark um 1 Prozent gegenüber ihrem Währungskorb ließ sie um 30 Pf auf 46,58 ansteigen. US-Dollar in: Amsterdam 2,9208; Brüssel 52,9175; Paris 7,9885; Mailand 1608,75; Wien 18,2900; Zürich 2,1517; Ir. Pfund/DM 3,061; Pfund/Dollar 1,4489; Pfund Dollar 3,748.

Ostmarkkurs am 27. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Der erneute Rückgang der Euro-Dollar-Deports insbesondere im kurzfristigen Bereich führte am 27. März zu engeren Dollar-Abschlägen am Terminmarkt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,18/1,08	3,27/3,17	6,40/6,30
Pfund/Dollar	0,21/0,23	0,52/0,55	1,30/1,36
Pfund/DM	1,70/0,30	3,70/2,30	6,50/5,30
FF/DM	30/14	86/70	159/143

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 27. 3.: Tagesgeld 5,50 Prozent; Monatsgeld 5,80–5,90 Prozent; Dreimonatsgeld 5,80–5,95 Prozent.

Privatdiskontsätze am 27. 3.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 27. 3.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. April 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/5 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,50 (7,45) – 9,00 (7,66). Ausgabe 1984/6 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,50 (7,54) – 9,00 (7,79) – 9,00 (7,96) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2 Jahre 6,78. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,80, Rendite 7,80.

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Dienstag die Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während sich Gold kurz vor Sitzungsschluß in engen Grenzen uneinheitlich zeigte, lag Silber überwiegend fester. Durchweg Abschläge verzeichneten Kaffee und Kakao.

Aktuelle Rohstoffpreise aus USA und Kanada können erst nach Einführung der Sommerzeit (22. 4.) wieder veröffentlicht werden.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	27. 3.	26. 3.
Mai	361,00	366,00
Juli	345,50	347,00
Sept.	348,25	349,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	27. 3.	26. 3.
St. Lawrence 1 CW	261,55	261,55
Amber Durum	244,60	244,60

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	136,00	136,00
Mai	138,30	139,00
Juli	142,00	142,20

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	132,70	132,80
Mai	127,00	126,50
Juli	124,40	124,40

Hafer Chicago (c/bush)	27. 3.	26. 3.
Mai	184,25	185,00
Juli	180,75	181,00
Sept.	176,25	176,25

Mais Chicago (c/bush)		
Mai	354,50	356,00
Juli	350,25	351,25
Sept.	321,25	322,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	27. 3.	26. 3.
März	130,30	130,70
Mai	131,60	131,60
Juli	132,40	132,50

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	27. 3.	26. 3.
Terminkontr. Mai	148,85	149,20
Juli	141,85	141,80
Sept.	137,85	138,00

Kakao New York ($/t)	27. 3.	26. 3.
Terminkontr. Mai	2486	2511
Juli	2505	2520
Sept.	2472	2500
Umsatz	–	3090

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	6,77	7,00
Juli	7,21	7,43
Sept.	7,60	7,76
Okt.	7,83	7,99
Jan.	8,40	8,50
Umsatz	–	6537

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	27. 3.	26. 3.
	6,53	6,75

Kaffee London (£/t) Robusta-	27. 3.	26. 3.
Kontrakt März	2110–2112	2130–2135
Mai	2012–2014	2005–2006
Juli	1961–1962	1952–1953
Umsatz	4530	2085

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	1781–1787	1805–1808
Mai	1791–1793	1816–1817
Juli	1801–1802	1821–1823
Umsatz	2762	2312

Zucker London ($/t), Nr. 6		
Mai	180,60–180,80	177,20–177,40
Aug.	194,40–194,60	191,00–191,20
Okt.	204,80–205,20	201,60–201,80
Umsatz	2023	–

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	27. 3.	26. 3.
schw. Sarawak spez.	335,00	340,00
weißer Sarawak	622,50	632,00
weißer Muntok	630,00	640,00

Orangensaft New York (c/lb)	27. 3.	26. 3.
Mai	171,60	172,50
Juli	169,50	169,60
Sept.	169,00	168,90
Nov.	167,00	165,60
Jan.	154,00	163,50
Umsatz	–	2500

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	27. 3.	26. 3.
Südstaaten fob Werk	50,50	50,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	28,75	28,75

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Mai	29,60	30,50
Juli	29,62	30,35
Aug.	29,70	29,32
Sept.	27,50	28,32
Okt.	25,45	25,60
Dez.	25,85	26,05
Jan.	25,75	25,95

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	31,00	31,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	30,00	30,00
Choise white hog 4% fr. F.	22,25	22,00

Talg New York (c/lb)		
top white	20,50	20,50
fancy	20,25	20,25
bleichfähig	19,50	19,50
yellow max. 10% fr. F	17,25	17,25

Schweine Chicago (c/lb)		
Apr.	49,40	49,40
Juni	56,45	56,10
Juli	58,75	58,15

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
März	70,35	69,15
Mai	71,50	70,00
Juli	70,60	69,20

Häute Chicago (c/lb)	27. 3.	26. 3.
Ochsen enth. schwere River Northern	61,00	61,00
Kühe enth. schwere River Northern	56,00	56,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Mai	786,00	802,00
Juli	796,00	812,00
Aug.	786,50	800,50
Sept.	757,00	765,00
Nov.	732,00	739,50
Jan.	743,50	750,00
März	755,50	762,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Mai	203,80	205,60
Juli	208,80	210,50
Aug.	209,50	211,00
Sept.	207,00	208,00
Okt.	201,50	202,00
Dez.	202,50	204,00
Jan.	203,50	206,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	27. 3.	26. 3.
März	358,50	362,00
Mai	355,50	359,00
Juli	361,00	365,00

Kokosöl New York (c/lb)	27. 3.	26. 3.
Westküste fob Werk	51,50	51,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	27. 3.	26. 3.
jegl. Herk. cif	1145,00	1135,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	495,00	495,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	925,00	950,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Neded. fob Werk	218,00	221,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1125,00	1185,00

Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	298,00	298,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	27. 3.	26. 3.
Mai	79,82	79,80
Juli	79,90	80,15
Okt.	76,85	76,95
Dez.	74,71	74,75
März	–	76,35
Mai	–	76,55

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS–1:	57,00	57,25

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	27. 3.	26. 3.
März	405–417	417–420
Mai	426–431	428–434
Aug.	449–451	453–455
Umsatz	223	–

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	27. 3.	26. 3.
Mai	49,20	49,20
Juli	49,70	49,70
Okt.	50,00	50,00
Dez.	50,10	50,10
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	27. 3.	26. 3.
Mai	577,5–578,0	578,0–580,0
Juli	588,0–589,5	588,0–590,0
Okt.	574,0–575,0	575,0–575,5
Umsatz	32	9

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	27. 3.	26. 3.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	27. 3.	26. 3.
März	13 815	13 908
April	13 777	13 841

Kautschuk London (p/kg)	27. 3.	26. 3.
Nr. 1 RSS loco	76,00–78,00	unverändert
Mai	74,50–80,50	unverändert
Juni	75,00–80,50	unverändert
Juli-Sept.	80,70–80,90	unverändert
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	27. 3.	26. 3.
April	248,50–249,50	249,50–250,50
Mai	254,50–255,00	253,50–254,50
Nr. 2 RSS April	248,00–249,00	248,50–249,50
Nr. 3 RSS April	243,50–244,50	244,00–245,00
Nr. 4 RSS April	236,50–237,50	237,00–238,00
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	27. 3.	26. 3.
BWC	512,00	512,00
BWD	500,00	500,00
BTC	512,00	512,00
BTD	500,00	500,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 £/t – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	27. 3.	26. 3.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	124,10–124,48	126,07–126,28
drittfolg. Monat	125,79–125,98	127,96–128,15
Zink: Basis London		
laufend. Monat	279,37–279,75	279,66–280,04
drittfolg. Monat	269,61–269,80	269,69–269,86
Produz.-Preis	272,03	274,28
Reinzinn 99,9%	3631–3667	3652–3688

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	27. 3.	26. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	407,23–409,10	405,92–407,81
Blei in Kabeln	132,00–133,00	133,75–134,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	27. 3.	26. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	390–400	390–399
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	435–437	434–437
MS 63	429–434	428–433

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	27. 3.	26. 3.
	29,75	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	27. 3.	26. 3.
Leg. 225	444–470	444–470
Leg. 226	446–472	446–472
Leg. 231	476–502	476–502
Leg. 233	486–512	486–512

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	27. 3.	26. 3.
Platin (DM je g)	35,65	35,35
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	32 850	33 060
Rücknahmepr.	32 130	32 300
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	32 720	32 950
Rücknahmepr.	32 210	32 430
verarbeitet	34 340	34 580
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 525	32 865
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	802,90	800,30
Rücknahmepr.	786,60	784,60
verarbeitet	838,50	836,40

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	27. 3.	26. 3.
10.30	389,10	382,50
15.00	388,85	387,40
Zürich mittags	388,75–389,25	388,30–388,80
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	100 050	100 900
Silber (p/Feinunze) London Kasse	656,65	651,05
3 Monate	669,55	665,15
6 Monate	684,20	679,55
12 Monate	713,90	709,55
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	270,35	270,95
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	111,50	109,85

New Yorker Preise	27. 3.	26. 3.
Gold H & H Ankauf	[illegible]	[illegible]
Silber H & H Ankauf	[illegible]	[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	[illegible]	[illegible]
Produz.-Preis	[illegible]	[illegible]
Palladium fr. Händlerpr.	[illegible]	[illegible]
Produz.-Preis	[illegible]	[illegible]
Silber (c/Feinunze) März	[illegible]	[illegible]
April	[illegible]	[illegible]
Mai	[illegible]	[illegible]
Juli	[illegible]	[illegible]
Sept.	–	[illegible]
Dez.	–	[illegible]
Jan.	–	[illegible]
Umsatz	–	[illegible]

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	27. 3.	26. 3.
März	69,35	[illegible]
April	69,55	[illegible]
Mai	69,85	[illegible]
Juli	71,10	[illegible]
Sept.	72,45	[illegible]
Dez.	74,50	[illegible]
Jan.	75,25	75,50
Umsatz	–	–

Londoner Metallbörse

	27. 3.	26. 3.
Aluminium (£/t) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Blei (£/t) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Kupfer Higher grade (£/t) mittags Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
abends Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
(Kathoden-Standard) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Zink (£/t) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Zinn (£/t) Kasse	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Quecksilber ($/Fl.)	[illegible]	[illegible]
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	[illegible]	[illegible]

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden

[illegible]

Nachfrage nach Langläufern

Der sinkende Dollar und das Ausbleiben weiterer Zinserhöhungen in den USA hat die Nachfrage am Rentenmarkt leicht belebt. Sie konzentrierte sich auf öffentliche Anleihen mit längeren Laufzeiten, deren Kurse bis zu einem Viertelpunkt angehoben wurden. Gewisse Hoffnungen werden auf den Zinstermin am 1. April gesetzt. DM-Auslandsanleihen veränderten sich nur wenig, hier liegen noch einige nicht placierte Posten aus den letzten Emissionen im Markt.

Bundesanleihen

		27. 3.	26. 3.
F 5 Bund 78	5/84	99,95G	99,95G
6 dgl. 78 III	9/84	99,95	99,95
8¾ dgl. 75	9/84	100,85	100,85
6 dgl. 78 IV	12/84	99,95	99,95
6¾ dgl. 79	1/85	100	100
8½ dgl. 73 I	3/85	102	102
7 dgl. 79	4/85	100,75	100,75
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,95	100,9
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,85	101,7
8 dgl. 78 IV	10/85	101,9	101,8
5½ dgl. 78 II	3/86	97,95	97,75
5¾ dgl. 78	5/86	97,35	97,35G
7¼ dgl. 76 I	12/85	100,45	100,55
6½ dgl. 78	1/87	98,45	98,35G
7¼ dgl. 76 II	1/87	100,15	100,05
6¾ dgl. 77	4/87	99,05	99,95G
8¾ dgl. 77	7/87	98,1	98,05
6 dgl. 77	10/87	96,35	96,35G
6 dgl. 78 I	1/88	95,65	95,65
8½ dgl. 78 I	9/88	97,2	97,1
6½ dgl. 78 II	12/88	96,85	96,7G
6¾ dgl. 79	1/89	97,55	97,55G
7¼ dgl. 79 I	4/89	99,35	99,4
10 dgl. 81	4/89	108,45	108,4G
7½ dgl. 79 I	6/89	99,35	99,4
5 dgl. 79 I	7/89	101,1	101,1
8 dgl. 79 II	8/89	101,1	101,1G
7½ dgl. 79 II	9/89	99,35	99,3
7¾ dgl. 79 II	11/89	100,05	100
7¾ dgl. 80 I	1/90	100,05	100
10 dgl. 80	4/90	109,2	109,2
5¾ dgl. 78	5/90	91,75	91,75
8¼ dgl. 80 I	7/90	101,1G	101,1
8¼ dgl. 80 II	11/90	101,15	101,1
7¾ dgl. 82	11/90	99,25	99,1
9 dgl. 81	2/91	104,35	104,35G
10¾ dgl. 81	7/91	110,6bG	110,85
10¾ dgl. 81	9/91	113,85	113,85
10 dgl. 81 II	12/91	109,9	109,9
9¾ dgl. 82 I	1/92	108,6	108,6
9¼ dgl. 82 II	3/92	108,7G	108,7
6 dgl. 78 II	3/93	89,5	89,75
9,5 dgl. 82	4/92	107,4G	107,4
9 dgl. 82	5/92	104,6	104,5
8½ dgl. 82	6/92	101,85	101,55G
9 dgl. 82	8/92	104,6	104,5
8¾ dgl. 82	9/92	103,15	103G
7¾ dgl. 82	12/92	97,75	97,6bG
7½ dgl. 83	1/93	96,25	96,05bG
7½ dgl. 83 II	3/93	96,25	96,1
7½ dgl. 83 III	5/93	97,35	97,2
8¼ dgl. 83	6/93	100,55	100,4
8 dgl. 83	7/93	99,35	99,15
8¼ dgl. 83 II	8/93	100,55	100,4
8¼ dgl. 83 III	10/93	100,55	100,4
8¼ dgl. 83 IV	11/93	100,50	100,35
8¼ dgl. 83 V	12/93	100,50	100,4
8¼ dgl. 84	1/94	100,50	100,35
8¼ dgl. 84 II	2/94	100,50	100,35
8 dgl. 84	3/94	99,55	99,4
F 7¾ B.Obl 79 S 1	12/84	100,95	100,9
8 dgl. 80 S.2	2/85	101,35	101,35
8¾ dgl. 80 S.3	2/85	101,5G	101,5
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	102,5	102,5
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	102,2	102,2
8¼ dgl. 80 S 6	5/85	101,8	101,8
8 dgl. 80 S.7	6/85	101,7	101,65
7½ dgl. 80 S 8	8/85	101,15	101,15
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	102,2	102,15
9¾ dgl. 80 S 10	1/86	103,2	103,2
9 dgl. 81 S.11	1/86	103,55bG	103,5
9¾ dgl. 81 S 12	3/86	105,2G	105,2G
10 dgl. 81 S.13	3/86	105,55bG	105,55
9½ dgl. 81 S.14	4/86	105G	105G
10 dgl. 81 S.15	4/86	105,8	105,8
10½ dgl. 81 S.16	6/86	107,05	107,05
11 dgl. 81 S.17	8/86	108,6	108,65
10½ dgl. 81 S.18	10/86	107,85G	107,85
10 dgl. 81 S.19	10/86	106,85	106,85
9½ dgl. 81 S.20	11/86	105,65G	105,8G
10¼ dgl. 81 S 21	11/86	107,55G	107,55
10 dgl. 81 S 22	11/86	106,9	106,95
9½ dgl. 81 S.23	12/86	105,65	105,6
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	106,1	106,15
9½ dgl. 82 S.25	3/87	105,65	105,65
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	105,15	105,15
9 dgl. 82 S.27	4/87	104,5G	104,5
8½ dgl. 82 S.28	5/87	103	103,1G
9½ dgl. 82 S.29	7/87	105,85	105,85
9 dgl. 82 S.30	8/87	104,2	104,2
8¾ dgl. 82 S 31	9/87	103,4	103,3
8¼ dgl. 82 S 32	10/87	101,85	101,7
8 dgl. 82 S 33	11/87	101,2	100,95
7¾ dgl. 82 S.34	11/87	100,45bG	100,4
7½ dgl. 82 S.35	12/87	99,55	99,35
7¼ dgl. 83 S.36	1/88	98,65	98,8
5¾ dgl. 83 S.37	3/88	97	97
7 dgl. 83 S.38	5/88	97,7	97,7
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	98,5	98,5
7½ dgl. 83 S.40	6/88	99,4bG	99,2bG
8 dgl. 83 S 41	6/88	100,7bG	100,5G
8 dgl. 83 S 42	9/88	100,7	100,45
8 dgl. 83 S 43	12/88	100,7	100,55G
8¼ dgl. 83 S 44	12/88	101,55bG	101,25
8 dgl. 84 S. 45	3/89	100,55	100,35bG

Bundesbahn

		27. 3.	26. 3.
F 8 Bdbahn 72	9/84	100,75	100,75
8¾ dgl. 76	9/84	100,85	100,85
6 dgl. 78 III	11/84	99,95	99,95
F 6½ dgl. 79	2/85	100,1	100,1
8½ dgl. 73	2/85	101,7	101,7
7 dgl. 77	2/87	99,4G	99,4
6 dgl. 77	9/87	96,25	96,25
6 dgl. 78 II	7/88	94,65	94,8
6½ dgl. 77	5/89	95,4	95,3
8 dgl. 79 I	7/89	100,9	100,9
6 dgl. 78 I	2/90	92,45	92,5
8 dgl. 80 II	7/90	100,3	100,15G
9 dgl. 81	3/91	104,25	104,05
10½ dgl. 81	9/91	112,35	112,25
10¼ dgl. 81	11/1	111,25	111,15G
8 dgl. 80 I	2/92	99,35	99,2G
10 dgl. 82	2/92	110,25	110,25G
9½ dgl. 82	7/92	107,5	107,45G
8 dgl. 82	11/92	99,35	99,1
7¾ dgl. 83	1/93	97,6	97,45
8¼ dgl. 83	10/93	100,5	100,29

Bundespost

		27. 3.	26. 3.
F 6½ Bdpost 68	6/88	99G	99G
8 dgl. 72 I	9/87	101,35	101,3
10 dgl. 81	3/89	108,35	108,35
10¼ dgl. 81	6/89	109,35G	109,35
8 dgl. 80	3/90	100,4	100,4
7¾ dgl. 80	9/90	99,55	99,45
8¾ dgl. 80	12/90	103,9G	103,9
10½ dgl. 81	10/91	112,2	112,2
9¾ dgl. 82	2/92	108,75G	108,75G
8¾ dgl. 82	6/92	103,05G	103,05
8½ dgl. 82	10/92	101,7	101,55G
7¾ dgl. 83	2/93	97,5	97,35
8½ dgl. 83	9/93	101,75	101,6
8¼ dgl. 84	2/94	100,5	100,4

Länder – Städte

		27. 3.	26. 3.
S 6½ Bd.-Wttbg. 78	86	97,9	97,9B
8¼ dgl. 82	92	100,5	100,5
M 7 Bayern 66	85	101G	101G
6½ dgl. 67	87	101,5	101,5G
6 dgl. 68	85	99,25G	99,25G
6 dgl. 78	88	95	94,9
8¾ dgl. 80	90	103,5G	103,5G
8¾ dgl. 82	90	102,9G	102,7
7½ dgl. 83	93	95,8	96,1G
B 8½ Berlin 70	85	102,5G	102,5G
8 dgl. 72	85	101,4G	101,5
7 dgl. 77	85	100,5G	100,5
6½ dgl. 78	88	97G	97G
8¾ dgl. 80	88	103,75G	103,75G
Br 7¾ Bremen 71	87	101,2G	101,2B
8 dgl. 72	87	101,5B	101,5G
7½ dgl. 83	93	95,5G	95,5G
H 8½ Hamburg 70	85	101,3G	101,3G
6¼ dgl. 77	92	96,1	96G
8 dgl. 80	92	100,3	100G
9¾ dgl. 82	92	108,3G	108,2
7½ dgl. 83	92	95,7G	95,5
F 8 Hessen 71	86	100,75G	100,75
6¼ dgl. 78	88	95G	95
Hn 8½ Nieders. 70	85	101,3G	101,3G
7½ dgl. 72	87	100,5G	100,5
8 dgl. 72	87	101,8G	101,8
7½ dgl. 79	87	99,8	99,8
7¾ dgl. 82	92	97,25G	97,25
8 dgl. 83	93	99,55G	99,55
D 7½ NRW 83	93	95,5	95,35
7¾ dgl. 83	93	96,95	97,05
8½ dgl. 83	93	101,4	101,5
8¼ dgl. 83	93	100,15G	100G
8¼ dgl. 84	92	100,4	100,25
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,8G	99,8G
8 dgl. 71	86	100,25	100,5
F 8½ Saar 70	85	101,1	101,1G
7 dgl. 72	87	99,6	99,6
6 dgl. 78	88	94,85	94,85
H 6 Schl.-H. 64 II	84	100B	100G
7¾ dgl. 72	87	100,5	100,5G
8½ dgl. 73	85	101,75	101,75
D 7 Essen 72	85	100,25bG	100,25bG
M 6 München 64	84	100G	99,75G
S 7½ Stuttgart 71	86	100,8	101G
7¾ dgl. 72	87	101G	101G
8 dgl. 83	93	99G	99G

Bankschuldverschreib.

	27. 3.	26. 3.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
8½ dgl. Pf 5	87G	87G
7 dgl. Pf 2	100,5G	100,5
F 7½ Babola Pf 104	100,85G	100,85G
9 dgl. Pf 106	103,4G	103,4G
10 dgl. Pf 108	108,05G	108,05G
7 dgl. KS 132	95,7G	95,7G
8 dgl. KS 155	99,35G	99,35G
9 dgl. KS 169	102,95G	102,95G
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	92,5TG	92,5TG
6 dgl. Pf 20	82B	82G
6½ dgl. Pf. 2	95,75B	95,5G
7 dgl. Pf 3	95,5G	95,5G
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	97,5G	97,5G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	125G	125G
5½ dgl. Pf 11	131G	131G
6 dgl. Pf 34	78G	78G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	83,75G	83,75G
6 dgl. KS 1	99,7G	99,7G
M 6 Ldz. Aufb. IS 15	97,75G	97,75G
6 dgl. IS 16	96,75G	96,75G
6 dgl. IS 17	95,75G	95,75G
8½ dgl. KO 49	102,25G	102,25G
8½ dgl. KO 48	102,25G	102,25G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	100G	100G
9¼ dgl. Pf 105	100,7G	100,7G
10 dgl. KS 307	100,85G	100,85G
9½ dgl. IS 726	102,25G	102,25G
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	120G	120G
5½ dgl. Pf 28	75G	75G
6 dgl. Pf 4	91G	91G
6¼ dgl. Pf 3	86,5G	86,5G
6½ dgl. Pf 12	86G	86G
7 dgl. Pf 20	97G	97G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	99,75T	99,75T
6 dgl. Pf 34	94,75T	94,75T
6½ dgl. Pf 37	98,75	98,75G
8 dgl. Pf 51	100,75G	100,75G
Hn 5 BrHann. Hypo. Pf 1	114G	114G
7 dgl. Pf 80	88G	88G
7½ dgl. Pf 87	93,5G	93,5G
6 dgl. KS 29	80,9G	80,9G
7 dgl. KS 30	99,35G	99,35G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	120G	120G
5 dgl. Pf 54	116,5G	116,5G
6 dgl. Pf 109	80G	80G
6½ dgl. Pf 123	87,5G	87,5G
6½ dgl. Pf 141	86,5G	86,5G
7 dgl. Pf 143	92G	92G
7 dgl. KO 113	100,5G	100,5bG
9 dgl. KO 217	101,75G	101,75G
9 dgl. KO 215	102G	102G
9¼ dgl. KO 218	101,75	101,75
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	118G	118bG
5½ dgl. Pf 50	73,5G	73,5G
6 dgl. Pf 84	100G	100G
9 dgl. KS 139	103,9G	103,9G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	101,7G	101,7G
9 dgl. Pf 239	104G	104G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	109G	109G
7 dgl. KS 35	99,8G	99,8G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	92,7G	92,7G
6 dgl. IS 71	98,7G	98,7G
6¼ dgl. IS 73	97,15G	97,15G
6¾ dgl. IS 80	100G	100G
F 6 Dgz.Dt.Komm.KO55-4	83G	83G
6 dgl. KO 46	79G	79G
7 dgl. KO 97	100,35G	100,35G
7½ dgl. KO 185	97G	97G
9 dgl. KO 129	102,25G	102,25G
10 dgl. KO 125	100,3G	100,3G
Hn 8 Dt. Hyp. Hann. Pf 91	78G	78G
7 dgl. KS 101	99,75G	99,75G
10 dgl. KS 134	102,45G	102,45G
8¾ dgl. KS 140	101,7G	101,7G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	88G	88G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	80G	80G
6¾ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	74G	74G
5½ dgl. Pf 59	80G	80G
6 dgl. Pf 162	79,5bG	79,5bG
B 9 Dt.Pf.Wt. Brl. 482	104,5G	104,5G
Br 8 Dt. Schiffbk. Pf 46	100,55G	100,55G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6¼ dgl. Pf 65	99,7G	99,7G
6¾ dgl. Pf 60	95,85G	95,85G
6¼ dgl. Pf 74	98,35G	98,35G
6¼ dgl. Pf 78	97G	97G
Br 6½ dgl. Pf 77	94,1G	94,1G
6 dgl. Pf 42	99,95G	99,95G
8½ dgl. Pf 47	102,9G	102,9G
F 5 Pfl. Hypobk. Pf 66	70,3G	70,3G
5½ dgl. Pf 53	78G	78G
6 dgl. Pf 79	78G	78G
6 dgl. Pf 130	92,7G	92,7G
6½ dgl. Pf 133	86,75G	86,75G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	118G	118G
8 dgl. 14	89,5G	89,5G
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	108G	108G
8 dgl. Pf 80	94,4G	94,4G
8 dgl. Pf 73	101,3G	101,3G
4 dgl. KO 5	102,5G	102,5G
H 6 Hyp.l.Hbg. Pf 96	82,25	82
6½ dgl. Pf 80	90,65G	90,65G
8 dgl. Pf. 248	100,7	100,7
9 dgl. KO 125	100,15G	100,15G
8 dgl. KO 175	101,7G	101,7G
9 dgl. KO 259	103,25	103,25
9¾ dgl. KO 262	101,25G	101,25G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	114,5G	114,5G
5 dgl. Pf 12	70G	–
7 dgl. Pf 25	95G	95,25G
10 dgl. Pf 40	101,7G	101,75
6 dgl. KO 30	99,95G	99,95G
9¾ dgl. K 84	102G	102G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	100G	100G
5½ dgl. Pf 11	88G	88G
7 dgl. Pf 12	92G	92G
4½ dgl. KO 6	100G	100G
7½ dgl. KO 80	100G	100G
8½ dgl. KO 81	100,5	100G
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	101,75bG	102,25G
6 dgl. Pf 28	89G	89G
6 dgl. Pf 49	86G	85G
8¼ dgl. KS 8	101,75G	101,75G
H 8 Lbk.S-Holst.Pf 89	80,5G	80,5G
7 dgl. Pf 97	90,75G	91,5
10 dgl. Pf 33	102,5G	102,5G
6½ dgl. KS 78	97,75G	97,75G
10 dgl. IS 95	108,75G	108,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 6½ Münch.Hypo.Pf 100	86G	86G
H 4½ NordHyp.WBK Pf 24	103G	103G
6½ dgl. Pf 42	99G	99G
Hn 7 Nord. Lbk. Pf 1	95,2G	95,2G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	101,5G	101,5G
9 dgl. KO 53	102,5G	102,5G
7½ dgl. IS 6	100,25G	100,25G
10 dgl. IS 37	100,9G	100,9G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	118G	118G
6 dgl. Pf 58	101,5G	101,5G
6 dgl. Pf 95	80G	80G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	125G	125G
5½ dgl. K	110G	110G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 28	93,75bG	93,75G
6½ dgl. Pf 67	88G	86G
5½ dgl. KO J+E	125G	125G
9½ dgl. KO 58	101,5G	101,5G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	71,25G	71,25G
7 dgl. Pf 125	97,5G	97,5G
7 dgl. Pf 128	90G	90G
8 dgl. Pf 177	104G	104G
6 dgl. KS 77	79G	79G
6½ dgl. KS 80/1	–	–
8½ dgl. KS 110	102,5G	102,5G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	118,5G	118,5G
5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
5 dgl. Pf 36	84,75G	84,75G
5½ dgl. Pf 43	84,15G	84,15G
6 dgl. Pf 58	78,75G	78,75G
7 dgl. Pf 61	88G	88G
8 dgl. Pf 70	100,75G	100,75G
9 dgl. Pf 68	101,9G	101,9G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	98,75G	98,75G
7½ dgl. Pf 45	100,5G	100,5G
M 6 Südboden Pf 41	89,5G	89,5G
5½ dgl. Pf 57	77G	77G
6½ dgl. Pf 143	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 87	95bG	95G
7½ dgl. Pf 104	97G	97G
7 dgl. KS 49	94G	94G
7½ dgl. KS 81	101G	101G
8 dgl. KS 133	99G	99G
8½ dgl. KS 132	101,5G	101,5bG
9 dgl. KS 185	104G	104G
9½ dgl. KS 171	104,5G	104,5G
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	78TG	78TG
7 dgl. Pf 100	100,4G	100,4G
D 8 WestLB Pf 350	101,4G	101,4G
6¾ dgl. Pf 403	97,75B	97,75G
9½ dgl. Pf 1007	108,2G	108,2G
8 dgl. Pf 1015	99,45G	99,45G
7 dgl. KO 556	100,45G	100,45bG
6¾ dgl. KS 420	96,25bG	96,25bG
9¾ dgl. KO 1301	105,2G	105,2G
8½ dgl. KS 1278	101,85G	101,85G
8 dgl. IS 1512	100,2G	100,2G
9¼ dgl. IS 1520	102,5G	102,5G
6½ dgl. IS 679	94,4G	94,4G
7½ dgl. IS 1503	100,5G	100,5G
D 4 Westf. Land. Pf 4	100G	100G
6 dgl. Pf 16	95,5G	95,5G
6½ dgl. Pf 19	85,5G	85,5G
7 dgl. Pf 20	90G	90G
D 8¼ Westf.Hypo Pf 550	101,5G	101,5G
9¼ dgl. Pf 584	104,1G	104,1G
9¾ dgl. KS 294	103,1G	103,1G
9½ dgl. KS 324	108,1G	108,1G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	78G	78G
7 dgl. KS 58	100G	100G
S 8½ Wür. KoLa Pf 1	89,1G	89,1G
7 dgl. Pf 5	100,15	100,15

Sonderinstitute

	27. 3.	26. 3.
D 6 DSLB Pf 28	85G	85G
6 dgl. Pf 47	81G	81G
7 dgl. Pf 63	90G	90G
7½ dgl. Pf 89	94G	94G
8 dgl. Pf 104	100G	100G
8 dgl. Pf 165	100,25G	100,25G
5½ dgl. RS 45	98,25G	98,25G
6 dgl. RS 73	97G	97G
8 dgl. RS 120	101,75G	101,75G
8½ dgl. RS 153	102,5G	102,5G
7 dgl. RS 162	96,75G	96,75G
9¾ dgl. RS 172	104,25G	104,25G
9 dgl. RS 186	105,5G	105,5G
10 dgl. RS 193	105,5G	105,5G
11¼ dgl. RS 195	108,5G	108,5G
D 6½ IKB 69	100G	100G
F 7½ KFW 70	100,9G	100,9
8 dgl. 70	101,3	101,3G
7¼ dgl. 79	99,85	99,85G
F 10 KredR 81	109,75G	109,75
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	101,6	101,6
7¼ dgl. 83	97,35	97,35
8¼ dgl. 83	100,5	100,5
F 6 Lawi.Rentbk. RS 14	102,5	102,5
6 dgl. RS 15	97,75G	97,75
6 dgl. RS 16	97,85	97G
6 dgl. RS 19	96G	96G
6 dgl. RS 20	99,85G	99,85G
6 dgl. RS 21	99,5G	99,5G
6 dgl. RS 26	99,75G	99,75G
7½ dgl. RS 27	100,25	100G
6½ dgl. RS 60	97,75G	97,75G
7 dgl. 94	96G	96G
7 dgl. 99	100,4G	100,4G
8 dgl. 101	100G	100G
7½ dgl. 102	98,25T	98,25T
9½ dgl. 128	104,75G	104,75G
D 8 LAG TS 76	101,8G	101,8G
6½ dgl. TS 77	97,8G	97,6
5½ dgl. 78	93,85	93,85
7 dgl. 79	99,7	99,5

Industrieanleihen

	27. 3.	26. 3.
F 6 Badenwerk 64	99,65G	99,65G
6 dgl. 78	95	95
5 BASF 59	99,25G	99,25G
5 Bayernw. 59	98,5G	98,5G
F 8 Chem. Hüls 71	100T	100T
7¾ Cont. Gum. 71	99,6G	99,6G
6 Dt. Texaco 64	99,7G	99,7G
5¾ HEW 62	96,75G	96,75G
7½ dgl. 71	100,3G	100,3G
4½ Harpen 59	197,0G	197,0G
6 Hoechst 64	99,75G	99,75G
6 Hoesch 64	99,5G	99,5G
7½ dgl. 71	99,5T	99,5T
7½ Karstadt 71	99,5G	99,5G
7½ Kaufhof 71	99,5T	99,5T
7¾ dgl. 71	99,9T	99,5G
7½ dgl. 76	99,8G	100
7½ Klöckner W. 71	99,25	98,75G
6 dgl. 72	-Zbg.	99,6G
5 Mannesmann 59	98,5G	98,5G
6 NWK 61	99,3G	99,3G
6 dgl. 62	99	99G
6 ObDon. Krwk. 64	95T	95T
F 6 Rh.Braw. 63	96T	95,6T
6 dgl. 65	95,4G	95,4G
6 RWE 63	97,5bG	96T
6 dgl. 65	95,3T	95,3T
7¾ dgl. 71	99,9T	99,9T
7 dgl. 72	98,5G	98,4
6 Rh.-M.-Don. 62	97,25G	97,25G
6½ dgl. 66	99G	99G
8 Schleswag 71	100T	100T
5 STEAG 59	98,5T	98,5T
7¼ Thyssen 71	99,6T	99,6T
8 dgl. 72	99,8T	99,8T
7¼ dgl. 77	96,5G	96,25G
8 VEW 71	100G	100
6¾ dgl. 77	95,75G	95,75G
7 VW 72	98,75G	98,9

Optionsscheine

	27. 3.	26. 3.
F 11 BASF Over Zco 82	66,5	68,4
7¼ Bayer Fin. 79	69,6	71,5
10½ Bayer Fin. 82	79,9	81,6
7½ BHF Bk. Int. 83	119	122bG
6¾ Ciba-Geigy 75	1000	990
3½ Commerzbk. 78	64,5	67
7 Combk. Int. Lux. 83	78	80,2bG
4½ Dt. Bk. Comp. 77	156,5	160,5
3½ Dt. Bk. Int. 83	146,6	152
8¼ Degussa 83	150	157
4 Dresdner Bk. Int. 83	68	69,5
4 dgl. 83 II	74	75
10 Hoechst 75	346	350
6¾ dgl. 79	79	81
8 Hoechst 83	91,8	93
7½ Jap.Syn.Rubber 82	2140	2225bB
5¾ Jusco 83	3335	3425
Mitsui 82	265	260
7¾ Siemens 83	203,5	209,3
6,875 Schering 83	112,5	113
4 Veba 83	57	58,4
6½ Wella F. 73	341	349
F 8½ BASF 74	70,1	72,9
Stumpf 78	83,5bG	72,9

Optionsanleihen

	27. 3.	26. 3.
F 7½ BHF Bk. Int.83 m0	120,2	120,2
7½ dgl. 83 o0	78,9G	78,9G
3½ ComBk. Int. 78 m0 DM	124G	124G
F 3½ dgl. 78 o0 DM	91	89,5bG
4½ C F OT. Bk. 77 m0 $	133	135G
4½ dgl. 77 o0 $	82,9	83
3¾ Dt. Bk. 83 m0	129,5	130,2
3¾ dgl. 83 o0	84,5G	84,75G
6¼ Dt. Bk. 83 m0	113,25	113
6¼ dgl. 83 o0	73,5	74G
4 Dresd. Bk. 83 m0	111,5	113
4 dgl. o0	84,75bG	85,25
7½ Jap. Synth. 82	182G	182G
7½ dgl. 82 o0	101,5	101T
5¾ Jusco 83 m0	149,5G	151G
5¾ dgl. 83 o0	94,5	94,75
F 6½ Wella F. 73		
4 Veba 84 m0	124	124,5
4 Veba 84 o0	77,9	77,75
m0 DM	129,75G	129,75G
6½ dgl. 73 o0 DM	97	96,25G
F 8½ BASF 74 m 0	149	149
8½ BASF 74 o0	100,5	100,25
5 Conti 84	65,5	68,6
5 Conti 84 m0	146	146,1bG
5 Conti 84 o0	80,4	80,6
M 3½ Stumpf 88 m0	174G	174G
M 3½ Stumpf o0	85G	85bG

Währungsanleihen

	27. 3.	26. 3.
8¼ Kopenhagen 72	95,8G	95,8G
9½ Norwegen 79	99G	99G

Wandelanleihen

	27. 3.	26. 3.
F 5 Bayer 69	101,9	101,8bG
H 8 Beiersdorf 82	167bG	169G
D 8 Girmes 74	378	380
6½ KSB 83	128,75	125,75

Anmerkungen:
- Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Wandelanleihen

	27. 3.	26. 3.
F 4¾ AKZO 69	98G	98G
F 5 Asics Corp. 83	111	112G
F 3½ All Nippon 78	98,05G	98,05
F 3¾ Asahi Opt. 78	114G	114G
F 4¾ Canon Inc. 77	412G	412G
F 3½ Cas. Comp. 78	291G	291G
F 5¾ Daiei Inc. 80	130	128,5G
F 4¼ Fujitsu Lim. 78	720G	700B
F 5 dgl. 79	480G	470
F 5¼ Hoogovens 68	89G	89G
F 3½ Izumiya Co 78	136	145
F 3½ Jusco Co. 78	106	107,5
F 6 Komatsu 76	146G	146
F 6 Konishiroku Pho. 81	129	128,25G
F 6¾ dgl. 82	121,5G	121,5
F 3½ Korakuen 78	100G	100G
F 7¼ Kraft Inc. 70	114,1G	114,1G
F 3½ Maruda F 78	102	102
F 6 Michelin Int. 70	95G	95G
F 5¾ Minolta 77	210,5G	210,5G
F 4 dgl. 79	161,5bG	161,5bG
F 6¼ Mitsub. Ch. 78	235G	233G
F 6,75 Mitsub. H 81	152,75	145G
F 6 dgl. 81	113,5G	114
F 6 Nichii Co Ltd 80	128	128
F 3¾ Nippon St. 78	165G	168G
F 3½ Nissan Mot. 78	96	96,5G
F 4 Nisshin Steel 78	214G	205G
F 6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	–
F 3½ Olympus 78	225G	230G
F 3¾ Omron Tat. 79	463G	460G
F 4¾ Orient Fin 79	290G	285G
F 3½ Ricoh Corp. 79	210G	205G
F 6¼ Rothm. Int. 72	100bG	100bG
F 3¾ Sanden Corp. 78	120G	120G
F 3½ Sanyo Elec. 78	195	195
F 6¼ Sekisui 78	135T	135,5T
F 3½ Stanley 78	142G	143,5G
F 6 Taiyo Yuden 82	141	141,5G
F 5 Texaco Int. 66	97,25	97,25
F 3½ Tok. Elec. 78	490G	485G
F 4 Tokyo Land 79	108T	108bG
F 3½ Trio Kenw. 78	105G	104,75G
F 6½ Uny Ltd. 79	232	232G

Ausländische Aktien in DM

	27. 3.	26. 3.
F L'Air Liquide	165G	165G
D Akzo	84,3bG	84
F Alcan	90	91
F Alcoa	105	107G
F Alg. Bk. Nedld	348G	348
F All Nippon Air	4,2bB	4T
M ALPS El.	30,8	29,8
F Amax	67,3	68,5
F Am. Cyanamid	120G	120G
F Ameritech	168	168
D American Expr.	80,9	80,5
D Am. Motors	14,6	15
F Am. T & T	41,7	40
F Amro Bank	64	63,5bG
F Anglo Am. Corp.	51,7	51,7
M Anglo Am. Gold	312,5	313,3
F Arbed	72,5bG	72T
D Armco	50,5	50,3
F Asahi Chem.	5,25	5,2
M Atl. Richfield	120	120,1
H Atlas Copco	41G	41G
M Avon	60	62,2
D Baker Int.	53,5	55G
F Ball Canada	–	
F Banco de Bilbao	24,5	24,5
F Banco Central	28,2	28,2
F Banco Hisp. Americ.	19,6	20,4T
F Banco de Santander	20,1	20,4
F Banco de Vizcaya	32,9	32,9
F Barlow Rand	30,5G	30,5G
M Baxter Trav. Lab.	44,3	44,8
D Beatrice Foods	83G	81G
F Bell Atlantic	179,5	180
D Bell Canada	60,3G	61,5G
F Bell South	236	237,5
D Bethlehem Steel	69,1	71,5
F Black & Decker	61G	64
F Boeing	95	94,2
M Bougainville Copper	6,5	6,45B
F Bowater	10,5T	10
D BP	17,4	17,45exD
M Broken Hill	32,8	33,1
F Bull	11,7	11,8bB
F Cdn. Pacific	89	91,5
F Canon	15,9	15,8
F Casio Comp.	16,7	16,7
F Caterpillar	129,9	128
D Ch. Manhattan	127	129G
F Chrysler	68,2	71
M Citicorp.	87	89,4exD
F City Investing	94exD	92G
F Coca-Cola	142	141
D Colgate	57	59T
M Commodore Int.	95	94,5
M Comm. Satellite	84,3	85
F Cons. Gold F.	22,6	23
D Cont. Group	88	92G
F Control Data	94,3	95
H Courtaulds	5,4	5,2G
M CRA	14,05	14,15
M CSR	9,4	9,4G
F Daiei	7,7G	7,7G
F Dart & Kraft	185G	186,5
M De Beers Cons.	20,8	21,2exD
F Deere Comp.	87	88exD
F Delta Air Lines	94	95
F Diam. Shamrock	49,1	50,5
M Digital Equipm.	–	234
M Disney Prod.	163,8	164
H Distillers	86	86
M Dome Petroleum	8,2	8,25
D Dow Chemical	77G	81exD
D Dresser		54,2
M Driefontein Cons.	97,8	99,5
D DuPont	122G	125G
H Dunlop	1,65G	1,65G
D Eastern Air Lines	14,3bB	14
F Eastman Kodak	166	167,5
F Eaton	128G	130G
F Elf Aquitaine	71	71
F Emhart	79G	80
D Ericsson	117T	119T
D Esmark	112,5T	115,5T
D Exxon	100	98
F Farmitalia Carlo Erba	–	–
D Fiat St.	6,8T	6,85T
D dgl. Vz.	5,25G	5,35G
F Finsider	–	–
D Fisons	28,5G	29G
M Fluor	55,1	58,5
D Ford	94,5	98
F Fujitsu	16,6	16,45
F General Electric	135,5	135,2
F General Foods	126G	126G
F General Mining	58	61T
D General Motors	165,5	170G
D Gen. Shopping	327G	332G
M Getty Oil	–	–
D Gevaert	143T	140T
F Goodyear	70	70
H Grace	107	107
F Greyhound	66	65,2
D GKN	7,85	7,8
F Gulf	195	195
F Gulf Corp.	37,5	39
D Halliburton	107	108
M Hewlett Packard	90,5	92,9
D Highveld Steel	12,8G	13G
D dgl. o.D.	12,8G	13
F Hitachi	1039	1010
M Holiday Inns	114,5	114
F Homestake	86,1	87
M Hongk. & Shanghai Bank	3,15B	3,15
D Hoogovens	40,8	42
F Hughes Tool	52,5	52
F IBM	293	294,5
F ICI	23,7T	–
M Impala Plat. Hold	41	41,2
M Imperial Oil	77,8	78,1
M Intern. Harvester	23G	22,9
F Inco	36,3	36
F Int. T & T	103,5	105,5
D Istituto Fin. Ind.	9G	9G
F Italcementi	77	78
F Izumiya	12,8T	12,8T
F Japan Line	1,65G	1,65G
D Jusco	9,3G	9,3G
F Kawasaki Kisen	1,55bB	1,5T
F Kawasaki Steel	2,4	2,3bG
M Kloof Gold Min.	132	136G
F Komatsu	5,45	5,35bG
D KLM	164	167
F Konishiroku Photo	7,5T	7,5T
F Kubota	3,7G	–
D Lafarge	–	–
D Litton Ind.	157,5G	160,5
F Lone Star	66G	68
D LTV	44,4bG	44,3
M M.I.M. Hold.	16,6	16,35
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3,1G	3,1
F Marudai Food	7,7	7,6
D Matsushita El.	21,3	21,1
M McDonald's	175,5	174G
M Merrill Lynch	67,3	66,9
F McDonnell D	130,5	130
M Minerals & Res.	28,7	29,3
D Minnesota M	188T	192G
D Minolta Camera	7G	7G
F Mitsubishi Chem.	3,25G	3,35
F Mitsubishi El.	4,8T	4,9
F Mitsui Bk.	9,6G	9,6
F Mitsui & Co.	3,8G	3,8G
F Mitsui Engin.	1,8G	1,8bG
F Mitsui O. S. K.	1,8G	1,9G
F Mitsumi El.	13,2	13,2
H Mobil Corp.	78	79
F Monsanto	240	237G
F Montedison	0,35	0,35
F Murata	38	37G
M Nat. Semicond.	35,5	35,7
D Nat. Westminster	24,5T	24,5T
F NEC Corp.	16,5	16,55
F Nestlé	5978	5925
F Nestlé Tz.	589	595T
D Nikko Sec.	5,1G	5,1G
F Nippon Kokan	1,7	1,65T
F Nippon Shinpan	9T	9T
F Nippon Yusen	2,8T	2,8T
F Nissan Motor	8,8	8,7
F Nisshin Steel	2,3bB	2,2G
F Nissho-Iwai	3,5T	3,3G
D NL Industries	40,5	40,5
F Norsk Hydro	195,5	195
F Nynex	154	154,5exD
H Occ. Petroleum	73,8	73,8
F Océ v. d. Grint	209	213G
F Olivetti St.	7,3	7,35
F Olivetti Vz.	5,65bG	5,7bG
F Olympus Optical	11	11,25
H v. Ommeren	26,6	26,5G
F Onoda Talsi	26,5T	26,8
F Pacific Telesis	147	145exD
F Pakhoed	57	58
F Pakhoed Z	49T	50T
M PanAm	17,6	17,7
D Parker Drilling	29	30
F Peko Wallsend	13,3	13,2
M Pepsi	94	95,5
F Pernod-Ricard	232T	230T
F Peugeot	72,9	72,5
F Philip Morris	175,5	175G
H Philips	41,4	41,4
D Phoenix Ass.	15,5T	16T
M Pioneer El.	34,4	34,2
F Pirelli	2,55	2,6
M Polaroid	72,8	73,8
M Prime Computer	43,7	48G
F Procter & G	122,5	125
D Ramada Inns	21,7	20G
M Ranger Oil	22	22,4
F Rank Org	9,8T	9,5G
F Ricoh	12	12bG
F Rio Tinto MA-St	25,4	25,4
F Rio Tinto Komm	23,9G	23,9G
H Robeco	294,5	293
F Rockwell	66,5	65bG
H Rolinco	277,5	277,5
F Rorento	179bG	175T
F Rothmans Int	5,1	5,15
D Rowan Cos	34,7	37
H Royal Dutch	134	133,9
M Rustenburg Plat. Hold	31,6	32
F Saska Steamship	2,3T	2,3T
F Sanden Corp	8,1bG	8G
M Santos	17,5	17,75
F Sanyo Elec.	6,3bB	6,3
F Sanwa Bk.	10,5G	10,5
M SASOL	10,65	10,7G
F Schering Plough	92	92,5
F Schlumberger	135,1	134,9
F Schw. Alum	1013	1015
F Schw. Bankverein PS	338	337,8
F Schw. Bankverein OR	7,5	7,5
M Sears, Roebuck	83,5	84,3
F Seiyu Stores	7,4G	7,4G
F Sekisui House	6,4G	6,4G
F Selected Risk	45G	45G
F Shell Canada	53G	53
H Shell T & T	23	23,1exD
D Singer	64G	63,6
F Snia Viscosa	2,64	2,65
D Solvay	183T	183T
D Sony Corp.	42,3	42,1
F Southwestern Bell	148	147exD
D Sperry Corp	108	109bG
F Squibb	117G	117G
F Standard Oil	115,5	118
F Stanley Elec.	8,7G	8,7G
F Steyr-Daimler-P	21,2T	21,1T
F Sumitomo	6G	6G
F Sumitomo Heavy	2,4G	2,4G
D Sumitomo Metal	1,8G	1,8bG
D Sun	133,8	140T
M Sunshine Mining	38,5B	38,6
F Swissair	1270	1256
F Taisei Kens.	2,3T	2,3T
M Tandy	81	85,3
F Tayo Yuden	14,7G	14,7G
F Tenneco	100	103,5
D Texaco	102	102,5
F Texas Instruments	360	367
D Thomson-CSF	99G	99T
D Thorn Emi	25G	25T
F Tokyo El.	18,5T	18,5T
D Tokyo Pac	367	375G
F Tokyo Sanyo El.	6,3G	6,3
D Toray	4,85G	4,75bG
D Toshiba	4,7G	4,7G
F TRIO Kenwood	6,5G	6,5G
F TRW	174G	175G
D UAL	–	–
H Unilever	221,5	221
F Union Carbide	142G	145
D Uniroyal	32,7	36T
F United Techn	157	160
F US Steel	78,3	78,3
F US West	148,5	149exD
M Vaal Reefs Expl.	345,6	345,1
D Vmf-Stork	81,5	83,5G
D Volvo A	160G	160G
D dgl. Nam B	160G	160G
F Warner Commun	51,5	50
F Warner Lambert	87,9	87
F Wells Fargo	90,3	95
M Western Deep L.	158,5	160
M Western Mining	10G	10,2B
M Westinghouse El.	118,8	120,8
F West.-Utrecht H.	86,5	86,5
D Xerox Corp.	106	107G

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

BADEN-BADEN

Das Weltbad im Schwarzwald

In Zentrumsnähe, nur wenige Gehminuten zur Fußgängerzone und zum Kurpark, haben wir eine in sich geschlossene, architektonisch anspruchsvolle Wohnanlage erstellt.
Wir bieten Ihnen hier **grundsolides Wohnungseigentum.**

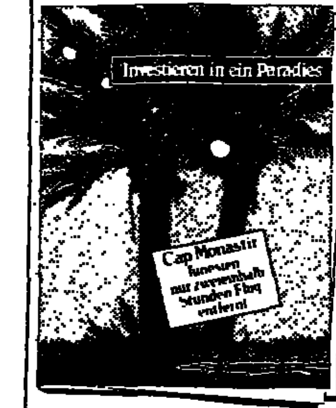
3½ Zimmer: ca. 100 qm Wohnfl.

Festpreis einschl. Stellplatz in der TG ab **DM 385 000,–**
Kapitalanlegern garantieren wir eine marktorientierte Anfangsmiete mit Steigerungen auf der Basis der Staffelmietverträge.
Fordern Sie unsere Unterlagen an oder vereinbaren Sie mit uns einen Besichtigungstermin.

Wir bauen – Sie wohnen

AROB GMBH + CO. AREAL + OBJEKT KG
7570 Baden-Baden
Balzenbergstraße 63 · Tel. 07221/62078

Investieren Sie in ein Paradies



Cap Monastir, Tunesien, nur zweieinhalb Stunden Flug entfernt.

Ein brandneues Projekt von allerhöchstem Rang. Exclusive Wohnanlage im maurischen Stil mit 251 Luxusappartements an einer Marina mit über 300 Bootsliegeplätzen. Einkaufszentrum und Sportanlagen.(*)

Attraktive Finanzierungsmodelle und Vermietung über eigene Verwaltung.

Lassen Sie sich dieses einmalig günstige Investitionsangebot nicht entgehen und fordern Sie noch heute mit dem untenstehenden Coupon die komplette Dokumentation von:

Wolf D. Ernt
Abt. Ferienimmobilien
Cronstettenstrasse 6a
6000 Frankfurt 1.
Telefon 0611-1508250

(*) Animation unter Assistenz des Club Mediterranee

Columbus · Meissner

Wöchentlich Besichtigungsflüge mit Lufthansa.

CAP MONASTIR

Coupon

Bitte senden Sie sofort und unverbindlich Ihre Dokumentation "Investieren in ein Paradies" an:

Name
Straße, Hausnummer
PLZ / Stadt
Telefon
Beruf — WM 43

Alsdorf-Ofden/Nähe Aachen: Einfam.-Komforthaus, herrl. Lage, auch als 3-Fam.-Hs. oder Arztpraxis nutzbar, WF ca. 384 m², Grd. ca. 1440 m², VB 1 200 000,-.
Herzogenrath/Aachen: Mehrfam.-Hs., 10 WE, beste Materialverarbeitung, DM 890 000,-, ME netto p. a. ca. 63 000,-.
Baesweiler: Mehrfam.-Hs., 12 WE, ansprechender Baustil, kostbare Materialverarbeitung, WF ca. 750 m², Grd. ca. 1500 m², DM 1 600 000,-, ME netto p. a. ca. 90 000,-, Courtage 3,42%.
20 Jahre M. u. H. Muhs oHG
Immobilien, Jülicher Str. 115
Tel. 0 24 03 / 5 20 02 + 5 20 03
518 Eschweiler

Gutgehender Privatclub e. V.
m. besten Renditen für DM 250 000,– gegen Grundbuchsicherung in einem 1,5 Mio. Objekt abzugeben. Exposes für seriöse Interessenten mit Kapitalnachweis od. Bankbürgschaft.
Zuschr. unt. X 5342 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Renditeobjekte
Vollfinanzierbare Appartements, Kaufpreis ab DM 39 150,–, Provisionsfrei. Martinsohn GmbH, Gr. Telegraphenstr. 6, 5 Köln 1, Tel. 02 21 / 23 59 67.

Höchstverzinsung!
Kapital ab TDM 500 von Privat für stille Beteiligung an zukunftsträchtiger Wachstumsbranche, Freizeit/Unterhaltung, gesucht.
Angebote unter S 5337 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ingrid Vahle ab **15%** p. a. Vermögensberatung
Zuschriften unter S 5214 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

NEU! HOLLAND
In freier Natur am Wasser: Ferienhaus nahe „Tjeukemeer" auch Dauer. Zi. off. Kam. u. off. Kü., 45 m², gr. Badezi., WC, Diele, 2 Schlafdachbod., Zhzg., Abstellr. u. Schuppen 5 × 3, 2 Terrassen. DM 115 000,– zzgl. K.
Middenvaart 26, Echten (Frl)
T.: 0031-5144.1655

Loosdrecht (Holland)
Stehcaravan am Wasser m. Tel., hfl 20 000,–
Langbein, Hoptille 42, Amsterdam, 0031-20.966575

Noordwykerhout
Prov. Süd-Holland; Solassi 2 km Nordsee im Park an Surfseestrand Ferienbungalow. Wohnzi. 30 m² m. off. Kam., 3 Schlzi., Bad, Kü., Abstellraum, Garten, Zhzg. Kosten Gemeinde: hfl 2056 p. J., Park: 803 p. J. DM 95 000,– zzgl. 8 % Kosten Immomak. de Vlietstede, Voorschoten NL, 00 31-17 17 71 42

SCHWEIZ
Nähe Montreux u. Top-Skigebieten verk wir: 3-Zi.-Appts. ab Fr. 138 650,-.
H. SEBOLD-SA, Tour-Grise 6
CH-1007 Lausanne
(00 41 21) 25 26 11

SCHWEIZ – WALLIS LES COLLONS
„Das Tor zu den 4 Tälern", 80 Bahnen und Lifte zu verkaufen:
4½-Zimmer-Wohnung (93 m²)
neu, bezugsbereit, 100 m von den Bahnen entfernt
sfr 320 000,–.
VALMON AG
Av. de la Gare 28, CH-1950 Sion
Tel. 00 41 / 0 27 / 23 48 42

FÜSSEN – ALLGÄU

11 Ferienwohnungen, 1 bis 3 Zimmer, 17 m² bis 76 m² Nfl., in sehr schön., ruh. Lage, nur 5 Gehmin. zur Altstadt, Bj. 1980, aufwend. möbliert, kompl. ausgestatt., bis 8 Wo. Eigennutzg. im Jahr, daneb. Mieteinn. durch gewerbl. Vermietung, MwSt.-Rückerstattg. auf Kaufpreis, ab DM 62 070,-, **keine Käuferprovision!**
Südhanggrundstück in Hopfen am See, 4000 m², einmal. Panoramalage mit Blick auf See, Berge und Königsschlösser, sof. bebaub. mit Hotel-Pens. oder ähnl., GRZ 0,2, GFZ 0,5, DM 1 750 000,- zu verkaufen.
W. Faltlhauser, Immobilien
Gemswandweg 14, 8958 Füssen-Wei., Tel. 0 83 62 / 63 36

Venture-Kapital

20% Zinsen

Wagnis-Kapital ● Risikokapital ● Unterstützung neuer Ideen ● Überdurchschnittliche Rendite ● Anlagen im In- und Ausland. Stille Beteiligung ab DM 20 000,– bis 5 Mio. DM.
Unterlagen erhalten Sie von:
Fa. New Fox Ltd., Große Brinkgasse 11, 5 Köln 1

In der Traumlage
Wiesbaden-Neroberg, Kapellenstraße 54
sind die letzten
4 Eigentumswohnungen zu verkaufen.
In einer modernisierten, stilvollen Altbau-Villa (ges. 5 WE) mit luxuriöser Ausstattung sind sofort bezugsfertig:
1) 3 ZKB, 105 m², inkl. Garage DM 460 000,–
2) 3 ZKB mit ELW, 143 m², inkl. Pkw-Abstellplatz DM 587 000,–
3) 2 ZKB, 66 m², DM 287 000,–
4) 4 ZKB, 122 m², inkl. Garage DM 580 000,–
Besichtigung: donnerstags v. 16–18 Uhr, samstags v. 16–18 Uhr, sonntags v. 10–12 Uhr oder nach telefonischer Vereinbarung. Verkauf ohne Maklergebühren durch Rudi Gräf, 6556 Wöllstein, Telefon 0 67 03 / 6 07

30-Fam.-Haus
Bj. 68, sehr gute Lage, i. Zentrum v. Herten (b. Essen), 1729 m² Wfl., 130 332,- Mieteinnahmen, KP 1 800 000,-.
Impuls Immobilien
Äußere Kanalstraße 10
5000 Köln 30
Tel. 02 21 / 54 46 74

Holland - Meyel (Limburg):
freist. Sommerhaus im Wald, sehr ruh., kpl. einger. f. 6 Pers., m. Zhzg. u. off. Kam., DM 50 000,-. „Stille Wille", Steenoven 12, Meyel, 00 31 - 47 66 16 72

Baden-Baden Spitzenobjekt, 2-Zi.-Whg., 94 m², ausgesuchte, gediegene Luxusausst., Marken-Einbauküche. Oberhalb Casino und Kurpark. DM 428 000,-. Besichtigung nach Absprache. Neidel Wohnungsbauunternehmen, Rühmkorffstraße 1, 3000 Hannover 1, Tel. (05 11) 3 90 20

HOLLAND, Luxusbungalow
am Veerse See, hfl 300 000,-.
Tel. 00 31 - 11 08.14 40 od. 15 60

Zentrum von Paris
Nähe Oper. „Le Must". Sehr elegante Wohnanlage. 1- bis 3/4-Zi.-Appartements. Sofort bezugsfertig.
Tel. 00 33 1/2 45 70 97
(nur auf Französisch)
Täglich von 15–19 Uhr
außer Dienstag und Sonntag

Gardasee – Manerba
Trauml., dir. a. See, Bung. in exkl. Anlage, 4 Zi., möbl., ausgeb. Keller, gr. Terr., ½ Anteil an 11 700 m² Grundst., Slip-Anl., Bootsabstellpl., Boje, v. Priv. DM 390 Tsd. Tel. 0 89 / 32 87 59 oder unter U 5339 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Villa am Lago Maggiore/Bavino
180 m² Wf., 2200 m² Park, sof. beziehb., von Priv. zu verk.
Tel. 00 39 /39-38 21 92 Monza (Ital.) oder 0 27 34 / 17 86

Ferienhäuser
in Belgien, grenznah, 92 m² Wfl., KP DM 38 500,–. Ferienbungalow 90 m² Wohnfl. m. 4500 m² Bauland, KP 239 000,–.
Makler, Tel. 02 01 / 28 24 26

Bauernhaus
mit mehreren Gebäuden in Ortsmitte eines Dorfes im Münsterland, sehr vielseitig verwendbar, Grundstück ca. 3000 m², Umgebung mit hohem Freizeitwert, für Privatnutzung und gewerbliche Zwecke geeignet, preiswert zu verkaufen.
Angebote unter T 5338 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann sucht Beteiligung
an Foto-, Optiker-Fachgeschäft etc. oder Übernahme oder Partner zwecks Gründung, Eröffnung.
Zuschr. unter C 5303 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Zu vermieten: Räumlichkeiten, bestgeeignet für

Spezialitäten-Gaststätte

z. B. **China-Restaurant**
ca. 250 m², im 1. OG eines attraktiven Neubaus in

Toplage Herford

Provisionsfreie Vermietung durch Eigentümer:
Atlantis GmbH, Abt. Immobilienverwaltung
Stadtwaldgürtel 81/83, 5000 Köln 41
Tel. 02 21 / 40 08 10, ab Mo. 9 Uhr

Bremerhaven
City-Lage, 6 WE, mit 2 Gaststätten, saniert, Mieten 60 000,-, Preis 660 000,-.
Küster Immob.
Tel. 04 71 / 8 13 34

Tennis-Anlage Obb.
3-Felder-Halle, 6 Freipl., Centercourt. Rendite 9% mgl. DM 1,8 Mio.
domus Immobilien GmbH 8122 Penzberg 08856/6004

SOEST
Fußgängerzone, Ladenlokal m. Nebenräumen, 135 m², baldmögl. zu vermiet. Zuschriften unt. G 5307 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ihr Büro in Nürnberg
● Neubauten 70–5.000 m²
● Eigen- u. Fremdobjekte
● Verkehrsgünstige Lagen
● Kurz- und langfristig
Vermietet provisionsfrei
KiB Gesellsch. f. Kommunal- u. Industriebauten mbH
Fürther Str. 2, 85 Nürnberg 80
Telefon 0911/26 89 06



Schimmelpfeng Informations-broker

Ihr Zugriff zu über 1000 Datenbanken und Archiven in aller Welt. Wir beschaffen Ihnen kurzfristig den aktuellen Wissensstand zu beinahe jedem Fachgebiet. Für neue Techniken, Vorstoß in neue Märkte, wissenschaftliche Probleme.

Geben Sie Ihre Informationsbeschaffung außer Haus!

☐ Ich bitte um weiteres Informationsmaterial
☐ Bitte rufen Sie mich an

Name
Firma/Adresse
Telefon — Datum



Schimmelpfeng GmbH
Abt. Informationsbroker · Postfach 16720
6000 Frankfurt/M. 1 · Tel. 0611/2685-1

W

Alle Informationen aus einer Hand

STELLENGESUCHE

Kaufmännischer Leiter
Dipl.-Kfm., 48 J., verh., dynamisch, durchsetzungsfähig, belastbar, techn. Verständnis und gewohnt, mit einem Höchstmaß an Selbständigkeit zu arbeiten. Nach 11 Jahren Tätigkeit als Prüfer und Prüfungsleiter für WPs (Betreuung von Großhandels-, Einzelhandels-, Industrie- und Dienstleistungsunternehmen) z. Z. Geschäftsführer mit Weisungsbefugnis für die ganze Unternehmensgruppe (Buchhandel, Verlag) mit 22 Mio. Umsatz u. 170 Mitarbeitern.
Schwerpunkte in der Gruppe: Eröffnung des größten Betriebes seiner Art in Norddeutschland, interne Organisation, Verwaltung, zielorientierte Mitarbeiterführung, Budgetierung und Aufbau eines unternehmerischen Controllings. Suche zum 1. 7. 84 oder früher, da jetzige Aufgabe mit Erfolg gelöst, anspruchsvolle Tätigkeit im Raume Norddeutschland.
Angeb. erb. unter A 5367 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufm. Führungskraft (Betriebswirt VWA)
47, verh., engl. Sprachkenntnisse, 25jähr. Erfahrung in betriebsw. Bereichen, Plan., Erfolgskontrolle, Führung von Mitarbeitern, Praxis in der Verwalt. v. Filialbetrieben, Hotel; belastbar, einsatzfreudig, sucht neue Herausforderung.
Angeb. u. F 5372 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (FH/TU) – Geschäftsführer
45 Jahre, verheiratet, 2 Kinder, langjährige erfolgreiche Führung eines mittelständischen Unternehmens im Maschinen- und Apparatebau, außer der Gesamt-Geschäftsführung Schwerpunkte in Projekt/Konstruktion/Vertrieb, in ungekündigter Stellung, sucht neue Aufgabe auf GL-Ebene, Raum Norddeutschland bevorzugt.
Angebote unter P 5357 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Technische Führungskraft
44 Jahre, Maschinenbau-Ing., langjährige Führungspraxis in der Fertigungsorganisation, Industrial Engineering, Produktion und Produktentwicklung, überwiegend metall- und kunststoffverarbeitende Industrie, gute Englisch-Kenntnisse, sucht Position als
Betriebsleiter
oder „rechte Hand der Geschäftsleitung".
Angebote unter F 5328 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ich bin
DIPLOM-KAUFMANN
mit Bank- und WP-Background
41 Jahre, verh., verhandlungssicher in Englisch und Französisch, seit 12 Jahren im internationalen Energie- und Handelsgeschäft mit Führungsaufgaben (auch Krisenmanagement) betraut. Vor der Übernahme von kaufm. Gesamtverantwortung waren die Schwerpunkte: Controlling, Finanzierung, Organisation, Projekt-Management. Technisches Verständnis, kooperativer Führungsstil und erarbeitete kaufmännische Vielseitigkeit waren die Schlüssel zum Erfolg.
Ich stelle mich für eine kaufmännische Führungsposition zur Verfügung, die weitgehend meine Kenntnisse und Erfahrungen beansprucht und erweitert. Das Anforderungsprofil, die Stellenbeschreibung und die Honorierung sollten einander entsprechen.
Angebote unter H 5352 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Innovationstalent, Dipl.-Ing (TU)
Langjährige Führungspraxis in EDV-Organisation, Projektmanagement, Projektsteuerung, Fertigung, Unternehmensplanung, hauptsächlich Bau-, Bauträgerbranche, breite Kenntnisse moderner Managementechniken, 44 J., fließend Englisch.
Arbeitsweise: analytisch, problemorientiert, zielkonzipiert, sucht innovationsorientierte Führungsposition.
Kontakte bitte unter PD 47 880 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Vertriebskaufmann, Praktiker, risikobereit, Führungserfahrung in Marketing/Vertrieb von Konsumgütern in Deutschland, Europa, Übersee, bietet Know-how für anspruchsvolle Aufgabe in

Marketing/Vertrieb im Inland und Export

Spezielle Erfahrungen im Aufbau neuer Märkte und Vertriebswege, Planung und Leitung von Vertriebsorganisationen mit Kosten- und Budgetkontrolle, Akquisition und Kundenbetreuung, Key-Account-Management, Planung und Umsetzung von Marktstrategien, Verhandlungen in Englisch und Spanisch.

Kontaktaufnahme erbeten unter W 5363 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebsdirektor
in ungekündigter Stellung in namhaftem Konzern der Unterhaltungselektronik, 42 Jahre, Betriebswirt, fundierte Konzernausbildung, erfolgreicher beruflicher Werdegang, 10jährige Führungserfahrung in leitenden Vertriebsfunktionen wie z. B. Marketingleiter, Vertriebsleiter, Geschäftsführer, stark in Konzeption und Führung, sucht mittelfristig neuen adäquaten Aufgabenbereich.
Angebote u. K 5353 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplomingenieur (FH)
43 J., verh., in ungek. Stellung, mit Berufserfahrung in Statik und Konstruktion, Akquisition und Kalkulation bei Ing.-Büros und Baufirmen, Bauleitung im Tief- und Spezialtiefbau, sucht neuen Verantwortungsbereich in der Bauwirtschaft, Bauabteilung von Industrieunternehmen, Verband o. ä. in norddeutschem Raum.
Angeb. an PS 47 835, WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Autokrane, Schwertransporte
Bin 36/1,96, led. Habe Abitur und gute Englisch-Kenntnisse. Bin sprachbegabt und bereit, neue Sprachen zu lernen, habe die Führerscheine 1, 2, 3, langjähr. Erf. im Führen, Einsetzen, Warten und Reparieren von Autokranen aller möglichen Fabrikate bis 88 t, gute Dieselmotoren- u. Hydraulikkenntnisse, Schwertransporterfahrung. Bin Sohn eine mittelständ. Autokran- u. Transportunternehmens, ungek., verläßl. u. felxibel. Fahre seit 18 Jahren unfallfrei u. suche ausbaufähige Arbeitsstelle in obengenannter Branche im Ausland.
Zuschr. u. A 5301 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Financial Controller
Dipl. rer. pol., Bankstudium, Management-Trainee, langj. Führungserf. in ersten amerik. Vertriebsorganisationen sowie Dienstleistungen, insb. Finanz- und Rechnungswesen, Controlling, Budget, EDV, Bank- und Versicherung, Org., Vertrags- und Personalwesen, 42 J., ungek. Stellung.
Angebote unter PE 47 881 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

MANAGER AUF ZEIT
ab 21 KW frei für
– Übergangslösungen
– Sonderaufgaben
– Sanierungen
Betriebswirt, 40 Jahre, mit langjährigen Erfahrungen in leitenden Positionen:
– Unternehmensführung, -planung, -auf- und -ausbau
– Finanz- und Rechnungswesen
– Controlling
– Organisation
– Verwaltung
Einsatz in Part-time oder Full-time. Kontaktaufnahme unter M 5355 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Schweißer
Deutsch., 26 J., led., Prüf. WIG u. E DIN 8560 TÜV. Erf. im Rohr-, Kessel- und allg. Stahlbau, sucht Auslandsvertrag bis max. ? Jahre.
Zuschr. erb. unter Z 5366 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Junior-Controller
Betriebswirt BWA (18 J.), WP-Ass. (2 J.), Bilanzbuchhalter IHK, Kostenspezialist, Alter 44, sucht Anfangsstellung Hamburg.
Angeb. erb. u. PA 47 878 an WELT-Verlag, Postf., 2 Hamburg 36.

Kfm. Leiter, Dipl.-Betriebswirt
40 Jahre, langjährige Führungserfahrung in den Bereichen Controlling und Finanzen, Personal und EDV, Vertrieb und Marketing, sucht neuen Wirkungskreis, möglichst Raum Hamburg/Schleswig-Holstein.
Zuschr. u. N 5356 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kaufmann
27 J., Studium Uni Münster, Präd.-Examen, Studienschwerpunkte: Steuern, Revision, Gesellschaftsrecht, sucht Anfangsstelle, vorzugsweise im Bereich Steuern/Revision.
Angeb. erb. unter Y 5365 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ökonom
31, mehrere Jahre Führungserfahrung in den Bereichen Personal, Verwaltung, Ausbildung, EDV, sucht z. 1. 7. 84 neuen verantwortungsvollen Wirkungskreis. Zuschriften unter D 5304 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Reisender
40, Erfahrung im agrartechn. Bereich, Außendienst, sucht neuen Wirkungskreis. Raum Weser-Ems.
Angeb. u. L 5354 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

18jähriges schwedisches Mädchen
Sprachenstudentin, sucht Au-pair-Platz m. Familienanschluß ab September '84 f. 6 Monate, Führerschein vorhanden.
Helena Larsson, Box 7078
S-85007 Sundsvall

Leiter des Rechnungswesens
(Fibu, Kostenrechnung, Fremdspr.), gewandt und vielseitig, Ia Refer., sucht sofortige Veränderung.
Zuschr. erb. unt. P 5313 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Mobilien-Leasing-/Kredit-Experte
– Sparkassenbetriebswirt, Abitur, 33 J., Familie;
– umfangr. Kenntn. u. mehrj. Praxis i. Mobilien-Leasing, insb. i. Bonitätsprüfung, Vertragsgestaltung u. -abwicklung, Refinanzierung;
– gute Englischkenntn., Ausbildereignung;
– in ungek. Stellung;
– sucht selbständige u. anspruchsvolle neue Aufgabe in verantwortl. Position.
Angeb. erb. u. PL 47887 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Kaufm. Leiter
38 J., 20 J. erfolgreiche Praxis, ungekündigt, alle kaufmännischen Bereiche. Schwerpunkte: Finanz- und Rechnungswesen, betriebl. Rechnungswesen, engl., sucht neue Herausforderung in einem mittelständischen Unternehmen.
Zuschr. u. Z 5300 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Deko-Chef
36 J., qualifiz. in Schaufenster-, Raum- u. Messebaugestaltung sowie alle verkaufsförd. u. werbl. Maßnahmen, nicht ortsgeb., sucht neue, verantwortungsv. Position.
Angeb. u. PK 47 886 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Junge Rechtsanwältin
(2. Staatsex. befr.) sucht per sofort Anstellung/Möglichkeit freiberufl. Mitarbeit in Rechtsanwaltskanzlei im Großraum Hamburg. Angeb. erb. u. PZ 47858 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

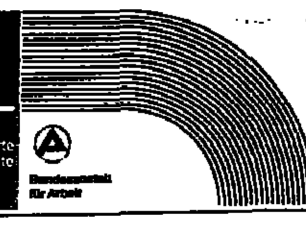
Kaufmann
36 J., Abitur, 4 Sem. Betriebsw., 2½ J. Auslandsaufenth., Engl. fließend, sucht neuen Wirkungskreis im Im-/Export o. als selbst. Handelsvertreter ab 1. 5. 1984. Erstkl. Kontakte in Afrika, Asien u. Nahen Osten.
Angeb. unt. R 5314 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Informations-Wissenschaftlerin
mit prakt. Fähigkeiten
31, led., Stud., MA Inform.-Wiss., Span, Portug.; Fotografenlehre u. Praxis; vers. Sekretariatstätigk.; Mitveranstalterin e. Workshops; EDV-Kenntnisse;
sucht Anfangsstellung im Bereich Medien, PR, Dokumentation und Randbereiche, Großraum HH.
Angeb. u. F 5350 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Journalist
Japaner, 54 J., deutsch- und englischsprachig, 10 Jahre Korrespondent in Bonn, z. Z. für japanische Zeitung in New York tätig, sucht ab 1985 interessante Tätigkeit in Deutschland oder im Großraum New York.
Zuschriften unter X 5364 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Controlling/Unternehmensplanung
Dipl.-Volkswirt, 37 J., langj. Berufserf. i. Industr., Handel u. Unternehmensber., sucht verantw. Pos. i. Großr. Hamburg. Spez.-Geb.: Betriebswirtsch., Kostenrechn., Orga. u. Berichtswesen. Kenntn. i. Personalw. u. Ausbildereignungsprüf. vorh.
Angeb. erb. u. PF 47 882 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36





Ingenieure/Techniker

Diplomingenieure und Techniker, die in einem halbjährigen Vollzeitseminar an der Wirtschafts- und Sozialakademie Bremen zusätzliche Kenntnisse zu ihrer bisherigen Qualifikation erworben haben, suchen neue entsprechende Aufgaben.

Die Absolventen haben umfangreiche Kenntnisse in: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Betriebliches Rechnungswesen, Marketing, Organisation und Datenverarbeitung (Programmiersprache Basic).

Nachfolgend ein kurzes Qualifikationsprofil der Teilnehmer:

Maschinenbautechniker/Maschinenbaumeister
44, Maschinenschlosser, Technikerschule Braunschweig. Meisterprüfung, Refa, MTM. Erfahrungen in Konstruktion; Automobilbau-, Schweiß- und Montagewerkzeuge, Lehren, Kontrollvorrichtungen; Produktionsplanung, Karosseriemontage; englische Sprachkenntnisse. Wunsch: Automobilbau, Produktionsplanung/Karosseriemontage.
Raum: Bundesgebiet. WS/1

Ing. (grad.) Elektrotechnik
49, Politechnikum Gleiwitz 1969, Erfahrungen in Elektromotoren-Technik (Umwicklung), Wartung von Elektroanlagen, Organisation der Datenverarbeitung. Sehr gute polnische, gute englische Sprachkenntnisse. Wunsch: Elektrische Maschinen, Tätigkeit in Fertigung, Wartung, Anwendung, Versuch; DV-Anwendung. Raum: Bundesgebiet. WS/2

Maschinenbautechniker
26, Lehre als Maschinenschlosser, Fachschule Technik, Wildeshausen Abschluß 1982. Wunsch: Fertigungsleitung, Maschinenüberwachung. Raum: Bundesgebiet. WS/3

Fertigungsleiter
51, Berufsausbildung als Molkereimeister, Führungskurs technischer Betriebswirt, Erfahrungen in Produktionsleitung Lebensmittelindustrie, Mitarbeiterführung, Sprachkenntnisse: Englisch (Business). Wunsch: Produktionsleitung oder Stabsfunktion. Raum: Norddeutschland. WS/4

Dipl.-Ing. für Versorgungstechnik (FH)
30, Hochschule Bremerhaven 1978, Immissionsschutzbeauftragter, Fachkraft für Arbeitssicherheit, Erfahrungen in Projektierung, Auftragsabwicklung in den Bereichen Klima- und Lüftungstechnik, Sondermaschinenbau, Großpumpen für Kraftwerkstechnik. Wunsch: Umweltschutztechnologie, Ver- und Entsorgung (Gas, Wasser, Abfall), Lüftungs- und Klimatechnik; Projektierung, Überwachung, Verkauf. Raum: möglichst Norddeutschland. WS/5

Ing. (grad.) Lebensmitteltechnologie
29, FH Berlin 1978, Studienschwerpunkte: Analyse und Beurteilung von Lebensmitteln, Mikrobiologie; Erfahrungen in chemischer und mikrobiologischer Analyse, Produktentwicklung. Wunsch: Produktentwicklung und Qualitätskontrolle in der Feinkostindustrie. Raum: Bundesgebiet. WS/6

Schweißfachingenieur, Ing. (grad.) Maschinenbau
35, FH der Luftwaffe Neubiberg 1974, Schweißfachingenieur 1981, Erfahrungen im Stahlbau (Hallenbau), Schweißaufsicht, großer Eignungsnachweis. Wunsch: Leitende Funktion im techn. Management. Raum: Norddeutschland. WS/7

Bautechniker
43, Bautechnikum 1958 in Hindenburg O/S, 14jährige Erfahrung als Bauleiter im schlüsselfertigen Bauen, Industrie- und Wohnungsbau. Sehr gute polnische Sprachkenntnisse. Wunsch: Kalkulation, Bauleitung im Hochbau, Organisation und Überwachung. Raum: Bundesgebiet. WS/8

Dipl.-Ing. Elektrotechnik
32, Hochschule für Technik Bremen 1978, Erfahrung in Projektplanung, Konstruktion, Einkauf, Kalkulation, Bauaufsicht, Inbetriebnahme und Übergabe von kompletten E-Anlagen. Wunsch: Bauaufsicht, Projektplanung, Kalkulation. Raum: Bundesgebiet. WS/9

Dipl.-Ing. Bauingenieurwesen
27, Maurerlehre, Hochschule für Technik Bremen 1981, Erfahrung in Auftragsabwicklung von Industriebauten, Planung, Ausschreibung, Koordination im Tiefbau und Wohnungsbau, EDV (Fortran, Basic). Wunsch: Planung, Bauleitung, Abrechnung. Raum: Bundesgebiet. WS/10

Zimmerermeister, Bautechniker
37, Zimmererlehre, Baumschule Rastede/Oldenburg 1969; Erfahrungen: seit 1969 schlüsselfertiger Wohnungsbau in Baugesellschaft und Architekturbüro; Planung – Bauzeichnung – Detail, Ausschreibung, Vergabe, Abrechnung, Bauleitung; Industrie- und Grundbau. Wunsch: Allgemeiner Hochbau, im Innendienst oder auch Großbaustelle. Raum: Großraum Bremen. WS/11

Sollten Sie Interesse an Kontakten zu den Lehrgangsabsolventen haben, fordern Sie bitte die entsprechenden Bewerbungsunterlagen unter Angabe der Kennziffer an.

Fachvermittlungsdienst für Fach- und Führungskräfte beim Arbeitsamt Bremen, Außer der Schleifmühle 4, 2800 Bremen 1

Herr Schaper, Tel.: 0421/3077-576 oder -580

Diener/Chauffeur
40 J., led., in ungek. Stellung, gutes Koch- und Organisationstalent, sucht neuen Wirkungskreis. Angeb. erb. u. PO 47 870 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Raum Hamburg
Kauffrau und Fachkosmetikerin, 27 J., mit umfangreicher kfm. Erfahrung, sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe (Handel oder Industrie) in Dauerstellung.
Angeb. unter PR 47 872 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

30jähriger Bau-Maschinenschlosser
(Allroundman)
der mit besten Zeugnissen und Referenzen sowie mit Lust und Liebe zu seinem Beruf steht, sucht eine für ihn anspruchsvolle Tätigkeit für Auslands-Montagen. Zuschriften unter X 5186 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Staatl. gepr. Hauswirtschaftsleiterin
m. Ausbildungsberechtigung, 21 J., an selbständiges Arbeiten gewöhnt, ortsungeb., Führerschein III, sucht zum 1. 8. od. später Wirkungskreis.
Angeb. erb. u. PL 47 868 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

STELLENANGEBOTE

Isolrohr

Wir sind ein bekanntes und erfolgreiches Unternehmen für vorfabrizierte Fernheizleitungen und suchen für den Ausbau unserer Produktion (Stahlmantelrohr-Fertigung) einen

Ingenieur

Von Vorteil wäre, wenn Sie bereits erfolgreich in der Fertigung tätig sind und Erfahrungen auf dem Gebiete der Fernheizrohr-Produktion haben.

Wir bieten nach erfolgreicher Einarbeitung weitere Aufstiegschancen. Die Dotierung ist überdurchschnittlich.

Übersenden Sie uns Ihre Bewerbungsunterlagen.

Isolrohr GmbH
Industriepark West
Karrystraße 3, 6400 Fulda, Tel. (06 61) 80 61 - 64

STELLENANGEBOTE

Für drei umsatzstarke Verkaufsgebiete

● Hamburg/Schleswig-Holstein ● München/Allgäu ● Großraum Köln/Aachen/Eifel

suchen wir im Auftrag unseres Mandanten erfahrene Spitzenverkäufer der Möbelindustrie als

Vertriebsbeauftragte

Erfolggewohnte Herren, die sich in der Möbelbranche auskennen und über diese Erfahrungen hinaus vertriebsorientiert arbeiten können, haben die Chance, bei einem erstklassigen Unternehmen eine sichere Position als Vertriebsbeauftragter zu erhalten. Ihr Idealalter wäre so um die 35 Jahre.

Falls Sie sich dieser Aufgabe gewachsen fühlen, schreiben Sie uns bitte und fügen Sie die üblichen aussagefähigen Bewerbungsunterlagen hinzu.

Einzelheiten über die Aufgabenstellung sowie Ihre interessanten Einkommensmöglichkeiten möchte unser Mandant mit Ihnen in einem persönlichen Gespräch klären.

Absolute Vertraulichkeit sichern wir Ihnen zu, eventuelle Sperrvermerke werden berücksichtigt.

HORSTMANN & WERBUNG
z. Hd. Herrn Uwe Horstmann
Maria-Louisen-Straße 61 · 2000 Hamburg 60

Führungskraft im Baubereich

Wir sind eine alteingesessene mittelständische Bauunternehmung, die im Hoch-, Ingenieur- und Tiefbau tätig ist. Unser Einzugsgebiet liegt im Bereich westliches Westfalen/Niederrhein/Ruhrgebiet.

Wir suchen einen hochqualifizierten

Bauingenieur

für Bauleitungsarbeiten im konstruktiven Ingenieurbau mit Interesse für abteilungsübergreifende Aufgaben.

Wir denken an einen Ingenieur FH oder TH mit Organisationstalent, Durchsetzungskraft, Kreativität und der Fähigkeit, Mitarbeiter zu führen.

Wir bieten ggf. auch leistungsbereiten jüngeren Bewerbern eine Chance.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte unter L 5178 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Marketing Director

Wir suchen eine Person mit hervorragenden Zeugnissen, die unsere Verkaufsaktivitäten in Deutschland verantwortlich leiten soll. Außergewöhnliches Konzept in der US-Landwirtschaft versorgt Generationen mit außergewöhnlichen Gewinnen. Die erste Phase ist bereits abgeschlossen. Informationsmaterial auf deutsch einschl. Prüfungsprospekt vorhanden. Bewerber müssen deutsche Staatsbürger mit guten Englischkenntnissen sein, die Verkaufserfolge nachweisen können und über entsprechende Referenzen verfügen.

Großzügige Zuwendungen und Spesen plus Bonus, der Sie Ihr Leben lang mit Einkünften versorgt.

Senden Sie Ihren Lebenslauf nebst neuerem Foto an:

Globe Plan Consultant
Av. Mon-Repos 24
CH-1005 Lausanne/Schweiz

Führendes mittelständisches

Bauunternehmen

(Baunebenbranche) sucht qualifizierten, verantwortungsbewußten

Mitarbeiter

der bei Eignung eines Tages die Geschäftsleitung mit entlasten soll.

Bewerb. erb. u. PG 47 883 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Rank Xerox ist eine Alternative für EDV-Profis

Die Kommunikation – das ist unser lebendiger, faszinierender und wachsender Markt. Fast 4.000 Mitarbeiter sind bei uns für diesen Markt tätig.

Auf der Basis langjähriger Erfahrungen und Entwicklungen ist es Rank Xerox gelungen, digital gespeicherte Daten mit größerer Flexibilität und mit höherer Qualität auf Papier auszugeben, als es mit den meisten bisherigen Verfahren möglich ist. Um dieses zu realisieren, nutzt Rank Xerox in seinen Laserdrucksystemen die Verbindung von EDV, Laser-Technologie und Xerografie.

Rank Xerox schafft damit eine neue Dimension der Druckausgabe.

Diese Ergebnisse intensiver Forschung und Entwicklung sind für die Leistungskraft eines großen Unternehmens unerläßlich und sichern den Arbeitsplatz.

Wenn Sie als EDV-Profi am Erfolg dieser zukunftsweisenden Entwicklung teilhaben wollen und die erforderlichen Kenntnisse dieses Umfeldes besitzen, können Sie als

Vertriebsbeauftragter
für elektronische Laserdrucksysteme

in unseren Geschäftsstellen **München, Stuttgart, Frankfurt, Hamburg, Bochum** oder **Köln** für diesen wachstumsorientierten Bereich neue Ideen in die Tat umsetzen.

Ein aktueller Kenntnisstand in der EDV aufgrund praktischer Erfahrung in Organisation und Anwendung von EDV-Systemen ist notwendige Voraussetzung, um die gestellte Aufgabe erfolgreich lösen zu können. Für EDV-Profis, die sich nach kaufmännischer Ausbildung und/oder betriebswirtschaftlichem Studium systematisch umfassendes EDV-Wissen angeeignet haben, ist die Tätigkeit in diesem Bereich eine wirkliche Herausforderung.

Sie sollten allerdings auch die Neigung und Fähigkeit mitbringen, Ihre Gesprächspartner aufgrund Ihres Fachwissens überzeugen zu können. Diese Kenntnisse und vertriebsorientiertes Arbeiten sollten die informative Brücke zum Kunden schlagen.

Rank Xerox expandiert weiter und macht die Druckausgabe größerer Datenverarbeitungsanlagen wirtschaftlicher und besser durch ein neues System, das Computer- und Laser-Technologie mit dem xerografischen Druckverfahren kombiniert: die Xerox 9700. Nur EDV-Fachleute können dem Markt diese neue, bessere Lösung präsentieren.

Wenn Sie an der Umsetzung dieser Zukunftsentwicklung teilhaben wollen, sollten Sie in unserem Geschäftsbereich Kommunikationssysteme in unseren Geschäftsstellen **München, Stuttgart, Frankfurt, Hamburg, Bochum** oder **Köln** mitarbeiten als

Systemberater/Anwendungen
für elektronische Drucksysteme

Systemberater sollten über Programmiererfahrung mit problemorientierten Programmiersprachen verfügen und Erfahrung mit Betriebssystemen und Datenkommunikation haben.

Erfahrungen in der Organisationsplanung und Betriebswirtschaft sind notwendig, um eine informative Brücke zum Kunden schlagen zu können.

Als Systemberater sollten Sie mit Logik und Inhalt von Kommunikations-Prozeduren vertraut sein und möglichst praktische Erfahrung in EDV-Drucksystemen gesammelt haben.

Die Beherrschung der englischen Sprache ist ebenso Voraussetzung zur erfolgreichen Gestaltung der Aufgabe wie die Aufbereitung und Weitergabe der *erarbeiteten Erkenntnisse an die Vertriebskollegen.*

Ihre Mitarbeit in beiden Funktionen schließt selbstverständlich ein, daß eine ausführliche Schulung in unserem Düsseldorfer Trainingszentrum erfolgt.

Ihren Aufstieg bei uns können Sie dann selbst bestimmen: durch Leistung.

Unser bekanntes umfangreiches Spektrum an sozialen Leistungen ist ein zusätzlicher Bonus für die Mitarbeit in einem Großunternehmen.

Wenn Sie sich für eine dieser Aufgaben interessieren, dann senden Sie bitte Ihre Bewerbungsunterlagen an die für Sie zuständige

Personalabteilung der Region Süd, Triebstraße 14, 8000 München 50, Telefon 089/149951;

Personalabteilung der Region Mitte, Walter-Kolb-Str. 13, 6000 Frankfurt 70, Telefon 0611/60570;

Personalabteilung der Region Nord, Hamburger Str. 205, 2000 Hamburg 76, Telefon 040/291841;

Personalabteilung der Region West, Schanzenstraße 80, 4000 Düsseldorf 11, Telefon 0211/57731.

Hannover-Messe 4.–11. April 1984

Kopieren · Vervielfältigen · Telekommunikation
Drucksysteme · Textverarbeitung · Qualitätspapiere

RANK XEROX

REISETIPS FÜR SKANDINAVIEN

Neue Fähre nach Larvik

Urlauber und Geschäftsleute, die das Auto als Reisemittel vorziehen, können jetzt ohne große Fährfahrten bequem nach Südnorwegen gelangen: Zwischen Frederikshavn im Norden Dänemarks und Larvik in Norwegen verkehrt jetzt eine Jumbo-Fähre mit allem Komfort. Die neue „Peter Wessel" kann bis zu 2000 Passagiere befördern und 550 Personenwagen mitnehmen. Für 1140 Fahrgäste gibt es Kabinenplätze. Außerdem sind 400 Schlafsessel vorhanden. Um die nur knapp sechsstündige Überfahrt wie im Fluge vergehen zu lassen, gibt es gemütliche Restaurants, ein Kino, eine Sauna und ein Shoppingcenter an Bord (Auskunft: Reisebüro Norden, Ost-West-Straße 70, 2000 Hamburg 11 und Immermannstraße 54 in 4000 Düsseldorf 1).

Sommerfestival

Der Sommer in Kopenhagen wird musikalisch: Das Sommerfestival mit klassischem Programm (unter anderem mit Werken von Haydn und von skandinavischen Komponisten) findet vom 2. Juli bis zum 17. August statt, mit Konzerten auf Schloß Charlottenburg und in der Schloßkirche von Christiansborg. Das Copenhagen Jazz-Festival startet am 6. und dauert bis zum 15. Juli (Auskunft: *Köbenhavns Turistforening, Nörregade* 7A, DK-1165 Kopenhagen K.).

Angeln in Schweden

Ein ganz neues Urlaubs-Programm hat die TT-Saga-Line in Zusammenarbeit mit „Sverek", dem königlich schwedischen Staatsforstamt herausgebracht: Ferien mit der Angelrute. Zur Auswahl stehen Ferienhäuser in sieben besonders fangträchtigen Fischgründen in Schweden, zum Beispiel am Lachsfluß Mörrum in Nordschweden. Der Preis von 426 Mark pro Woche schließt die Unterbringung von zwei Personen im Ferienhaus sowie den Pkw-Fährtransfer Travemünde–Trelleborg ein (Auskunft: Alle Reisebüros, Automobilclubs oder bei der TT-Saga-Line, Mattenwiete 8, 2000 Hamburg 11)

„Fjord-Paß"

Norwegen, das im vergangenen Jahr zwei Prozent (etwa 350 000) mehr deutsche Touristen als im Vorjahr besuchten, wird auch in diesem Sommer wieder den „Fjord-Paß" verkaufen. Vor allem in Westnorwegen bieten 150 Hotels stark ermäßigte Unterkünfte an. Der Paß kostet 18 Mark und ist für zwei Erwachsene und deren Kinder unter 15 Jahren in der Zeit vom 15. Mai bis zum 15. September gültig. (Auskunft: Norwegisches Fremdenverkehrsamt, Hermannstraße 31, 200 Hamburg 1).

Urlaub im Kloster

Nordkarelien in Ostfinnland, ein nur wenig bekannter Landstrich an der russischen Grenze, hat eine ausgefallene Urlaubsidee zu bieten: Im orthodoxen Kloster *Uusi Valamo* nehmen die Klosterbrüder Gäste auf, rund 7000 im Jahr (Auskunft: Finnisches Fremdenverkehrsamt, Rothenbaumchaussee 11, 2000 Hamburg 13).

Island-Variationen

Island, die zweitgrößte Insel Europas, zeigt sich vielseitig: So kann man dort Kreuzfahrten entlang der Küsten unternehmen oder kombinierte Bus- und Wanderreisen an der Küste durch das Berg- und Hochland buchen, oder aber von der Hauptstadt Reykjavik aus Tagesausflüge zum Beispiel zu den Westmänner-Inseln oder nach Ost-Grönland starten. Eine Tour zu den Gletschern, Geysiren, Vulkanen und Wasserfällen kostet für acht Tage 2310 Mark (Auskunft: Reisebüro Norden, Ost-West-Straße 70, 2000 Hamburg 1 oder Immermannstraße 54 in 4000 Düsseldorf 1)

Dänemark: Ruhiger Urlaub wie im eigenen Heim

Ebeltoft

Fast eine Million deutsche Feriengäste zog es in der Urlaubs-Saison '83 über die dänischen Grenzen nach Jütland, Fünen, Lolland, Falster, Seeland oder Bornholm. Ein Großteil der – zumeist motorisierten – Urlauber steuert dabei für zwei oder drei Wochen ein gemietetes Ferienhaus an. Das Angebot an praktisch eingerichteten und gemütlichen dänischen Sommerhäusern ist groß. Es handelt sich meist um Holzbungalows mit kompletter Küche, häufig einer Kaminecke und spartanischen Schlafräumen (die Betten sind oft nur 1,80 Meter lang und 80 cm breit, statt Sprungfedermatraze die in dänischen Sommerhäusern übliche Schaumstoffmatraze auf einer Bretterunterlage). Wer sicher gehen will, das richtige Quartier für die „kostbarsten Wochen des Jahres" ausgewählt zu haben, sollte sich aber nicht allein auf Prospektdarstellungen verlassen. Ein paar zusätzliche Erkundigungen (schriftlich oder persönlich beim Ferienhausvermittler) klären zumeist schnell, ob das „Preis-/Leistungsverhältnis" stimmt.



Für Familien mit Kindern sind Sommerhäuser ein preiswertes, doch gemütliches Ferienquartier FOTO: DIE WELT

Zu klären ist zum Beispiel folgendes: Ist die Anfahrt innerhalb des Ferienhaus-Reviers problemlos; wie ist der Zustand der – oft sandig-schlüpfrigen – Wege? Wie weit oder (zu) nah liegen die Nachbarhäuser entfernt? Sind alle Extrakosten für Wasser, Strom, Gas, Heizung, Reinigung, Versicherung präzise angegeben? Wie weit ist es zur Badebucht, und ist der Strand in der Saison überlaufen? Wie weit ist es bis zum nächsten Kaufmann, zum Arzt, zur Apotheke? Falls ein Hund zur Familie gehört, muß man darauf achten, ob auch „Bello" Wohnrecht hat. Das Dänische Fremdenverkehrsamt, Glokkengießerwall 2 in 2000 Hamburg 1, informiert auch darüber, welche Formalitäten oder Impfungen für Tiere notwendig sind.

Was das Haus betrifft, sollte man vor dem Mieten folgende Fragen exakt klären:

- Wie groß ist das Haus – Quadratmeter-Angaben möglichst für jedes größere Zimmer? Wieviele Betten gibt es, wo stehen sie, und was sind es für welche (Etagen-, Doppel- oder französische Betten)?
- Sind die Räume durch Türen oder lediglich durch Vorhänge unterteilt?
- Gibt es eine Küche oder nur eine Kochnische?
- Wie komfortabel – oder aber sparsam – ist das Badezimmer eingerichtet?
- Was muß man mitbringen (zumeist Bett- und Tischwäsche)?
- Welche Sport- und Freizeiteinrichtungen sind in der Nähe?

Und die Kosten für die Verpflegung? Empfindlich teuer sind in Dänemark vor allem Alkohol und Zigaretten – sie kosten gut das Doppelte. Auch Obst und Gemüse sind teuer. „Konserven in den Kofferraum" lautet daher die Devise vor Reisebeginn. Wenn man dennoch hin und wieder in einen „Kro" (Gasthaus) zum Essen geht, so entsprechen die Kosten in der Regel den deutschen, allerdings: Qualität und Quantität der Speisen übertreffen nicht selten hier Gewohntes.

Der – durchschnittliche – Wochenpreis für ein Ferienhaus? Wer zu viert Urlaub machen will, sollte (so die „Faustregel") ein als Sechs-Personen-Haus gekennzeichnetes Domizil wählen. Es kostet beispielsweise an der Nordseeküste in der Hochsaison (Juli/August) pro Woche 570 Mark.

Und wann sollte man buchen? Ferienhaus-Erfahrene reservieren schon frühzeitig. Wer also auf „freie Auswahl" Wert legt, muß sich spätestens zu Beginn des Frühjahrs für das Sommerquartier entscheiden. Sollte das Wetter hinterher nicht „stimmen", ein Trost bleibt: Man ist sein „eigener Herrscher" in den Mietwänden und ist nicht auf die (teure) Flucht in Restaurants, Cafés oder Hotelhallen angewiesen. Zudem: Wandern – und entspannen – läßt es sich auch unter bewölktem Himmel.

Nehmen Sie schließlich auch das Fondue-Geschirr mit. Das dänische Fleisch ist bekanntlich gut. Zusammen mit ein paar Glas Rotwein wird dann ein Abend in trauter Ferienhausrunde urgemütlich – auch wenn der Wind einmal ums Haus pfeifen sollte.

HANS-J. KLIEM-KÖNCKE

Verbindungen der Fähren auf einen Blick

sm. Hamburg

Rechtzeitig zur Urlaubszeit ist wieder der von der Reiseagentur Fast herausgegebene Katalog mit allen wichtigen Schiffs- und Fährverbindungen zwischen Deutschland und den skandinavischen Ländern erschienen. Er enthält die An- und Abfahrtszeiten sowie die günstigen Anschlußverbindungen, übersichtlich angeordnet und mit Preisangaben versehen. Diese nützliche Lektüre für Skandinavienurlauber ist gegen eine Schutzgebühr von drei Mark bei der Reiseagentur Waldemar Fast (Alsterstraße 21, 2000 Hamburg 1) zu beziehen.

Norwegen in Wort und Bild

sm. Oslo

Eine Liebeserklärung an Norwegen nennt der Fotograf Arne Beskow seinen in der *Terra magica Reihe* erschienenen Bildband „Naturerlebnis Norwegen" (Reich Verlag Luzern 1982, Preis 78 Mark). Der einleitende Text von Pio Larsen gibt dem Leser zunächst einen kurzen Einblick in die Entstehungsgeschichte und Geographie des Landes, der anschließende Bildteil zeigt Fotografien von großer Farbpracht. Er dokumentiert deutlich die abwechslungsreiche Schönheit des Landes mit seinen Seen und Fjorden, den kahlen Bergen und weiten Grünflächen. Ein wenig spärlich fällt die Darstellung kleiner Dörfer und Städtchen aus. Im Anhang des Buches finden sich eine Zeittafel, *wirtschaftliche und historische Daten* sowie touristische Informationen. Doch der Bildband eignet sich nicht nur als „Appetitmacher" für Norwegenreisende. Sicher wird sich mancher nach der Rückkehr beim Betrachten der stimmungsvollen Fotos in Erinnerungen verlieren.

Echnaton war anders

vL. – Kein Zweifel, Amenhotep IV. „Echnaton" (1375 bis 1358) ist eine interessante Gestalt. *Kein* Zweifel, daß er eine Oper wert ist. Warum aber wird er jetzt in Stuttgart in Glass' neuer Oper partout als „Gesellschaftsveränderer" vorgestellt?

Echnaton hat keinen Monotheismus gestiftet, wie manche Religionsphilosophen fälschlich behaupten. Und schon gar nicht wollte er die ägyptische Gesellschaft „verändern". Er hat vielmehr den ersten Kirchenkampf der Weltgeschichte veranstaltet – um daran zu scheitern.

Nach der Vertreibung der Hyksos 1580 vor Chr. durch die thebanischen Fürsten Kamose und Ahmose verkaufte die Priesterschaft des thebanischen Regionalgottes Amun anscheinend den Sieg so erfolgreich als Alleinverdienst ihres Gottes, daß dieser schließlich grenzenlos reich und mächtig wurde und sogar dem König durch „Kopfnicken" seiner Statue Befehle erteilte. Es war also wohl ein Versuch, dies Joch abzuschütteln, als Amenhotep IV. seinen Hausgott Aton als den obersten aller Götter herausstellen und ihm einen zweiten Gott beigeben ließ: den Pharao selber, durch den allein alle Fürbitten an Aton gerichtet werden konnten. Ein genialer Schachzug, denn jetzt konnte es nie mehr eine Priesterschaft gegen den König geben. Nur: die Amun-Priesterschaft war zu stark, Echnatons Dynastie ging zugrunde; Oberägypten zumindest wurde bald nur noch von den Hohepriestern regiert. Ein System, das Plato beeindruckte, von Historikern aber in seiner allmählichen Erstarrung eher kritisch gesehen wird.

Mit anderen Worten: Echnaton war ein tragisch Gescheiterter, der das Alte (den Vorrang des Königs) wiederherstellen wollte. Die wahren „Systemveränderer" waren die Priester. Aber was soll's – Echnatons irrtümliche Verklärung ist nicht das einzige Beispiel dafür, wie die Systemveränderer von heute System und Veränderung mißverstehen.

Premiere in London: P. Davies' „The no. 11 Bus"

Endstation Weltende

Der Dirigent trägt die Uniform eines Bobbys. Der Schlagzeuger der „Fires of London" sitzt als Londoner Busschaffner an Xylophon und kleiner Trommel. Durch das sechsköpfige Instrumentenensemble hüpft ein Mime und spielt die Fahrgäste. Peter Maxwell Davies hat den Titel seines jüngsten Versuchs mit dem von ihm geschaffenen Genre Musiktheater, „The no. 11 Bus", so wörtlich genommen, daß er die Fahrt des Busses Nr. 11 von der Liverpool Street bis zum Stadtteil Hammersmith vorführt. Es wäre kein Werk von Maxwell Davies, wenn diese Reise keine allegorische wäre, mit der Station „Weltende" als Wegmarke fürs Jüngste Gericht.

Maxwell Davies hat in diesem Opus, das unter Günther Bauer-Schenk in der Londoner Queen Elizabeth Hall seine Ovationen auslösende Uraufführung erlebte, seine ganz persönliche schöpferische Seelenlandschaft mit den Orkney-Inseln als Zentrum verlassen und sich zum ersten Mal der Großstadt zugewandt. Der für ihn so charakteristische Rückgriff auf die Renaissance, musikalisch wie literarisch, bekundet sich diesmal im Topos vom Narrenschiff, wobei die Variationen dieser Moralität über das Thema Vanitas Vanitatum von den anonymen Großstadtmenschen des 20. Jahrhunderts handeln.

Maxwell Davies hat sich sein Libretto zu einer musikalischen Phantasie geschrieben. In der sich Komik, Ironie, Pathos und das Makabre zu einer Feier des Parodistischen vereinen, wie man es in solcher Konzentration bei ihm noch nicht erlebt hat. Es handelt sich wieder um eine Mischform, in der die Musik durch den Mimen (Simon McBurney), einen Tenor, einen Bariton und die unvergleichliche Interpretin Maxwell Davies', Mary Thomas (Mezzo), aber auch durch zwei Tänzer und schließlich durch die gelegentlich mitagierenden Instrumentalisten auf eine so vergnügliche Weise visuell ausgedeutet wird, daß das sehr moderne musikalische Idiom Verständnishürden mit Leichtigkeit überspringt. Da ist der erfahrene Musikpädagoge am Werk, der Esoterik seinen reinen Instrumentalwerken vorbehält.

Die Busfahrt beginnt und endet mit einer Pantomime. Dazwischen passiert ungeheuer viel. Der Mime erscheint abwechselnd als Tramp und als Tourist, der über seine Koffer stolpert. Eine Dame macht uns mit ihren sexuellen Phantasien bekannt. In einem Sketch versucht ein Fahrgast, sich telefonisch beim lieben Gott zu beschweren. In diesem Bus machen zwei Punk-Rocker Terror. Es steigt ein Kardinal zu, dem der Narr den Hut mit der Narrenkappe vertauscht. Die Tänzer treten als Keuschheit und Lust, als Torheit und Klugheit auf, und selbst der Tod versäumt nicht mitzuspielen.

Maxwell Davies hat für dieses amüsante Entertainment auch musikalisch die Parodie zum Stilprinzip erhoben. Er verwendet Punkmusik und macht Anleihen bei Gospels und beim Gregorianischen Choral. Motivisch und musikalisch treibt er die Parodie mit Selbstzitaten (wie dem Kardinal und dem Narren aus seiner Oper „Taverner") auf die Spitze.

Es ist selten in der zeitgenössischen Musik, daß das Publikum über die Fülle szenischer und musikalischer Einfälle immer wieder in herzliches Lachen ausbricht. In der brillanten Londoner Inszenierung kam der Hintersinn der Allegorie freilich etwas zu kurz. Dennoch: Dies ist ein Stück Musik, das geradezu ideal für ein Millionenpublikum im Fernsehen geeignet ist. SIEGFRIED HELM

Kiel: Ingo Groths „Sehnsucht nach Parkbänken"

P 2 hält eine Grabrede

Ich habe sonst die Welt für ganz gut gehalten, weil ich sie nicht kannte; jetzt kenne ich sie, und sie ist mir ein Gräuel." Dies die Worte von Johann Carl Wezel (1747 bis 1819) in seinem negativen Entwicklungsroman „Belphegor". Das mag man akzeptieren, wenn diese Welt wenigstens unterhaltsam dargestellt ist. Bei der Uraufführung von Ingo Groths Riesendrama „Sehnsucht nach Parkbänken" mit insgesamt 57 Rollen, dem Wezels Wort als Motto vorangestellt ist, war das nur teilweise der Fall.

Am Kieler Schauspielhaus liefen die Zuschauer gleich scharenweise aus dem Theater. Aber niemand wagte einen Protest. Dafür ist das Stück – das mochte man immerhin gespürt haben – mit seiner eigenwilligen Poesie und in der mitunter recht drastischen Inszenierung von Gerhard Hess denn doch zu gut. Man kann sich an einzelnen nachgerade lyrischen Passagen begeistern, aber vier Stunden geballter Poesie mit eigenwilligen Metaphern stehen halt nur wenige Leute durch. Hier hätte unbedingt gekürzt werden müssen.

Aber das mag ein typischer Fehler eines Anfängers sein. Er hat sich zu viel vorgenommen. Da ist die Hauptperson P 1, ein bescheidener Träumer, der sein Glück auf einer Parkbank gefunden hat und dort über seinen einzigen Besitz, das Telefonbuch der Stadt Essen, wo seine Freunde leben, meditiert. Das Buch wird ihm von einem brutalen Nichtsnutz geraubt. Er kann gerade noch ein paar Seiten (offensichtlich mit den Namen der Insassen des Irrenhauses) und damit seinen letzten Rest von zu Hause retten, da bricht auch schon die Brutalität der Außenwelt voll über ihn herein.

Es sind bösartige Menschenschinder in Gestalt eines experimentierenden Arztes und eines Wirtes, der ihn dauernd belästigt (Arzt und Wirt werden von gleichen Schauspieler, Hermann-Joseph Geiger, überzeugend gespielt). In einer Gaststätte lernt P 1 sein zweites Ich, P 2 (Armin Dallapiccola), kennen, der wie P 1 (Horst Schilly) ohne Ziel lebt, aber als Zyniker und „Bruder im Mißmut" besser gewappnet ist, diese Welt zu bestehen. Und dort trifft er auch eine Dichterin (Franziska Stolze), die ihre Inspirationen von „aufragenden Kränen" herholt und die ihm mächtig imponiert. Er verliebt sich in sie und läuft ihr nach.

Als P 1 in eine Gruppe aggressiver Rocker und Punkweiber gerät, wird er von diesen angerempelt, bekommt Ärger für seine Freundlichkeit mit anderen Leuten, wird bedroht und erlebt schließlich – und ab jetzt ist die Inszenierung spannend – den Untergang der Welt in einer Art Totentanz. Hier hat das überragende Bühnenbild von Thomas Gruber (im Stile der Neuen Wilden) einen hervorragenden Anteil am schließlichen Erfolg.

Der Abschaum der Menschheit tut sich für P 1 in einem Sexschuppen auf, wo die Menschen, auf den Konsum von Bier und Geschlechtlichkeit reduziert, nur noch ihrer inneren Leere und Wut durch Brutalität gegen sich und andere begegnen können. Bei einer Schlägerei kommt P 1 um, während ihm der seelisch zutiefst verletzte P 2 eine Quasi-Grabrede, wortreich und hoffnungslos, hält. Dazu die öligen Sprüche eines Geistlichen (Volker Conradt), der dem Sodom und Gomorrha offensichtlich seine Reize und die Existenzgrundlage *abgewinnt*, der *ihm* nicht hat helfen können oder wollen. Zu helfen versucht einzig eine Frau (Sonja Donalies). Sie vermag noch am ehesten den „Gräueln" dieser Welt so etwas wie Menschlichkeit entgegenzusetzen. CHRISTIAN ANDREE

Rückblick auf die Dudenkonferenz in Mannheim

Der Abschied vom Elfenbeinturm

Als erste haben die Industrie- und Handelskammern angesichts der Schreib- und Sprachuntüchtigkeit der Schulabsolventen Alarm geschlagen. Inzwischen klagen auch Universitätsprofessoren darüber, daß nicht einmal mehr Literaturstudenten die Grundzüge einer sprachlichen Bildung besitzen. Die Ursachen für diese Entwicklung liegen zu einem nicht geringen Teil in den Irrlehren und naiven Denkmustern der Soziolinguistik, die Anfang der siebziger Jahre in Lehrpläne und Rahmenrichtlinien für das Fach Deutsch Eingang gefunden haben.

Die Aufgabe der Schule könne nicht als „Einübung in die Hochsprache" verstanden werden, dozierten beispielsweise die hessischen Rahmenrichtlinien, denn die Hochsprache sei von den etablierten Schichten als Herrschaftsinstrument eingesetzt worden. Statt am „elaborierten Code", also der gewählteren Redeweise der Mittelschichten, sollte sich der Unterricht am „restringierten Code", dem Sprachniveau der Unterschicht, orientieren, damit die Unterschichtkinder ihr „Klassenbewußtsein" nicht durch „Anpassung" nach oben verlören.

Die Folge war: Anstelle von Lessing und Schiller wurden an vielen Schulen Werbetexte und Bierdeckelinschriften gelesen, und Teile der Lehrerschaft glaubten gar, durch Vernachlässigung der Grammatik und Abschaffung von Rechtschreibregeln (zum Beispiel Übergang zur Kleinschreibung) die „Chancengleichheit" für die Schüler aus allen Schichten verbessern zu können. Aber das Ziel, „Bildungsschranken" niederzureißen und das Wissen allgemein verfügbar zu machen, wurde gründlich verfehlt. Ganze Jahrgänge von Schülern mußten inzwischen erfahren, daß sie in der Erlangung von Lebens-, Ausbildungs- und Berufstüchtigkeit behindert worden sind.

Vor diesem Hintergrund erhält die jüngste Jahrestagung des Instituts für deutsche Sprache (IdS) in Mannheim eine fast epochale Bedeutung. Ihr Thema „Sprachkultur" klang wie eine Kampfansage an die im Unterrichtsbetrieb durch eine ganze Lehrer- (und Schulbuch-) Generation heute fest etablierte soziolinguistische Schule. Nicht wenige Teilnehmer der Mannheimer Tagung äußerten denn auch Befremden und Enttäuschung über die Tendenz der Hauptvorträge, in der sie einen „Verrat" *an der neutralen* „Wissenschaftlichkeit" ihres Faches sahen. Weniger befangene Beobachter empfanden es jedoch als heilsam, daß die Sprachwissenschaftler endlich aus ihrem Elfenbeinturm heraustraten.

Gleich der erste Vortrag räumte mit einer Reihe von Vorurteilen auf. Der Präsident des Goethe-Instituts, Klaus von Bismarck, hielt den Anbetern des „restringierten Codes" entgegen, daß der weltweit gestiegenen Nachfrage nach Deutsch als Fremdsprache zum Erstaunen selbst der Praktiker des Goethe-Instituts mit „Gebrauchstexten aus dem Alltag" nicht gedient ist. Die Kursteilnehmer hätten sich dadurch so wenig angesprochen gefühlt, daß man inzwischen wieder verstärkt zu „literarischen sowie zu inhaltlich anspruchsvollen Informationstexten" zurückgekehrt sei. Zugleich registrierte von Bismarck neben den hohen kulturellen Erwartungen „neuerdings fast eine Sucht", sich das „Rätselhafte, Irrationale und oft Unheimliche des deutschen Wesens" bestätigen zu lassen.

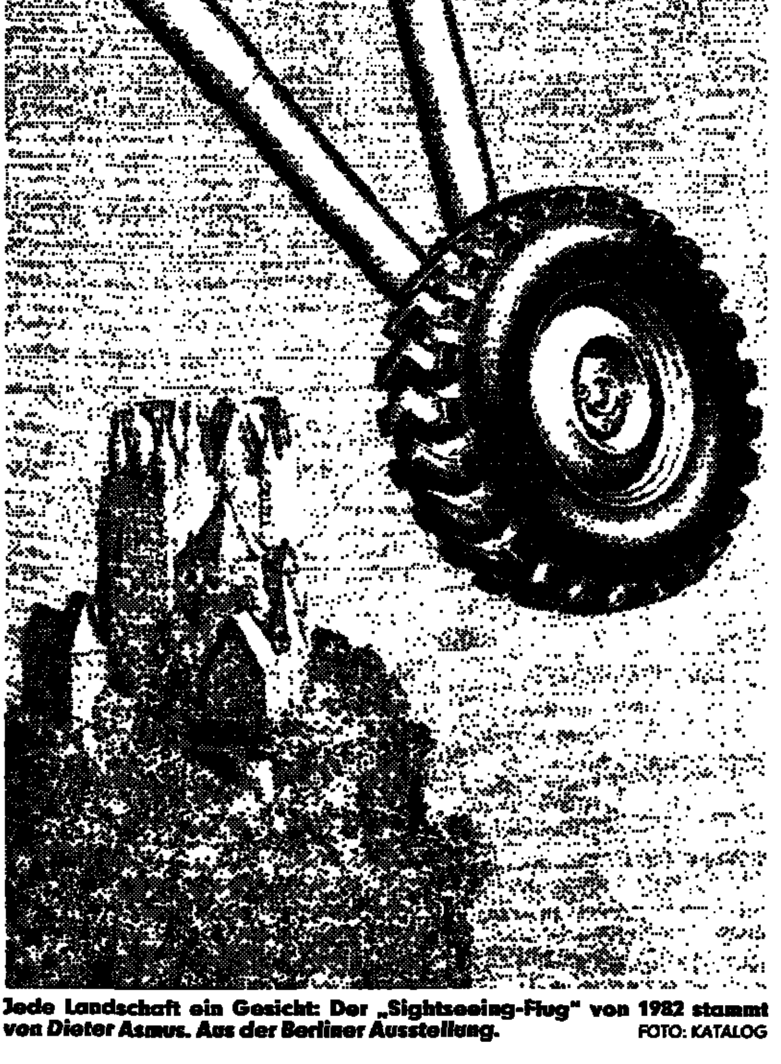
Zu einem wahren Waterloo der „progressiven" Bildungspolitiker gerieten die Referate von Dieter Nerius (Universität Rostock) und Wolfdietrich Hartung (Akademie der Wissenschaften, Ost-Berlin). Sie plädierten ganz unbefangen dafür, „daß die Literatursprache im Zentrum der Bemühungen um die Sprachkultur stehen sollte" (Nerius). Sie nannten es schlicht „unproduktiv", jede Art des Umgangs mit der Sprache „gleich hoch zu bewerten" (Hartung), denn schließlich seien Kenntnis und Beherrschung der Literatursprache unerläßlich „für die Bewältigung der Anforderungen der Gesellschaft, für die erfolgreiche Teilnahme an den Bildungsprozessen, für die Mitwirkung am öffentlichen Leben auf den verschiedensten Ebenen, für die Erschließung der Kulturgüter usw." (Nering). So etwas ausgerechnet von „drüben" zu hören, war für manchen hiesigen Dogmatiker doch eine Überraschung.

Irritiert und nicht ohne Verlegenheit wandten einige westdeutsche Kollegen ein, ob das Ziel der Sprachkultur nicht vielmehr sein müsse, „Sprachreflexivität und damit Kritikfähigkeit auch beim durchschnittlichen Sprachbenutzer zu erzeugen" (Gerhard Stickel); ja, ob denn zurückgenommen werden solle, was dem Sprachbegriff auch an „Bereicherung" in den vergangenen Jahren zuteil geworden sei, etwa die Aufwertung der Unterschichtsprache und der Dialekte (Bernhard Weisgerber)? Und um Himmelswillen, Sprachpflege sei doch heute „obsolet" (Hans-Martin Gauger)! Die Antwort war einfach: „Wir Linguisten müssen eben ein bißchen mehr tun als nur anzuregen zur Reflexivität." (Hartung).

Der Freiburger Uwe Pörksen setzte seinen Fachkollegen dann noch von einer anderen Seite zu: Je mehr die Wissenschaften in den letzten Jahren „demokratisiert" worden seien, um so undurchsichtiger seien sie geworden. Deshalb hätten junge Semester heute oft Schwierigkeiten, die „verwissenschaftlichten" Ankündigungen am Schwarzen Brett zu verstehen. Pörksen empfahl auch hier die Besinnung auf die Leistungsfähigkeit der Gemein- und Bildungssprache, die zudem ein vortrefflicher Prüfstein sei, das Triviale in der Wissenschaftsliteratur ans Licht zu bringen.

Es gab Gegenstimmen, Mißverständnisse, Rückzugsgefechte. Aber die einst so marktschreierische soziolinguistische Schule sah auf dieser Tagung alt und mitgenommen aus. Es wäre ein Irrtum, sie für geschlagen zu halten. Doch daß die „Reflexivität" auch über den Unterschichtfetischismus heraufdämmert, das wird in den vormals sektiererischen Zirkeln der Linguisten noch viel Stoff zum Nachdenken geben. Wie auch die soziale Bindung der Sprache wieder stärker als national verstanden wird, ganz im Sinne der Schulschrift des Gymna*siums Essen von 1829: Die Mutter*sprache, so stand es da, sei das „Palladium eines Volkes", die letzte Institution, die die nationale Identität verbürgen kann. Man liest, man buchstabiert es wieder.

DANKWART GURATZSCH



Jede Landschaft ein Gesicht: Der „Sightseeing-Flug" von 1982 stammt von *Dieter Asmus. Aus der Berliner Ausstellung.* FOTO: KATALOG

Berlin: Ausstellung „Deutsche Landschaft – heute"

Bis die Augen rot sind

„Zeitgemäß" nennt der Chefredakteur das Ergebnis des Künstlerwettbewerbs, den seine Zeitschrift „art" veranstaltet hat. Und das ist es dann wohl auch wirklich. 1354 Maler und Zeichner reichten Arbeiten zum Thema „Deutsche Landschaft – heute" ein. 66 davon werden nun in einer Ausstellung des Neuen Berliner *Kunstvereins in der Charlottenburger* Großen Orangerie ausgestellt, dazu kommen 21 „weitere Bilder" von „Gästen", Künstlern des „Zeitgeist"-Terrains, allgemeinerer wie individuellerer Vorlieben.

Titel muß man nicht allzu wörtlich verstehen: Was heißt schon „heute"? Um einen Gerhard Richter oder Markus Lüpertz zu bekommen, greift man gern bis 1969 oder 1972 zurück. In spezifisch „deutsche" Hoch- und Tiefschichten dringen auch beileibe nicht alle Mitwirkenden vor. Selbst der Begriff „Landschaft" wird getreu der Kosmetik-Devise, jede Landschaft sei ein Gesicht (und umgekehrt), möglichst weit gefaßt. So spiegelt die Auslese der Preisträger bereits das Potpourri-Prinzip der Unternehmung. Die Katalogverfasser zeigen sich in einem Falle zu Recht beeindruckt, daß der gelobte Künstler „angenehm durch Können" „überraschte", das andere Mal, weil eine Zeichnerin der Kunst nachspüre, „bis die Augen rotgerändert sind von nächtlicher Konzentration an der Staffelei".

Von fotopingelig bis heftig, von strukturell bis surreal, von mythenkritisch bis skurril war alles drin. Ein weites Feld ist in dieser Auswahl die bedrohte, beschädigte, zerstörte Na*tur. Kein Wunder: Nur wird man dem* Künstler, der mit gängigem Pessimismus die offenste aller thematischen Türen einrennt, kaum noch „analytische" aufweckende Eigenschaften zugute halten können.

Den Ersten Preis bekam Klaus Vogelgesang. Zwar hat er, Caspar David huldigend, einen Totenwald und metallische Strom-Stützen in den Hintergrund seiner großen Zeichnung gestellt. Aber er ist viel zu versiert in seiner collagierenden Figuren-Methode, um sein erfolgreiches Prinzip womöglich der Un-Eindeutigkeit platter Wettbewerbs-„Aussagen" *preiszugeben. Der Zweite Preis ging* an Heiner Altmeppen für eine gestochen scharfe „Norddeutsche Landschaft", an der er sageundschreibe 14 Monate gemalt hat. Viel Cumulus-Wolken am blauen Himmel, diverses Grün am Boden. Nur ganz hinten, in aller Breite, nähert sich der städtische Wohnungsbau. Noch nicht mal bedrohlich, fast noch niedlich schön, aber doch immerhin interessant genug, um das gute Bild in den Augen der Jury hinreichend „aktuell" erscheinen zu lassen. Die Dritten Preise, schon lockerer, für eine gezeichnete Wand aus Torfstücken von Verena Vernunft – so etwas wie metaphori*sche Verbarrikadierung von Land*schaft – und für ein starkes, kraftvoll abstraktes, strukturgepflügtes dreiteiliges Tableau von Victor Kraus.

So gemischt die Stile und Techniken dieser Ausstellung – so gemischt sind auch die Gefühle beim Betrachten. Das Bemerkenswerte hängt gleichberechtigt neben der Platitüde. Das Sekundäre drängt sich nach vorne. Wie sehr die vom Menschen verseuchte Landschaft dem Künstler bei seinem Wettbewerbsbemühen entgegenkommt, zeigt sich bei Mario Reis. Der Uecker-Schüler hing nämlich seine Leinwand in ein deutsches Gewässer, bis es Kunst-Qualität bekam. Immer noch schön, aber doch mächtig kaputt und zerfressen. Ein nicht mehr ganz zufälliges Zufallsprodukt. (Bis 22.4.; Hannover: 28. April bis 3. Juni; Katalog 20 Mark)

PETER HANS GÖPFERT

Nelson Algren wird 75

Aus der Zeit der Propeller

Nelson Algren wird heute 75 Jahre alt. Geboren in Detroit, aber aufgewachsen, untergebuttert und aufgestiegen in der windigen Stadt Chicago, ein Freund der Diebe, der Rauschgiftsüchtigen, der Heimatlosen. „Nacht ohne Morgen" (1942) machte ihn recht bekannt, der Roman vom armen Boxer Bicek und von den polnischen Einwanderern, zusammengepfercht in den Slums am Michigansee.

Die Stunde von Algrens bescheidenem Weltruhm aber schlug 1949, und *dies gleich zweimal. Damals erschien* „Der Mann mit dem goldenen Arm", diese realistische, sozialkritische Chronik der Sucht, Roman mit kurzem Atem und langer Geduld, ein Rapportklassiker des Jahrhunderts. Der „Goldene Arm", der immer wieder angestochene des Morphinisten Frankie – er ist es, der dem Leser bei Algrens Namen einfällt, zuerst und leider dann sehr oft auch schon zuletzt. Dabei gibt es von Algren auch noch schöne Erzählungen und einen weiteren Roman.

Neben solchem Erfolg aber begegnete 1949 dem schweifenden Algren auch Simone de Beauvoir, und das führte (mit Sartre im Hintergrund) zu einer ein Jahrzehnt währenden Liaison, mit größeren Pausen natürlich und stets wieder frisch. Wir wissen davon nicht dank Algren, sondern in aller Ausführlichkeit dank Madame



Im Banne von Madame B.: Der Dichter Nelson Algren FOTO: DIE WELT

de B. Es scheint *sehr schön gewesen* zu sein, aber auch von einer merkwürdig schalen Romantik, so aus der Mode wie die Propellermaschinen, mit denen man damals den großen Teich zu überfliegen pflegte.

Für das Geflecht der Literaturgeschichte ist die Kenntnis von Roman wie von Romanze wertvoll. Algrens Unglück als Autor war wohl, daß der 40jährige das Zentrum der literarischen Bühne erreichte, als man begann, Dekorationen und Versatzstücke auszuwechseln. Während Algren und die Seinen noch von der Ohnmacht des gefährdeten Individuums handelten, offerierten Leute wie Bellow, Capote, Salinger und O'Connor ein wesentlich raffinierteres Programm. Das hat den Jubilar aber wenig gekümmert. Er feierte stets nicht nur die Feste, wie sie fielen. CHRISTIAN FERBER

Bohumil Hrabal wird 70

Tanzstunden für Erwachsene

Der tschechische Schriftsteller Bohumil Hrabal wird heute 70. Er war Jurist, Packer, Streckenwärter und dergleichen mehr. Seine Bücher sind denn auch wie Stationszeichen einer verwirrenden Fahrt.

Wir begegneten ihm vor acht Jahren als dem Erfinder des „Bafelns". Da ließ er diese absurde Schwatzdusche über uns herfallen, das „Bafeln", jene auf höchsten Drive hochgejagte Atemlosigkeit, die sinnlos erscheint, inhaltslos, in der er vom tausendsten ins hunderttausendste sich voranquatscht, scheinbar blöd, scheinbar gepackt von einer heillosen Diarrhoe der Syntax. Aber das Wunder geschieht, daß man ebenso atemlos weiter liest, daß man, ohne es eigentlich zu wollen, die böse Satire zu erkennen beginnt, die sich aus den daher gebafelten Blödeleien heraus löst und gefangen nimmt.

Irgendwo im Hintergrund lächelt der unsterbliche Hundefänger Josef Sch. aus Prag. Eins steht jedenfalls fest, auch wenn das Buch keine Moral hat, ja nicht einmal einen Schlußpunkt: Hrabal bafelt zur Sache, ob er nun, wie im beschriebenen Falle, die „Tanzstunde für Erwachsene und Fortgeschrittene" vorführt oder „Die Bafler". Da darf man an Jaroslav Hašek denken oder, meinetwegen, auch an James Joyce. Fehl geht indes, wer Belehrung und Rezeptur sucht in Hrabals aufgeregter Dauerbafelei:



Erfinder des Bafelns: Der Dichter Bohumil Hrabal FOTO: VERA CALTOVA

„Schau", so sagt er als Fazit einer bösen Geschichte in seinem Bafel-Buch, „schau, gewisse Dinge laß so, wie sie sind. Meinst du, einer ißt Hunde aus Luxus?" Hier wird Resignation geradezu aufrührerisch.

Er hat in der jüngsten Zeit eine Romantrilogie gewagt („Die Schur", „Schöntrauer", „Harlekins Millionen"), aber ihre Schwungkraft erreicht bei weitem nicht die Intensität etwa des Kriegsstücks „Reise nach Sondervorschrift, Zuglauf überwacht".

Der Schluß dort: Ein Partisan schießt auf den deutschen Zugbegleiter, wenig später geht planmäßig der Zug, mit Panzern beladen, in die Luft; der Partisan aber liegt mit schwerer Verletzung neben dem sterbenden Deutschen und hält ihm die zuckende Hand. Hohn oder Humanitas? VALENTIN POLCUCH

JOURNAL

Wibbelt-Gesellschaft in Münster gegründet

DW. Münster/W.

In Münster ist die Augustin-Wibbelt-Gesellschaft gegründet worden. Anliegen der Gesellschaft ist es, den Blick der Öffentlichkeit auf den Erzähler und Lyriker Augustin Wibbelt (1862-1947) zu lenken, der zumeist in münsterländischem Dialekt geschrieben hat. Darüber hinaus soll die niederdeutsche Literatur in Westfalen gefördert werden. Als nächste Aufgabe ist die Herausgabe des Wibbeltschen Werkes geplant.

Andrej Tarkowskij in West-Berlin

dpa. Berlin

Der sowjetische Filmregisseur Andrej Tarkowskij ist für eine Woche Gast in West-Berlin und hält ein Seminar zum Thema „Sowjetische Filmkunst heute". In diesem für alle Interessenten offenen Kolleg hält der Regisseur mehrere Vorträge über seine Arbeitsweise und seine Gedanken zum zeitgenössischen Kino. Der 52jährige Tarkowskij wurde international durch seine Filme „Iwans Kindheit", „Andrej Rubljow", „Der Spiegel", „Solaris", „Stalker" und „Nostalghia" bekannt. In der Sowjetunion wurden seine Arbeiten bisher nur selten gezeigt.

Das Programm der 38. Ruhrfestspiele

dpa, Recklinghausen

Die 38. Ruhrfestspiele in Recklinghausen werden am 1. Mai wieder mit einem Volksfest und einer Premiere des Zirkus Roncalli eröffnet. Gleichzeitig startet erstmals ein sechstägiges Filmfest im Rahmen des Festivals. Am 3. Mai folgt die Eröffnung der Ausstellung „Riese Proletariat und große Maschine", einen Tag später die Kunstschau „Wer hat dich, du schöner Wald". Am gleichen Tag hat auch die erste große Festspielinszenierung „Die Tage der Commune" von Bertolt Brecht Premiere. Die zweite Inszenierung ist am 5. Juni die deutsche Erstaufführung des amerikanischen Musicals „Wir werden das Kind schon schaukeln" von Marc Blitzstein. Vom 17. bis zum 23. Juni soll Recklinghausen ferner auch eine Begegnungsstätte von Komponisten, Musikwissenschaftlern, Journalisten und Zuhörern sein. Die Festspiele enden am 24. Juni.

Sammlung Costakis in der Kestner-Gesellschaft

DW. Hannover

Die Sammlung Costakis mit Kunst der russischen Avantgarde zwischen 1905 und 1930 zeigt die Kestner-Gesellschaft in Hannover bis 13. Mai. Die Ausstellung, die zuvor in München zu sehen war (s. WELT v. 27.1.84.), umfaßt Werke von El Lissitzky, Malewitsch, Kljun, Rodtschenko, Tatlin, der Popowa und Kandinsky. Der Katalog kostet im Buchhandel 48 Mark.

„Industrial Design im Werkzeugmaschinenbau"

DW. Essen

Die zeitgemäße Gestaltung von Maschinen führt eine Ausstellung vor, die vom Stuttgarter Design Centrum zusammengestellt und vom 30. März bis 28. April im Haus Industrieform Essen gezeigt wird. Am Beispiel des „Industrial Design im Werkzeumaschinenbau" will sie vorführen, wie die technisch-funktionalen Anforderungen an das Produkt mit den physischen und psychischen Bedürfnissen des Nutzers, der sogenannten Ergonomik, in Übereinstimmung gebracht werden können und darüber hinaus ein ästhetisch ansprechendes Gesamtgebilde entsteht.

Führer durch das Urmenschen-Museum

DW. Stuttgart

„Der Mensch der Vorzeit" heißt der von Karl Dietrich Adam erarbeite Führer durch das Urmensch-Museum in Steinheim an der Murr, den jetzt der Konrad Theiss Verlag in Stuttgart (172 S., 160 Abb., 8 Tab., 19,80 Mark) vorgelegt hat. Dieses Buch stellt die Sammlung des vor 15 Jahren gegründeten und 1982/83 grundlegend neugestalteten Museums vor, das, ausgehend von dem Fund des Schädels eines Urmenschen 1933 in Steinheim, der zur Art des „homo erectus" gehörte, die Entwicklungsgeschichte des Menschen darstellt.

Rudolf Schaller tot

AFP, Berlin

Der international bekannte Schriftsteller und Shakespeare-Übersetzer Rudolf Schaller ist in Schwerin im Alter von einundneunzig Jahren gestorben. Schaller übertrug zwanzig der insgesamt sechsunddreißig Shakespeare-Stücke neu ins Deutsche, wobei er unter anderem an die humanistischen Traditionen der Übersetzungen von Schlegel, Tieck und Graf Baudissin anknüpfte und zugleich neue Erkenntnisse der internationalen Shakespeare-Forschung in seine Arbeit einbezog.

Leiser Streit um den japanischen TV-Krieg

rpl. Tokio

Zu einer Zeit, in der wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten auch die japanisch-amerikanischen Beziehungen nicht ungetrübt sind, droht neues Umgemach – durchs Fernsehen. Die japanische Fernsehgesellschaft NHK begann mit einer 51teiligen TV-Serie, die jeden Sonntag ein Bild vom „häßlichen Amerikaner" während des Zweiten Weltkrieges zeichnet. Kritiker im eigenen Land befürchten ein Aufflammen des Anti-Amerikanismus, und auch Amerikaner japanischer Abstammung sehen in den USA schwarze Wolken aufziehen.

Gedacht ist die NHK-Serie „Berge und Flüsse in Flammen" wohl als eine Art Antwort auf den Film „Winds of War", der im vergangenen Jahr die Einschaltquoten in den Staaten hochschnellen ließ. In aller Breite war dort die Rolle der Japaner im letzten Weltkrieg und ihre unheilvolle Allianz mit den Nazis dargestellt.

Diese „Antwort" nun handelt von rassistischen und grausamen Amerikanern, zeigt die Internierungslager für Amerikaner japanischer Abstammung in den Vereinigten Staaten. Die Geschichte von „Bergen und Flüssen in Flammen" basiert auf einem Roman des japanischen Autors Toyoko Yamasaki. Zwei Brüder, Söhne eines japanischen Wäschereibesitzers in Kalifornien, sind bei Ausbruch des Krieges zufällig in der Heimat ihrer Väter. Natürlich stellt sich in diesem Moment die Frage: Sind sie Japaner oder Amerikaner? Es kommt, wie es kommen muß – sie entscheiden unterschiedlich. Der eine geht nach Hause und kämpft für seine neue Heimat, der andere, beseelt von dem Gedanken, seine Rolle als gelber Underdog abzuschütteln, tritt in die kaiserliche Armee ein. Damit ist die dramaturgische Voraussetzung geschaffen, in einem Jahr alle Stationen, von den Camps in Arizona, wo die Familie interniert ist, über die Kriegsschauplätze im Pazifik, Hiroshima und Nagasaki bis hin zu den Kriegsverbrecher-Prozessen in Tokio, über den Bildschirm flimmern zu lassen.

Mit den ersten Erfolgen wurden aber auch schon kritische Stimmen laut, die davor warnen, von der eigenen Schuld abzulenken, indem man die Fehler des ehemaligen Gegners und heutigen Verbündeten anprangert. Dies ist allerdings ein Wind, der in den letzten Jahren schon häufiger nicht nur durch Literatur und Filme wehte, sondern auch schon durch Schulbücher. Eine Entwicklung, die der Soziologe Shimizu so deutet: „Lange Zeit galten in Japan wie in Deutschland andere Werte. Man versuchte, Schuldgefühle durch Arbeit, durch Leistung und wirtschaftliche Erfolge zu kompensieren." Als dies erreicht gewesen sei, als man wieder habe stolz sein können, Japaner zu sein, habe dies bei vielen auch zu dem falschen Schluß geführt. Manche glaubten auch auf die Vergangenheit stolz sein zu können.

An sich nicht überraschend ist, daß die Serie auch von den Japanern in den Staaten mit ungutem Gefühl erwartet wird. So beeilt sich denn auch Ron Wakabayashi, Präsident der Japanisch-Amerikanischen Bürgervereinigung, zu versichern, daß trotz der Verfolgung viele Japaner für ihr Land gekämpft hätten.

Als sich jetzt auch noch amerikanische Diplomaten in Japan irritiert äußerten, reagierten die Verantwortlichen von NHK schnell. Es geht überhaupt nicht darum, so wurde verlautbart, Amerikaner als Rassisten darzustellen oder Japaner in Amerika mangelnder Loyalität zu bezichtigen. Flugs wurden die Drehbuchautoren beauftragt, noch ein paar sympathische Amerikaner einzubauen.

Wohl um die Wogen erst einmal zu glätten, wurde auch der bereits festgelegte Termin, zu dem amerikanische Kabelfernsehstationen die Mammutserie übernehmen wollten, auf unbestimmte Zeit verschoben ...

Bomben und Granaten jagen Berliner aus ihren Häusern

Immer wieder wird auf explosivem Grund gebaut / Senat kündigt systematische Suche an

F. DIEDERICHS, Berlin

Die Meldung kam beim Abendessen und hatte bei 21 Berliner Familien buchstäblich die Wirkung einer Bombe: „Wir müssen raus." Noch vor Ostern, so wollen es die Berliner Baubehörden, sollen die Familien das vor zwölf Jahren im Stadtteil Rudow erbaute siebenstöckige Hochhaus verlassen. Eine Woche lang werden sie vorerst auf Kosten des Senats in Hotelzimmern nächtigen, bis Sprengstoffexperten festgestellt haben, ob sie auf einem wahren Pulverfaß gelebt haben.

Denn unter ihrem Gebäude, so stellten Experten in dieser Woche fest, verläuft ein Panzergraben aus dem Zweiten Weltkrieg – eine in den letzten Kriegswochen vom „Volkssturm" ausgehobene Vertiefung, die dann zum größten Teil mit Sprengkörpern aller Kaliber gefüllt und wieder zugeschüttet wurde.

Vereinzelte Warnungen

Darauf bauten, so steht heute fest, Architekten und städtische Baugesellschaften – schlechter als auf Sand. Vereinzelte Warnungen von Anwohnern, die sich noch an die verbuddelten Explosivstoffe erinnerten, fanden wenig Beachtung. Die Baubehörden verließen sich auf zumeist schlechte Luftbild-Kopien der „Royal Air Force" aus Großbritannien, die nach Bombardierungen aufgenommen worden waren und kaum Unheil ahnen lassen. Erst als im Juli letzten Jahres im benachbarten Stadtteil Buckow ein Blindgänger eine Wohnstraße in ganzer Breite aufriß und vier Einfamilienhäuser stark beschädigte, intensivierte man die Suche nach schlummernden Bomben.

Die aufsehenerregendste Entdeckung meldeten dann die Mitarbeiter des Berliner Bausenators Klaus Franke (CDU) vor knapp zwei Wochen, als sie auf einem der wenigen klaren Luftbilder den Panzergraben in Rudow entdeckten und sofort den Weiterbau zweier Hochhäuser innerhalb eines Projektes mit insgesamt 667 Wohnungen stoppten. Deren Grundsteine waren ausgerechnet auf den verschütteten Graben gelegt worden, aus dem Bauarbeiter bis zum heutigen Tag Bomben mit einem Gewicht von 50 Kilogramm und mehr ans Tageslicht holten.

In zehn Meter Tiefe graben sich derzeit Mitarbeiter einer Spezialfirma unter den Bauten durch, die Fundamente wurden mit Holzbanken abgestützt, und im Senat tröstet man sich angesichts der damit verbundenen Zusatzkosten in Millionenhöhe mit der Erkenntnis: „Suchen ist immer noch billiger als Abreißen." Doch nicht nur die Fertigstellung der beiden Neubau-Hochhäuser ist damit auf unbestimmte Zeit verschoben: Eine nur sechs Meter vom Panzergraben entfernte Kindertagesstätte kann zum April nicht öffnen, bereits aufgestellte Spielgeräte werden wieder abmontiert. Eine Pfarrsiedlung darf erst gebaut werden, wenn der gesamte Boden mit Sonden abgesucht worden ist. Daß der quer durch das Wohngebiet laufende Panzergraben noch mehr Ärger bereitet, scheint so gut wie sicher: „Wahrscheilich sind noch rund hundert weitere Grundstücke betroffen", lautete gestern die pessimistische Prognose von Bausenator Franke. Zwei Mitarbeiter des Senats sollen deshalb in Kürze nach England reisen, um dort lagernde Luftbilder entweder im Original oder in guten Kopien einzusehen.

Etat wird verdoppelt

In den Jahren 1947 bis 1982 wurden in Berlin immerhin 1639 Bomben und über eine Million Sprengkörper der verschiedensten Art mit einem Gesamtgewicht von vier Millionen Kilogramm entdeckt und entschärft. 18 Tote und 163 Verletzte verzeichnet die Statistik für Unfälle mit Kriegsmunition, unter den Toten auch der Feuerwerker Werner Stephan, an den heute ein Gedenkstein auf dem Sprengplatz im Grunewald erinnert.

Der „Etat für Kampfmittelbeseitigung" wird nun wegen der neuen Munitionsfunde für das laufende Jahr von fünf auf zehn Millionen Mark aufgestockt werden. Die wahren Verantwortlichen für diese zusätzlichen Ausgaben konnte Berlins Bausenator Franke leichter orten als den explosiven Panzergraben: „Vor Amtsantritt des CDU-Senats im Juni 1981", so der Bausenator an die Adresse der Sozialdemokraten, „ist die Suche nach Blindgängern sträflich vernachlässigt worden."



Sofort gestoppt wurden die Arbeiten an zwei Häusern dieses Wohnungsbauprojektes im Berliner Bezirk Rudow: Als sie fast fertig waren, stieß man auf einen mit Munition vollgestopften Panzergraben. FOTO: DPA

Pariser Polizei warf Journalisten hinaus

AFP, Paris

Um künftige „Indiskretionen" durch die Presse zu verhindern, hat der Pariser Polizeipräfekt zu drastischen Maßnahmen gegriffen. Die Kriminalpolizei am Quai des Orfevres wurde von Pressevertretern abgeschirmt. Die ständigen Korrespondenten der Nachrichtenagenturen AFP und ACP mußten ihre Büros im Sitz der Kripo räumen. Gleichzeitig wurden alle Akkreditierungen von Journalisten aufgehoben. Die AFP-Direktion und die Journalistengewerkschaften haben am Dienstag mit Nachdruck gegen die „Sanktionen" protestiert und eine Annullierung der Maßnahmen gefordert, die ihrer Ansicht die Informationsfreiheit verletzen. Vorangegangen waren diesem Schritt Versetzungen an der Spitze der Kriminalpolizei (siehe WELT vom 26. 3.)

Weniger Tierversuche

dpa, Bonn

Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle (CSU) hofft, mit der angestrebten Novellierung des Tierschutzgesetzes die Zahl der Tierversuche etwa um die Hälfte verringern zu können. Wie ein Sprecher erklärte, haben sich Bundeskanzler Kohl und Kiechle auf eine nochmalige Überprüfung des Entwurfes verständigt. Vor allem soll geklärt werden, ob die Zahl der Tierversuche noch weiter eingegrenzt werden kann.

Westen-Gesetz

SAD, Albany

Gangster, die bei einem Gewaltverbrechen kugelsichere Westen tragen, sollen künftig im Staat New York eine zusätzliche Zuchthausstrafe von maximal vier Jahren erhalten. Dies sieht ein Gesetz vor, das das New Yorker Abgeordnetenhaus jetzt fast einstimmig annahm.

Rekordbeute noch höher?

dpa, Rom

Die Geldräuber von Rom haben möglicherweise nicht nur 56, sondern 72 Millionen Mark erbeutet (siehe WELT vom 26. 3.) Die Polizei prüfte gestern ein weiteres mit „Rote Brigaden" unterzeichnetes Bekennerschreiben, in dem diese Summe genannt wird. Die Polizei blieb jedoch bei dem Verdacht, daß sich die Verbrecher wahrscheinlich nur als „Rotbrigadisten" ausgeben.

General erschossen

SAD, Lyon

Bei einem Überfall auf eine Bank in Lyon ist gestern ein General der französischen Gendarmerie erschossen worden. Der uniformierte General, als Kunde in der Bank, hatte sich den zwei maskierten jungen Männern entgegengestellt. Die beiden schossen sofort und flüchteten.

Heftige Reaktion auf Vorwürfe Farthmanns

Pharmaindustrie und Ärzte weisen Kritik des Ministers zurück

WILM HERLYN, Düsseldorf

Mit harschen Vorwürfen sieht sich der nordrhein-westfälische Sozialminister Friedhelm Farthmann konfrontiert. Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) warf ihm gestern vor, er wolle aus „vordergründigen politischen Gründen die Ärzte in ein schiefes Licht bringen und die Patienten unnötig verunsichern". Anlaß der Kritik ist eine von Farthmann veröffentlichte Studie, die im Auftrag der Pharmaindustrie vom Institut für Medizinische Statistik für das Jahr 1980 erarbeitet wurde.

Der BPI erklärte nun, diese Daten seien lediglich für die Absatzforschung der Industrie bestimmt. Der Minister sei ausdrücklich vor seiner Pressekonferenz darauf hingewiesen worden, daß das Material für gesundheitspolitische Zwecke untauglich und auch nicht für eine „medizinische Kontrolle der Ärzte" bestimmt sei. Aus dem 3000 Seiten starken Dokument geht hervor, daß fast eine Million mal Kindern unter elf Jahren Schlaf- und Beruhigungsmittel verschrieben wurden. Auch Säuglingen und Kleinkindern wurden etwa 100 000mal solche Medikamente verordnet. Fast 500 000mal wurde bei den bis zu Elfjährigen die Diagnose „Neurose" gestellt.

Farthmann wies darauf hin, daß er aus den Zahlen keine „Rückschlüsse auf das fachliche Verschreibungsverhalten eines Arztes" ziehen wolle. Doch stimme ihn nachdenklich, ob die Medikamente „in dieser Massierung" verordnet werden müßten. „Als besonders problematisches Kapitel" bezeichnete Farthmann die Verschreibung einiger Medikamente an Schwangere. So weise die Studie aus, daß bei 790 000 gestellten Diagnose-Fällen „Schwangerschaft" 913 000 Verordnungen verabreicht wurden. Bei etwa 44 Prozent der Diagnosen seien etwa blutbildende eisenhaltige Mittel verordnet worden, deren Wert fachlich umstritten sei. Außerdem würden 10 000mal Tranquilizer verordnet, obwohl diese immer wieder Gegenstand fachlicher Kritik seien.

Gerade jüngste Erkenntnisse der sogenannten „Perinatal-Studie" in Nordrhein-Westfalen zeigten, daß heute bei knapp fünf Prozent aller Neugeborenen Fehlbildungen unterschiedlicher Schweregrade festzustellen seien. Wenn auch davon auszugehen sei, daß die Mehrzahl dieser Fehlbildungen genetisch verankert und nur etwa fünf Prozent davon auf Nikotin, Alkohol und Medikamente zurückzuführen sind, so wären damit doch bei immerhin etwa 350 Kindern in NRW pro Jahr solche Schäden leicht vermeidbar.

Scharf zurückgewiesen wurde Farthmanns Kritik gestern auch von Medizinern in Bonn. Der Präsident des Hartmannbundes, Professor Horst Bourmer, warf dem Minister vor, er habe eine „schlichte Marktforschungsunterlage" zum Geheimpapier aufgewertet. Marktforschungsunterlagen, die auf Kopien von Arztverordnungen beruhten, seien ohne die dazugehörigen Diagnosen gesundheitspolitisch nicht interpretierbar. So würden etwa bei sechs Prozent aller werdenden Mütter Hormongaben und Beruhigungsmittel wegen eines schwierigen Schwangerschaftsverlaufs, vor allem wegen eines drohenden Aborts, benötigt.

Farthmann indessen wehrte die Vorwürfe mit dem Hinweis ab, daß sogar die Ärztekammern gerade erst an die Ärzteschaft appelliert hätten, eine mißbräuchliche Verwendung von Arzneimitteln zu erschweren.

In den Staaten macht ein Jackpot Lottogewinner zu Multimillionären

Gesellschaften zahlen Gewinne aus Steuergründen in Raten / Spielfieber auch in Kanada

H. J. STÜCK/hst. New York

Amerikas puritanische Seele hat sich längst mit allerlei „Teufelswerk" abfinden müssen – auch mit vom Staate abgesegnetem Glücksspiel. Lottogesellschaften nach europäischem Vorbild gibt es mittlerweile in 13 US-Bundesstaaten – in sieben anderen sind Staatslotterien zugelassen – und die sagenhaft hohen Gewinne im amerikanischen Lotto sind längst zur besten Werbung für die Gesellschaften geworden.

Im bevölkerungsreichen Staat New York, wo sich erst letzte Woche eine 54jährige Großmutter den Supergewinn aller Zeiten von umgerechnet 26 Millionen Mark holte, gibt es das staatliche Lotto seit 1967 – und nicht nur Fortunas Jünger freuen sich darüber. Laut Gründungsvertrag, der in anderen Bundesländern ähnlich ist, muß die in der Staats-Hauptstadt Albany ansässige Lottogesellschaft 45 Prozent ihrer Wetteinnahmen an die Verwaltung der öffentlich-staatlichen Schulen geben. Das sind wöchentlich etwa 4,5 Millionen Dollar (fast 12 Millionen Mark).

Beträchtlicher Andrang

Der Mindesteinsatz für das Spiel, hier Sechs aus 44, Systemspielscheine gibt es nicht, ist ein Dollar für zwei Tips. Pro Tipschein lassen sich zehn Einzeltips zu insgesamt fünf Dollar spielen. Der Andrang an den Annahmestellen, meist Drugstores und Zeitungskioske, ist besonders an Mittwoch- und Samstagabenden beträchtlich, da wegen des vollcomputerisierten Registrier-Verfahrens ohne Namensangabe erst um 20 Uhr Wettschluß ist. Und jeder Wetter muß auf den Hauptgewinn hoffen, denn die Gewinne in den unteren Rängen sind meist nur „Peanuts", zu deutsch relativ bescheiden – etwa acht bis zwölf Dollar für drei „Richtige" mit Zusatzzahl, 20 bis 80 Dollar für vier „Richtige" und selten mehr als 2000 Dollar für fünf „Richtige".

Der Lottogesellschaft, die 45 Prozent an die Schulen und 15 Prozent für die eigene Verwaltung abzweigt, bleiben für die Gewinn-Ausschüttung, nach Abzug einer zweiprozentigen Gewinnrücklage, nur 38 Prozent ihrer Gesamteinnahmen, von denen genau die Hälfte für die Hauptgewinner mit sechs „Richtigen" reserviert ist. Gibt es keinen Hauptgewinner, kommt es zum „Roll over", wobei der nicht ausgezahlte Betrag zu der Summe geschlagen wird, die bei der nächsten Ziehung für Hauptgewinne zur Verfügung steht.

Wegen der hohen Steuerprogression in den USA – über 50 Prozent bei Spitzeneinnahmen – zahlt die Lottogesellschaft den Hauptgewinn in 21 Jahresraten aus, wobei pro Rate nur noch ein Steuerabzug von 20 Prozent fällig wird. Die Gesellschaft legt den Gewinn in fest verzinslichen Papieren an, an deren Erträgen der Gewinner, wenn auch mit entsprechendem Zeitverzug, ebenfalls partizipiert.

Zusätzlich zu den zweimal wöchentlich im Fernsehen übertragenen Lottoziehungen gibt es in mehreren Bundesstaaten noch täglich das „Number's Game", ein Nummernspiel, bei dem drei oder vier Zahlen entweder in richtiger Reihenfolge („straight") oder einfach („box") zu raten sind. Bei vier Zahlen ist der Hauptgewinn das 5000fache des Einsatzes.

Doch ein Rest Puritanismus ist geblieben. Die Einfuhr ausländischer Lottoscheine ist verboten. US-Bürgern, die in Kanada Lotto spielen, werden häufig die Lottoscheine an der Grenze weggenommen.

Dabei sind die kanadischen Nachbarn eher noch verrückter aufs Spiel. Dort läuft zur Zeit Abend für Abend ein merkwürdiger Streifen im Fernsehen: Etwa 20 Erwachsene sitzen in einem Klassenraum vor einer Scheibe. Ein Lehrer erklärt vorne geduldig, wie man mit einem Chauffeur umzugehen hat.

Schule für Neu-Reiche

Mit seiner Pfeife klopft er gegen das Glas und sagt bestimmt: „Nach Hause, James." Und immer wieder wiederholt die Klasse im Chor: „Nach Hause, James." Was nicht unbedingt wie aus dem Leben gegriffen wirkt, ist ein Werbespot einer Lotteriegesellschaft. Die Idee, die dahintersteht, ist, den Zuschauern beizubringen, daß man mit dem Lotteriespiel so reich werden kann, daß man lernen muß, wie es sich als Multimillionär richtig lebt.

Im vergangenen Jahr ließen die 25 Millionen Kanadier mehr als 1,4 Milliarden Dollar in die 17 Lotterien des Landes fließen. Nach Abzug der Gewinne und der laufenden Kosten, machten die Gesellschaften einen Netto-Gewinn von rund 420 Millionen Dollar. Damit wurden sie zu einem der größten Zweige der kanadischen Wirtschaft.

Noch mehr als das, nämlich rund 1,7 Milliarden Dollar wurden im vergangenen Jahr auf den verschiedenen Rennbahnen, bei mehreren illegalen Bingospielen und bei den Non-Profit-Lotterien wohltätiger Organisationen umgesetzt. Nach einer staatlichen Statistik gaben Kanadier für Lotteriespiele mehr aus als für Windeln und für Pferdewetten mehr als für Eier.

ZU GUTER LETZT

„Wenn es nach der Popularität des Spitzenkandidaten gegangen wäre, hätte die CDU gewinnen und die Grünen hätten verschwinden müssen. Aber es ist ja genau umgekehrt gekommen." (Der baden-württembergische SPD-Politiker Erhard Eppler im Süddeutschen Rundfunk nach dem Gewinn der absoluten Mehrheit durch die CDU

WETTER: Schauer

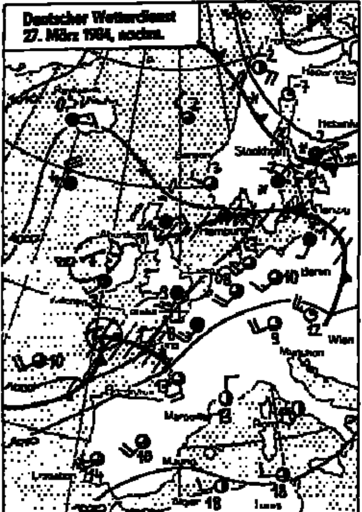
Wetterlage: Die Ausläufer eines von der Biskaya zur Nordsee ziehenden Tiefs überqueren den Norden und die Mitte Deutschlands, sie führen anfangs milde, später kalte Meeresluft nach Deutschland.

Vorhersage für Mittwoch:

Norden und Mitte: Anfangs bedeckt und Regen. Nachmittags Übergang zu wechselnder Bewölkung mit einzelnen Schauern. Temperaturen tagsüber 7 bis 10.

Westen: In den Frühstunden noch Regen, Vormittags gelegentlich auflockernde Bewölkung, nachmittags meist stark bewölkt und Schauer. Höchsttemperaturen 10, nachts 3 Grad.

Süden: Anfangs föhnig aufgeheitert und trocken, zum Abend Bewölkungszunahme und gelegentlich Regen. Temperaturen nahe 14, nachts um 5 Grad.



Weitere Aussichten:

Auch im Süden kühles Schauerwetter und in Höhenlagen Nachtfrost.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	10°	Kairo	19°
Bonn	9°	Kopenh.	1°
Dresden	11°	Las Palmas	19°
Essen	8°	London	9°
Frankfurt	6°	Madrid	10°
Hamburg	7°	Mailand	8°
List/Sylt	3°	Mallorca	16°
München	9°	Moskau	0°
Stuttgart	8°	Nizza	15°
Algier	18°	Oslo	–1°
Amsterdam	9°	Paris	8°
Athen	16°	Prag	10°
Barcelona	15°	Rom	14°
Brüssel	8°	Stockholm	–2°
Budapest	12°	Tel Aviv	18°
Bukarest	13°	Tunis	18°
Helsinki	–2°	Wien	12°
Istanbul	12°	Zürich	10°

*Sonnenaufgang am Donnerstag: 7.04 Uhr, Untergang: 19.50 Uhr, Mondaufgang: 6.41 Uhr, Untergang: 16.27 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Schlechte Zeiten für Verkehrsschilder

Verkehrsminister legt sein neues Programm der Bundesregierung und den Ländern vor

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Bundesregierung sucht die Stadt, die bereit ist, ihren Schilderwald kräftig zu durchforsten. Denn das, was in den vergangenen Jahren alles an den Straßen aufgestellt wurde, überfordert die „Aufnahmefähigkeit der Verkehrsteilnehmer". Und: „Ein Übermaß an Reglementierung vermindert die Bereitschaft und Fähigkeit der Verkehrsteilnehmer, die Vorschriften und Regeln auch zu befolgen." Dies schreibt Bundesverkehrsminister Werner Dollinger im Verkehrssicherheitsprogramm der Bundesregierung, das jetzt den anderen Ressorts und den Regierungen der Länder zur Prüfung übersandt wurde.

Der Modellversuch „Verkehrszeichenarme Stadt" paßt zur Generallinie des Regierungsprogramms. Verkehrssicherheit, so die Überzeugung Dollingers, „ist nicht abhängig von der Zahl der Vorschriften und Verkehrsschilder". Notwendig seien Verkehrsaufklärung und -erziehung, eine gelassenere Einstellung der Bürger zum Kraftverkehr und durchgängige Maßnahmen der Bewährung.

„Gezielte Anreize zur Bewährung sollten mithelfen, das Verkehrsverhalten zu verbessern." So will die Bundesregierung mit den Haftpflichtversicherern über einen Prämienrabatt bei der freiwilligen Teilnahme an Nachschulungsveranstaltungen und bei zusätzlicher Verwendung von Sicherheitstechnik verhandeln. Gedacht ist auch an einen „Punkterabatt" bei der Teilnahme an einer freiwilligen Nachschulung.

Die derzeit geltenden Regelungen zur Bekämpfung des Alkohols am Steuer reichen nach Ansicht der Bundesregierung aus, „wenn es gelingt, Aufklärung und Überwachung weiter zu intensivieren und dem einzelnen stärker als bisher die auch schon mit leichter Alkoholbeeinflussung verbundenen Gefahren und Beeinträchtigungen seines Leistungsvermögens bewußt zu machen". In dem Programm wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß schon bei 0,3 Promille im Einzelfall eine strafgerichtliche Verurteilung möglich ist, wenn Fahrunsicherheit nachgewiesen wird. „Auf die Gefährlichkeit des Herantrinkens an die 0,8-Promille-Grenze wird daher noch deutlicher als bisher eingegangen werden müssen", heißt es in dem Programm. Die Bundesregierung wird die Länder bitten, ihre Überwachungsmaßnahmen zu verstärken.

„Zwischen Fahrgeschwindigkeit und Unfallgeschehen besteht zweifellos ein Zusammenhang", heißt es in dem Programm. Die Bundesregierung beabsichtigt jedoch nicht, die derzeit geltenden allgemeinen Geschwindigkeitsregelungen zu verändern. Allerdings will man bei der Automobilindustrie darauf hinwirken, daß mit dem Kriterium „Geschwindigkeit" künftig nicht mehr geworben wird.

Der „Führerschein auf Probe" soll zunächst für zwei Jahre erteilt wurden. Während dieser Zeit sind drei Punkteschwellen vorgesehen: Beim Überschreiten der ersten droht ein Nachschulungskurs, bei Erreichen der zweiten eine Wiederholung der Fahrprüfung und nach der dritten schließlich soll ein medizinisch-psychologisches Eignungsgutachten beigebracht werden. Motorradfahrern blüht ein Stufenführerschein. Erst eine mindestens zweijährige Fahrerfahrung macht den Weg zum Motorrad ohne Leistungsbeschränkung frei.

500 Menschen verbrannt

Explosion in Brasilien: Viel mehr Opfer als zunächst zugegeben

AP, Santos

Bei der Brandkatastrophe in einem Elendsviertel der brasilianischen Industriestadt Cubatao am 25. Februar sind mindestens 508 Menschen ums Leben gekommen. Dies geht aus einer jetzt abgeschlossenen Untersuchung hervor. In bisherigen offiziellen Berichten war lediglich von 86 Todesopfern die Rede. Wie die Behörden in Santos erklärten, handelt es sich bei den meisten Opfern vermutlich um Kinder unter sechs Jahre.

Der leitende Staatsanwalt von Santos, Marcus Ribeiro de Freitas, bezeichnete die tatsächliche Zahl der Toten als „nicht feststellbar", die „wahrscheinliche Zahl" der Opfer liege jedoch bei 508 Toten. Der Staatsanwalt fuhr fort, bei den meisten Opfern handle es sich um Babys im Alter bis zu drei Jahren und um Kindergartenkinder im Alter zwischen drei und sechs Jahren. „Alles wurde völlig eingeäschert, die genaue Zahl der Opfer werden wir wohl niemals feststellen können." Freitas sagte, gegen die für die Katastrophe Verantwortlichen sei ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Der Tod vieler Opfer sei vermutlich nicht gemeldet worden, weil nicht einmal feststehe, wie viele Menschen in dem Elendsviertel gewohnt hätten.

Ursache der Feuersbrunst war Treibstoff, der aus einem Leck in einer Pipeline ausgetreten war. In der nahe der Pipeline errichteten, aus rund 1500 Baracken bestehenden Armensiedlung lebten rund 9000 Menschen, von denen ungefähr tausend durch das Feuer obdachlos wurden. Die Pipeline gehört der staatlichen Erdölgesellschaft Petrobras. Nach Darstellung der Staatsanwaltschaft haben einen Tag vor der verheerenden Pipeline-Explosion Petrobras-Angestellte den falschen Strang der Leitung mit Treibstoff beschicken lassen. Dadurch sei überhöhter Druck entstanden und die Pipeline geplatzt. Nach Bemerken des Lecks habe ein Angestellter kostbare Zeit beim Telefonieren mit der Kontrollstelle der Pipeline vergeudet, anstatt die Leitung zu schließen.

Ein Überlebender aus der von der Katastrophe betroffenen Hüttensiedlung berichtete wenige Tage nach dem Unglück Journalisten, er habe das Leck in der Leitung schon einen Tag vor der Explosion entdeckt und der Ölgesellschaft gemeldet.